

Staat – Souveränität – Nation

Oliver Marchart *Hrsg.*

# Ordnungen des Politischen

Einsätze und Wirkungen der  
Hegemonietheorie Ernesto Laclaus



Springer VS

---

# **Staat – Souveränität – Nation**

Beiträge zur aktuellen Staatsdiskussion

**Herausgegeben von**

R. Voigt

Netphen, Deutschland

S. Salzborn

Göttingen, Deutschland

Weitere Bände in dieser Reihe:

<http://www.springer.com/series/12756>

Zu einem modernen Staat gehören Staatsgebiet, Staatsgewalt und Staatsvolk (Georg Jellinek). In Gestalt des Nationalstaates gibt sich das Staatsvolk auf einem bestimmten Territorium eine institutionelle Form, die sich über die Jahrhunderte bewährt hat. Seit seiner Etablierung im Gefolge der Französischen Revolution hat der Nationalstaat Differenzen in der Gesellschaft auszugleichen vermocht, die andere Herrschaftsverbände gesprengt haben. Herzstück des Staates ist die Souveränität (Jean Bodin), ein nicht souveräner Herrschaftsverband ist kein echter Staat (Hermann Heller). Umgekehrt ist der Weg von der eingeschränkten Souveränität bis zum Scheitern eines Staates nicht weit. Nur der Staat ist jedoch Garant für Sicherheit, Freiheit und Wohlstand der Menschen. Keine internationale Organisation könnte diese Garantie in ähnlicher Weise übernehmen.

Bis vor wenigen Jahren schien das Ende des herkömmlichen souveränen Nationalstaates gekommen zu sein. An seine Stelle sollten supranationale Institutionen wie die Europäische Union und – auf längere Sicht – der kosmopolitische Weltstaat treten. Die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger zu weiterer Integration schwindet jedoch, während gleichzeitig die Eurokratie immer mehr Macht anzuheben versucht. Die demokratische Legitimation politischer Entscheidungen ist zweifelhaft geworden. Das Vertrauen in die Politik nimmt ab.

Wichtige Orientierungspunkte (NATO, EU, USA) haben ihre Bedeutung für die Gestaltung der Politik verloren. In dieser Situation ist der souveräne Nationalstaat, jenes „Glanzstück occidentalen Rationalismus“ (Carl Schmitt), der letzte Anker, an dem sich die Nationen festhalten (können). Dabei spielt die Frage nur eine untergeordnete Rolle, ob die Nation „gemacht“ (Benedict Anderson) worden oder ursprünglich bereits vorhanden ist, denn es geht nicht um eine ethnisch definierte Nation, sondern um das, was Cicero das „Vaterland des Rechts“ genannt hat.

Die „Staatsabstinenz“ scheint sich auch in der Politikwissenschaft ihrem Ende zu nähern. Und wie soll der Staat der Zukunft gestaltet sein? Dieser Thematik will sich die interdisziplinäre Reihe Staat – Souveränität – Nation widmen, die Monografien und Sammelbände von Forschern und Forscherinnen aus unterschiedlichen Disziplinen einem interessierten Publikum vorstellen will. Das besondere Anliegen der Herausgeber der Reihe ist es, einer neuen Generation von politisch interessierten Studierenden den Staat in allen seinen Facetten vorzustellen.

Rüdiger Voigt  
Samuel Salzborn

---

Oliver Marchart  
(Hrsg.)

# Ordnungen des Politischen

Einsätze und Wirkungen der  
Hegemonietheorie Ernesto Laclaus

*Herausgeber*  
Oliver Marchart  
Wien, Österreich

Staat – Souveränität – Nation  
ISBN 978-3-658-17258-9      ISBN 978-3-658-17259-6 (eBook)  
DOI 10.1007/978-3-658-17259-6

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH 2017

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Gedruckt auf säurefreiem und chlorfrei gebleichtem Papier

Springer VS ist Teil von Springer Nature

Die eingetragene Gesellschaft ist Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

# Inhalt

|                                                                  |   |
|------------------------------------------------------------------|---|
| Zur Einheit von Theorie und Politik bei Laclau. Einleitung ..... | 1 |
| <i>Oliver Marchart</i>                                           |   |

## **I Einsätze: Demokratie, Rhetorik, Diskurs, Antagonismus, Kritik**

|                                                                                                                                |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Die Kontingenz der demokratischen Gesellschaft. Zum<br>demokratiethoretischen Gehalt von Ernesto Laclaus Hegemonietheorie .... | 13 |
| <i>Oliver Flügel-Martinsen</i>                                                                                                 |    |

|                                                                       |    |
|-----------------------------------------------------------------------|----|
| Eine Politik der Dislokation. Laclaus verallgemeinerte Rhetorik ..... | 33 |
| <i>Andreas Hetzel</i>                                                 |    |

|                                                               |    |
|---------------------------------------------------------------|----|
| Die Diskursanalyse der Essex School. Modell und Methode ..... | 57 |
| <i>Oliver Marchart</i>                                        |    |

|                                                                      |    |
|----------------------------------------------------------------------|----|
| Antagonismus und Antagonismen – hegemonietheoretische Aufklärung ... | 81 |
| <i>Martin Nonhoff</i>                                                |    |

|                                                                                        |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Die postfundamentalistische Diskursanalyse und die Engpässe<br>kritischer Praxis ..... | 103 |
| <i>Tomas Marttila und Vincent Gengnagel</i>                                            |     |

## **II Wirkungen: Internationale Beziehungen, Stadt, Ökonomie, Europa, Populismus**

|                                                                                                                |     |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| Hegemonie und Identität. Ernesto Laclaus Werk in den Internationalen Beziehungen .....                         | 127 |
| <i>Eva Herschinger</i>                                                                                         |     |
| Annäherungen an das Außen. Laclau, die Stadt und der Raum .....                                                | 145 |
| <i>Nikolai Roskamm</i>                                                                                         |     |
| Staat, Ökonomie und globale Politik. Laclaus Hegemonietheorie und die Internationale Politische Ökonomie ..... | 169 |
| <i>Joscha Wullweber</i>                                                                                        |     |
| Radikale Demokratie im Lichte europäischer Debatten .....                                                      | 193 |
| <i>Cornelia Bruell</i>                                                                                         |     |
| Ernesto Laclau in Moskau? Das Problem eines „systemischen Populismus“ im gegenwärtigen Russland .....          | 209 |
| <i>Philipp Casula</i>                                                                                          |     |
| Warum Populismus .....                                                                                         | 233 |
| <i>Ernesto Laclau</i>                                                                                          |     |
| Autorinnen und Autoren .....                                                                                   | 241 |

---

# Zur Einheit von Theorie und Politik bei Laclau

## Einleitung

Oliver Marchart

Jede Theorie, die diesen Namen verdient, zielt auf die Erklärung eines allgemeinen Felds von Phänomenen und geht doch durch den Engpass konkreter historischer Erfahrungen. Im Fall des argentinischen Historikers und politischen Theoretikers Ernesto Laclau (1935-2014), dessen Werk und Wirkung Gegenstand dieses Bandes sind, verhält es sich nicht anders. Der von Laclau – streckenweise in Zusammenarbeit mit der belgischen Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe – entwickelte diskursanalytische Ansatz der Hegemonietheorie, der weit in die Sozial- und Kulturwissenschaften hinein ausstrahlt, gibt uns Instrumente zur Untersuchung sozialer Identitätsbildung und politischer Machtformation an die Hand. Doch um eine solch weit tragende Theorie von Hegemonie überhaupt bilden zu können, musste Laclau den historischen Engpass der Erfahrung des Peronismus durchqueren. In eine radikal-liberale, „yrigoyenistische“<sup>1</sup> Familie des Bürgertums von Buenos Aires geboren – der Vater diente als argentinischer Botschafter (im Alter sollten auch seinem Sohn von der Kirchner-Regierung Botschafterposten in Paris

- 
- 1 Hipólito Yrigoyen, zweimaliger argentinischer Präsident (1916-1922 und 1928-1930), hatte 1891 die *Unión Cívica Radical* mitbegründet, die, anfangs bewaffnet, für das allgemeine (Männer-)Wahlrecht gekämpft und dessen Einführung schließlich 1912 erzwungen hatte. Unter seiner Präsidentschaft wurden u. a. das Streikrecht, Mindestlöhne und Kollektivverträge eingeführt. Der Peronismus bezog sich später auf die soziale und populistische Seite des demokratischen Radikalismus. Obwohl Laclaus Familie anti-peronistisch eingestellt war, könnte seine schrittweise Hinwendung zum Peronismus nicht zuletzt über einen Freund der Familie eingeleitet worden sein, den Schriftsteller und Politiker Arturo Jauretche nämlich, der zunächst Anhänger Yrigoyens war und später, wenn auch nur vorübergehend, Peron unterstützte hatte. Dieses historische Detail ist deshalb erwähnenswert, weil der aus dem 19. Jahrhundert hervorgegangene demokratische Radikalismus zur (so gut wie ungeschriebenen) Vorgeschichte aktueller Ansätze radikaler Demokratie, darunter Laclaus und Mouffes Ansatz, gezählt werden kann (vgl. hierzu Marchart 2015).

und London angeboten werden) und im Haus verkehrten Geistesgrößen wie Jorge Luis Borges – wandte sich Laclau in seiner Studienzeit bald dem Peronismus zu. Zunächst als Aktivist der Sozialistischen Partei Argentiniens und der peronistischen Studentenbewegung, später als Mitglied der Führung der Sozialistischen Partei der Nationalen Linken und Herausgeber ihrer Wochenzeitschrift *Lucha Obrera* fand sich Laclau schließlich mitten in den politischen Auseinandersetzungen der argentinischen Politik der 1960er Jahre wieder. Erkenntnisinteresse und Ausrichtung seines Ansatzes sind kaum verständlich, wird dieser historische Hintergrund nicht in Rechnung gestellt. Was für Joyce Dublin war, das war für Laclau Buenos Aires:

“[W]hen today I read *Of Grammatology*, *S/Z*, or the *Écrits* of Lacan, the examples which always spring to mind are not from philosophical or literary texts; they are from a discussion in an Argentinian trade union, a clash of opposing slogans at a demonstration, or a debate during a party congress. Throughout his life Joyce returned to his native experience in Dublin; for me it is those years of political struggle in Argentina of the 1960s that come to mind as a point of reference and comparison.”  
(Laclau 1990: 200)

Einer akademischen Karriere in Argentinien standen jedoch, trotz Unterstützung durch brillante Lehrer an der Universität von Buenos Aires, wiederum die politischen Verhältnisse im Weg. Kaum zum Professor an der Universidad Nacional de Tucumán berufen, wurde Laclau nach dem Staatsstreich General Onganías wie viele andere linksgerichtete Dozenten aus dem Universitätsdienst entfernt. 1969 folgte er daher einer Einladung Eric Hobsbawms an die Oxford University, von wo aus er 1973 an das Department of Government der University of Essex wechselte, an dem er bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2003 lehren sollte. In diese Zeit fällt die von ihm betriebene Gründung des Centre for Theoretical Studies in the Humanities and Social Sciences sowie eines ausgesprochen erfolgreichen MA- und PhD-Programms in „Ideology and Discourse Analysis“. Ausgehend von diesem institutionellen Brennpunkt entwickelte sich ein internationales Netzwerk an Schülern und Mitarbeitern, das heute als „Essex School“ der Diskursanalyse und Hegemonietheorie (Townshend 2003) bezeichnet wird. Eine Vielzahl an Fallstudien wurden aus deren Perspektive unternommen; darunter Analysen des südafrikanischen Apartheid-Regimes, der Britischen Neuen Rechten, der europäischen Populismen, der Demokratisierung Taiwans, des Kemalismus, der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland und natürlich des Peronismus (vgl. u. a. Smith 1994; Norval 1996; Howarth/Norval/Stavarakakis 2000; Howarth/Torring 2005; Nonhoff 2006).

Doch die Laclau'sche Hegemonie- und Diskurstheorie wurde nicht nur empirisch weiterentwickelt, sie wurde auch im Rahmen von Grundlagendebatten in der Rhetorik (Hetzel 2011, Laclau 2014), der Demokratietheorie (Marchart 2010), der

Ideologietheorie (Stavrakakis 1999), der Wissenschaftstheorie (Glynos/Howarth 2007) und in der politischen Philosophie und Sozialphilosophie vorangetrieben (Tønder/Thomassen 2005; Marchart 2013). So erstaunt auch nicht, dass der Einfluss Laclaus keineswegs auf politikwissenschaftliche Forschungsfelder – wie politische Theorie, Internationale Beziehungen oder Protest- und Populismusforschung – beschränkt blieb, sondern ausstrahlte in die Soziologie (Nash 2010), in die Kunst- und Kulturwissenschaften (Deutsche 1998; Marchart 2008) oder in die Stadtforschung und Humangeographie (vgl. den Überblick von Roskamm in diesem Band). In diesem Sinne reflektiert der Titel des vorliegenden Bandes – *Ordnungen des Politischen* – einerseits die Vielfalt der Felder, in denen Laclau politische Theorie zu tragen kommt, andererseits spiegelt der Titel die spezifisch Laclau'sche Perspektive wider: die Bedeutung *des Politischen* als der instituierenden Instanz *jeglicher* Ordnung, sei diese nun kulturell, staatlich, zwischenstaatlich, ökonomisch oder gouvernemental gefasst. Ein Ziel des Bandes besteht darin, einen – notgedrungen unvollständigen – Einblick in die breite Rezeption und die disziplinären Anschlussmöglichkeiten der Laclau'schen Hegemonietheorie zu ermöglichen. So zeichnet etwa im zweiten Teil des Buches Eva Herschinger Laclaus Wirkung in den Internationalen Beziehungen nach und diskutiert, welche weitergehenden Wirkungen in den kommenden Jahren zu erwarten sind. Ausgehend von einer Diskussion der Laclau'schen Raumtheorie stellt Nikolai Roskamm den Stand der Rezeption in der kritischen Geographie und Stadtforschung dar. Und aus staatstheoretischer Perspektive nimmt Joscha Wullweber wiederum Laclaus Konzept der Diskursformation zum Ausgangspunkt, um das Verhältnis von Staat, Ökonomie und Gesellschaft auszuloten.

Dieser große Wirkungsradius lässt sich freilich nur erklären, wenn man die intellektuellen wie politischen *Einsätze* des Laclau'schen Werks berücksichtigt. Zumindest fünf solcher Einsätze lassen sich festmachen:

Der offensichtlichste Einsatz besteht im demokratiepolitischen Projekt, das im letzten Teil des gemeinsam mit Chantal Mouffe verfassten Hauptwerks *Hegemonie und radikale Demokratie* (1985 als *Hegemony and Socialist Strategy* erschienen und 1991 ins Deutsche übertragen) umrissen wird. Das angesichts des Entstehens der Neuen Sozialen Bewegungen der 1970er und 1980er Jahre entwickelte Projekt einer *radikalen und pluralen Demokratie* lässt sich insofern als „radikal“ bezeichnen, als es auf die Ausweitung des demokratischen Prinzips der Gleichheit auf immer weitere Bereiche des Sozialen abgestellt ist. Und „plural“ ist es, da die relative Autonomie der Forderungen partikularer gesellschaftlicher Gruppen akzeptiert und zu einer breiteren gemeinsamen Bewegung artikuliert werden soll. Adressat dieser Intervention ist nicht länger die Arbeiterklasse als ein vermeintlich homogener sozialer Akteur, sondern es sind entlang neuer Konfliktlinien agierende Bewegungen, darunter „urbane, ökologische, anti-autoritäre, anti-institutionelle, feministische,

anti-rassistische sowie ethnische, regionale oder sexuelle Minderheiten“ (Laclau/Mouffe 1991: 219).<sup>2</sup> Wie schon der Titel der englischen Ausgabe nahelegt, wollen Laclau und Mouffe damit das politische Projekt des Sozialismus nicht verabschieden. Es soll nur einer breiteren Allianz von Kämpfen eingegliedert werden, die sich in keiner Weise unter einen ökonomischen „Hauptwiderspruch“ oder ein bestimmtes Klasseninteresse subsumieren lassen. Während Mouffe in einer Reihe weiterer Veröffentlichungen (vgl. Mouffe 2007, 2008, 2014) das Projekt eines „agonalen Pluralismus“ entwickeln wird, setzt Laclau die Debatte um radikale Demokratie mit einer Reflexion auf die Geschichte und Theorie von Emanzipation sowie mit einer gegen identitätspolitische Selbstghettoisierung gerichteten Neubestimmung des Verhältnisses von Partikularismus und Universalismus fort (Laclau 2002). Im Beitrag, der den ersten Teil unseres Bandes eröffnet, stellt Oliver Flügel-Martinsen die Demokratietheorie Laclaus im Detail vor. Nachdrücklich weist Flügel-Martinsen darauf hin, dass demokratische Ordnung für Laclau auf keinen festen Grund gebaut werden kann, dass folglich die Kontingenz sozialer Verhältnisse im Spiel der Demokratie anerkannt wird – ein Laclau'scher Gedanke, der von Cornelia Brüll im zweiten Teil aufgenommen und am Testfall des europäischen Integrationsprojekt diskursanalytisch überprüft wird.

Schon in *Hegemonie und radikale Demokratie* trat das Kontingenzdenkens Laclaus – die Annahme also, dass alles Soziale auch nicht oder anders geordnet sein kann – deutlich zu Tage. Laclau und Mouffe konnten dazu auf jene Ansätze zurückgreifen, die, manchmal irreführend, unter der Rubrik des Poststrukturalismus verbucht werden, insbesondere auf die Dekonstruktion Jacques Derridas, die psychoanalytische Theorie Jacques Lacans und, wenngleich in geringerem Ausmaß, auf die archäologische Diskursanalyse Michel Foucaults.<sup>3</sup> Mit diesem zweiten Einsatz ins Spiel aktueller Theoriebildung wurde erstmals „poststrukturalistisches“ Denken in umfassender und konziser Weise in die politische Analyse eingeführt. Dabei kann – trotz Anleihen bei Lacan und Foucault – die übergreifende Strategie in *Hegemonie und radikale Demokratie* als dekonstruktiv beschrieben werden; und Laclau sollte in seinen späteren Werken zur Dekonstruktion einer ganzen Reihe traditioneller Konzepte der politischen Theorie beitragen, darunter Konzepte wie Macht, Ordnung, Repräsentation, Universalismus/Partikularismus,

- 
- 2 Dass es sich hier im politischen Sinn um einen Einsatz handelte, wird daran deutlich, dass sich viele Anhänger eines traditionellen, „klassenbasierten“ Marxismus nach Veröffentlichung von *Hegemonie und radikale Demokratie* vom dort ausgerufenen „Postmarxismus“ vor den Kopf gestoßen fühlten und mit teils wüsten Polemiken reagierten.
  - 3 Im französischen Theorieraum, dem viele der einschlägigen Theoretiker entstammen, ist der Begriff des Poststrukturalismus nicht eingeführt; es handelt sich um eine anglo-amerikanische Wortprägung.

Gemeinschaft, Ideologie, Emanzipation sowie natürlich die Begriffe von Politik und Gesellschaft. Zugleich wendet sich Laclau in diesen späteren Arbeiten verstärkt dem Subjekt- und Begehrensbegriff der Lacan'schen Psychoanalyse zu. Dass mit dieser „poststrukturalistischen“ Wende politischer Theoriebildung, die sich einer allgemeineren (z. B. auch pragmatistischen, skeptizistischen oder phänomenologischen) *postfundamentalistischen* Wende einschreibt (vgl. Marchart 2010, 2013), der gesellschaftskritische Impetus keineswegs verloren ging, zeigen Tomas Marttila und Vincent Gengnagel in ihrer Rekonstruktion der spezifischen Idee von Kritik, die dem Laclau'schen Programm zugrunde liegt.

Die Integration poststrukturalistischer Ansätze in die Hegemonietheorie ermöglichte zugleich, und darin liegt der dritte Einsatz, die Ausarbeitung einer kontingenzsensitiven und doch erklärungskräftigen Diskurstheorie, die Laclau in seinen späteren Texten – zusammengeführt in das posthum erschienene *The Rhetorical Foundation of Society* (Laclau 2014) – zu einer allgemeinen Theorie der Rhetorik erweitern sollte, deren politische wie gesellschaftstheoretische Bedeutung Andreas Hetzel in seinem Beitrag darlegt. Zu den Schlüsselkonzepten der Laclau'schen Diskurstheorie zählt – neben dem Begriff der Artikulation und jenem des „leeren Signifikanten“ – ohne Zweifel das Konzept des Antagonismus, zugleich wohl Laclaus bedeutendster Beitrag zur Sozialtheorie der Gegenwart. Politische Identitäten, so der Grundgedanke, können sich diskursiv nur stabilisieren, indem sie sich gegenüber einer Instanz radikaler Negation abgrenzen, die Laclau Antagonismus tauft. In meinem eigenen Beitrag stelle ich das von Laclau vorgeschlagene Minimalmodell diskursiver Artikulation vor und schlage eine methodische Erweiterung dieses Modells anhand einer Modellanalyse der Prekarisierungsbewegung EuroMayDay vor. Martin Nonhoff konzentriert sich in seiner Darstellung auf das zentrale Konzept des Antagonismus, um es in seiner sozialontologischen Bedeutung von konkreten, für die Diskursanalyse maßgeblichen Antagonismen (im Plural) abzugrenzen.

Der vierte Einsatz besteht in Laclaus Populismustheorie. An ihr zeigt sich die Erfahrung der populistischen Tradition Lateinamerikas, insbesondere natürlich des Peronismus. Dessen Strategie der popular-demokratischen Anrufung – also der politischen Konstruktion eines klassenübergreifenden „Volkes“ – erschien Laclau deutlich effektiver als jene orthodox-marxistische Politik, die ausschließlich auf die Mobilisierung der Arbeiterklasse konzentriert war, ohne andere soziale Sektoren einzuschließen. Laclaus spätere Theorie der hegemonialen Artikulation unterschiedlichster Elemente zu einer Äquivalenzkette (qua antagonistischer Spaltung der Gesellschaft) nahm von dieser Erfahrung ihren Ausgang. Das Thema Populismus sollte Laclau nicht mehr loslassen: von seinen ersten Zeitschriftenpublikationen, versammelt in dem Band *Politik und Ideologie im Marxismus* (Laclau 1981), bis zu seiner Studie *On Populist Reason* (2005), die während der Welle neopopulistischer

Linksregierungen in Venezuela, Argentinien, Bolivien, Ecuador und Uruguay erschien.<sup>4</sup> *On Populist Reason* war intellektuelle und politische Intervention zugleich. Sehr bald gelangte Laclau in seinem Heimatland Argentinien zu medialer Berühmtheit als intellektueller Verteidiger der Kirchner-Regierungen. An dieser Stelle sollen die Umrissse seiner Populismustheorie nicht weiter nachgezeichnet werden. Im Anhang zum vorliegenden Band wird das Wort Laclau selbst überlassen. Sein Essay „Warum Populismus“ gibt einen kurzen, präzisen Abriss. Zuvor belegt in Teil II Philipp Casulas Analyse der populistischen Diskurselemente des Putinismus die empirische Erklärungskraft von Laclaus Populismustheorie.

Ich komme zum letzten Einsatz, der am Laclau'schen Projekt hervorgehoben werden muss. Es handelt sich, wenn man so will, um dessen *Movens*, das zugleich allen bisher erwähnten Einsätzen zugrunde liegt: eine seltsame „Einheit in der Trennung“ aus abstrakt-intellektueller Anstrengung und politischer Militanz. Zur Verdeutlichung seien mir abschließend einige persönliche Bemerkungen erlaubt. Als ich gemeinsam mit Simon Critchley den Band *Laclau: A Critical Reader* (Critchley/Marchart 2004) vorbereitete, schlugen wir Laclau als Umschlagbild eine Fotografie der zerbombten Redaktionsräume von *Lucha Obrera* vor, auf die zu Zeiten der Herausgeberschaft Laclaus ein Anschlag verübt worden war. Das Bild, so unsere Idee, hätte unterstrichen, dass eine scheinbar abstrakte Theorie, der manchmal der Vorwurf des Formalismus gemacht wurde, aus durchaus „materiellen“ Kämpfen hervorging. Zu unserer Enttäuschung sprach sich Laclau strikt gegen den Vorschlag aus und optierte stattdessen für eine Abbildung der barocken Fassade der Universität von Buenos Aires. Mir schien das eine unglückliche Wahl, da die tiefere Bedeutung dieses Umschlagbilds die Leser vor ein Rätsel stellen musste, aber wir beugten uns seinem Wunsch. Für Laclau, so scheint mir heute, stellte die Universität von Buenos Aires den Ort einer seltsamen „*coincidentia oppositorum*“ aus akademischer Gelehrsamkeit und politischer Militanz dar. Diese beiden Seiten korrespondierten mit den beiden *personae* Laclaus: jener des politischen Aktivisten einerseits, der noch im Alter dutzende italienische Partisanenlieder im Repertoire hatte und mit Schülern und Kollegen das „vielsprachige Singen der Internationale“ pflegte (Seyd 2016), was in offensichtlichem Kontrast, wenn nicht Widerspruch zu akademischen Gepflogenheiten steht (aber in Übereinstimmung mit seinem Selbstbild als Peronist und Verteidiger der Kirchner-Regierungen); und andererseits dem Gelehrten im traditionellen Sinne, der vordringlich an der Entwicklung eines kohärent argumentierten Systems politischer Theorie interessiert war.

So kann es paradox erscheinen, dass ein glühender Verfechter populistischer Strategien als Theoretiker und Hochschullehrer selbst von jeder populistischen Atti-

---

4 Aktuell scheint dieser Zyklus an ein Ende gelangt zu sein, vgl. Brand (2016).

tüde weit entfernt war. Es wäre Laclau niemals eingefallen, den Argumentationsgang seiner Texte oder Vorträge mit künstlicher Effekthascherei zu kompromittieren. Rhetorische Mittel, die vom Gang der Überlegung hätten ablenken können, gestattete er sich nicht. Obwohl er, wie in seinem letzten Buch, die Rhetorizität des Sozialen postulieren und von den „rhetorischen Fundamenten der Gesellschaft“ sprechen sollte, schien er sich zum Ziel gesetzt zu haben, die rhetorischen Fundamente der eigenen Theorie weitestmöglich abzutragen. Natürlich war ihm bewusst, dass dieses Ziel unmöglich zu erreichen war,<sup>5</sup> doch indem er sein Denken *clare et distincte* präsentierte, statt es mit Beispielen, Histörchen und Witzen zu garnieren, machte er es auf andere Art nachvollziehbar: durch argumentationslogische Konsequenz. Diese intellektuelle Einstellung, die Umwege und Ablenkungen vermied und von einem tiefen Wunsch nach Konsistenz angetrieben war, könnte als gelehrsam in einem geradezu mittelalterlichen Sinn beschrieben werden. So erweckt Laclaus kristallklarer, „logischer“ Stil gelegentlich den Eindruck, als wäre eine dekonstruktive Version negativer Dialektik in die Mühlen scholastischer Argumentationstechnik geraten. Daher erstaunt es auch nicht, dass Laclaus bevorzugtes Instrument Ockhams Rasiermesser war. Durch Wegschneiden alles arbiträren Beiwerks erreichte Laclau einen beispiellosen Grad an theoretischer Kondensierung: einer seiner Schlüsseltexte, „The Impossibility of Society“ (Laclau 1990: 89-92), zählt gerade mal vier Druckseiten.

Dieser philosophische Rigorismus war bei Laclau nun keineswegs getrennt von politischem Aktivismus. An beiden Fronten war Laclau kompromisslos; und sein Charisma als Lehrer und Vortragender war wohl dem paradoxen Umstand geschuldet, dass in ein und derselben Person die beiden *personae* des Gelehrten und des Aktivisten klar unterschieden und doch auch identisch waren. Nicht dass Laclau sie in Balance – in eine Art instabiles Equilibrium zwischen Parteilichkeit und Universalität – hätte bringen müssen. Als Person ging Laclau *zugleich* vollständig in Politik und vollständig in Theorie auf, war *zugleich* ein, wie man sagt, „politisches Tier“ und ein Gelehrter von quasi-mittelalterlicher Statur. Möglicherweise war einiges daran weniger eine singuläre Eigenschaft als ein Charakteristikum der Generation radikaler Intellektueller von Eric Hobsbawm, der Laclau nach England geholt hatte, bis zu Stuart Hall, der nur wenige Wochen vor Laclau verstarb. Letzterer hatte theoretische Arbeit einmal als „Ringkampf mit den Engeln“ beschrieben. Für diese Generation war das Ringen mit den Engeln der Theorie und das Ringen mit

---

5 Im Vorwort zu seinem Buch *New Reflections on the Revolution of Our Time* (Laclau 1990), in dem er seine Theorie à l'ordre de raison darlegt, gesteht er ein, dass eine solchermaßen „geometrische“ Präsentation der Argumente allem widerspricht, was er selbst über die Natur von Sprache denkt.

den Bestien der Politik ein und dasselbe. Die antinomische Totalität aus Theorie und Politik scheint mir schließlich auch Laclaus Auswahl des Umschlagfotos zu erklären. Für Laclau, den Studentenpolitiker und späteren Hochschullehrer, war die Universität nicht etwa nur ein Ort, an dem man Interessenpolitik betrieb und gelegentlich in politische Kämpfe verstrickt wurde. Die Universität war für ihn eine durch und durch politische Arena. Und doch war sie für ihn zugleich Refugium für ernsthafte und kompromisslose wissenschaftliche Arbeit. Daher symbolisierte seine alte Universität für Laclau das Politische genauso wie das Akademische, von deren Einheit sein Leben und seine Arbeit Zeugnis ablegen.

## Literatur

- Brand, Ulrich (Hg.), 2016: Lateinamerikas Linke. Ende eines Zyklus? Hamburg.
- Critchley, Simon/Marchart, Oliver (Hg.), 2004: Laclau. A Critical Reader. London und New York.
- Deutsche, Penelope, 1998: Evictions. Art and Spatial Political. Cambridge, MA.
- Glynos, Jason/Howarth, David R., 2007: Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory. London and New York.
- Hetzel, Andreas, 2011: Die Wirksamkeit der Rede. Bielefeld.
- Howarth, David/ Norval, Aletta/ Stavrakakis, Yannis (Hg.), 2000: Discourse Theory and Political Analysis. Identities, Hegemonies and Social Change. Manchester.
- Howarth, David/ Jacob, Torfing (Hg.), 2005: Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance. Houndmills.
- Laclau, Ernesto, 1979: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus. Hamburg.
- Laclau, Ernesto, 1990: New Reflections in the Revolution of Our Time. London/New York.
- Laclau, Ernesto, 2002: Emanzipation und Differenz. Wien.
- Laclau, Ernesto, 2005: On Populist Reason. London.
- Laclau, Ernesto, 2014: The Rhetorical Foundations of Society. London/New York.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal, 1991: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.
- Marchart, Oliver (Hg.), 1998: Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus. Wien.
- Marchart, Oliver, 2008: Hegemonie im Kunstfeld. Die documenta-Ausstellungen dX, D11, d12 und die Politik der Biennalisierung. Köln.
- Marchart, Oliver, 2010: Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben. Berlin.
- Marchart, Oliver, 2013: Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft. Berlin.

- Marchart, Oliver, 2015: Demokratischer Radikalismus und radikale Demokratie. Historisch-programmatische Anmerkungen zum Stand politischer Theorie. In: *Berliner Debatte Initial* 26(4), S. 21-32.
- Mouffe, Chantal, 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt a.M.
- Mouffe, Chantal, 2008: Das demokratische Paradox. Wien.
- Mouffe, Chantal, 2014: Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin.
- Nash, Kate, 2010: Contemporary Political Sociology. Chichester.
- Nonhoff, Martin, 2006: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“. Bielefeld.
- Norval, Aletta, 1996: Deconstructing Apartheid Discourse. London/New York.
- Seyd, Benjamin, 2016: Ein Aktivist der Theorie. In: *Soziopolis*, 13.4.2016, elektronisches Dokument: <http://www.sozio.polis.de/erinnern/jubilaeen/artikel/ein-aktivist-der-theorie/>
- Smith, Anna-Marie, 1994: New Right Discourse on Race and Sexuality, Cambridge.
- Stavrakakis, Yannis, 1999: Lacan & the Political. London/New York.
- Tønder, Lars/Thomassen, Lasse (Hg.), 2005: Radical Democracy: Politics between Abundance and Lack, Manchester
- Townshend, Jules, 2003: Discourse theory and political analysis: a new paradigm from the Essex School?, In: *The British Journal of Politics and International Relations* 5(1), Februar 2003, S. 129-42.

---

I

**Einsätze: Demokratie, Rhetorik,  
Diskurs, Antagonismus, Kritik**

---

# Die Kontingenz der demokratischen Gesellschaft

## Zum demokratietheoretischen Gehalt von Ernesto Laclaus Hegemonietheorie

Oliver Flügel-Martinsen

„The only democratic society is one which permanently shows the contingency of its own foundations“ (Laclau 2000: 86). Wer mit der Geschichte der politischen Theorie des 20. Jahrhunderts vertraut ist, könnte sich angesichts der Autornennung auf den ersten Blick die Augen reiben und sich fragen, ob hier nicht eigentlich ein Zitat des französischen Philosophen und politischen Theoretikers Claude Lefort vorliegt, der in ganz ähnlichen Formulierungen immer wieder auf die Kontingenzverfahrung des demokratischen Zeitalters und die Notwendigkeit, sie theoretisch zu durchdenken, hingewiesen hat (vgl. Lefort 1986c). Diese Prima-facie-Nähe zu Lefort ist freilich in mehrerlei Hinsicht kein Zufall und sie ist zudem ausgesprochen aufschlussreich für den Charakter und vor allem für die Reichweite von Laclaus Demokratietheorie im Besonderen und seiner politischen Theorie im Allgemeinen. Zum einen bezieht sich Laclau in der Formulierung seiner politischen Theorie in dem mittlerweile klassischen, gemeinsam mit Chantal Mouffe verfassten Buch *Hegemonie und radikale Demokratie* tatsächlich schon früh explizit auf Lefort (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 253) und setzt sich auch in späteren Veröffentlichungen an demokratietheoretisch einschlägigen Stellen mit ihm auseinander (vgl. Laclau 2005: 164ff.).<sup>1</sup> Zum anderen aber – und das ist in systematischer Hinsicht der wichtigere Punkt – arbeitet Laclau im Laufe der Jahre im Grunde genommen eine politische Theorie aus, wie sie Lefort seinerzeit Mitte der 1980er Jahre im politischen Denken von Politikwissenschaft und politischer Soziologie auf der einen und politischer Philosophie auf der anderen Seite vermisst hat: Eine politische Theorie nämlich, die nicht nur in der Lage ist, politische Zusammenhänge gesellschaftstheoretisch zu reflektieren, sondern die vor allem auch die grundlegende Rolle von Politik in

---

1 Wir werden auf die Nähe zu Lefort, aber auch auf die Umstellungen, die Laclau im politischen Denken der Demokratie gegenüber Lefort vornimmt, zu einem späteren Zeitpunkt zurückkommen.

der Konstitution gesellschaftlicher Ordnungen und – in einer intimen Verknüpfung von Gesellschaftstheorie und politischer Theorie – die Abwesenheit fester Fundamente sozialer und politischer Kategorien und Institutionen zu erfassen vermag (vgl. Lefort 1986b).

Laclaus Demokratietheorie ist also, wie schon diese wenigen Bemerkungen andeuten, in eine deutlich breiter und tiefer angelegte theoretische Unternehmung eingebettet, vor deren Hintergrund sie sich eigentlich erst erschließen lässt. Diese zielt auf eine Reformulierung von politischer Theorie und kritischer Gesellschaftstheorie ebenso wie auf die politisch-praktische Aufgabe eines anderen emanzipatorisch ausgerichteten Demokratiedenkens. Theoriegeschichtlich sind dabei zudem die Auswirkungen eines häufig als poststrukturalistisch bezeichneten<sup>2</sup>, befragenden und begründungsskeptischen Philosophieverständnisses auf das marxistische Theorieprojekt mit in Betracht zu ziehen. Es liegt auf der Hand, dass eine im Umfang eng begrenzte Darstellung seines Demokratiedenkens sich hier auf Kompromisse einlassen muss und nicht alle genannten Dimensionen gleichermaßen berücksichtigt werden können. Das dürfte aber umso eher verkraftbar sein, als sich andere Beiträge des vorliegenden Bands zu Laclaus politischer Theorie diesen Aspekten seines Denkens ausführlicher widmen können. Ganz aus dem Blick geraten darf dieser weitere theoretische Bezugsrahmen allerdings nicht, weswegen es in einem ersten Schritt zunächst darum gehen wird, die gesellschaftstheoretischen Dimensionen seines Demokratiedenkens zu umreißen (1.). Dieser Blick auf die gesellschaftstheoretischen Rahmenüberlegungen ist vor allem deshalb so wichtig, weil Laclau hier die Bedeutung des Politischen bei der Konstitution des Sozialen herausstellt, wodurch erst die grundlegende Stellung der Demokratie hervortreten kann: Der demokratische Streit ist nicht irgendein Nebenschauplatz in einem gesellschaftlichen Bereich, sondern er ist das Ringen um die Einrichtung von Gesellschaft.<sup>3</sup> Im Lichte dieser gesellschaftstheoretischen Annahmen können hernach Laclaus

---

2 Dem Label des Poststrukturalismus haftet natürlich, wie allen Versuchen, verschiedene theoretische Unternehmungen mit einer einheitlichen Bezeichnung zu versehen, unvermeidlich etwas Künstliches und Gezwungenes an, das den einzelnen Ansätzen nicht gerecht zu werden vermag und das zudem von vielen der unter es subsumierten Autorinnen und Autoren nicht zur Selbstbeschreibung verwendet wird. Vgl. zu dieser theoriegeschichtlichen Konstruktion: Angermüller 2007: 9-13. Zu ähnlichen gelagerten Schwierigkeiten des für diese Ansätze vor allem in den USA auch gebräuchlichen Begriffs der French Theory vgl. Butler 1999: x.

3 Dieses Motiv teilt Laclau in der politischen Theorie der Gegenwart vor allem mit der Unternehmung Jacques Rancières, worauf wir später noch zurückkommen werden. Laclau zieht diese Parallele übrigens selbst: vgl. Laclau 2005: 244ff.

Überlegungen zur radikalen Demokratie und zur Konstitution eines demokratischen Volkes entfaltet werden (2.).

---

## 1 Gesellschaftstheoretische Dimensionen der Demokratietheorie: Antagonismus, Hegemonie und der Primat des Politischen

Laclau hat in seinen späteren Arbeiten verschiedentlich die Gelegenheit ergriffen, in der Form konziser Rückerrerinnerungen wesentliche Entwicklungslinien, Hintergründe und Facetten seiner Werkentwicklung in Erinnerung zu rufen (Laclau 2007 und 2014b). In diesen kurz gehaltenen Vergegenwärtigungen gelingt Laclau jeweils das Kunststück, die weitausgreifenden und komplexen Denkbewegungen und Theoriebezüge, die seiner politischen Theorie zugrunde liegen, in wenigen Strichen anschaulich zu umreißen. Während dabei die Einleitung zu seinem letzten großen Buch *The Rhetorical Foundations of Society* (Laclau 2014a), einer Sammlung wichtiger Aufsätze aus den letzten beiden Dekaden seines Schaffens, stärker auf die auch autobiographisch relevanten realgeschichtlichen Hintergründe seiner politischen Theorie fokussiert ist (Laclau 2014b), rekapituliert der Aufsatz *Ideologie und Post-Marxismus* (Laclau 2007) die theoriegeschichtliche Großwetterlage und die wesentlichen Stationen von Laclaus Theorieentwicklung seit Erscheinen von *Hegemonie und radikale Demokratie*. Diese beiden Dimensionen der, wenn man so will, emanzipatorisch ausgerichteten Realpolitik und der kritisch orientierten Theoriepolitik sind die beiden wesentlichen Seiten von Laclaus Demokratiedenken: Seine Demokratietheorie zielt nämlich, wie auch seine politische Theorie insgesamt, in einer miteinander verschränkten Doppelbewegung darauf, praktische politische Wirksamkeit dadurch zu entfalten, dass sie theoretisch avancierte Denkmittel für emanzipatorische politische Bewegungen bereit stellt.

In beiden Rückerrerinnerungen zeichnet Laclau darum gleichermaßen den Weg zu *Hegemonie und radikale Demokratie* im Ausgangspunkt einer Krise des marxistischen Diskurses nach: Das eine Mal hebt er dabei mit stärker realpolitischen Akzenten hervor, dass sich angesichts der politischen Entwicklungen auf der Linken in den 1960er und 1970er Jahren die marxistische Fixierung auf den dualistisch verstandenen Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat nicht nur nicht halten ließ, sondern dass darüber hinaus mit der Konzentration etwa auf

Volksbewegungen<sup>4</sup> in den revolutionären Bewegungen Kategorien ins Spiel kamen, die innerhalb des marxistischen Denkens wenig berücksichtigt, ja gar verpönt waren (Laclau 2014: 3). Das andere Mal konzentriert er sich stärker auf die im marxistischen Theorieprojekt selbst angelegte konzeptuelle Spannung zwischen einer systematischen Geschichtsphilosophie, die Geschichte als objektiven Vorgang versteht, angesichts dessen Akteurkonstellationen eine eher nebensächliche Rolle spielen, weil sie sich aus der historisch objektiven Situation notwendig ergeben sollen, und der Theorie des Klassenkampfes, in der die konkreten revolutionären Konstellationen, aber auch vor allem Strategien eine zentrale Funktion übernehmen: „Ich kam mehr und mehr zu der Überzeugung, dass es unmöglich ist, diese beiden Sichtweisen miteinander zu vereinbaren, und dass die sogenannte ‚Krise des Marxismus‘ zu einem Großteil aus dieser Unmöglichkeit resultierte“ (Laclau 2007: 25).

Aus beiden Perspektiven wird also ein theoretisches Umdenken erforderlich, das über den marxistischen Theorierahmen so hinausgeht, dass es möglich wird, den *politischen* Charakter dieser Kämpfe angemessen zu erfassen. Der von Laclau und Mouffe gleichermaßen verwendete Begriff des Post-Marxismus muss deshalb als eine *politische* Theorie verstanden werden, die sich mit zwei verschiedenen Akzentsetzungen lesen lässt: Sie ist *Post-Marxismus*, indem sie über die objektivistischen Theorieverständnisse des Marxismus hinausgeht, von denen aus politische Fragen als Epiphänomene eines größeren objektiv beschreibbaren Geschichtsprozesses und einer systematisch erfassbaren, gleichsam technisch verstandenen gesellschaftlichen Konstellation zwischen dem Entwicklungsstand der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse erscheinen. Sie ist aber ebenso *Post-Marxismus*, da sie die *politische* Dimension gegenüber der objektivistischen ja gerade stärkt, um an der linken emanzipatorischen Ausrichtung der marxistischen Unternehmung festhalten zu können. Das theoretische Desiderat, dem Laclau und Mouffe in *Hegemonie und radikale Demokratie* gemeinsam und in den Folgejahren auf zwar selbstständigen Wegen, aber mit zahlreichen Berührungspunkten nachspüren<sup>5</sup>, besteht so in einer politischen Theorie, die gesellschaftliche Kräfteverhältnisse als politische Konstellationen zu denken vermag, die also, wie man vielleicht sagen könnte, eine politisch gebrochene Gesellschaftstheorie ist: Mithin eine Gesellschaftstheorie, der von

---

4 Die damit aufgeworfene Frage nach der Konstitution eines Volkes hat für Laclaus Demokratietheorie, wie wir später noch sehen werden (2.), elementare Bedeutung (vgl. dazu insgesamt Laclau 2005, insb.: 164-171).

5 Beide teilen den hegemonietheoretischen Rahmen in allen ihren Veröffentlichungen und Laclau bezieht sich bspw. in *On Populist Reason* in der Erörterung des demokratietheoretischen Gehalts seiner Überlegungen auf Mouffes Ansatz einer agonistischen Demokratietheorie (vgl. Laclau 2005: 168ff., vgl. zu Mouffes Demokratietheorie Mouffe 2007, 2008 und 2014).

vornherein die Unmöglichkeit einer objektiven und umfassenden Erfassung des Begriffs der Gesellschaft klar vor Augen steht, weil es *die* Gesellschaft gerade nicht gibt (vgl. Laclau 2007: 27, dazu: Hetzel 2004 und Marchart 2013), sondern stattdessen wechselnde gesellschaftliche Konstellationen auf politischem Wege erkämpft werden. Damit wird die Politik vom Rand geradezu ins Zentrum gerückt, weswegen Laclau auch „vom Primat der Politik bei der Strukturierung sozialer Räume“ (Laclau 2007: 36) ausgeht, womit er auf den schon angedeuteten Umstand hinweist, dass soziale Konstellationen und Konfigurationen als verschiebbare und niemals abgeschlossene Sedimentierungen politischer Kämpfe begriffen werden müssen. Diese Überlegung ist schon für die Verschiebung des marxistischen Diskurses wesentlich, die Laclau und Mouffe in *Hegemonie und radikale Demokratie* vornehmen. Dort heißt es entsprechend in einer Formulierung, in der gleichermaßen die Unmöglichkeit eines endgültigen und totalisierenden Zugriffs auf Gesellschaft im Ganzen und die damit einhergehende politische Konstitution des Sozialen betont wird:

„Was wir hervorheben wollen ist, daß Politik als eine Praxis des Erzeugens, der Reproduktion und Transformation sozialer Verhältnisse nicht auf einer bestimmten Ebene des Gesellschaftlichen verortet werden kann, da das Problem des Politischen das Problem der Einrichtung des Sozialen ist“ (Laclau/Mouffe 1991: 212).

Und damit kommt auch *demokratischer* Politik eine grundlegende Aufgabe zu; im Grunde genommen wird sie erst angesichts dieses in sich gebrochenen Theorieverständnisses möglich, wie Laclau anhand der Umarbeitung des klassischen, gerade auch für die marxistische Theorie wesentlichen Emanzipationsbegriffs erörtert (vgl. Laclau 2002a): Während der klassische Emanzipationsbegriff eine Idee universeller Befreiung impliziert, die ihrerseits einen gesellschaftlichen Selbstbegriff voraussetzt, in dem eine Gesellschaft gleichsam als Totalität zu sich selbst kommt, weist Laclau auf die Gebrochenheit universeller Ansprüche hin: Wird der gesellschaftliche Wandel nicht in eine geschichtsphilosophisch totalisierende Bewegung à la Hegel oder Marx eingebettet, sondern als Abfolge von unterschiedlichen Konstellationen und temporären Sedimentierungen politischer Kämpfe verstanden, dann trägt jede gesellschaftliche Formation die Signatur des bloß Partikularen in sich. Laclau weist, wie wir uns gleich noch genauer ansehen müssen, in diesem Zusammenhang darauf hin, dass jede dieser Partikularitäten dennoch, um politisch wirksam werden zu können, gezwungen ist, „eine universale Rolle anzunehmen“ (Laclau 2002b: 41). Zunächst aber ist der entscheidende Punkt, dass die bei Marx der Tendenz nach eschatologisch verstandene Idee der Emanzipation (vgl. Derrida

1995: 100/101)<sup>6</sup>, die sich etwa in seinen Bildern einer Aufhebung der Klassenkämpfe (Marx/Engels 1972: 482) oder einer planmäßigen Kontrolle der gesellschaftlichen Kräfte und eines damit einhergehenden Übergangs vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit (Marx 1973: 828) zum Ausdruck bringt, ihre erlösende Dignität verliert, Emanzipation also im Sinne einer universellen Befreiung unmöglich wird. Genau dadurch aber wird, wie Laclau unterstreicht, demokratische Politik überhaupt erst möglich, denn „Unvollständigkeit und Vorläufigkeit gehören zur Essenz der Demokratie“ (Laclau 2002b: 41), weil, wie sich diese Überlegung mit Derrida erläutern ließe, demokratische Politik nur dann stattfinden kann, wenn kein objektiver Weg vorgezeichnet, kein endgültiger Zustand erreicht werden kann, wenn also etwas entschieden werden kann und nicht ein Programm abläuft oder gar zum Abschluss kommt (vgl. Derrida 2000: 55). Diese Unmöglichkeit einer endgültigen Aufhebung des Kampfes um die Einrichtung von Gesellschaft haben Laclau und Mouffe wiederum bereits in *Hegemonie und radikale Demokratie* ins Zentrum ihrer Überlegungen gestellt und deshalb einen Revolutionsbegriff, wie er Marx' Vorstellung einer proletarischen Revolution zugrunde liegt, zurückgewiesen: „Der klassische Begriff der Revolution implizierte [...] den *grundlegenden* Charakter des revolutionären Akts, nämlich die Institution eines Punktes der Konzentration der Macht, von dem aus die Gesellschaft ‚rational‘ reorganisiert werden könnte“ (Laclau/Mouffe 1991: 242, Herv. i. O.). In der Tat ist eine solche Vorstellung der rationalen Kontrolle gesellschaftlicher Prozesse für Marx' Befreiungsvision wesentlich, wie sich etwa an einer berühmten Formulierung aus dem Fetischkapitel des ersten Kapitalbandes zeigt, in der Marx die Auffassung vertritt, dass die mit dem Fetischcharakter der Ware einhergehende Situation, dass sich gesellschaftlich Erzeugtes dem Einfluss der Menschen entzieht und sie von ihm kontrolliert werden, statt es zu kontrollieren (vgl. auch Marx 1972: 89), aufzuheben ist: „Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d. h. des materiellen Produktionsprozesses streift nur ihren mystischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt vergesellschafteter Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht“ (Marx 1972: 94). Wie in diesem Zitat der materielle Produktionsprozess, so soll dann als Ergebnis einer gleichsam letzten Revolution, die die Geschichte aller Klassenkämpfe beendet, die rationale Kontrolle von Gesellschaft insgesamt und damit der Übergang vom Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit möglich werden (vgl. Marx 1973: 828). Rancière hat deshalb zu Recht darauf hingewiesen, dass Marxens revolutionäre Theorie in einer Vision des Schlussmachens mit der Politik als Streit um die

---

6 Dort vertritt Derrida aber übrigens die Auffassung, dass dennoch an der Idee der Emanzipation festzuhalten ist; ähnlich emphatisch bezieht er sich auch in *Gesetzeskraft* auf die Idee der Emanzipation: vgl. Derrida 1991: 58.

Einrichtung der Welt gipfelt, weil sie eine rationale Einrichtung von Gesellschaft anvisiert, die als metapolitisch verstanden werden kann, da sie eine Lösung jenseits der Politik, eine Lösung also, die politische Kämpfe überflüssig macht, anstrebt (Rancière 2002: 94ff.). Es sind solche marxischen und marxistischen, letztlich geschichtsphilosophisch getragenen Vorstellungen einer Beendigung des Kampfes um die Einrichtung von Gesellschaft, gegen die sich Laclau und Mouffe richten und an deren Stelle sie eine Theorie der Kontingenz sozialer Verhältnisse setzen, über deren jeweilige Konturen in einer unaufhörlichen Abfolge politischer Kämpfe gerungen wird. Durch diese veränderte Fassung einer kritischen Gesellschaftstheorie wird das Politische zum entscheidenden Modus und Austragungsort von Kämpfen um die Instituierung des Sozialen.

Sind damit zwar die ungefähren Konturen einer postmarxistischen politischen Theorie der Gesellschaft umrissen, in deren Folge, wie wir später noch sehen werden, dem demokratischen Streit die entscheidende Rolle eines Streits um die Einrichtung von Gesellschaft zukommen wird, so ist noch wenig darüber gesagt, wie genau die Kontingenzzannahmen entfaltet und in eine Theorie des Politischen überführt werden, die den im Begriffsuniversum des orthodoxen Marxismus von einer geschichtsphilosophisch getragenen politischen Ökonomie gehaltenen zentralen Platz politischen Kämpfen und demokratischen Konflikten zuweist. Die näheren Konturen einer solchen politischen Theorie lassen sich vor dem Hintergrund wesentlicher theoretisch-konzeptioneller Bezugspunkte umreißen. Etwas holzschnittartig können diese theoretischen Umstellungen als ein Ineinandergreifen poststrukturalistisch befragender Überlegungen, die sich in Derridas Dekonstruktion (Derrida 1983) ebenso wie in Foucaults Verknüpfung von Genealogie und Diskurs (Foucault 1991: 43/44) finden, mit einem wesentlich durch die Arbeiten Gramscis getragenen Verständnis sozialer Konflikte als hegemoniale Kämpfe beschrieben werden. Hinzu tritt zudem eine Rezeption und umarbeitende Integration von Claude Leforts Charakterisierung demokratischer Gesellschaften als Gesellschaften, die der Kontingenz sozialer Ordnungen innegeworden sind (Lefort 1986c) und die sich angesichts dieses Umstands als Gesellschaften beschreiben lassen, deren Mitte der Macht in dem Sinne leer ist (Lefort 1986b: 28), dass es keine substantielle Inkorporation der Macht gibt, wie sie für aus Leforts (im Anschluss an Kantorowicz) formulierte Sicht in monarchischen Regierungsformen anzutreffen ist (Lefort 1999: 85ff.). All diese Bezugspunkte werden bereits in *Hegemonie und radikale Demokratie* aufgerufen – und es ist kein Zufall, dass sich der letzte Teil des Buches den Perspektiven radikaler Demokratie von einer hegemonietheoretischen Warte aus zuwendet (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 207-261) und damit das Theorieprojekt umreißt, dem sich, wenngleich in dann separaten

Publikationen, aber mit einer großen konzeptuellen Nähe Chantal Mouffe und Ernesto Laclau in den Folgejahrzehnten zuwenden.

Betrachten wir diese Bezugspunkt und ihre Rolle in der politischen Theorie von Laclau (und Mouffe) daher etwas genauer und verfolgen wir sie bis an den Punkt, an dem die politische Theorie eine Theorie radikaler Demokratie auf den Plan ruft. Es liegt auf der Hand, dass es daneben eine Vielzahl weiterer wesentlicher Positionen gibt, die Einfluss auf Laclaus Denken haben: Hegels Dialektik, de Saussures Linguistik, Wittgensteins Sprachphilosophie und Lacans Psychoanalyse sind dabei nur die sichtbarsten Referenztheorien; es ist aber nicht das Ziel des vorliegenden Aufsatzes, Laclaus politische Theorie umfassend aus ihren Bezugspunkten heraus zu entwickeln. Stattdessen sollen diese nur selektiv zu dem Zweck aufgerufen werden, die Zentralität und den Modus des Demokratiedenkens innerhalb dieser politischen Theorie hervortreten zu lassen.

Der poststrukturalistische Blick hilft hier bei der Suche nach einer Theorie, die die Gebrochenheit und den konstitutiven Mangel sowohl von Gesellschaft als auch von Gesellschaftstheorie sowie die letztlich kontingente Konstitution sozialer Institutionen denken kann. Mit Derridas Dekonstruktion wird dabei eine Kritik objektivistischer Gesellschaftstheorien möglich, denn von einer dekonstruktiven Warte aus lassen sich scheinbar feste Bezugspunkte in eine auflösende Bewegung bringen, die Foucault in ähnlicher Weise, in Abkehr von philosophischen Gründungs- und Begründungsgesten, als Ausgrabungsarbeit unter unseren Füßen bezeichnet hat (vgl. Foucault 2001: 776). Diese dekonstruktiv-befragende Gesamtanlage ist für Laclau und Mouffes Projekt einer postmarxistischen politischen Theorie wesentlich, geht es dieser doch gerade darum, an die Stelle einer objektivistischen Gesellschaftstheorie eine Theorie der politischenstituierung des Sozialen zu setzen. Im Grunde lässt sich dieser Zug als eine politiktheoretische Übersetzung von Derridas dekonstruktiver These verstehen, dass sich Bedeutungen nicht fixieren lassen, sondern in einer steten Verschiebungsbewegung begriffen sind (Derrida 1976), die allerdings durchaus Haltepunkte kennt, als die zumindest temporär sedimentierte Ergebnisse politischer Kämpfe begriffen werden können – Laclau und Mouffe nennen solche Punkte partieller Fixierung im Anschluss an Lacans *points de capiton* (Stoppunkte) Knotenpunkte (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 164).

Um eine solche nicht-objektivistische und postessentialistische Theorie der politischenstituierung des Sozialen zu denken, greifen Laclau und Mouffe die Vorstellung einer diskursiven und das heißt vor allem auch sich in Machtbeziehungen vollziehenden Erzeugung sozialer Wirklichkeit auf, die insbesondere Foucault ausgearbeitet hat. Die für den Diskursbegriff von Laclau und Mouffe so wichtige Einsicht, dass Diskurse als Kämpfe verstanden werden müssen, die die bloß sprachliche Ebene übersteigen, findet sich auch schon in Foucaults Arbeiten

aus den 1970er Jahren.<sup>7</sup> So heißt es etwa bei Foucault (2003: 11): „Heute ist es aber an der Zeit, diese Diskursphänomene nicht mehr nur unter sprachlichem Aspekt zu betrachten, sondern [...] als strategische Spiele aus Handlungen und Reaktionen, Fragen und Antworten, Beherrschungsversuchen und Ausweichmanövern, das heißt als Kampf“. Wie in diesem Foucault-Zitat angedeutet, weisen auch Laclau und Mouffe auf den nicht bloß sprachlichen Charakter von Diskursen hin, denen sie ausdrücklich einen auch „materiellen Charakter“ (Laclau/Mouffe 1991: 158, Herv.i. O.) zuschreiben.<sup>8</sup>

Während bei Foucault allerdings mit der Rede von Diskursen und Gegendiskursen die Modalitäten des Kampfes um diskursive Vorherrschaft nur recht vage bestimmt werden, halten Laclau und Mouffe die damit aufgeworfenen Fragen nach der genaueren Gestalt der Kämpfe und ihrer Beziehung zur Einrichtung des Sozialen für wesentlich. Es ist dieser Punkt, an dem sie Gramscis hegemonietheoretische Reinterpretation der marxischen Klassenkampftheorie in ihre Überlegungen einspinnen. Gramscis Hegemonietheorie lässt sich insgesamt als Versuch einer politischen Reinterpretation des Marxismus verstehen, die die Dimension der Klassenkampftheorie in Marxens Denken gegenüber der geschichtsphilosophisch eingebetteten politischen Ökonomie dadurch stärkt, dass sie den revolutionären Kampf als politischen Kampf um gesellschaftliche Hegemonie versteht. Während in orthodox marxistischen Deutungen Politik ein Epiphänomen ist, wird sie bei Gramsci ins Zentrum gerückt, wodurch ein ungleich differenzierterer Blick auf das gesellschaftliche Konfliktgeschehen möglich wird. In einer erweiternden Aneignung von Marx' Begriff des Klassenantagonismus können so gesellschaftliche Konfliktkonstellationen als antagonistische Kämpfe um Hegemonie begriffen werden (vgl. Gramsci 1994: 1325, 1352 u. 1384): Revolutionärer Erfolg hängt damit nicht allein und noch nicht einmal in erster Linie von einer objektivistisch verstandenen historischen Konstellation ab, sondern vom konkreten politischen Umgang mit historischen Kräfteverhältnissen – auch das eine zentrale Kategorie Gramscis (1996: 1556). Damit werden Fragen der politischen Analyse und Strategie des revolutionären Kampfes zu einem entscheidenden Untersuchungsgegenstand.

---

7 Zwar haben sich die Foucault- und die Postmarxismus-Linie der Diskurstheorie mit einigen Unterschieden heute ausdifferenziert, aber bspw. Oliver Marchart, der selbst durchaus zwischen diesen Ansätzen unterscheidet, hebt hervor, dass diese Ansätze „nicht gar so weit auseinander“ (Marchart 2013: 434) liegen.

8 Inwieweit Foucaults Diskursbegriff auch materiale Dimensionen umfasst, ist eine strittige Frage: Jedenfalls haben sie aber fraglos auch in Foucaults Vorstellung einer Konstitution gesellschaftlicher Strukturen durch Kämpfe eine wesentliche Bedeutung, denn mit dem Begriff des Dispositivs verbindet Foucault explizit materielle Dimensionen; vgl. Agamben 2008, 7-9.

Laclau und Mouffe verstehen nun ihrerseits diese Überlegungen Gramscis zu antagonistischen Kämpfen um gesellschaftliche Hegemonie als geeignetes begriffliches Instrumentarium, um die konkreten Prozesse einer diskursiven Konstitution sozialer und politischer Verhältnisse deuten zu können. Gesellschaftliche Formationen erscheinen so – und diese Überlegungen führen sie schon auf Hegels politische Philosophie zurück (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 141ff.) – als kontingente Ergebnisse hegemonialer Kämpfe zwischen antagonistischen Positionen: Wie eine gesellschaftliche Ordnung beschaffen ist, hängt demnach wesentlich davon ab, auf welche Weise – in hegelscher Terminologie – die grundlegenden Differenzen vermittelt werden, welche – mit Gramsci gesprochen – hegemoniale Strategie sich also in antagonistischen Konflikten erfolgreich behaupten kann.

Es sind diese Überlegungen, die die Politik ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken, muss in ihrem Lichte doch die diskursive Konstitution sozialer Verhältnisse als politisches Geschehen verstanden werden. Während auch noch in avancierten strukturalistischen Lesarten Marx', wie etwa bei Althusser, die alte These eines Primats der Ökonomie in der Form einer ökonomischen Determination in letzter Instanz (Althusser 1977: 114; zur Kritik vgl. Laclau/Mouffe 1991: 146ff.) beibehalten wird, begreifen Laclau und Mouffe die Instituierung von Gesellschaft als ungleich kontingenteren Prozess und verschieben damit den Fokus auf den Bereich des Politischen. Dabei werden die Intuitionen Gramscis zur Bedeutung des politischen Kampfes noch grundlegend radikalisiert: Gramsci hat zwar die Stellung des Überbaus (bei ihm: Superstruktur) gegenüber der Basis (Gramsci: Struktur) gestärkt, indem er ihm eine eigenständige Bedeutung beigemessen hat, aber er hat letztlich doch an einer Distinktion zwischen materieller und ideologischer Ebene festgehalten. Laclau und Mouffe hingegen denken mit dem umfassenden Begriff des Diskurses, der, wie wir schon gesehen haben, auch materielle Dimensionen umfasst, die diskursive Konstitution des Gesellschaftlichen ohne solche objektivistischen Residualkategorien (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 160): Damit wird die Politik der entscheidende Ort des Geschehens. Und es rückt eine demokratische Politik darum in den Fokus der Aufmerksamkeit, weil sich Demokratie mit Lefort als politischer Modus von Gesellschaften begreifen lässt, die durch Begriffe wie Kontingenz, Ungewissheit und Unabgeschlossenheit charakterisiert sind (was nicht heißt, dass es jemals nicht-kontingente Gesellschaften gab). Eben das ist auch eine zentrale Annahme der politischen Theorie Laclaus und Mouffes, die immer wieder darauf hinweisen, dass sich Gesellschaften einer totalisierend schließenden Konstruktion sperren (Laclau/Mouffe 1991: 181) – *die* Gesellschaft gibt es nicht und sie ist in diesem Sinne ein unmögliches Objekt (vgl. Marchart 2013). In demokratischen Gesellschaften wird das, wie sich mit Leforts These vom leeren Ort der Macht (Lefort 1986b: 28), auf die sich Laclau und Mouffe explizit

beziehen (Laclau/Mouffe 1991: 253), sagen lässt, besonders deutlich, da sie sich als Gesellschaften verstehen lassen, die die Signatur der Unmöglichkeit einer festen und schließenden Inkorporation der Macht, um die herum sich eine geschlossene Gesellschaft errichten könnte, geradezu zu ihrem Prinzip machen.<sup>9</sup> Angesichts dessen ist es wenig verwunderlich, dass Laclau und Mouffe die Idee der Demokratie in Form einer Theorie radikaler Demokratie zum wesentlichen Fluchtpunkt ihres politischen Denkens machen. Dieser Idee radikaler Demokratie und ihrer Rolle in Laclaus politischem Denken können wir uns nun zuwenden.

---

## 2 Radikale Demokratie und die Konstitution eines demokratischen Volkes

Dass sich der Fokus des linken politischen Projekts, das Laclaus und Mouffes hegemonie- und diskurstheoretische Reinterpretation, Verschiebung und De-konstruktion der marxistischen Unternehmung immer auch ist, am Ende von *Hegemonie und radikale Demokratie* auf die Perspektiven radikaler Demokratie verschiebt, ist, wie wir gesehen haben, alles andere als ein Zufall: Das Zusammenspiel von Hegemonie- und Diskurstheorie führt nämlich nicht nur dazu, dass die kritische Gesellschaftstheorie zu einer politischen Theorie wird, weil es politische Hegemoniekämpfe sind, in deren Modus um die Einrichtung einer Gesellschaft gestritten wird, die insgesamt als kontingent begriffen werden muss. Die Einsicht in die fundamentale Kontingenz dieser Gesellschaft hat vor allem auch zur Folge, dass allen Aspirationen auf endgültige Lösungen, wie sie für das marxsche Projekt tragend sind, eine klare Absage erteilt werden muss, angesichts der eine Vorstellung von Demokratie auf den Plan gerufen wird, die selbst keinen fundierenden Grund hat und die als unaufhörlicher Streit um die Einrichtung von Gesellschaft begriffen werden muss. Das sind Überlegungen, die neben Laclau und Mouffe auch für andere radikale Demokratietheorien, vor allem für diejenigen von Claude Lefort und Jacques Rancière, maßgeblich sind. Radikal ist dieses Demokratieverständnis daher vor allem in dem Sinne, dass Demokratie als Modus des politischen Streits unter

---

9 Deshalb werden sie auch stets bedroht von Versuchen, diesen Ort zu füllen, was Lefort, in der politischen Typologie des 20. Jahrhunderts, unter der Rubrik einer Gefahr des Übergangs in den Totalitarismus diskutiert: „Es handelt sich, auf die eine oder andere Weise darum, der Macht eine substanzielle Realität zu verleihen, das Prinzip *des* Gesetzes und *des* Wissens in die Umlaufbahn ihres Wirkungsbereichs zurückzuholen, die soziale Spaltung in all ihren Formen zu leugnen, der Gesellschaft wieder einen *Körper* zu geben“ (Lefort 1999: 62, Herv. i. O.).

Bedingungen der Kontingenz, also unter Bedingungen der Abwesenheit letzter, fundierender Gründe verstanden wird (Marchart 2010): Sucht man das Attribut des Radikalen mit Marxens etymologisch getragener Deutung zu erörtern, dass radikal sein, heiße, die Sache an der Wurzel zu packen (Marx 1974: 385), dann müsste man sagen, dass in diesem Fall das An-die-Wurzel-gehen in eine Diagnose des Fehlens einer fest verankernden Wurzel mündet. Diese in der hegemonietheoretischen Deutung der diskursiven Konstitution des Sozialen angelegte dauerhafte Kontingenz ist es, die – wir haben das bereits angesprochen – zur Ablehnung eines klassischen Verständnisses von Revolution (vgl. Laclau/Mouffe 1991: 242) und Emanzipation (vgl. Laclau 2002a) führt, das ein Hintersichlassen von Herrschaftsverhältnissen und damit auch des Streits um die Einrichtung von Gesellschaft suggeriert. An die Stelle dieser eschatologischen Hoffnungen des klassischen linken Projekts marxistischer Prägung tritt dann eine postfundamentalistische Idee der Demokratie.

Dieser enge Zusammenhang eines Übergangs von Gesellschaftstheorie in politische Theorie und in eine Theorie radikaler Demokratie erhellt sich dann ohne Weiteres, wenn die Implikationen einer auf Dauer gestellten Abfolge hegemonialer Kämpfe ohne letzte Auflösung etwas eingehender betrachtet werden: Die unauflösliche Kontingenz verweist einerseits darauf, dass es keine emanzipierte, postrevolutionre Gesellschaft jenseits aller Antagonismen geben kann, gleichzeitig aber stellt sich andererseits die Frage, wie sich auch temporäre Sedimentierungen hegemonialer Kämpfe etablieren können. Schon bei Gramsci lässt sich beobachten, dass eine hegemoniale Strategie dann erfolgreich ist, wenn sie sich ihre Deutungen als allgemeine Deutungen zu etablieren vermögen. In den Worten Laclaus ist es also notwendig, dass sich eine partikulare Position erfolgreich als universelle Position zu behaupten vermag – gleichzeitig ist aber im Blick zu behalten, dass es das Universelle als erfüllte Position nicht geben kann. Die Universalisierung von Partikularem ist eine hegemoniale Operation – es wird also nicht der universelle Standpunkt entdeckt, sondern ein partikularer vermag sich, zumindest temporär, als universeller zu etablieren. Laclau liest schon Marxens Überlegungen zum Proletariat als der Verkörperung allgemeinen Unrechts durch eine hegemonietheoretische Brille auf diese Weise: Nach seinem Eindruck liegt hier eine hegemoniale Operation vor, die dann erfolgreich wäre, wenn es dem Partikularen (Proletariat) gelingen würde, als Universelles (allgemeines Unrecht) verstanden zu werden (Laclau 2000: 44/45). Wesentlich ist dabei, dass das Proletariat nicht das Universelle *ist*, sondern es *verkörpert*: Der Inhalt des Universellen ist also kontingent. Das Universelle gibt es demnach im Sinne einer traditionellen Ontologie nicht, es ist aber aus der Perspektive einer politischen Hegemonietheorie gleichwohl notwendig, stellt es doch einen nicht dispensierbaren Bezugspunkt in hegemonialen Kämpfen dar – diesen Umstand beschreibt Laclau mithilfe des Begriffs des leeren Signifikanten

(Laclau 2002b: 40 und 2002d): Partikulare Positionen versuchen sich im Zuge hegemonialer Kämpfe an einer Totalisierung ihrer Positionen, die natürlich niemals abschließend gelingt, die aber dann temporären Erfolg im Kampf um Hegemonie hat, wenn zeitweise die Verkörperung des Universellen gelingt – wie, im obigen Beispiel aus der marxsschen Begriffswelt, beim Versuch des Proletariats, als die Verkörperung allgemeinen Unrechts zu erscheinen. Weil die Signifikation und insbesondere die von Derrida, dem sich Laclau hier anschließt, hervorgehobene Möglichkeit semantischer Verschiebungen damit eine so entscheidende Bedeutung in der hegemonialen Strategie einer partikularen Bewegung, sich als Universelles zu behaupten, einnimmt, bringt Laclau in seinen späteren Schriften häufig neben der Vorstellung einer diskursiven Konstitution des Sozialen auch die Vorstellung einer Politik der Rhetorik ins Spiel (vgl. Laclau 2005: 71/72 u. 2014c; s. a. Hetzel 2004: 206). Hegemonieprojekte lassen sich so als erfolgreiche Versuche rhetorischer Verschiebungen begreifen. Übrigens setzt Laclau hier ähnlich wie Judith Butler in ihren Überlegungen zur gelingenden Subversion von Identitätsdiskursen (vgl. Butler 1997: 144/145) auf die rhetorische Figur der Katachrese: „the hegemonic operation will be catachrestical through and through“ (Laclau 2005: 72).<sup>10</sup>

Kontingenz heißt aus Laclaus Perspektive übrigens nicht Beliebigkeit, und der Verzicht auf letzte Gründe macht nicht die Idee von Gründen überhaupt überflüssig. Das ist eine konstitutive Paradoxie der Kämpfe von partikularen Positionen um Hegemonie: Diese Kämpfe als hegemoniale Kämpfe von partikularen Positionen zu beschreiben, bedeutet auf der einen Seite, von der Hoffnung abzulassen, dass es Universelles *gibt*, zugleich aber ist die Behauptung des Universellen in der Logik dieser Kämpfe um Hegemonie unverzichtbar. Es ist genau diese Stelle, an der die Idee demokratischer Politik ins Spiel kommt, die Laclau ebenso wie Lefort als eine Politik von Gesellschaften ohne dauerhafte und feste Verkörperung begreift. Ein längeres Zitat bringt diesen Zusammenhang auf den Punkt:

„Totalität ist unmöglich und wird zugleich vom Partikularen erfordert: In diesem Sinn ist sie im Partikularen als das gegenwärtig, was abwesend ist, als ein konstitutiver Mangel, der das Partikulare unaufhörlich zwingt, mehr als es selbst zu sein, eine universale Rolle anzunehmen, die nur prekär und unvernährt sein kann. Genau aus diesem Grund kann es demokratische Politik geben: Eine Abfolge infiniter und partikularer Identitäten, die eine universale Aufgabe zu übernehmen suchen, die über sie hinausgeht; die aber folglich niemals in der Lage sind, die Distanz zwischen Aufgabe und Identität zu überdecken und die jederzeit durch alternative Gruppen ersetzt werden können. Unvollständigkeit und Vorläufigkeit gehören zur Essenz der Demokratie.“ (Laclau 2002b: 41)

---

10 Zur wechselseitig kritischen Auseinandersetzung zwischen Butler und Laclau (sowie Zizek) vgl. Butler/Laclau/Zizek 2000.

Demokratie wird also eigentlich erst angesichts der Einsicht in die Kontingenz der Verfasstheit des Sozialen möglich und gleichzeitig ist auch keine andere emanzipatorische Politik jenseits demokratischer Politik denkbar: Mit Leforts Totalitarismusdenken gesprochen ließe sich sagen, dass eine Politik, die die Vorläufigkeit endgültig zu beenden sucht, die also die unabschließbare Gesellschaft zu schließen versucht, eine totalitäre Politik wäre. Demokratie ist so gleichsam der Ausdruck einer Gesellschaft, die ihre Gestalten in einer Abfolge politischer Kämpfe wandelt, wobei kein Ergebnis dieser Kämpfe das Universelle *sein* kann, weil es das Universelle in diesem einfachen ontologischen Sinn eben *nicht* gibt, sich also auch kein fester Inhalt des Universellen bestimmen lässt (vgl. Laclau 2002c: 64). Hier sind Parallelen zu Leforts Denken ebenso deutlich wie solche zu Rancières Vorstellung einer an-archischen Demokratie, einer Demokratie, die keinen festen Grund, keine *archē* besitzt (Rancière 2002). Demokratie, so legen all diese Ansätze nahe, wird geradezu deswegen zum entscheidenden Modus von Politik, weil wir Gesellschaft als kontingentes Phänomen begreifen müssen, das sich keinen überdauernden Zielen zuführen lässt. Demokratie spiegelt deshalb auch aus Laclaus Perspektive die Diagnose eines konstitutiven und hegemonialen Kampfes um die Einrichtung von Gesellschaft wider, weil deren Gestalt stets herausgefordert werden kann: „Eine demokratische Gesellschaft ist nicht etwa jene, in welcher der ‚beste‘ Inhalt unherausgefordert dominiert, sondern vielmehr eine, in der kein Ziel ein für allemal erreicht ist und es immer die Möglichkeit der Herausforderung gibt“ (Laclau 2002e: 145). Demokratie wird so betrachtet in dem Moment zum Modus emanzipatorischer Politik, in dem diese die überkommenen Vorstellungen einer emanzipierten, jenseits hegemonialer Kämpfe situierten Gesellschaft als Option fallen lässt und sich ernsthaft auf die Diagnose einer kontingenten und damit auch dauerhaft umstrittenen Formation von Gesellschaft einlässt.

Reflektiert diese Betrachtung der Demokratie zunächst deren Rolle in der politischen Konstitution gesellschaftlicher Strukturen, so stellt sich natürlich auf der anderen Seite die bislang noch offen gelassene Frage danach, wie eigentlich jene kollektiven Identitäten hervorgebracht werden, die die hegemonialen Kämpfe austragen. Die wohl umfassendste Ausarbeitung seiner Überlegungen zur Konstitution kollektiver Identitäten hat Laclau 2005 in der Monographie *On Populist Reason* vorgelegt. Wir können den komplexen Argumentationsgang dieser Untersuchung hier zwar nicht *en detail* untersuchen, es ist aber dennoch wesentlich, die Rolle genauer zu erkunden, die Laclau der Demokratie innerhalb seiner Populismustheorie zuweist. Das ist nicht nur wichtig, um ein umfassenderes Bild seines Demokratiedenken zeichnen zu können, das ohne diese populismustheoretischen Dimensionen unvollständig bleiben müsste, sondern es ist zudem wesentlich, um einen Verdacht zu diskutieren, der beinahe unvermeidlich evoziert wird, wenn der

Begriff Populismus in einer nicht pejorativen Weise Verwendung findet, wie es bei Laclau der Fall ist. Schnell könnte sich dann nämlich der Eindruck einstellen, dass Laclau sich mit der Strategie, die Frage nach Herausbildung kollektiver Identitäten mithilfe des Begriffs des Populismus aufzunehmen, von der Demokratie abkehrt, so dass man, vereinfacht gesagt, denken könnte: Mouffe arbeitet eine Theorie agonaler Demokratie aus und setzt damit das in *Hegemonie und radikale Demokratie* begonnene Projekt einer linksemanzipatorischen Neudeutung liberaler Demokratie fort, während Laclau irgendwann um die oder kurz nach der Jahrtausendwende einen anderen, populismustheoretischen Pfad einschlägt. Dieses Bild trägt aber, denn Laclau schließt, wie wir gleich noch sehen werden, gerade in *On populist reason* an Mouffes Überlegungen zur agonalen Demokratie an. Man muss deshalb Laclaus Hinwendung zur Populismustheorie komplexer denken und zuerst untersuchen, wie er die Konstitution populärer Identitäten betrachtet, um dann zu sehen, welche Rolle der Demokratie in diesem Theorieprojekt zukommt. Laclau ist sich dieser möglichen Einwände vollkommen bewusst und hält entsprechend selbst schon in der Einleitung zu *On Populist Reason* fest, dass die Kategorie des Populismus bereits seit Platon und seitdem im Grunde unverändert schlecht beleumundet sei (Laclau 2005: x). Dass er sich dieser Kategorie dennoch konzeptionell zuwendet, führt er darauf zurück, dass sich sonst „politics tout court“ (Laclau 2005: x) nicht verstehen lasse.

Laclaus gesamte politische Theorie geht, wie wir gesehen haben, davon aus, dass die Konstitution sozialer und politischer Ordnungen ein hochgradig erklärungsbedürftiges Phänomen ist. Dieser Fragestellung nach der Ordnungskonstitution korrespondiert, was in der politischen Theorie leicht übersehen wird, natürlich als Gegenstück die ebenso entscheidende und gleichermaßen erklärungsbedürftige Frage, wie kollektive Identitäten hervorgebracht werden. Der Ausgangspunkt von *On Populist Reason* liegt dementsprechend in Laclaus Unzufriedenheit mit den üblichen und aus seiner Sicht nicht befriedigenden sozialwissenschaftlichen Antworten auf diese Herausforderung: „My whole approach has grown out of a basic dissatisfaction with sociological perspectives which either considered the group as the basic unit of social analysis, or tried to transcend that unit by locating it within wider functionalist or structuralist paradigms“ (Laclau 2005: ix).

Warum dabei die Hinwendung zum Populismus aus Laclaus Perspektive geradezu den Königsweg darstellt (Laclau 2005: 67), um die ontologische Konstitution des Politischen verstehen, wird rasch klar, sobald man sich noch einmal die entscheidenden Elemente von Laclaus politischer Theorie und die offene Frage, die sich aus ihrem Zusammenspiel ergibt, vor Augen hält. Laclau rekapituliert hier drei Elemente (Laclau 2005: 68ff.), die uns aus dem bisher Gesagten bereits vertraut sind und die daher nur noch einmal kurz benannt werden können: Erstens einen

Begriff des Diskurses, mit dem sich die Vorstellung einer diskursiven Erzeugung sozialer Objektivität verbindet; zweitens leere Signifikanten und Hegemonie, um die Konfliktlogik hegemonialer Kämpfe um die Konstitution des Sozialen zu erörtern; und drittens Rhetorik, um die Bedingungen von Bedeutungsverschiebungen, die für hegemoniale Operationen grundlegend sind, zu untersuchen. Was hier natürlich offen und entscheidend zugleich ist, ist die Frage danach, wie sich kollektive Identitäten konstituieren, die die hegemonialen Kämpfe austragen. Es ist diese Stelle, an der die Populismustheorie auf die Bühne tritt.<sup>11</sup> Laclau Unbehagen gegenüber dem weitgehend unerklärt bleibenden Begriff der Gruppe haben wir schon beobachten können. Er setzt deshalb unterhalb konstituierter Gruppen an und bringt die Kategorie der *demands* (Forderungen) ins Spiel, um die herum sich, so seine Überlegung, die Konstitution kollektiver Identitäten vollziehen können. Diesen Vorgang diskutiert er deshalb unter der Rubrik des Populismus, weil es in politischen Kämpfen um die Herausbildung populärer Identitäten geht, deren Instituierung Laclau nachspürt, statt sie als Gruppen vorauszusetzen (Laclau 2005: 129 u. 224). Unter Populismus versteht Laclau entsprechend den Modus der Konstitution der Einheit einer Gruppe (Laclau 2005: 73), die sich allerdings nur unter bestimmten Bedingungen herstellen lässt. Hierzu ist die Bündelung einer Gruppe von *demands* erforderlich, die Laclau als *popular demands* bezeichnet und von isolierten *demands* abgrenzt, die er eigentümlicherweise *democratic demands* nennt.<sup>12</sup> Die Konstitution einer populären Identität, eines *people*, fügt sich dabei in die Logik hegemonialer Kämpfe ein: Damit diese Konstitution gelingen kann, ist es nämlich erforderlich, dass eine antagonistische Grenze etabliert wird, die die populäre Identität von der gegenwärtig hegemonialen Macht scheidet (Laclau 2005: 74), die aber letztlich in Bewegung bleibt (Laclau 2005: 153); weiterhin müssen die Forderungen in eine Äquivalenzordnung und „a stable system of signification“ (Laclau 2005: 74) gebracht werden (vgl. auch Laclau 2005: 93). Gelingt das, stehen sich die verschiedenen Lager antagonistisch gegenüber und die populäre Identität des Volkes (*people*), das zwar nicht in einem ontologischen Sinne die Totalität der Gemeinschaft sein kann, beansprucht erfolgreich, „to be conceived as the only legitimate totality“ (Laclau 2005: 81).

---

11 Laclau entwirft in *On Populist Reason* ein hochkomplexes und teils sogar angesichts zahlreicher terminologischer Verästelungen leicht ‚übertheoretisiert‘ erscheinendes Modell des Populismus. Wir werden uns hier auf eine holzschnittartige und entsprechend vereinfachende Skizze beschränken.

12 Zur Begründung dieser Begriffswahl, die ich dennoch nicht wirklich geglückt, da ohne weitere Erläuterung missverständlich, finde: vgl. Laclau 2005: 125-128.

Für unseren demokratietheoretischen Zusammenhang ist nun wesentlich, dass Laclau diesen Vorgang einer populistischen Konstitution kollektiver Identitäten nicht nur für die wesentliche Operation des Politischen hält, ja im Grunde für die Operation, die mit dem Politischen synonym ist (vgl. Laclau 2005: 154), sondern dass sich nach seiner Überzeugung auch Demokratie nicht ohne die Konstitution populärer Identitäten verstehen lässt (vgl. Laclau 2005: 169ff.). Das hat etwas mit der Diagnose einer leeren Mitte der Macht zu tun, die Laclau bekanntlich von Lefort übernimmt, wobei Laclau in einer hegemonie- und populismustheoretischen Lesart dieser Beobachtung davon ausgeht, dass zwar die stabile symbolische Verkörperung der Gemeinschaft mit der Monarchie endet, nicht aber die Logik der Verkörperung (Laclau 2005: 170), wodurch sich auch in Demokratien die im Kern populistische, da auf die Formation einer kollektiven Identität gerichtete Frage nach der Konstitution eines demokratischen Volkes stellt. Mit seiner Hinwendung zum Populismus wendet sich Laclau also nicht von der Demokratie ab und dem Populismus zu, sondern die populistische Perspektive blickt gleichsam analytisch tiefer: Sie erkundet, wie das Politische in die Welt kommt und wie es prozediert. Die analytische Hinwendung zum Populismus liegt also auf einer anderen Ebene als die Frage nach Demokratie. Natürlich kann die Konstitution populärer Identitäten auf andere als demokratische Bahnen führen. Das aber ist eine analytische Einsicht und nicht eine konzeptionelle Abkehr von der Demokratie. Entscheidend ist für Laclau, dass wir diese populistische Logik des Politischen verstehen müssen, wenn wir die Demokratie ebenso wie andere Konfigurationen verstehen wollen. Was mit der Populismustheorie tatsächlich vollzogen wird, ist demnach eine Ebenenerweiterung: Neben Überlegungen zu einer radikalen Demokratie, für die Laclau ebenso wie Mouffe plädiert, tritt so in Laclaus Demokratiedenken eine weitere, stärker explanatorisch ausgerichtete Dimension, die die Demokratie in analytischer Hinsicht als eine politische Konfiguration versteht, deren Modalitäten sich populismustheoretisch lesen lassen.

## Literatur

- Agamben, Giorgio, 2008: Was ist ein Dispositiv? Berlin.  
Althusser, Louis, 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg/Westberlin.  
Angermüller, Johannes, 2007: Nach dem Strukturalismus. Bielefeld.  
Butler, Judith, 1997: Excitable Speech. A Politics of the Performative. New York/London.  
Butler, Judith, 1999: Preface (1999). In: Dies.: Gender Trouble, New York/London, S. vii-xxvi.

- Butler, Judith/Laclau, Ernesto/ Zizek, Slavoj, 2000: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*. London/New York.
- Derrida, Jacques, 1976: Die Struktur, das Zeichen und das Spiel im Diskurs der Wissenschaft vom Menschen. In: Ders.: *Die Schrift und die Differenz*, Frankfurt a. M., S. 422-442.
- Derrida, Jacques, 1983: *Grammatologie*. Frankfurt a. M.
- Derrida, Jacques, 1991: *Gesetzeskraft*. Frankfurt a. M.
- Derrida, Jacques, 1995: *Marx' Gespenster*. Frankfurt a. M.
- Derrida, Jacques, 2000: *Politik der Freundschaft*. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel, 1991: *Die Ordnung des Diskurses*. Frankfurt a. M.
- Foucault, Michel 2001: Wer sind Sie, Professor Foucault? [Gespräch mit P. Caruso]. In: Ders.: *Schriften. Dits et Écrits*. Bd. 1, Frankfurt a. M., S. 770-794.
- Foucault, Michel, 2003: *Die Wahrheit und die juristischen Formen*. Frankfurt a. M.
- Gramsci, Antonio, 1994: *Gefängnishefte* 6. Philosophie der Praxis. 10. und 11. Heft. Hamburg.
- Gramsci, Antonio, 1996: *Gefängnishefte* 7. 12. bis 15. Heft. Hamburg.
- Hetzel, Andreas, 2004: Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclaus Transformation der Politischen Theorie. In: Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzel, Andreas (Hg.): *Die Rückkehr des Politischen*, Darmstadt, S. 185-210.
- Laclau, Ernesto, 2000: Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics. In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Zizek, Slavoj: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London/New York, S. 44-89.
- Laclau, Ernesto, 2002a: *Emanzipation und Differenz*. Wien.
- Laclau, Ernesto, 2002b: *Jenseits von Emanzipation*. In: Ders.: *Emanzipation und Differenz*, Wien, S. 23-44.
- Laclau, Ernesto, 2002b: Universalismus, Partikularismus und die Frage der Identität. In: Ders.: *Emanzipation und Differenz*, Wien, S. 45-64.
- Laclau, Ernesto, 2002b: Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun? In: Ders.: *Emanzipation und Differenz*, Wien, S. 65-78.
- Laclau, Ernesto, 2002b: Macht und Repräsentation. In: Ders.: *Emanzipation und Differenz*, Wien, S. 125-150.
- Laclau, Ernesto, 2005: *On Populist Reason*. London.
- Laclau, Ernesto, 2007: Ideologie und Post-Marxismus. In: Nonhoff, Martin (Hg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, S. 25-40.
- Laclau, Ernesto, 2014a: *The Rhetorical Foundations of Society*. London/New York.
- Laclau, Ernesto, 2014b: Introduction. In: Ders.: *The Rhetorical Foundations of Society*, London/New York, S. 1-9.
- Laclau, Ernesto, 2014c: The Politics of Rhetoric. In: Ders.: *The Rhetorical Foundations of Society*, London/New York, S. 79-99.
- Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal, 1991: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- Lefort, Claude, 1986a: *Essais sur le politique*. Paris.
- Lefort, Claude 1986b: La dissolution des repères de la certitude. In: Ders.: *Le temps présent. Écrits 1945-2005*, Paris, S. 551-568.
- Lefort, Claude 1999: *Fortdauer des Theologisch-Politischen?* Wien.
- Marchart, Oliver, 2010: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin.

- Marchart, Oliver, 2013: Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft. Berlin.
- Marx, Karl, 1972: Das Kapital I. MEW 23. Berlin (Ost).
- Marx, Karl, 1973: Das Kapital III. MEW 25. Berlin (Ost).
- Marx, Karl, 1974: Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, MEW 1, Berlin (Ost), S. 378-391.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich, 1972: Manifest der kommunistischen Partei. MEW 4, Berlin (Ost), S. 459-493.
- Mouffe, Chantal, 2007: Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion. Frankfurt a. M.
- Mouffe, Chantal, 2008: Das demokratische Paradox. Wien.
- Mouffe, Chantal, 2014: Agonistik. Die Welt politisch denken. Berlin.
- Rancière, Jacques, 2002: Das Unvernehmen. Frankfurt a. M.

---

# Eine Politik der Dislokation

## Laclaus verallgemeinerte Rhetorik

Andreas Hetzel

Wie wenig sich die Geschichten der Rhetorik und der Demokratie unabhängig voneinander erzählen lassen, zeigt sich bereits an der Konstellation ihrer Geburt. Mit den Reformen des Solon (594 v. Chr.) und des Kleisthenes (508 v. Chr.) beginnen die Bürger von Athen erstmals, ihre gemeinsamen Angelegenheiten im Medium öffentlicher Reden selbst zu gestalten. Die von ihnen als *demokratia* bezeichnete neue Form des Zusammenlebens beruht vor allem auf dem Prinzip der *isegoria* oder Redefreiheit; Demokratie definiert sich als Raum, in dem allen erlaubt ist alles zu sagen. Die demokratische Staatsform Athens zeichnete sich, so formuliert es der römische Historiker Tacitus rückblickend, dadurch aus, dass „*omnia omnes poterant*“ (Tac. *Dial.* 40, 3), dass alle alles vermochten. Diese Formulierung impliziert einerseits, dass im politischen Diskurs alles – und das betrifft auch vermeintliche Möglichkeitsbedingungen und Institutionalisierungsformen der Demokratie – zur Disposition gestellt werden kann. Andererseits besagt sie, dass aus dem Prozess der Entscheidungsfindung niemand ausgegrenzt werden darf. Der Rhetor und Politiker Demosthenes fordert: „Keinem soll es benommen sein, vor dem Volk aufzutreten und das Wort zu erhalten“ (Dem. *Ktes.* 13). Das Recht der Redefreiheit geht in Athen so weit, dass es sogar „möglich ist, ohne Strafverfolgung für die Interessen der Feinde zu sprechen“ (Dem. *or.* VIII, 64).

In den rhetorischen Schriften der klassischen Zeit finden sich nicht nur viele Hinweise, die es erlauben, der Rhetorik eine generelle Nähe zu demokratischen Idealen zu unterstellen, sondern auch Überlegungen, die es rechtfertigen könnten, von einer „Athenian Radical Democracy“<sup>1</sup> zu sprechen, die sich wesentlich einer Kultur der Rede verdankt. Im Gegensatz zur zeitgleichen Philosophie Platons bejahen die Rhetoriker der ersten Stunde rückhaltlos den im Modus von Rede und

---

1 Vgl. Roberts 1998.

Gegenrede geführten *agon*. Sie glauben nicht, dass dieser *agon* an einem externen Maß gemessen werden kann, an zeitlosen, der je konkreten politischen Auseinandersetzung enthobenen Ideen und Wahrheitskriterien. Während Philosophen seit Platon die Aufgabe der Politik in der Steuerung und Herstellung von Gesellschaft durch Experten sehen, die über ein exzeptionelles theoretisches Wissen verfügen, das der *praxis* in einem transzendentalen Sinne vorausgeht, begreifen die Rhetoriker das Politische als Medium einer sich über agonale Reden vollziehenden Selbstinstitutionierung der Gesellschaft.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht verwunderlich, dass sich zeitgenössische postmarxistische Theorien, die sich um eine Vertiefung und Ausweitung von Demokratisierungsprozessen bemühen, immer wieder explizit auf die rhetorische Tradition berufen. Besonders deutlich wird dies im Fall der von Chantal Mouffe und Ernesto Laclau formulierten Theorie einer radikalen Demokratie.<sup>2</sup> Insbesondere die von der rhetorischen Tradition ausgearbeitete negativistische Theorie der Rede berührt sich an vielen Punkten mit dem Diskursbegriff von Laclau und Mouffe. Im Falle Laclaus geht die Identifikation mit der rhetorischen Tradition so weit, dass er seine letzte, kurz nach seinem Tod im Jahr 2014 erschienene Monographie unter den Titel *The Rhetorical Foundations of Society* stellen konnte. Die Rhetorik und das radikaldemokratische Denken Laclaus haben einen gemeinsamen, letztlich antiphilosophischen Ausgangspunkt. Beide gehen davon aus, dass Demokratie als „the very placing in question of the notion of *ground*“ (Laclau 1990: 78) verstanden werden muss.

Ausgehend von den rhetorischen Sprachtheorien Roman Jakobsons, Gerard Genettes und Paul de Mans begreift Laclau Gesellschaft als Ausdruck und Ergebnis diskursiver Prozesse: „Discourse is the primary terrain of the constitution of objectivity as such. By discourse [...] I do not mean something that is essentially restricted to the areas of speech and writing“ (Laclau 2005: 68). Der Diskurs markiert vielmehr den Bereich, in dem sich die Gestalt einer Gesellschaft im Widerstreit konfligierender Deutungen und Perspektiven abzeichnet. So wie diese Gestalt der Gesellschaft immer nur eine vorläufige, offene und kontingente sein kann, so ist auch der Diskurs niemals geschlossen und mit sich identisch. Sein Wirken und seine Verfasstheit lassen sich für Laclau weniger nach dem Vorbild des auf Noam Chomsky zurückgehenden Begriffsgegensatzes von Kompetenz und Performanz beschreiben, also nicht als Realisierung bzw. Anwendung von quasitranszendentalen Diskursregeln, sondern nach dem Modell katachrestischer Dislokationen, eines immer wieder neuen und unerwarteten Gebrauchs von einzelnen Bedeutungsträgern. Rhetorizität wird damit zu einer universellen Dimension der diskursiven

---

2 Vgl. Norval 2001, Marchart 2010.

Selbstinstituierung von Gesellschaften: „Rhetoricity, as a dimension of signification, has no limits in its field of operation. It is coterminous with the very structure of objectivity“ (Laclau 2014: 65).

In meinem Beitrag möchte ich der Bedeutung dieser verallgemeinerten Rhetorizität für Laclaus Denken nachgehen. Zunächst erläutere ich die Relevanz des Akosmismus der antiken Rhetorik für Laclaus Idee einer allgemeinen Rhetorizität der Sprache (1). Ein zweiter Abschnitt führt in Laclaus Begriff des Diskurses ein und zeigt, wie Laclau den Diskursbegriff rhetoriktheoretisch erweitert (2). Im Anschluss daran stelle ich Laclaus Konzept einer Dislokation vor, welches es ihm erlaubt, das Verhältnis von Subjekt, Struktur und Handlungsfähigkeit in einer gänzlich neuen Weise zu denken (3). Der vierte Abschnitt beleuchtet das Verhältnis von Universalismus und Partikularismus zwischen Rhetorik und radikaldemokratischem Denken (4). Ein fünfter Abschnitt diskutiert Laclaus „leere Signifikanten“ als politische Übersetzungen der rhetorischen Katachrese (5).

---

## 1 Rhetorischer Akosmismus

Philosophie und Rhetorik sind seit der Antike auf entgegengesetzte Modelle von Politik bezogen.<sup>3</sup> Den Rhetorikern gilt die endliche, kontingente und zerrissene menschliche Praxis als unhintergebar; sie begreifen die politische Philosophie von daher als erste Philosophie. Für Platon bildet die Sphäre des Politischen demgegenüber nur eine vorläufige, mangelhafte und unvollständige Welt des Nicht-Seins, die sich nicht aus sich selbst heraus zu stabilisieren vermag. Seine Philosophie sieht ihre Aufgabe darin, die menschliche Praxis auf eine transzendente Sphäre ewiger Geltungen hin zu überschreiten, um sie in einem zweiten Schritt in dieser Sphäre zu begründen. Sie betreibt eine Politik der Fundierung und Stillstellung des Politischen in einem überzeitlichen *kosmos*.

In Platons *kosmos* lassen sich alle Bestandteile sowohl logisch als auch genealogisch auf höhere Prinzipien zurückführen, die Platon „Ideen“ nennt. Diese sind wiederum in einem höchsten, göttlichen Prinzip gegründet, das in einer Art kosmologischer Synthesis die Einheit und Ordnung des Weltganzen garantiert. Der „Gott ist einfach und wahr und verwandelt sich weder selbst noch hintergeht er andere“; er offenbart sich „weder in Erscheinungen noch in Reden“ (Plat. *Pol.* II 382e), sondern bleibt ganz bei sich. Er gibt allenfalls seine Identität an die Ideen und die diesen Ideen entsprechende Welt im Rahmen einer Art Geltungsübertragung weiter, wobei sich

---

3 Vgl. hierzu ausführlicher Hetzel 2011: 187-234.

diese Identität in den äußeren Regionen des Seins nach und nach abschwächt. Die Aufgabe der Philosophie besteht darin, diese Bewegung umzukehren, alles periphere Nicht-Sein wieder in die Identität des Seins im Zentrum zurückzuführen.

Weite Teile der antiken Rhetorik artikulieren demgegenüber eine explizit akosmistische<sup>4</sup> Position. Am deutlichsten wird das in der Rede des Gorgias über das Nichtsein. Diese Rede verleiht einem Gedanken Ausdruck, der für die gesamte rhetorische Tradition maßgeblich werden sollte: Der *logos* vermag sich nicht durch einen Rekurs auf eine letzte, ihm vorgängige Weltordnung zu begründen und zu legitimieren, sondern nur aus seinem eigenen Vollzug. Die im Original verlorene, durch eine längere Zusammenfassung des Sextus Empiricus bekannt gewordene Rede richtet sich vor allem gegen die Metaphysik des Parmenides. Dieser unterscheidet in seinem um 500 v. Chr. erschienenen Lehrgedicht zwei Modi der Negativität: das *ouk on* und das *me on*. Während das *ouk on* als einfache Negation begriffen werden kann, als Aussage, dass etwas Bestimmtes innerhalb einer vorgegebenen Ordnung nicht ist, steht das *me on* für ein Nichtsein schlechthin, welches jede Ordnung bedroht. Für Parmenides gilt das *me on* als Inbegriff des Nichtseinsollenden, all dessen also, was das Sein in seiner Identität, Vollkommenheit und Zeitlosigkeit bedroht: als Differenz, Mannigfaltigkeit, Mangel, Meinung und, so ließe sich im Vorblick auf Aristoteles vermuten, als *praxis*, als (politischer) Bereich der Kontingenz und des Andersseinkönnens.

Gegen Parmenides etabliert Gorgias „drei Punkte der Reihe nach“: „1) daß nichts ist; 2) daß, wenn es ist, es dem Menschen nicht erfaßbar ist; 3) daß, wenn es erfaßbar ist, man es wenigstens nicht aussprechen und den Mitmenschen mitteilen könnte“ (Gorgias 2003: 63). An dieser Stelle kann ich mich nur auf den dritten Punkt konzentrieren: die Unmöglichkeit der sprachlichen Mitteilung einer vorsprachlichen Wirklichkeit oder Objektivität. Gorgias behandelt diesen Punkt im dritten Teil der Rede. Man sollte nicht vorschnell davon ausgehen, dass er, wie häufig unterstellt, eine prinzipielle Unmöglichkeit der Kommunikation postuliert. Gorgias erläutert seinen Punkt vielmehr wie folgt: „Womit wir nämlich etwas anzeigen, ist die Rede. Die Rede ist aber nicht das Zugrundeliegende und Seiende [*logos de ouk esti ta hypokeimena kai onta*]. Also zeigen wir nicht das Seiende unseren Mitmenschen an, sondern eine Rede [*logon*], die etwas anderes ist als das Zugrundeliegende“ (Gorgias 2003: 73). Dieses Argument ist so einfach wie bestechend. Wenn wir sprechen,

---

4 Mit der Unterscheidung zwischen einem kosmistischen und einem akosmistischen Denken folge ich Alain Badiou. Der Diskurs der griechischen Philosophie ist für Badiou „kosmisch, denn er verortet das Subjekt in der Vernunft einer natürlichen Totalität“ (Badiou 2002: 79). Als „akosmisch“ (Badiou 2002: 81) bezeichnet Badiou demgegenüber das Denken eines Ereignisses, das etablierte Ordnungen entsetzt. Vgl. auch Hetzel 2011: 108-122.

sagen wir nie das Seiende selbst aus, sondern immer nur Worte. Ein Seiendes ließe sich als Seiendes prinzipiell nicht sagen. Die Worte bilden eine eigene Welt, die auf ein eigenes *kriterion* verweist. Jeder Versuch, das Seiende selbst zu sagen, würde wiederum nur neue Worte produzieren, die uns immer weiter von der Präsenz dieses Seienden entfernen. Das Seiende erscheint Gorgias in letzter Konsequenz als ein Effekt der Worte: Die Rede ist „nicht Darstellung des Äußeren, sondern das Äußere wird zur Darstellung der Rede“ (Gorgias 2003: 73). Nicht die Worte bezeichnen die Dinge, sondern die Dinge bezeichnen die Worte und werden somit selbst zu Zeichen. Das Sein entzieht sich hinter dem Horizont des *logos*, der selbst zum einzig möglichen, aber niemals geschlossenen *kosmos* wird.

Wir haben für Gorgias also keine Möglichkeit, unsere Sprache in einer vorgängigen Ordnung des Seins zu verankern. Die Rede ist insofern auch nicht in gleichem Sinne gegeben, wie das Seiende (*ontos*) oder Vorliegende (*hypokeimenos*) der Philosophie und des Common Sense: „Und es ist nicht möglich zu sagen, daß auf welche Weise das Sichtbare und Hörbare vorliegt, so auch die Rede“ (Gorgias 2003: 73). Die Rede (*logos*) liegt deshalb nicht im gleichen Sinne vor wie alles Übrige, weil wir immer schon in der Rede sind; sie ist kein Objekt, kein Gegenstand. Die Rede über das Nichtsein dient also nicht zuletzt einer Freisetzung der Rede von ontologischen Vorgaben.

Da aus der Perspektive der antiken Rhetorik kein Standpunkt jenseits des *logos* möglich ist, bleibt dieser selbst als Ganzer undurchschaubar und damit notwendig unvollständig. In vergleichbarer Weise begreift auch das postmarxistische Denken den Raum des Diskursiven oder Symbolischen als einen von Nichtsein, Mangel und Differenz durchsteppten Raum. Für Warren Breckman macht sich der Schritt vom älteren, objektivistischen Marxismus zum Postmarxismus vor allem an einem „symbolic turn“ fest. Vertreter des Postmarxismus wie Castoriadis, Lefort und Laclau „have stressed the noncorrespondence of words and things, the nontransparency of language, and the power of signs to constitute the things they purportedly represent“ (Breckman 2013: 11). Der Postmarxismus verhält sich aus Breckmans Sicht zum Marxismus wie die Deutsche Frühromantik zum Deutschen Idealismus: Wie die Romantiker brechen auch die Postmarxisten mit dem Begründungsparadigma, dem Ideal einer selbstexplikativen Geschlossenheit der Theorie und dem Versuch einer vollständigen begrifflichen Bestimmung allen Seins; demgegenüber akzeptieren sie die Überdeterminiertheit aller Bedeutungen und die Unabschließbarkeit aller Reflexionsprozesse.

Erst vor dem Hintergrund seiner akosmistischen Position ist es Gorgias möglich, die überzeugende, und damit auch die politische Kraft der Rede zu verstehen, ein Versuch, dem er sich in seinem Helena-Enkomion widmet, welche die Rede als „großen Bewirker“ charakterisiert. Wirksamkeit entfalten kann die Rede nur,

weil sie nicht festgestellt ist, weil sie einem Mangel im Sein korrespondiert. In den Worten Slavoj Žižeks: „Die Tatsache, daß der Mensch ein ‚Sprachwesen‘ ist, bedeutet, daß er sozusagen konstitutiv ‚aus der Bahn geraten‘ ist, durch einen irreduziblen Riß, einen strukturellen Mangel an Gleichgewicht gekennzeichnet ist, den das Symbolgebäude in der Folge vergeblich zu beheben versucht“ (Žižek 1992: 55). Der Akosmismus bildet kein (negatives) kosmologisches Fundament, auf dem die Politik ruhen würde. Er steht für die Abwesenheit aller letzten Fundamente, die eine demokratische Politik als solche allererst möglich macht. Laclau schreibt in diesem Sinne: „The only democratic society is one which permanently shows the contingency of its own foundations“ (Laclau 2000: 86). Es verwundert insofern nicht, dass zeitgenössische Ansätze einer radikalen Demokratie wieder explizit an den rhetorischen Akosmismus anknüpfen.

---

## 2 Vom Diskurs zur Rhetorizität

Die expliziteste und am gründlichsten ausgearbeitete Bezugnahme auf die rhetorische Tradition im postmarxistischen Denken findet sich bei Ernesto Laclau, der sich an entscheidenden Stellen seiner Arbeiten auf rhetorische Denkfiguren stützt. Unter dem Einfluss des Akosmismus der klassischen Rhetorik interpretieren Laclau und Mouffe das Soziale bereits in ihrem 1985 erschienenen, gemeinsam verfassten Klassiker *Hegemony and socialist strategy* als überdeterminiertes symbolisches Universum. Weil es überdeterminiert und in ständigem Wandel begriffen ist, wird man aus ihrer Sicht niemals eine *Logik* des Sozialen schreiben können. Laclau spricht stattdessen dezidiert „vom Sozialen als einem rhetorisch organisierten Raum“ (Laclau 2000: 78). Das Soziale wird von keinen ökonomischen, anthropologischen oder geschichtlichen Tiefenstrukturen determiniert, sondern von tropologischen Verschiebungen, Abweichungen und Ersetzungen daran gehindert, sich jemals gänzlich selbst zu entsprechen. Es kann nicht in Begriffen verborgener transzendentaler Möglichkeitsbedingungen auf der einen und sichtbarer Oberflächeneffekte auf der anderen Seite beschrieben werden. Die Gesellschaft hat weder einen Kern noch eine Essenz – mit der Ausnahme der „negativen Essenz“ (Laclau/Mouffe 1991: 142) politischer Antagonismen. Ihre jeweilige Gestalt bildet das Resultat kontingenter Auseinandersetzungen, Kommunikationen und Dislokationen.

Laclau und Mouffe beschreiben das Soziale in *Hegemony and socialist strategy* zunächst als Diskurs oder als „strukturierte Totalität“ (Laclau/Mouffe 1991: 155) miteinander artikulierter Elemente. Ein Diskurs existiert dabei niemals als vollständige und gegebene Tatsache, sondern als „the ultimate nonfixity of anything

existing in society“ (Laclau/Mouffe 1991: 162). Laclau beschreibt ihn als Entität, „in which there is a constant movement from the elements to the system but no ultimate systems or elements – these are finally metaphoric expressions – a structure in which meaning is constantly negotiated and constructed“ (Laclau 1988: 254). In der sozialen Welt kann keine Bedeutung in definitiver Weise fixiert werden, da sie mit allen anderen Bedeutungen verknüpft und insofern überdeterminiert bleibt. Im Diskurs vollzieht sich „eine unbegrenzte tropologische Bewegung“, die „das Terrain eines Grundes bildet, der selbst nicht gegründet ist“ (Laclau 2001: 170). Auf der anderen Seite befindet sich im Diskurs aber auch nicht einfach alles im Fluss. Ohne partielle Fixierungen – „Knotenpunkte“ oder „Steppunkte“, die dem symbolischen Universum eine gewisse Verbindlichkeit geben und in denen sich die Deutungsmacht einzelner Akteure ausdrückt – bliebe „das Fließen der Differenzen selbst unmöglich“ (Laclau/Mouffe 1991: 164).

In seinen späteren Arbeiten ersetzt Laclau das Konzept des Diskurses, welches etwa im Denken Michel Foucaults mit einer neokantianischen Erblast behaftet ist, zunehmend durch ein Konzept verallgemeinerter Rhetorizität. Jede politische Deutung einer Situation steht für eine individuelle Perspektive in einem Spannungsgefüge, das von keinem Punkt aus als Ganzes überblickt werden kann. Aus diesem Grund können das Soziale und die Gesellschaft niemals erschöpfend strukturell erklärt werden, sondern ausschließlich in Begriffen tropologischer Verschiebungen. Das Ganze der Gesellschaft existiert immer nur als „unmögliche Totalität“; partikuläre Akteure versuchen, sich als Repräsentanten des Ganzen der Gesellschaft in Szene zu setzen, bleiben diesem Ganzen aber „gänzlich inkommensurabel“ (Laclau 2001: 154).

Laclau erläutert diese Inkommensurabilität ausgehend von de Mans Unterscheidung zwischen Metapher und Metonymie. Während die Metapher zu einer Totalisierung neige, zu einer vollkommenen Gleichsetzung des Ungleichen, stehe die Metonymie für eine kontinuierliche Verschiebung, für eine differenzierende Kraft. Während eine „metaphorische“ Politik dazu tendiere, die Kluft zwischen Partikularem und Allgemeinem zu invisibilisieren, und vorzugeben, dass ein einzelner politischer Akteur für das Ganze der Gesellschaft eintreten könne, geht eine „metonymische“ Politik von der Unmöglichkeit aus, *die* Gesellschaft adäquat politisch oder wissenschaftlich zu repräsentieren. Die metonymische Politik eröffne die Perspektive einer unendbaren Auseinandersetzung um die Gestalt der Gesellschaft, die Laclau zugleich als die Perspektive des Ereignisses und der Geschichte begreift: „Nur durch das pure, irreduzible Ereignis, das in einer kontingenten Verschiebung besteht, die durch keine metaphorische Reaggregation einholbar ist, können wir eine Geschichte haben, und zwar sowohl im Sinn von Geschichte [Deutsch im Original] wie auch von Historie [Deutsch im Original].“

Weil es Hegemonie (und Metonymie) gibt, gibt es Geschichte“ (Laclau 2001: 165). Es käme in der Politischen Theorie also darauf an, „Metonymie in das Herz der Metapher, Verschiebung ins Herz der Analogie einzuführen“ (Laclau 2001: 165).

In seinen *Rhetorical Foundations of Society* aus dem Jahr 2014 nimmt Laclau dieses Programm einer metonymischen Kritik auf und führt es weiter aus. Im Anschluss an Gerard Genette und Paul de Man befasst sich Laclau hier zunächst mit der Verwendung von Tropen bei Marcel Proust. Er folgt Genette in der These, dass die Erzählbewegung in Prousts *Recherche* vor allem durch ein „crossing between metaphor and metonymy“ (Laclau 2014: 55) in Gang gesetzt wird. Würde sich der Text ausschließlich auf metaphorische Verfahren stützen, bliebe er lyrisch; zu einer Narration werde er erst dadurch, dass die metaphorische Evokation von Sinn immer von einem Prinzip metonymischer Ansteckung unterlaufen werde. Genette verdeutlicht das an einer Passage aus *Im Schatten junger Mädchenblüte*: „Je me jetais sur mon lit; et, comme si j'avais été sur la chouchette d'un de ces bateaux que je voyais assez près de moi et que la nuit on s'étonnerer de voir se déplacer lentement dans l'obscurité, comme des cygnes assombris et silencieux mais qui ne dorment pas, j'étais entouré de tous côtés des images de la mer“ (Proust 1919: 50).<sup>5</sup> Genette liest den Passus wie folgt: „One remarks here the explicit concurrence of the metaphoric relation (*comme si*) and of the metonymic one (*près de moi*); and the second metaphor is also itself metonymic, grafted into the first (navires = cygnes)“ (Genette 1972: 51). Laclau zieht aus dieser Lektüre Genettes den Schluss, dass die von Jakobson unterschiedenen syntagmatischen und paradigmatischen Achsen des Sprachgebrauchs als zwei Extreme in einem Kontinuum zu lesen sind; Metaphern und Metonymien gehen insofern ineinander über, als Metaphern immer auch metonymisch gebraucht werden können und umgekehrt. Das Bett wird im zitierten Passus bei Proust (metaphorisch) zur Kojen eines derjenigen Schiffe, die (metonymisch) tatsächlich ganz in der Nähe des Erzählers vorbeiziehen und sich dabei (metaphorisch) in Schwäne verwandeln. Erst die metonymische Berührung und der metaphorische Austausch zwischen beiden Tropen, der ihre Klassifizierbarkeit untergräbt, setzt die narrative Bewegung in Gang.

Genette und Laclau unterlaufen mit dieser Beobachtung Roman Jakobsons Versuch, Metapher und Metonymie als Grundprinzipien jeden Sprachgebrauchs zu transzendentalisieren. Im Zuge seiner Untersuchung von Formen der Apha-

---

5 In der Übersetzung von Eva Rechel-Mertens: „Ich warf mich auf mein Bett, und als befände ich mich auf einer der schmalen Lagerstätten eines jener Schiffe, die verhältnismäßig nah an mir vorbeizogen und die man des Nachts langsam weitergleiten sah wie dunkle, schweigende Schwäne, die keinen Schlaf brauchten, war ich von allen Seiten von Meeresbildern umwogt.“ (Proust 1988: 1057).

sie kommt Jakobson in den 1950er Jahren zu dem Schluss, dass beim Ausfall unterschiedlicher Hirnareale zwei unterschiedliche Fähigkeiten der Ausbildung sprachlicher Verknüpfungen betroffen sind, „entweder die Ähnlichkeits- oder aber die Berührungsassoziationen [...]. Entweder verringert sich die Fähigkeit zur metaphorischen Verknüpfung in der Sprache, oder die Fähigkeit zur metonymischen Verkettung ist gestört. Im Hinblick auf die beiden sprachlichen Grundoperationen wird im ersten Fall die Selektion (auf der paradigmatischen Achse), im zweiten Fall die Kombination (auf der syntagmatischen Achse) beschädigt“ (Jakobson/Pomorska 1982: 114). Jakobson folgert daraus, dass es sich bei Metapher und Metonymie um die beiden grundlegendsten Typen sprachlicher Bedeutungsbildung handelt. Genette und Laclau halten dem entgegen, dass auch Metaphern metonymisch gebzw. missbraucht werden können und umgekehrt. Alle Tropen können gegen die „eigentliche“ Weise, in der sie definiert sind, verwendet werden. Diese Möglichkeit eines „displacement“ oder einer „dislocation“ ist für Tropen konstitutiv und unterläuft zugleich alle Versuche, ihre Grenzen formal zu bestimmen. Nach Laclau sollten wir die Versuchung vermeiden, „to make of rhetorical categories the locus of a hard transcendentality – that is, of a level in which all pertinent theoretical distinctions would be formulated“ (Laclau 2014: 67). Das hat aus Laclaus Sicht weitreichende Konsequenzen für unser Verständnis von Sprache überhaupt: „If the semantic relations underlying both metaphor and metonymy transcend their rhetorical form, are not those relations anchored in signification as such, beyond classical rhetorical limits, or, alternatively, could not signification be seen as a generalized rhetoric? In other words, could that ‚rhetoricity‘ be seen not as an abuse but as constitutive (in the transcendental sense) of signification?“ (Laclau 2014: 58). Jede Art von Bezeichnung beruht auf der Möglichkeit einer Abweichung von einem „normalen“ Gebrauch, der wiederum nur retroaktiv von der Abweichung her gedacht werden könnte. Ein Zeichen bedeutet erst dann etwas, wenn es auch etwas Anderes und in anderer Weise bedeuten, in anderer Weise verwendet werden könnte. Dislokationen halten damit in Form von „rhetorical displacements“ Einzug in die „very structure of the sign“ (Laclau 2014: 58). Tropen lassen sich nicht transzendentalisieren und auf grundlegende Achsen oder Möglichkeiten der Sprache abbilden, wie Jakobson es vorschlägt. Dieser abschlägige Bescheid lässt sich wiederum direkt in den Bereich des Politischen zurückübersetzen, wenn wir denn überhaupt zwischen dem Rhetorischen und dem Politischen trennen könnten. Laclau erläutert dies ausführlich an der Rolle von Gewerkschaften:

“Contiguity and analogy are not essentially different from each other, but the two poles of a continuum. [...]. Let us suppose that there is a neighbourhood where there is racist violence and the only force capable of confronting it in that area are the trade-unions. We would think that, normally, opposing racism is not the natural task of

the trade-unions, and that if it is taken up by them in that place it is by a contingent constellation of social forces. That is, such a 'taking up' derives from a relation of contiguity – that its nature is metonymic. But let us imagine that this 'taking up' continues for a long period of time – in that case, people would become accustomed to it and would tend to think that it is a normal part of trade-union practice. So what was a case of contingent articulation becomes a part of the central meaning of the term 'tradeunion' – 'contiguity' shades into 'analogy', 'metonymy' into 'metaphor'. Anticipating what I will discuss presently, we can say that this is inherent to the central political operation that I call 'hegemony': the movement from metonymy to metaphor, from contingent articulation to essential belonging. The name – of a social movement, of an ideology, of a political institution – is always the metaphorical crystallization of contents whose analogical links result from concealing the contingent contiguity of their metonymical origins. Conversely, the dissolution of a hegemonic formation involves the reactivation of that contingency: the return from a 'sublime' metaphoric fixation to a humble metonymic association." (Laclau 2014: 62-63)

Ein konkretes Beispiel, das Laclau in diesem Kontext anführt, ist die Geschichte von Solidarność<sup>6</sup> in Polen. Die Gewerkschaft wurde in den 1980er Jahren zu einem Symbol für eine Kette höchst unterschiedlicher gegenhegemonialer Forderungen und Kämpfe, die sich im Namen dieses Symbols miteinander zu artikulieren begannen.

---

### 3 Dislokation: Das Subjekt als *agency* und Metapher

Laclaus radikaldemokratische Transformation des Marxismus lässt sich insgesamt als tropologische Transformation begreifen. In seiner Auseinandersetzung mit Marx' Revolutionsbegriff, die er vor allem in seiner 1990 erschienenen Monographie *New Reflections on the Revolution of Our Time* führt, zeigt Laclau, dass im Werk von Marx zwei vollkommen heterogene Versuche unternommen werden, das Wesen von Revolutionen zu bestimmen: als Ergebnisse von Strukturwidersprüchen sozioökonomischer Formationen und als Ausdruck von Kämpfen politischer Akteure. Eine Revolution gilt für Marx im ersten Fall als *Widerspruch ohne Antagonismus*, im zweiten Fall als *Antagonismus ohne Widerspruch*.

Im Vorwort seiner *Kritik der Politischen Ökonomie* schreibt Marx: „Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen oder, was nur ein juristischer Ausdruck dafür ist, mit den Eigentumsverhältnissen, innerhalb deren sie sich bisher bewegt hatten“ (MEW 13: 8-9). Im *Kommunistischen Manifest*

---

6 Vgl. Laclau 2006: 652/653.

heißt es dagegen: „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen“ (MEW 4: 462). In seinem Anspruch auf Wissenschaftlichkeit knüpfe der orthodoxe Marxismus an die erste dieser beiden möglichen Verständnisse von Revolution an und bemühe sich, Antagonismen auf Widersprüche zu reduzieren. Während die Bewegung der strukturellen Widersprüche der Selbstbewegung des Hegel'schen Begriffs entspreche und sich insofern im Rahmen einer universalistischen Vernunft vollziehe, beruhe der Antagonismus „entirely on a factual and contingent history“ (Laclau 1990: 8), die keine Entwicklungsgesetze kenne, sondern nur Verschiebungen und Ortswechsel in einem Gefüge von Kräften, die Laclau als *dislocations*<sup>7</sup> bezeichnet.

Ein Denken von und in Antagonismen, das Laclau bevorzugt, setzt ein Konzept von Gesellschaft voraus, die nicht als homogener, mit sich identischer und klar strukturierter *Raum* begriffen werden darf, sondern als unendliche *Abfolge* von Dislokationen. Laclaus Dislokation (vgl. auch Marchart 2014) findet ihr Vorbild in einem rhetorischen Modell tropologischer Verschiebungen, die es unmöglich machen, Sprache als Menge distinkter und mit sich identischer Elemente zu begreifen. Bedeutungen ergeben sich für die Rhetorik aus Abweichungen, Umakzentuierungen, Betonungswechseln und Verschiebungen anderer Bedeutungen, ohne dass hierzu eine Art Nullpunkt oder Nullniveau (eigentlicher Bedeutungen) angegeben werden könnte. In der Figur vollzieht sich eine Veränderung einer kanonisierten sprachlichen Formulierung, wobei diese Veränderung in jeder nur denkmöglichen Richtung und Hinsicht erfolgen kann. Figuren und Tropen (Veränderungen) werden gemäß der rhetorischen Tradition in solche der Wiederholung bzw. Hinzufügung (*figurae per adiectionem*), der Weglassung (*figurae per detractationem*) und der Umstellung (*figurae per ordinem*) eingeteilt.<sup>8</sup> Wiederholung, Hinzufügung, Weglassung und Umstellung werden von Laclau als Prinzipien der Bedeutungsbildung schlechthin interpretiert. Eine Formulierung kann erst dann etwas bedeuten, wenn sie sich verändern (wiederholen, ergänzen, weglassen, umstellen) lässt, wenn sie im Gebrauch in Bewegung versetzt wird und beginnt, sich von sich selbst zu unterscheiden.

Laclau bemüht sich, den Marx des Antagonismus und der Dislokation gegen den Marx des Widerspruchs zu verteidigen. Jeder Versuch, Geschichte auf eine Selbstentfaltung von Widersprüchen zu reduzieren, führe zu einer „rationality without history“ (Laclau 1990: 14), zu einem Verdrängen von Kontingenz, Nicht-Sein und

---

7 Der Begriff der Dislokation findet vor allem in medizinischen Kontexten Verwendung und bedeutet dort die Verschiebung von Knochen oder Organen. In der Dependenzgrammatik steht der Begriff für die Versetzung einer Phrase innerhalb eines Satzes, die nicht der erwartbaren Stellung entspricht. Vgl. Tesnière 1959.

8 Vgl. etwa Quint. *inst. or.* IX 3: 27-28 sowie Groddeck 1995: 106.

Handlungsfähigkeit, die immer nur in antagonistischen Situationen aufscheint, in Situationen also, die nicht schon vorab entschieden sind. Insofern kann Laclau den Antagonismus nicht anders als negativistisch beschreiben: „Antagonism does not have an objective meaning, but is that which prevents the constitution of objectivity itself“ (Laclau 1990: 17); er hält eine symbolische Ordnung offen oder im Werden und wird damit zur „*limit of all objectivity*“ (Laclau 1990: 17). Wenn Laclau den Antagonismus als eine Gestalt des Negativen oder des „non-being“ (Laclau 1990: 72) bezeichnet, spielt er damit gerade nicht auf die bestimmte Negation Hegels<sup>9</sup> an, die sich immer wieder zu einer neuen historischen Gestalt fügt; der Antagonismus gilt ihm vielmehr als Bedingungen der Möglichkeit und Unmöglichkeit der Schließung einer konkreten historischen Gestalt. In ihm manifestiert sich ein Außen, ein „constitutive outside“ (Laclau 1990: 17), jeder soziohistorischen Formation. Dieses Außen wäre nicht vertikal zu denken, sondern horizontal, als „continual processes of transformation“ (Laclau 1990: 17), die jede gesellschaftliche Formation daran hindert, sich selbst zu genügen. Es geht also um eine „inherent negativity“, (Laclau 1990: 18), die sich in nichts Anderem zeigt als „that the social never manages to fully constitute itself as an objective order“ (Laclau 1990: 18).

Gesellschaften haben, da sie aus Auseinandersetzungen hervorgehen, die ohne transzendentes Gelände geführt werden, immer eine kontingente Gestalt, sind deshalb aber auch nicht einfach das Ergebnis von Zufällen: „Contingency does not [...] mean a set of merely external and aleatory relations between identities, but the impossibility of fixing with any precision – that is, in terms of a necessary ground – either the relations *or the identities*“ (Laclau 1990: 20). Weder die Identität der politischen Akteure noch die Art ihrer Beziehungen lässt sich außerhalb dieser Beziehungen selbst bestimmen, Kontingenz ist für Laclau insofern ein anderer Name für Kontextualität. Gesellschaftliche Antagonismen kennen kein Außen und fungieren somit selbst als das einzig mögliche Außen sämtlicher gesellschaftlicher Akteure und Beziehungen. In der Unhintergebarkeit von Antagonismen manifestiert sich die Tatsache, dass der gesellschaftliche Konstitutionsprozess nie abgeschlossen werden kann. „What we always find is a limited and given situation in which objectivity is *partially* constituted and also *partially* threatened; and in which the boundaries between the contingent and the necessary are constantly displaced“ (Laclau 1990: 27).

Den Prozess der Ausbildung von Objektivität, die immer eine als verbindlich erachtete Weise des Zusammenlebens sanktioniert, begreift Laclau vor allem als einen Kampf um Deutungen und Bedeutungen: „The field of the social could thus be regarded as a trench war in which different political projects strive to articulate

---

9 Vgl. Laclau 1990: 26.

a greater number of social signifiers around themselves. The open nature of the social would stem from the impossibility of managing a total fixity“ (Laclau 1990: 28). Eine „objektive“ (d.h. nicht länger politisch umstrittene) Definition der Gesellschaft wäre für Laclau nicht möglich, jeder Versuch ihrer Definition wird von einer konstitutiven Unbestimmtheit eingeholt. „Society, then, is ultimately unrepresentable: any representation [...] is an attempt to constitute society, not to state what it is“ (Laclau 1990: 82). Es gibt aus seiner Sicht keine nicht-performativen (und d.h.: keine konstativen) Äußerungen über die Gesellschaft, jeder Versuch, sie zu interpretieren, erfolgt bereits von einem gesellschaftlichen Ort aus und interveniert in gesellschaftlichen Konflikten. „There is no possibility of any strict separation between signification and action. Even the most purely constative of assertions has a performative dimension, and, conversely, there is no action that is not embedded in signification“ (Laclau 2014: 65).

Laclau erläutert die Unmöglichkeit eines objektiven Blicks auf „die“ Gesellschaft ausgehend von Wittgensteins berühmtem Beispiel des kompetenten Fortsetzens von Zahlenreihen. Die Reihe „1, 2, 3, 4“ könnte legitimerweise mit „5, 6, 7, 8“ fortgesetzt werden, aber auch mit „9, 10, 11, 12; 17, 18, 19, 20“. In seinen Überlegungen zur Lehrbarkeit von Mathematik, speziell zum kompetenten Fortsetzen von Zahlenreihen, zeige uns der späte Wittgenstein, dass sich zu jeder Zahlenreihe mehr als nur eine Regel angeben lasse, die ihr zugrunde liegen könnte; daraus ergebe sich, dass jede Reihe in mehr als einer Weise angemessen fortgesetzt werden könne. Geht der Mathematiklehrer von nur einer ihm geläufigen und vielleicht sogar alternativlos erscheinenden Regel aus, übt er einfach nur Macht aus. Laclau schreibt: „Obviously, I can always change the rule by continuing the series in a different way. As can be seen, the problem here is not that the coherence of a rule can never be fully realized in empirical reality, but that the rule itself is undecidable and can be transformed by each new addition. Everything depends, as Lewis Carroll would say, on who is in command“ (Laclau 1990: 29). Genau diese Definitionsmacht nennt Laclau, im Anschluss an Gramsci, Hegemonie. Die konkrete Ordnung einer Gesellschaft ist nichts anderes als ein Ausdruck und Resultat von Kämpfen um Hegemonie, d.h. von Versuchen, eine kanonisierte Sicht auf diese Gesellschaft zu etablieren.

Was für die Gesellschaft insgesamt gilt, gilt auch für einzelne Institutionen und Akteure. Ein sozialer Akteur wie eine Gewerkschaft hat nicht einfach eine feste, vorab bestehende Identität, die etwa darin bestünde Arbeiter und ihre Interessen zu repräsentieren. Die Identität kann sich zum Beispiel dann ändern, wenn die Gewerkschaft beginnt sich der Rechte, von Frauen, von Migranten oder prekär Beschäftigten anzunehmen. Als Ergebnis entsprechender Entscheidungen kann sich die Bedeutung des Substantivs „Gewerkschaft“ genauso verschieben wie die

Bedeutung eines beliebigen Wortes, das katachrestisch, d. h. gegen den üblichen Gebrauch, verwendet wird.

Sein Denken der Dislokation führt Laclau zur Behauptung eines gewissen Primats der Katachrese über alle anderen Figuren. Die Katachrese ist, wie jede Trope, eine Abweichung vom normalen Gebrauch, die nicht als Fehler begriffen wird. Bereits die antiken Sprachtheoretiker betonen eine große Nähe von sprachlichen Fehlern und Tropen. So unterscheiden die stoischen Logiker „vier Arten“ von sprachlichen Fehlern: „durch Mangel (Auslassung), durch Pleonasmus, durch Umstellung und durch Verwechslung, die auch Ersetzung heißt“ (FDS 598). Dieses Schema entspricht exakt demjenigen der Figuren: den Figuren der Wiederholung, der Weglassung und der Umstellung. Die antiken Autoren können kein *Kriterium* für den Unterschied von Fehler und Figur angeben. Ob sich eine Wendung als Fehler oder Figur entpuppt, scheint für sie auf eine Frage des kommunikativen *Erfolgs* hinauszulaufen. Manche Fehler *funktionieren* einfach und erschließen unsere Welt in einer zuvor für undenkbar gehaltenen Weise; sie werden damit zu Tropen.

Ausgehend von Laclau ließe sich hier ergänzen, dass dieses Funktionieren und dieser Erfolg immer auch Ausdruck der sedimentierten Ergebnisse von Kämpfen um eine Deutungshoheit sind, von der jede Bedeutung abhängig bleibt und die diese Bedeutung zugleich daran hindern, sich vollständig in sich abzuschließen. Politische Kämpfe sind immer auch Kämpfe um eine Deutungs- und Definitionsmacht – und umgekehrt. Der Begriff der Dislokation, der im Zentrum von Laclaus politischer Philosophie steht, kann insofern weder als im herkömmlichen Sinne politischer noch als rhetorisch-tropologischer Begriff gelesen werden, sondern markiert eine Zone der Indifferenz von Rhetorik und Politik: „The whole argument developed above leads to the growing centrality of the category of ‚dislocation‘. As we saw, every identity is dislocated insofar as it depends on an outside which both denies that identity and provides its condition of possibility at the same time“ (Laclau 1990: 39).

Dieses Moment der Offenheit, des Sich-nicht-schließen- und Sich-nicht-entsprechen-Könnens, gilt Laclau zugleich als genuiner Ort des Subjekts, als Ort einer *agency*. „Thus, far from being a moment of the structure, the subject is the result of the impossibility of constituting the structure as such – that is a self-sufficient object“ (Laclau 1990: 41). Laclau denkt das Subjekt jenseits der Alternative von kartesischem *fundamentum inconcussum* und Althusser'schem Subjektivierungseffekt; er setzt es vielmehr mit der Dislokation gleich. Insofern zielt J. Hillis Miller mit seiner Kritik, Laclau würde einen substantialistischen Subjektbegriff restituieren, an Laclaus rhetorischer Theorie einer *agency* vorbei: „Laclau's theory of political change for the better cannot do without the recuperation of the subject or ‚I‘ that decides arbitrarily and without justification nevertheless rationally and logically“ (Hillis Miller 2004: 224).

Das Subjekt im Sinne Laclaus trägt Zeitlichkeit, Veränderung und Differenz in eine Struktur hinein, die sich gegenüber allen Veränderungen zu immunisieren sucht. Laclau identifiziert das Subjekt mit der tropologischen Verschiebung: „The subject is constitutively metaphor“ (Laclau 1990: 61), Übertragung. Es steht damit für die Unvollständigkeit einer Struktur, für einen „lack within the structure“ (Laclau 1990: 61): „The *structure* will obviously not be able to determine me, not because I have an essence independent from the *structure*, but because the *structure* has failed to constitute itself fully and thus to constitute me as a subject as well“ (Laclau 1990: 44). Subjekte sind insofern nicht einfach das Resultat eines sie in eine Subjektposition einsetzenden Diskurses oder ideologischen Staatsapparats, sondern verkörpern auch das Scheitern subjektivierender Anrufungen. Das bedeutet zugleich, dass „any subject is, by definition, political“ (Laclau 1990: 61). Wenn es ein Subjekt gibt, dann als Subjekt einer Dislokation, einer Abweichung oder eines Fehlers, den Laclau mit dem rhetorischen Akosmismus der antiken Autoren verbindet: „The dominant figure of thought on dislocation in classical antiquity was corruption“; diese wiederum wurde „conceived as non-being“ (Laclau 1990: 72), als ein Nicht-Sein, das jedes Sein in seiner Selbstgenügsamkeit stört.

Laclau fasst sein Denken des Verhältnisses von Dislokation, Subjekt und Macht in drei Thesen zusammen:

1. „The opposition between a society that is completely determined in structural terms and another that is entirely the creation of social agents is not an opposition between different conceptions of the social, but is inscribed in social reality itself. As we said earlier, the subject exists because of dislocations in the structure.“
2. Dislocation is the source of freedom. But this is not the freedom of a subject with a positive identity – in which case it would just be a structural locus; rather it is merely the freedom of a structural fault which can only construct an identity through acts of identification
3. But as these acts of identification – or of decision – are based on a radical structural undecidability, any decision presupposes an act of power. Any power is nevertheless ambiguous: to repress something entails the capacity to repress, which involves power; but it also entails the need to repress, which involves limitation of power. This means that power is merely the trace of contingency, the point at which objectivity reveals the radical alienation which defines it. In this sense, objectivity – the being of objects – is nothing but the sedimented form of power, in other words a power whose traces have been erased.“ (Laclau 1990: 60)

## 4 Negativer Universalismus in Rhetorik und Hegemonietheorie

Der Diskurs der radikalen Demokratie kann vor allem deshalb als „radikal“ gelten, weil er keine transzendentalen Bedingungen der Möglichkeit von Demokratie zulässt, die nicht selbst wiederum zum Gegenstand demokratischer Auseinandersetzungen werden könnten. Radikale Demokratie ist nicht in universalen Normen, Prinzipien oder Werten verwurzelt, die ihren Ort außerhalb der Demokratie selbst hätten. Radikale Demokratie bedeutet, dass es keine *Fundamente* der Demokratie geben kann. In dieser Hinsicht hat der Diskurs der radikalen Demokratie große Gemeinsamkeiten mit dem unter (1) vorgestellten rhetorischen Akosmismus. Demokratie und Sprache legitimieren sich jeweils nur über die Abwesenheit aller sie fundierenden Gründe. Um noch einen Schritt weiter zu gehen: Demokratie und Sprache existieren nicht an sich, sondern sind immer situiert und verkörpert. Vor diesem Hintergrund wäre es angemessener, von Demokratisierungseffekten und Redeereignissen zu sprechen als von so etwas wie Demokratie und Sprache an sich.

Laclaus Theorie einer radikalen Demokratie und die klassische Rhetorik treffen sich darüber hinaus im Versuch der Ausformulierung eines negativen Universalismus. Während die Philosophie seit Platon einen positiven oder substantiellen Universalismus zu etablieren sucht, der die Gemeinsamkeit aller Individuen an von allen geteilten Ideen, Werten und Normen festmacht, artikuliert die Rhetorik einen negativen Universalismus, welcher gerade die Abwesenheit aller transzendentalen Prinzipien, die radikale wechselseitige Entzogenheit, als das alle Individuen vereinigende Band betrachtet. Der negative Universalismus macht den demokratischen *agon* sowohl notwendig wie möglich. *Praxis* ist der Name dafür, dass sich nichts in der Welt absolut zu setzen vermag. Politik bezieht sich für den „rhetorischen“ Aristoteles „nur auf solche Dinge, welche sich allem Anschein nach auf zweierlei Weise verhalten können: Denn über das, was nicht anders sein, werden oder sich verhalten kann, beratschlagt niemand“ (Arist. *Rhet.* 1357a). Nichts wiederholt Aristoteles in seiner Rhetorik so häufig wie die Tatsache, dass sich unsere Praxis nur auf das bezieht, „was sich anders verhalten kann“ (Arist. *Rhet.* 1094b, 1104a, 1107a, 1109a, 1112a, 1139a, 1139b, 1140a/b, 1141a, 1141b). Dem negativen Universalismus der Rhetorik korrespondiert eine negativistische Theorie der Sprache, die diese weniger als Abbild der Welt, als Ausdruck einer mentalen Sprecherintention oder Umsetzung einer sozialen Regel interpretiert, denn als in sich selbst gründende Performanz, die Gesellschaft und Subjekt daran hindert, miteinander und je mit sich identisch zu werden.

Keine Rede kann im Namen einer universellen Instanz, etwa im Namen *des* Volkes, geführt werden. In erneuter Anknüpfung an de Man, unterscheidet Laclau

eine „metaphorische“, auf die Identifikation einer partikularen Position mit *dem* Volk setzende Linie der Demokratiegeschichte, von einer „metonymischen“, die sich der Unmöglichkeit einer solchen Identifikation bewusst ist und die Identität *des* Volkes unendlich aufschiebt. Während die „metaphorische“ Linie „von Robespierre zu Pol Pot läuft“ (Laclau 2001: 174), werde die „metonymische“ Linie eher von Luxemburg und Gramsci vertreten, denen ein gewisser „Respekt vor Differenz“ (Laclau 2001: 174) zu Eigen sei.

Die sich hier andeutende rhetorische Transformation der Demokratietheorie hat Konsequenzen für den Status von Universalität. Das Universale dient Laclau nicht länger als transzendentaler Rahmen der Demokratie. Stattdessen geht er von einer verwickelten Hierarchie aus Universalem und Partikularem aus; beide Seiten benötigen einander, werden aber nichts desto trotz durch eine unüberbrückbare Kluft getrennt. Keine partikulare Position kann den Ort des Universalen für sich unmittelbar okkupieren. Der Ort des Universalen bleibt notwendig leer und unbestimmt. Der Kampf um Hegemonie ist immer auch der Kampf um den leeren Ort des Universalen. In seinem Aufsatz *Identity and Hegemony* erläutert Laclau diesen Zusammenhang mit Hilfe der rhetorischen Figur der Synekdoche: „In order to have hegemony we need the sectorial aims of a group to operate as the name for a universality transcending them – this is the *synecdoche* constitutive of the hegemonic link“ (Laclau 2000: 57). Die Synekdoche wird hier im Sinne eines *pars pro toto* verstanden: Da das Universale zugleich notwendig und unmöglich ist, muss ein partikularer Akteur die Rolle des Universalen einnehmen. Das Universale erscheint also immer nur in und an einer partikularen Perspektive; das Partikulare wird umgekehrt immer nur dann sichtbar, wenn es eine universale Forderung erhebt. Jeweils eine der beiden Seiten verkörpert zugleich die Möglichkeit und Unmöglichkeit der anderen.

Laclau zeigt wieder und wieder, dass es keine Repräsentation der Gesellschaft in der Gesellschaft geben kann. Als universalistischer Begriff bleibt Gesellschaft stets unmöglich: „The idea of a totally emancipated and transparent society, from which all tropological movement between its constitutive parts would have been eliminated, involves the end of all hegemonic relation [...] and also of democratic politics“ (Laclau 2000: 57). Demokratie hängt von der Unmöglichkeit eines positiv verwirklichten Universalen ab, geht als Forderung aber sehr wohl mit Universalisierungseffekten einher.

## 5 Katachrese und leerer Signifikant

Ausgehend von diesen Überlegungen entwickeln Mouffe und Laclau eine Theorie der „Leerstelle“ (Laclau/Mouffe 1991: 253) im exzentrischen Zentrum der Gesellschaft. Eine Gesellschaft kann nur dann als demokratisch gelten, wenn ihre Mitte leer bleibt, wenn sie sich nicht auf eine bestimmte Essenz, einen Wert oder eine Idee, verpflichtet. Demokratie fungiert hier als ein anderer Name dafür, dass die Gesellschaft unbestimmt ist und unbestimmt bleiben soll. Niemand kann für sich beanspruchen ihre Gestalt in einer irreversiblen Weise theoretisch oder praktisch festzulegen. Eine Gesellschaft kann sich nie selbst beschreiben: In dieser Hinsicht ist „jedes Signifikationssystem um einen leeren Platz herum konstruiert“ (Laclau 2002: 70), um einen „leeren Signifikanten“: „An empty signifier, as I have tried to show, is not just a signifier without a signified – which, as such, would be outside signification – but one signifying the blind spot inherent to signification, the point where signification finds its own limits, but which, if it is going to be possible at all, has to be represented as the meaningless precondition of meaning.“ (Laclau 2014: 64)

Laclaus „leerer Signifikant“ kann als Übersetzung der rhetorischen *katachresis* gelesen werden, der Trope der Setzung und der Negativität; die Katachrese ist die Figur, über die sich Sprache selbst aus dem Nichts heraus erschafft; sie steht für eine sprachliche *creatio ex nihilo*. Wie die Katachrese konstituiert der „leere Signifikant“ eine „positive“ oder „reale“ Unmöglichkeit (Laclau 2002: 70). Als Beispiel erwähnt Laclau den Kampf unterschiedlicher Oppositionsgruppen gegen einen gemeinsamen Gegner. Nur dieser Gegner stiftet eine Äquivalenz der Forderungen; darüber hinaus hat diese Äquivalenz keinen positiven Gehalt. Gleichwohl vermag der leere Signifikant, unterschiedlichste Interessen miteinander zu artikulieren.

Eine Deutung des „leeren Signifikanten“ als Katachrese legt Laclau selbst nahe. Er stellt sein Denken in die Tradition von Nietzsche, Foucault, Derrida und de Man, die dem rhetorischen Akosmismus unter den Bedingungen der Moderne den vielleicht radikalsten Ausdruck gegeben haben; alle vier Autoren begreifen Sprache dabei konsequent als katachrestischen Prozess. Die Katachrese gilt generell als die Trope des Missbrauchs. Ich missbrauche ein bestimmtes Wort, um etwas zu bezeichnen, für das es noch keine Bezeichnung gibt. Häufig genannte Beispiele sind *Tischbein*, *Flugzeugflügel*, *Flaschenhals* oder *Motorhaube*. Da für die Philosophen nach Nietzsche keine Möglichkeit mehr besteht, Signifikanten auf transzendente Signifikate zu beziehen, weisen sie darauf hin, dass sich Bedeutungen immer um abwesende Signifikate herum konstituieren. Wir haben von daher keine Möglichkeit mehr, strikt zwischen „richtigem“ Gebrauch und Missbrauch von Sprache zu unterscheiden. Jeder Sprachgebrauch geht mit einer Setzung einher, die sich einem repräsentationalistischen Denken entzieht. Die Katachrese steht, wie Gerald Pos-

selt überzeugend herausgearbeitet hat, innerhalb der rhetorischen Tradition für das, was wir seit Austin als die Performativität der Sprache bezeichnen, für ihren Setzungscharakter<sup>10</sup>. Sie bietet sich insofern als *master trope* einer akosmistischen Rhetorik und politischen Theorie an.

Mit der Katachrese wird ein Zug der Rede sichtbar, der sich dem Satz des zureichenden Grundes verweigert und auf ein Moment der Ungegründetheit in allem Reden hinweist. Die Theorie der Figurativität der Rede deckt sich hier mit der Pragmatik Wittgensteins, auf die sich Laclau immer wieder zustimmend bezieht und die von Stanley Cavell als Theorie universeller Figurativität gelesen wird: Wittgensteins Vision der Sprache besteht für Cavell darin, „dass jede Lebensform und jeder dieser Form inhärierende Begriff unbegrenzt oft eingesetzt werden kann und über unendliche Projektionsrichtungen verfügt [...]. Das Phänomen, das ich als ‚Projektion eines Wortes‘ [= seine Verwendung in unterschiedlichen, nur über eine Familienähnlichkeit verbundenen Sprachspielen, die durch keine Universalien regiert wird, A.H.] bezeichne, beschreibt das Sprachfaktum, das man [...] gelegentlich registriert, wenn man sagt: ‚Die ganze Sprache ist metaphorisch‘“ (Cavell 2002: 210, 215).

Mit dem Insistieren auf dem katachrestischen Charakter der Sprache verbindet sich bei den genannten Autoren immer auch ein politischer und damit antiphilosophischer Anspruch. Das philosophische Projekt einer Suche nach Kriterien zur Unterscheidung von Gebrauch und Missbrauch zeichnet die eigentlichen, normalen und wahren Bedeutungen der Worte gegenüber ihren illegitimen Verwendungen und Aneignungen aus. Die Philosophie etabliert und legitimiert eine Ordnung des Seins, einen *kosmos*, der in sich hierarchisch verfasst ist. In und mit dieser kosmischen Hierarchie wird nur allzu oft soziale Ungleichheit begründet. Hinter dem Insistieren auf dem *eigentlichen* Sinn eines Wortes steht immer ein Herrschaftsinteresse. Dagegen richten sich die Genealogien Nietzsches und Foucaults ebenso wie die Dekonstruktion Derridas und de Mans. Für Laclau – der den Spuren dieser Autoren folgt – lassen sich das Soziale und das Politische nie entlang einer ihnen spezifischen Logik explizieren, sondern nur entlang einer Rhetorik.<sup>11</sup> Das „soziale Band“ ist nicht aus logischen Notwendigkeiten geknüpft, sondern aus kontingenten Übergängen, die sich weniger durch den Syllogismus als vielmehr durch die Katachrese explizieren lassen. Der Übergang von einem Glied der Kette zum anderen wird hier gerade durch die Abwesenheit eines gemeinsamen Rahmens gestiftet. Das Trennende selbst fungiert als das Verbindende. Jede Kommunikation

---

10 Vgl. Posselt 2005.

11 Auch für de Man ist die „Rhetorik [...] die radikale Suspendierung der Logik“ (de Man 1988: 40).

und jede Interaktion exponiert sich ihrer eigenen Unmöglichkeit, die zugleich als negative Bedingung ihrer Möglichkeit entziffert werden kann. Die Bewegung der menschlichen Praxis von einem Zustand zu einem anderen „is *tropological* inas-much as the displacement is not governed by any necessary logic dictated by what is being displaced, and *catachrestical* inasmuch as the entities constituted through the displacement do not have any literal meaning outside the very displacements form which they emerge. This is why I prefer to speak [...] of the social organized as a rhetorical space“ (Laclau 2000: 78). Menschliche Praxis bezieht sich nicht von außen auf ihr vorgängige Elemente, sondern schafft sich ihre Elemente performativ, im eigenen Vollzug.

Politik wird von Laclau und Mouffe generell als Kampf um Hegemonie interpretiert. Der Begriff der Hegemonie soll dabei drei Bedürfnissen Rechnung tragen: In sozialen Strukturen muss zunächst „von Anfang an etwas präsent sein“, was sich gegenüber diesen Strukturen „heterogen“ verhält und sie „davon abhält, sich als geschlossene oder repräsentierbare Totalität zu konstituieren“ (Laclau 2001: 149). Wäre eine solche Totalisierung möglich, dann würde die politische Auseinandersetzung unterbunden. Hegemonie markiert mithin keine absolute Vorherrschaft, sondern eine Macht, die ihre eigene Gegenmacht miteinschließt. Darüber hinaus geht eine hegemoniale Auseinandersetzung mit einem „retotalisierenden Effekt“ (Laclau 2001: 149) einher, sie schafft notwendig neue Strukturen. Diese neuen Strukturen sollten allerdings die „konstitutive Heterogenität“ der „hegemonialen Artikulation“ (Laclau 2001: 149) lebendig halten. In jeder demokratischen Institution muss etwas von derjenigen Kraft, die diese Institution gesetzt hat, bewahrt bleiben. Jede Institution sollte ihrer eigenen Kontingenz Rechnung tragen. Zwischen den Forderungen nach Offenheit und der Unvermeidbarkeit retotalisierender Effekte besteht für Laclau ein nicht zu schlichtender Widerspruch, den nur ein rhetorisches, sich nicht auf logische Stringenz verpflichtendes Denken auszutragen vermag.

Der Katachrese räumt Laclau einen Stellenwert ein, der noch über den des heterogenen Kontinuums von Metapher und Metonymie hinausgeht. Die Katachrese wird zur zentralen Figur seiner verallgemeinerten Rhetorik: „Now, if the representation of something unrepresentable is the very condition of representation as such, this means that the (distorted) representation of this condition involves a substitution – that is, it can only be *tropological* in nature. And it is not a substitution to be conceived as a replacement of positive terms: it will involve giving a name to something that is essentially ‚nameless‘, to an empty place. That is what gives *catachresis* its centrality. And as any figural movement involves saying something more than what can be said through a literal term, *catachresis* is inherent to the figural as such – it becomes the trade mark of ‚rhetoricity‘ as such“ (Laclau 2014:

64). Und weiter: „Once the centrality of catachresis is fully accepted, rhetoricity becomes a condition of signification and, as a result, of objectivity“ (Laclau 2014: 66).

Gegen Laclaus rhetorische Transformation Politischer Theorie ist der Vorwurf erhoben worden, sie bleibe in ihrer Konzentration auf den Gegensatz von Metapher und Metonymie einerseits sowie auf die Katachrese andererseits einem restringierten<sup>12</sup> Modell von Rhetorik verhaftet. So schreibt Michael Kaplan: „The determination of politics as hegemonic struggle seems to require a form of rhetorical agency that Laclau’s theory of discourse explicitly precludes. Conversely, Laclau’s theory of hegemony relies on a highly restricted conception of rhetoric that, ironically, appears inadequate to the daunting political task it has been assigned“ (Kaplan 2010: 255). Und weiter „Laclau’s approach confines him to a tropological conception of rhetoric derived from structuralist poetics. Beyond this conception’s inherent limitations, this restriction deprives Laclau’s theory of a model of rhetorical efficiency adequate to his project of popular democracy“ (Kaplan 2010: 255).

Gegen Kaplans Kritik ließe sich zunächst einwenden, dass die Vorstellung einer „rhetorical efficiency“ für Laclau sehr wohl eine wichtige Rolle spielt. Seinem Konzept der Katachrese antwortet eine explizit persuasive Strategie, die er ausgehend von Sorels Theorie des Mythos<sup>13</sup> entwickelt, für den politische Leidenschaften eine zentrale Rolle spielen: „The absent rationality had to be substituted by an emotional identification, which explains the creative role of passion in History“ (Laclau 2014, 33). Darüber hinaus ließe sich Kaplans Kritik nur dann aufrechterhalten, wenn man die Sphären der politischen, auf kommunikative Erfolge bedachten, und der literarischen, an der Funktion von Tropen interessierten Rhetorik, strikt trennen könnte. Beide Rhetoriken bilden für Laclau aber gerade ein Kontinuum, vergleichbar dem von ihm herausgearbeiteten Kontinuum zwischen Metapher und Metonymie. Von Laclau werden die Tropen, wie etwa seine Diskussion des Begriffs „Gewerkschaft“ zeigt, der wie eine Katachrese funktionieren kann, demgegenüber immer schon übertragen. Es ist für ihn nicht ausgemacht, ob der „eigentliche“ Ort der Tropen in der Gesellschaft oder in der Literatur zu suchen wäre. Laclau trägt damit dem wesenlosen Wesen der Tropen eher Rechnung als etwa Paul de Man.

In seiner Lektüre von Prousts *Recherche* hebt de Man hervor, dass der Roman für einen Vorrang der Metapher über die Metonymie argumentiert.<sup>14</sup> Aber der Roman kann diese Argumentation nur führen, indem er sich an entscheidenden Stellen bestimmter Metonymien bedient. Insofern basiert er auf einem „Widerspruch“. Das Problem bei de Mans Lektüre besteht darin, dass es nur dann einen „Wider-

---

12 Vgl. Genette 1993.

13 Vgl. Sorel 1925: 22.

14 Vgl. de Man 1988: 91-117.

spruch“ zwischen Metapher und Metonymie geben kann, wenn man beide Tropen transzendentalisiert, sie mithin wörtlich nimmt. De Man verwendet rhetorische Tropen wie wohldefinierte philosophische Kategorien. Insofern steht sein Diskurs der Philosophie wesentlich näher als der Literatur. Er ontologisiert die Tropen, stellt ihre Bewegung still.

Auch für Laclau, der de Man nur bis zu einem bestimmten Punkt folgt, „überschreitet eine generalisierte Rhetorik [...] alle regionalen Grenzen und wird gleichbedeutend mit der Strukturierung des sozialen Lebens selbst“ (Laclau 2001: 147). Gleichwohl führt Laclaus Ansatz zu einem anderen Verständnis der Rhetorizität der Sprache. Laclau verwendet rhetorische Tropen wie Katachresen oder Synekdochon in einem übertragenen Sinne. Die Tropen spielen für ihn selbst nur eine tropologische Rolle, sie werden nicht hypostasiert, sondern zum Arbeiten gebracht. Sie verkörpern die Unvollständigkeit eines ebenso politischen wie symbolischen Universums, existieren darüber hinaus aber nicht an sich, in einer Art rhetorischem Ideen Himmel, wie ihn de Man zumindest tendenziell zu unterstellen scheint.

Im Gegensatz zu einer Politik platonischen Typs, die Grenzen setzt um ein- und auszuschließen, die damit Räume sanktioniert, eine räumliche Ordnung errichtet, wäre Politik für Laclau eher entsetzend, ginge mit dem Auszug aus und dem Verschieben von Räumen einher. Eine räumliche Ordnung ist für ihn immer eine in einer transzendentalen Instanz gegründete Ordnung, eine Ordnung, die Subjekten soziale Orte zuweist, die festlegt, was unter welchen Bedingungen gesagt werden darf: „Spatiality means coexistence within a structure that establishes the positive nature of all its terms. Dislocation, on the other hand, means the impossibility of that coexistence: particular elements only manage to obtain positivity (i. e. objectivity) at the expense of the elimination of others“ (Laclau 1990: 69). Das Subjekt im Sinne Laclaus ereignet sich dagegen als Verschiebung räumliche Ordnungen, es trägt Zeit, Veränderung und Differenz in sie ein.

Laclaus Entgegensetzung von Raum und Dislokation erinnert an Gilles Deleuzes Beobachtung, dass sich jede Form von Macht in einem „Komplex aus Code und Territorium“ (Deleuze/Parnet 1980 : 139) niederschlägt, das der „griechischen Geometrie“ eine „den sozialen Raum des antiken Stadtstaates organisierende abstrakte Maschine“ (Deleuze/Parnet 1980 : 140) entspricht. Der „geometrischen Organisation des Staates“ (Deleuze/Parnet 1980, 152) hält Deleuze eine Tradition nomadischer, deterritorialisierender politischer Interventionen entgegen, die für ihn mit dem biblischen Exodus beginnt, einer Dislokation, die einem Volk eher eine „Fluchtorganisation“ gibt als eine räumliche Struktur. Eine räumliche Ordnung ist aus der Sicht von Deleuze und Laclau immer eine in einer transzendentalen Instanz gegründete Ordnung, eine Ordnung, die Subjekten soziale Orte zuweist, die festlegt, was unter welchen Bedingungen gesagt werden darf. Der Nomadismus oder die

Dislokation wären demgegenüber Interventionen, die nicht innerhalb der Grenzen eines Raumes, einer Institution oder eines diskursiven Feldes erfolgt, sondern mit dem Kampf um die Ziehung dieser Grenzen einhergeht. Authentische politische Praxen, so auch Jacques Rancière, folgen nicht einfach etablierten Regeln, sondern bemühen sich um deren permanente Setzung und Entsetzung. In dieser Perspektive steht das Politische für einen grundstürzenden Streit, in dem buchstäblich alles aufs Spiel gesetzt wird: der Gegenstand des Streits und die Kriterien, mit deren Hilfe er geschlichtet werden könnte ebenso, wie die Identität der streitenden Parteien. Politik beginnt erst dort, wo diejenigen Anteile der Bevölkerung, die nicht institutionell repräsentiert sind, die „Einrichtung eines Anteils der Anteilslosen“ (Rancière 2002: 24) fordern, mithin, sich als politisches Subjekt jenseits der etablierten räumlichen Ordnung konstituieren und in Erscheinung treten.

## Literatur

- Aristoteles, 1993: Rhetorik. Übers. v. Franz G. Sieveke, München (Arist. *Rhet.*).
- Badiou, Alain, 2002: Paulus. Die Begründung des Universalismus. Übers. v. Heinz Jatho, München.
- Breckman, Warren, 2013: Adventures of the Symbolic. Post-Marxism and Radical Democracy. New York.
- Cavell, Stanley, 2002: Wittgensteins Vision der Sprache. In: ders.: Die Unheimlichkeit des Gewöhnlichen, übers. v. Martin Hartmann, Frankfurt a. M. 2002, S. 185-215.
- Deleuze, Gilles/Parnet, Claire, 1980: Dialoge. Frankfurt a. M.
- de Man, Paul, 1988: Allegorien des Lesens. Frankfurt a. M.
- Demosthenes, 1946: Rede vom Kranz. Hg. v. Marion Müller, übers. v. Friedrich Jacobs, München 1946 (Dem. *Ktes.*).
- Demosthenes, 1985: *Politische Reden*. Hrsg. u. übers. v. Wolfhart Unte, Stuttgart (Dem. *or.*).
- Genette, Gérard, 1972: Métonymie chez Proust. In: ders.: Figures III, Paris, S. 41-63.
- Genette, Gérard, 1993: Die restringierte Rhetorik. In: Anselm Haverkamp (Hg.): Theorie der Metapher, Darmstadt, S. 229-252.
- Gorgias, 2003: Rede über das Nichtsein. In: Schirren, Thomas// Thomas Zinsmaier (Hg.): Die Sophisten. Ausgewählte Texte, Stuttgart, S. 62-73.
- Groddeck, Wolfram, 1995: Reden über Rhetorik. Zu einer Stilistik des Lesens. Basel/Frankfurt a. M.
- Hetzl, Andreas, 2011: Die Wirksamkeit der Rede. Bielefeld.
- Hillis Miller, Joseph, 2004: "Taking up a Task": moments of decision in Ernesto Laclau's thought. In: Critchley, Simon / Marchart, Oliver (Hg.): Laclau. A critical reader, London/New York, S. 217-225.
- Hülser, Karlheinz, 1988: Die Fragmente zur Dialektik der Stoiker. Neue Sammlung der Texte mit deutscher Übersetzung und Kommentaren, 4 Bde. Stuttgart (FDS).

- Jakobson, Roman/Pomorska, Krystyna, 1982: Poesie und Grammatik. Dialoge, Frankfurt a. M.
- Kaplan, Michael, 2010: The Rhetoric of Hegemony: Laclau, Radical Democracy, and the Rule of Tropes. In: *Philosophy and Rhetoric*, Volume 43, Number 3, S. 253-283.
- Laclau, Ernesto, 1988: Metaphor and Social Antagonisms. In: Nelson, Cary/ Grossberg, Lawrence (Hg.): *Marxism and the Interpretation of Culture*, Houndmills u. a., S. 249-257.
- Laclau, Ernesto, 1990: *New Reflections in the Revolution of Our Time*. London/New York.
- Laclau, Ernesto, 2000: Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics. In: Judith Butler/Ernesto Laclau/Slavoj Žižek: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London/New York, S. 44-89.
- Laclau, Ernesto, 2001: Die Politik der Rhetorik. In: Jörg Huber (Hg.): *Kultur-Analysen*, Wien/New York, S. 147-174.
- Laclau, Ernesto, 2002: *Emanzipation und Differenz*. Wien.
- Laclau, Ernesto, 2005: *On Populist Reason*. London/New York.
- Laclau, Ernesto, 2014: *The Rhetorical Foundations of Society*. London/New York.
- Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal, 1991: *Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien.
- Marchart, Oliver, 2010: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin.
- Marchart, Oliver, 2014: Institution and dislocation. Philosophical roots of Laclau's discourse theory of space and antagonism. In: *Distinktion: Scandinavian Journal of Social Theory*, 15(3), S. 271-282.
- Marx, Karl, 1971: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. In: *Marx-Engels-Werkausgabe* (MEW), Bd. 13, Berlin, S. 7-160.
- Marx, Karl/ Engels, Friedrich, 1971: Manifest der Kommunistischen Partei. In: *Marx-Engels-Werkausgabe* (MEW), Bd. 4, Berlin, S. 459-493.
- Norval, Aletta (2001): Radical Democracy. In: Clarke, Paul Barry/Foweraker, Joe (Hg.): *Encyclopedia of Democratic Thought*, London/New York, S. 587-594.
- Platon, 1990: *Politeia*. In: *Werke in acht Bänden*, hg. v. Gunther Eigler. Darmstadt, Bd. 4, (Plat. Pol.).
- Posselt, Gerald, 2005: *Katachrese. Rhetorik des Performativen*. München.
- Proust, Marcel, 1919: *À la recherche du temps perdu*, Bd. 2, *À l'ombre des jeunes filles en fleurs*, Tome 5, Paris.
- Proust, Marcel, 1988: *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*, Bd. 3., *Im Schatten junger Mädchenblüte 2*, übers. v. Eva Rechel-Mertens, Frankfurt a. M.
- Quintilianus, Marcus Fabius, 1995: *Ausbildung des Redners, Zwölf Bücher*, hrsg. u. übers. v. Helmut Rahn, Darmstadt 1995 (Quint. inst. or.)
- Rancière, Jacques, 2002: *Das Unvernehmen. Politik und Philosophie*. Frankfurt a. M.
- Roberts, John W., 1998: *Athenian Radical Democracy*. Kingston upon Thames.
- Sorel, Georges, 1925: *Reflections on Violence*. London.
- Tacitus, 1981: *Dialogus de oratoribus*/Dialog über die Redner. Nach der Ausgabe von Helmut Gugel hg. v. Dietrich Klose, Stuttgart, (Tac. Dial.).
- Tesnière, Lucien, 1959: *Éléments de syntaxe structurale*. Paris.
- Žižek, Slavoj, 1992: *Mehr-Genießen. Lacan in der Populärkultur*, Wien.

---

# Die Diskursanalyse der Essex School

## Modell und Methode

Oliver Marchart

---

### 1 Grundzüge der Laclau'schen Diskursanalyse

In den letzten Jahren konnten sich im Methodenkanon der deutschsprachigen Sozialwissenschaften gesellschaftsanalytische Diskurstheorien immer stärker durchsetzen, wobei die in kritischer Auseinandersetzung mit u. a. der Foucault'schen Diskursanalyse entwickelte hegemonietheoretische Diskursanalyse der „Essex School“ um Ernesto Laclau vermehrt Aufmerksamkeit fand (Marchart 1998, Nonhoff 2006).<sup>1</sup> Sie versteht sich als eine nicht-objektivistische Theorie, die von dem grundlegenden Postulat ausgeht, dass „das Soziale sich als symbolische Ordnung konstituiert“ (Laclau/Mouffe 1991: 145), als ein symbolisches Feld, auf dem Bedeutungen generiert werden, die sich zu diskursiven Formationen verdichten. Aus der Einführung des ursprünglich Foucault'schen Begriffs der diskursiven Formation ergab sich für Laclau und Mouffe allerdings eine Reihe von Fragen. Folgendes Problem ragt darunter heraus: Was *vereinheitlicht* eine diskursive Formation? Also: Was garantiert die Kohärenz einer diskursiven Formation?

Die Einheit eines relationalen Systems – und jedes Bedeutung produzierende System ist nach Laclau und Mouffe relational – muss auf irgendeine Weise fixiert werden. Ansonsten befänden wir uns in einer psychotischen Welt, in der jede Bedeutung entgleitet. Um Fixierung theoretisch fassen zu können, greifen Laclau und Mouffe im ursprünglichen Entwurf ihrer Diskursanalyse in *Hegemonie und radikale Demokratie* auf das strukturalistische Zeichenmodell Saussures zurück, das von Laclau später zum Konzept des leeren Signifikanten weiterentwickelt wird. Saussure zufolge besteht jedes Zeichen (*signe*) aus dem Bezeichneten (Signifikat), also der *Vorstellung*, und dem Bezeichnenden (Signifikant), dem *Lautbild* bzw.

---

1 Dieses Kapitel stellt kondensiert Vorschläge vor, die sich in ausführlicher Version in meinem Buch *Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste* (Marchart 2013) finden.

*Schriftbild*, innerhalb eines relationalen Gesamtsystems (*langue*). Bedeutung entsteht nun, in Laclaus und Mouffes Adaption, nur in einem System von Signifikanten. Wie aber kann der Fluss der Signifikanten gestoppt und ein minimaler Grad an Systematizität erreicht werden? Diese Frage nach der Kohärenz des Gesamtsystems der Sprache (bzw. einer Signifikantenkette) sieht Laclau bei Saussure unbeantwortet. Unter einem leeren Signifikanten – und wir werden auf dieses zentrale Konzept des Laclau'schen Ansatzes zurückkommen – wird daher eine neue Kategorie eingeführt: ein Signifikant, der eine Signifikantenkette „stept“, d. h. den Fluss der Signifikation vorübergehend anhält und so Bedeutung fixiert. Die aufgrund des Überschusses an diskursivem Material noch nicht fixierten und in Relation gebrachten Signifikanten werden durch eine solche Fixierung zu *Momenten* einer diskursiven Totalität. Dieser Vorgang des „Steppens“ im Feld des Sozialen nennen Laclau und Mouffe nun Artikulation: „*Die Praxis der Artikulation besteht deshalb in der Konstruktion von Knotenpunkten, die Bedeutung teilweise fixieren*“ (165).

Allerdings lässt sich eine Äquivalenzkette nur dann vorübergehend stabilisieren, wenn sie gegen einen „negativen Pol“, einen äußeren Feind abgegrenzt wird. Hieran zeigt sich schon, dass keine hegemonietheoretische Analyse ohne den Begriff des Antagonismus auskommen kann. Er markiert den Pol reiner Negativität, dem gegenüber Äquivalenzketten aus differentiellen Elementen artikuliert werden (vgl. auch den Beitrag von Martin Nonhoff). Ein Feld der Differenz kohäriert nur in Verhältnis zu einer allen Differenzen gegenüber radikal heterogenen, negativen Instanz, die ein Prinzip der *Äquivalenz* in das Feld einführt. Diese Instanz des Antagonismus *negiert* den differentiellen Charakter der Signifikanten und stößt dadurch Äquivalenz- und Kohärenzeffekte an. Im Prozess ihrer Äquivalenzierung werden die Signifikanten aus ihren vormaligen Konstellationen (ihrer „Verstreung“) herausgerissen und treten in eine neue Äquivalenzkette ein. Ein Signifikant aus dieser Kette übernimmt nun die Aufgabe des allgemeinen Äquivalents, die Aufgabe also, die Kette als solche zu repräsentieren. Genau diese universelle Aufgabe als allgemeines Äquivalent erfordert aber dessen weitgehende Entleerung von partikularen Inhalten (je umfassender die Kette, desto leerer der Signifikant). Das heißt, einerseits handelt es sich um einen ganz gewöhnlichen partikularen Signifikanten aus der Reihe aller Signifikanten einer Äquivalenzkette, andererseits signifiziert dieser Signifikant eben nicht allein etwas Partikulares, sondern er signifiziert die Einheit dieser Kette als solche, mit anderen Worten: das *Prinzip der Kohärenz* einer diskursiven Formation. Diese Symbolisierungsleistung, um es zu wiederholen, kann jedoch immer nur unter Inanspruchnahme eines negatorischen Außen, d. h. vor dem Hintergrund von Antagonismus und Dislozierung gelingen.

Es mag hilfreich sein, sich zum Verständnis dieser noch sehr abstrakten Logik der Entleerung eines Signifikanten von seinen konkreten Inhalten einen Slogan wie

„Freiheit für Nelson Mandela“ vor Augen zu halten. Zur Zeit der Apartheid war mit diesem Slogan nicht allein die Entlassung Mandelas aus der Gefangenschaft gemeint, sondern der Einsatz des Signifikanten „Freiheit für Nelson Mandela“ zielte auf die Abschaffung des Apartheid-Systems schlechthin und konnte so die unterschiedlichsten Forderungen und politischen Akteure hinter sich vereinigen. Mit anderen Worten, ein Signifikant wurde zum Repräsentanten eines gemeinsamen Kampfes – einer Äquivalenzkette – gegenüber dem antagonistischen Außen eines unterdrückerischen Regimes. Die Kohärenz eines Bedeutungssystems wird somit gewährleistet durch die Übernahme der allgemeinen Repräsentationsfunktion durch ein partikulares Element dieses diskursiven Systems. Der hegemoniale Charakter dieses Elements besteht nicht etwa in seiner *konkreten* Bedeutung, sondern darin, dass er diese Repräsentationsfunktion für das Gesamtsystem übernehmen kann und darin sich von seinen konkreten Bedeutungen gerade entleert.

Diese Diskurslogik der Entleerung eines Signifikanten bildet gleichsam den Kern jeder hegemonialen Bewegung. Freilich ist kein Signifikant jemals vollständig entleert – dann bestünde er aus bloßem Rauschen –, sondern immer nur tendenziell. Das impliziert, dass eine Kette aus einer Reihe jeweils mehr oder weniger entleerter Signifikanten bestehen kann, d. h. aus Signifikanten, die die Repräsentation der Kette in größerem oder geringerem Umfang übernehmen können. Wenn in einer konkreten Analyse ein Signifikant als *der* leere Signifikant bezeichnet wird, dann soll damit nur gesagt sein, dass es diesem Diskurselement in besonderem Ausmaß gelingt, für die Reihe als Ganze einzutreten.

---

## 2 Die elementaren Einheiten des Diskurses

Die erste Frage, vor der nun jede Anwendung dieses Diskursmodells steht, ist die Frage nach der elementaren Einheit der Analyse. Als hilfreich erweist sich der Rückgriff auf Laclaus Diskussion der Entstehung populistischer Diskurse. In seinem Buch *On Populist Reason* (2005) weist Laclau die Annahme gängiger Populismustheorien zurück, bei den zu untersuchenden elementaren Einheiten würde es sich um soziale oder politische Gruppen handeln. Ein diskursanalytischer Zugang kann die Frage nach dem Urheber bzw. dem Subjekt des Artikulationsprozesses nicht umstandslos mit dem Konzept der Gruppe beantworten, denn die einen kollektiven Akteur integrierende kulturelle oder politische Identität wird immer das *Resultat* und nicht die Quelle artikulatorischer Anstrengungen sein. Wenn das Soziale diskursiv strukturiert ist, dann kann es keine fundamentalere Realität jenseits diskursiver Artikulation geben. Gruppen können folglich ihrer diskursiven Artikulation nicht

vorausgehen, und unter Diskurs wird man einen Prozess verstehen müssen, hinter dem kein voluntaristisches Subjekt steht, das gleichsam an den Strippen der Artikulation zieht. Wird aber nicht die Gruppe zum Ausgangspunkt der Analyse gemacht, da die Identität der Protestierenden zuallererst durch die diskursive Artikulation des Protests konstruiert wird, was ist dann die elementare Einheit des Protests? Offensichtlich muss es sich um eine Einheit diskursiver Natur handeln. Laclau schlägt vor, die Einheit der Gruppe in weitere Einheiten des politischen Diskurses zu zerlegen und nennt diese *Forderungen* (*demands*). Die Einheit der Gruppe geht aus der Artikulation von Forderungen hervor. Laclau unterscheidet zwischen einer *Forderung* im strengen Sinn und einem *Wunsch* (*request*) im schwachen Sinn etwa des Vorbringens von Anliegen oder gar des Bittstellens.

Laclaus Beispiel ist das einer lokalen Initiative, die sich bei der städtischen Verwaltung für die bessere Verkehrsanbindung ihres Stadtbezirks einsetzt (Laclau 2005: 36). Dieser Wunsch muss noch nicht den Charakter einer politischen Forderung besitzen. Ob er potentiell zur Forderung wird, zeigt sich in einem dreistufigen Prozess: Die erste Stufe besteht im Auftreten eines bestimmten sozialen Bedürfnisses, das aus der Krise oder, mit Laclaus Fachbegriff: *Dislokation* einer sozialen oder kulturellen Identität hervorgeht (wird die Identität etwa einer Nachbarschaft durch äußere Umstände in Frage gestellt, so wird ein „Mangel“ an Identität erfahren und ein Bedürfnis nach Schließung dieser Lücke entsteht). Zweitens wird ein bestimmtes Ansinnen an eine äußere Instanz – z. B. die Stadtregierung – gerichtet, die als ein legitimer Adressat solcher Ansinnen gilt. Wenn diese erfüllt werden, so endet der Zyklus mit großer Wahrscheinlichkeit an dieser Stelle und das Ansuchen wird sich nicht in eine Forderung transformieren. Wird es aber nicht erfüllt, kann es unter den richtigen Bedingungen mit anderen Ansinnen (etwa nach mehr Kinderbetreuungsplätzen, etc.) verknüpft werden und verwandelt sich dadurch zu einer Forderung.

Laclaus These lautet also, dass ein bestimmtes Ansinnen, das frustriert wird, sich unter entsprechenden Bedingungen mit anderen frustrierten Ansinnen verknüpfen kann, ohne dass diese etwas Substantielles gemeinsam haben müssen. Es kann durchaus sein, dass sie auf der Ebene ihres positiven Forderungsinhalts rein gar nichts gemeinsam haben, denn die notwendige Voraussetzung ihrer Artikulation besteht gemäß des gerade entwickelten Ausgangsmodells nicht in ihren positiven Inhalten, sondern in der – negativ definierten – Außeninstanz, die für die gemeinsame Erfahrung der Frustration der Ansinnen verantwortlich gemacht wird. Dieser Prozess lässt sich wieder in Begriffen der Diskurslogik von Differenz und Äquivalenz beschreiben: Als solche konstituieren die verschiedenen Forderungen in Laclaus Beispiel nur ein Ensemble aus Differenzen, in dem jede differentielle Position (jede Forderung) für sich betrachtet einen positiven Inhalt besitzt. Treten sie aber in eine

Äquivalenzkette ein, dann wird jede einzelne Forderung in zwei Aspekte gespalten: den differentiellen (der konkrete Inhalt der Forderung) und den äquivalentiellen (der durch die Verknüpfungen auf die Totalität aller Forderungen der Äquivalenzkette verweist) (37). Damit diese Differenzen in ein Äquivalenzverhältnis gebracht und re-arrangiert werden können, muss sich die Äquivalenzkette jedoch in Abgrenzung zu einem negativen Außen konstituieren, einem Moment reiner Negativität, dem das antagonistische Äquivalenzverhältnis Ausdruck verleiht. Um die Totalität der Kette, bzw. die Einheit der Protestbewegung repräsentieren zu können, wird dabei eine partikulare Forderung die Rolle universaler Repräsentation übernehmen. Doch wird auch diese Forderung in zwei Hälften zerfallen. Auf der einen Seite wird sie manche ihrer partikularen Aspekte behalten (sie wird ein Element der Kette bleiben), auf der anderen Seite wird sie die Gesamtheit der Kette inkarnieren müssen.<sup>2</sup>

---

### 3 Methodische Anbauten an das Minimalmodell

Um nun die Arbeit am Material aufnehmen zu können, müssen noch einige methodische Anbauten an die Diskurstheorie der Essex School vorgenommen werden. Dabei muss Bedacht darauf genommen werden, dass die methodischen Anbauarbeiten, deren Notwendigkeit oftmals festgestellt wurde (Glynos/Howarth 2007), mit den Grundlagen der diskursanalytischen Hegemonietheorie kompatibel bleiben. Nach Nonhoff (2008: 301) handelt es sich nämlich bei der Hegemonieanalyse um eine „Diskursfunktionsanalyse“. Mit anderen Worten: Was mit der bisherigen Darstellung des Diskursmodells der Essex School beschrieben wurde, ist vor allem die Funktionsweise oder „Logik“ politischer Diskursproduktion. In ihrer Anwendung sucht die Hegemonieanalyse im diskursiven Material nach diesen bereits theoretisch entwickelten Funktionsmechanismen: „Kurz, die Hegemonieanalyse ist eine Diskursfunktionsanalyse, die mit Hilfe eines theoretisch etablierten Idealtyps der ‚hegemonialen Strategie‘ im empirischen Material hegemoniale Prozesse herausarbeitet. Folglich geht sie auch im Wesentlichen deduktiv vor, d. h. von der Diskurstheorie

- 
- 2 Man erinnert sich an unser Eingangsbeispiel des weltweiten Slogans /Free Nelson Mandela/ zu Zeiten des südafrikanischen Apartheid-Regimes. Auf der einen Seite besaß dieser Slogan einen konkreten Inhalt und zielte auf ein klar zu identifizierendes politisches Resultat: die Entlassung Mandelas aus der Haft. Auf der anderen Seite verwies der Slogan, der eine globale Koalition von Apartheid-Gegnern zusammenhielt und (neben anderen Forderungen) auf nationaler Ebene die heterogene Koalition des ANC integrierte, auf ein sehr viel weitergehendes Ziel: die Abschaffung der Apartheid und damit einen Systemwechsel in Südafrika.

über die diskursive Empirie zurück zu einer ggf. angepassten Diskurstheorie. Dies unterscheidet sie von vielen an Foucault anschließenden Diskursanalysen, die oft eher induktiv vorgehen“ (ebd.). Dieser deduktive Zugang ist deshalb legitim, weil in jede Diskursanalyse immer schon notwendigerweise ein Vorwissen um die Bedeutung des untersuchten Korpus (Diaz-Bone 1999) wie auch um die allgemeine Funktionsweise von Diskursen eingeht. Der analytische Gewinn besteht aber nicht etwa in der bloßen Bestätigung (oder ggf. in der empirischen Widerlegung) dieses Vorwissens, sondern im konkreten *mapping*, in der Kartographie einer hegemonialen Diskursformation, welches eine genauere Orientierung im hegemonialen Raum ermöglicht. Mithilfe einer diskursanalytisch erstellten „Landkarte“ des hegemonialen Raums können Grenzziehungen, der Verlauf sich überkreuzender Antagonismen, Ein- und Ausschlüsse, Identitätsbildungsprozesse sowie Macht-, Dominanz- und Subalternitätsverhältnisse detailliert bestimmt werden.

Ausgangspunkt jeder hegemonietheoretischen Diskursanalyse, deren Ziel in einer solchen Kartographie einer hegemonialen Formation besteht, bleibt also das theoretisch gewonnene Wissen um die Funktionslogik politischer Diskurse, das sich verkapselt im, wie ich es zu nennen vorschlage, Laclau'schen *Minimalmodell* politischer Artikulation findet.<sup>3</sup> Um dieses Minimalmodell nochmals zu rekapitulieren: Politische Diskurse operieren qua Artikulation differentieller Positionen zu einer Äquivalenzkette, deren prekäre Einheit durch gemeinsame Abgrenzung ihrer Elemente gegenüber einem sie negierenden Außen, das mit einem verallgemeinerten Mangelzustand identifiziert wird, vorübergehend stabilisiert wird. Dieses Außen muss innerhalb des Diskurses repräsentiert werden. Dies geschieht genau genommen auf doppelte Weise: die Systematizität des Diskurssystems wird einerseits durch einen Signifikanten repräsentiert, der aus der Signifikantenkette heraustritt und diese unter Bedingung seiner eigenen weitgehenden Entleerung weitestmöglich abdeckt und also vereinheitlicht (der leere Signifikant). Andererseits wird auch das konstitutive Außen des Diskurses, d. h. die bloße Form der Dislozierung innerdiskursiv durch Zuordnung von Mangel- oder Krisensignifikanten verarbeitet, denen die Dislozierungserfahrung angelastet werden kann. Der protagonistischen Äquivalenzkette wird dann innerdiskursiv eine antagonistische Kette von „Feindsignifikanten“ zur Seite gestellt. Manche der auf diese Weise

---

3 Dieses Modell ist natürlich nicht *ausschließlich* aus der Theorie gezogen, sondern gewinnt seine Plausibilität vor dem Erfahrungshintergrund einer bestimmten historisch-politischen Situation. So ist die Entwicklung des Modells der Populismustheorie Laclaus nur vor dem historisch-politischen Hintergrund der Erfahrung des Peronismus verständlich (sh. die Einleitung zu diesem Band). Das ändert jedoch nichts daran, dass zwar nicht die Erfahrung, jedoch aber das aus der Erfahrung abstrahierte Modell verallgemeinerbar ist und etwa auf Protestdiskurse im allgemeinen angewandt werden kann.

antagonistisch hergestellten Äquivalenzbeziehungen können schließlich, sobald sie von einem (oder mehreren) weiteren Antagonismen durchquert werden, wieder zu Differenzen retransformiert werden.

Mit diesem Minimalmodell hegemonialer Diskurslogik sind bereits jene Positionen beschrieben, nach denen *in jedem* politischen Diskurs Ausschau zu halten ist: Es sind dies (a) die Signifikanten des Mangels, die einen zu behebenden Zustand der verallgemeinerten Dislozierung der Identität eines Diskurses beschreiben; (b) die Signifikanten der antagonistischen Kette, denen der verallgemeinerte Mangel angelastet wird und die seiner Behebung im Wege stehen; (c) die Signifikanten der protagonistischen Kette, die auf die Behebung des Mangels zielen und nur vereint werden durch ihre gemeinsame Opposition gegenüber einem radikal negatorischen Außen (das im Innen des Diskurses von den antagonistischen Signifikanten repräsentiert wird); und (d) jene „leeren“ Signifikanten, die nicht allein ihren eigenen partikularen Inhalt sondern auch die Einheit der protagonistischen Kette selbst repräsentieren. Um diese noch allzu abstrakt beschriebenen Diskursinstanzen für die konkrete Analyse operationalisierbar zu machen, schlage ich ein von Nonhoffs methodischer Erweiterung des Minimalmodells abweichendes Vorgehen vor. Um die „methodische Lücke“ (Nonhoff 2008: 300) bei Laclau und Mouffe zu schließen, beschreibt Nonhoff auf theoretischer Ebene „Idealtypen“ diskursiv-hegemonialer Strategeme, die anschließend am empirischen Material überprüft und ggf. ergänzt oder reformuliert werden. Werden bei Nonhoff diese Strategeme im Wesentlichen aus der Auftrennung des von Laclau beschriebenen Minimalmodells in dessen Einzelteile gewonnen,<sup>4</sup> so schlage ich – in Alternative zu einer Auftrennung in seine „logischen“ Bestandteile – eher eine „inhaltliche“ *Vertiefung* des Minimalmodells vor. Es handelt sich demnach bei den Punkten (a) bis (d) nicht um unterscheidbare (Teil-)Strategeme, deren sich eine offensiv-hegemoniale Strategie bedient, sondern um Aspekte ein und derselben hegemonialen Logik, die zwar heuristisch unterscheidbar sind, im Feld der Politik aber niemals voneinander getrennt auftauchen können. Man wird das Minimalmodell also weniger über eine artifizielle Auftrennung in unterschiedliche Strategeme erweitern als durch eine Diversifizierung

---

4 Die sog. „Kernstrategeme“ einer hegemonialen Strategie bestehen dann aus der Äquivalenzierung differenter Forderungen, der antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums und der Repräsentation (durch einen leeren Signifikanten) (Nonhoff 2006: 213). Diese Kernstrategeme können wiederum von anderen, voneinander getrennt beschreibbaren Strategemen unterschieden werden, einem Grundlagenstrategem der superdifferenziellen Grenzziehung, drei ergänzenden hegemonialen Strategemen und zwei sekundären hegemonialen Strategemen. Es ist hier kein Raum, um das Nonhoff'sche Modell in seiner Gesamtheit darzustellen, für eine komprimierte Zusammenfassung verweise ich auf Nonhoff (2008).

der heuristisch unterscheidbaren *Kategorien* von Diskurselementen, die jeweils in die Positionen (a) bis (d) eintreten können. Die Diversifizierung von Kategorien, die für eine geplante Diskursanalyse sinnvoll scheint, muss selbstverständlich am Material selbst entwickelt und schließlich wiederum mit dem Minimalmodell abgeglichen werden.

Eine wesentliche, auf der Ebene des „Inhalts“ und nicht so sehr der „Logik“ des Diskurses gewonnene Kategorie wurde bereits von Laclau selbst in seiner Populismusanalyse vorgeschlagen: die erwähnte Kategorie der *Forderungen*. Forderungen sind die der Analyse populistischer Diskurse angemessenen elementaren kategorialen Einheiten, deren je spezifisches Artikulationsverhältnis zu beschreiben ist. Meines Erachtens erweist sich die Kategorie der Forderungen für Protestdiskurse im Regelfall als zentral:<sup>5</sup> die Identität oder Einheit einer protestierenden Gruppe stabilisiert sich auf Basis der Artikulation von Forderungen. Obwohl die Artikulation der Forderungen in ihrer „Logik“ dem Minimalmodell gehorcht, ist damit weder etwas über den spezifischen Inhalt der Forderungen und folglich die spezifische Identität der Gruppe noch etwas über den Grad der Antagonisierung und damit den Äquivalenzierungsgrad der Forderungen gesagt. Nur im rein hypothetischen Grenzfall einer vollständigen Antagonisierung des politischen Raums in zwei feindliche Lager verhalten sich die Forderungen der protagonistischen Kette strikt äquivalent zueinander. In der politischen Realität ist jede Äquivalenzkette in sich durch *differentiell* artikulierte Dominanz- und Subalternitätsbeziehungen überdeterminiert. Stellt man in Rechnung, dass in der politischen Realität jeder antagonistische Artikulationsversuch von weiteren Antagonismen durchkreuzt wird und einzelne Forderungen somit umkämpft sind, dann liegt eine Erweiterung oder Spezifizierung der Laclau'schen Kategorie der Forderung nahe. Die Einheit einer Gruppe, bzw. einer Protestbewegung ergibt sich aus der überdeterminierten Artikulation von Forderungen, wir sagen: aus ihrer *Forderungsstruktur*. In Weiterentwicklung des Laclau'schen Ansatzes bezeichne ich als Forderungsstruktur

- die für eine Protestbewegung *typische umkämpfte Konstellation von Forderungen, die in einem bestimmten Gewichtungsverhältnis zueinander stehen und von einer tendenziell leeren Forderung repräsentiert werden.*

Diese Definition erfordert einige kurze Erläuterungen. Ziel der Bestimmung einer Forderungsstruktur ist – jedenfalls in der im Folgenden vorgestellten Untersuchung

---

5 Damit wird gerade eben nicht behauptet, dass in allen Diskursgenres Forderungen erhoben werden, sondern es wird behauptet, dass die Kategorie der Forderungen eine einem Korpus von Protestdiskursen angemessene Analyseeinheit darstellt.

– die Beschreibung der konfliktorisch artikulierten Identität der entsprechenden Protestbewegung bzw. des Bewegungsnetzwerks sowie ihre relationale Verortung innerhalb der hegemonialen Makroformation des politischen Raumes. Diese Identität ist insofern instabil, als sie u. a. auf einer Konstellation von Forderungen beruht, die sowohl *extern* (in Abgrenzung zu einem negatorischen Außen) als auch *intern* umkämpft sind (in Kämpfen um Dominanz innerhalb der protagonistischen Kette). Es mag der Analyse möglich sein, einzelne Elemente einer Forderungsstruktur einer bestimmten Gruppe oder Suballianz von Gruppen innerhalb des Bewegungsnetzwerks zuzuordnen, doch darf der Begriff der Gruppe nur behelfsmäßig und in einem Zwischenschritt eingesetzt werden, da die Identität dieser Gruppen ihrerseits wiederum auf Basis spezifischer Forderungsstrukturen artikuliert ist.<sup>6</sup> Die Forderungsstruktur jeder Bewegung ist darüber hinaus aus mehreren Gründen differenziert: Erstens stehen die Grenzen der eigenen Identität ständig zur Verhandlung und tun sich somit Inklusions- bzw. Exklusionsfragen auf: Welche Forderungen sollen erhoben werden, welche nicht?;<sup>7</sup> zweitens wird die Forderungsstruktur – da ja keine Bewegung der einzige Akteur auf dem politischen Feld ist – von einer Vielzahl von Antagonismen durchkreuzt, die einzelne Forderungen aus der protagonistischen Kette herauszulösen und zu transformieren drohen; drittens ist die Gewichtung von Forderungen innerhalb der Kette umstritten und kann zu weitergehenden internen wie externen Allianzbildungen führen. Folglich ist es, wie bereits angemerkt, durchaus möglich, dass einzelne Forderungen zueinander in einem äußerst instabilen Äquivalenzverhältnis stehen und unter wechselnden Artikulationsbedingungen eine Kontraritätsbeziehung ausbilden, d. h. „die Seite wechseln“. Leere Signifikanten werden nicht zuletzt entwickelt, um die inhaltliche wie politische Inkompatibilität vorübergehend äquivalenzierter Forderungen zu

- 
- 6 Man erreicht also im Unterschied zu traditionsmarxistischen Analyse nie den „eigentlichen Klassenkern“ einer sozialen Bewegung. Hierin besteht auch ein wesentlicher Unterschied zur ansonsten vergleichbaren politischen Argumentationsanalyse Maarten A. Hajers, der zwar von Diskursallianzen spricht, die Allianzen aber letztlich zwischen politischen Akteuren verortet. Aus Perspektive der Essex School wäre jedoch durchaus ein Fall denkbar, in dem diskursive Allianzen zwischen Forderungen oder Subjektpositionen existieren, deren Zurechnung auf politische Akteure unmöglich ist (etwa weil sie im Register der Imaginären und nicht in jenem des Symbolischen funktionieren).
- 7 Man bemerkt in den letzten Jahren einen Trend zu inklusivistisch funktionierenden Bewegungen, die eine Vielzahl heterogenster ideologischer Ausrichtungen – von kirchlichen Friedensdiskursen bis zu anarchistischen Diskursen – zu integrieren vermögen, wie klar ersichtlich am Fall des globalisierungskritischen Bewegungsnetzwerks (und in deutlichem Unterschied beispielsweise zum strikt exklusivistisch funktionierenden K-Gruppen-Modell der 1970er-Jahre).

übertünchen, denn ein höheres Maß an Konkretion ließe so manche Bewegungsallianz auseinanderbrechen.

Der Forderungsstruktur tritt nun zur Seite, was ich als die *Subjektivierungsstruktur* einer Protestbewegung bezeichnen möchte. Darunter verstehe ich

- die für eine Protestbewegung *typische umkämpfte Konstellation von Subjektpositionen der protagonistischen Kette, die durch (Selbst- und Fremd-) Anrufungen imaginär vereinheitlicht wird und dazu tendiert, sich in einem Subjekt- "Namen" zu verdichten.*

Auch hier sind wieder einige ergänzende Bemerkungen erforderlich, bevor sich die Praktikabilität dieser Kategorien an der empirischen Analyse erweisen muss. Je nach Maßgabe des Untersuchungsziels wird man die Subjektivierungsstruktur einer Bewegung entlang eines entsprechend diversifizierten Kategorienmodells ausleuchten. Eine zur Beschreibung der Identität einer Bewegung unumgängliche Kategorie ist die aus der strukturalistischen Zeit der (Foucault'schen) Diskursanalyse stammende der *Subjektpositionen*. Die Identität einer Bewegung setzt sich nicht zuletzt aus der Gesamtheit jener Subjektpositionen zusammen, die in eine protagonistische Äquivalenzkette aufgenommen werden. Das können sehr viele Subjektpositionen sein, wie im Fall der globalisierungskritischen Bewegung, die Subjektpositionen wie jene der sprichwörtlichen indischen Bäuerin genauso einschließt wie solche des nicht weniger sprichwörtlichen metropolitenen „schwarzen Blocks“, oder es können sehr wenige sein, wie im Fall partikularistischer identitätspolitischer Bewegungen.

Neben der relationalen Konstellation von Subjektpositionen, die einer Äquivalenzkette angehören, finden sich in politischen Diskursen oftmals solche Positionen, die erst über imaginäre Anrufungen in die Kette der Subjektpositionen rekrutiert werden sollen – wie im archetypische Fall der Rekrutierungsposter des Ersten Weltkriegs. Protestdiskurse besitzen somit zumindest zwei Adressaten: Sie adressieren eine äußere Instanz (wie etwa die Stadtverwaltung im obigen Beispiel), und sie adressieren bestimmte Subjektpositionen, die in die protagonistische Kette gerufen bzw. als Teil eines größeren politischen Projekts angerufen werden. Mit Althusser (1977) könnte man in diesem Fall von der diskursiven Anrufung von Subjektpositionen (bei Althusser: Individuen) zu Subjekten sprechen. Denn dem größeren politischen Projekt, um das es in solchen Fällen geht, wird im Diskurs Subjektstatus zugesprochen. Ein Aufruf wie „Proletarier aller Länder, vereinigt euch!“ relationiert nicht etwa unterschiedliche (im Diskurs ausgeschilderte) Subjektpositionen zu einer Konstellation, sondern ruft ein imaginäres kollektives Subjekt an, das zum Bewusstsein seiner selbst als Akteur gelangen soll. Der Aufruf vollzieht eine diskursive und zugleich performative Operation, deren Zweck

es ist, die soziale Subjektposition Arbeiter durch einen Prozess der Artikulation („Vereinigung“) gegenüber einem (im Aufruf selbst nicht näher benannten) negatorischen Außen in ein Subjekt (zur „Klasse für sich“) zu transformieren. In solchen Grenzfällen wird also eine Vielzahl unterschiedlicher Subjektpositionen auf *eine einzige* reduziert, die dem jeweiligen hegemonialen Projekt der Anrufung entspricht. Die Multiakzentualität des Zeichens, um mit Bachtin zu sprechen, soll homogenisiert werden, der Fluss der Signifikanten, um wiederum mit Lacan zu sprechen, gestoppt oder „genäht“.

Das kann freilich nur im Diskurs geschehen. Der zu Subjektstatus aufgelaufene leere Signifikant nimmt in letzter Instanz die Funktion eines Eigennamens an. Gerade in populistischen Diskursen scheint ein Eigenname unverzichtbar für die Identifikation der Gruppe (bzw. diskursanalytisch: die Unifizierung der Äquivalenzkette) zu sein, wie Laclau mit Bezug auf Psychoanalyse und Massenpsychologie behauptet: *„[T]he unity of the equivalential ensemble, of the irreducibly new collective will in which particular equivalences crystallize, depends entirely on the social productivity of a name. That productivity derives exclusively from the operation of the name as a pure signifier“* (Laclau 2005: 108). Was Eigennamen zu leeren Signifikanten prädestiniert, ist, dass sie von Anfang an keine deskriptive Funktion erfüllen und ihre Entleerung daher auch weniger ins Auge sticht. Der Name /Mandela/ konnte deshalb zum einigenden Signifikanten der Anti-Apartheid-Allianz des ANC werden, in dem sich Gruppierungen unterschiedlichster ideologischer Ausrichtung zusammengefunden hatten, weil er den internen Querelen – nicht zuletzt aufgrund der Isolierung Mandelas – weitgehend enthoben war. Trotzdem muss es sich nicht in allen Fällen um den Eigennamen einer Person handeln, der diese Rolle übernimmt. Das eigentliche Argument Laclaus lautet nämlich, dass – diskursanalytisch betrachtet – jeder Signifikant, der eine bestimmte Allianz zusammenhält und damit von seinen partikularen Inhalten entleert wird, zu einem *Namen* wird. Das ist evident im Fall von politischen Organisationen wie Parteien, aber auch soziale Bewegungen suchen nach Selbstbenennungen, die es ihnen erlauben, einen Sinn von Zusammenhang, d. h. eines gemeinsamen Projekts zu entwickeln. Und doch zeichnet gerade populistische Diskurse die Fokussierung auf einen Eigennamen aus. Und schließlich müssen vom Namen einer Bewegung die in einem gegebenen Text markierten Subjekte der Äußerung klar unterschieden werden. Diese *Signatoren* des Textes entsprechen nicht notwendigerweise dem leeren Signifikanten des Namens, noch sind sie einfach gleichzusetzen mit den realen Textproduzenten (also jenen Personen, die einen Text verfasst haben). Es handelt sich um *innerhalb* des Diskurses auftretende Absender, wie sie etwa, wie wir gleich sehen werden, durch die Signaturen von Protestaufrufen markiert werden. Es gibt Genres wie Petitionen, die

überwiegend aus Signaturen bestehen, aber auch in weniger expliziten Fällen kann es hilfreich sein, womöglich im Text verborgene Signaturen ausfindig zu machen.

Um die diskursive Kartographie einer Bewegung voranzutreiben, möchte ich zuletzt vorschlagen, den Analysen der Forderungsstruktur und der Subjektivierungsstruktur die Analyse der *Kontraritätsstruktur* einer Bewegung beiseite zu stellen. Darunter verstehe ich

- die für eine Protestbewegung *typische Konstellation der antagonistischen Korrelate protagonistischer Signifikanten* (Forderungen, Subjektpositionen, Subjektnamen etc.), die in die Position des verallgemeinerten Mangels einrücken oder als Hindernis auf dem Weg zur Überwindung desselben ausgemacht werden.

Wenn es denn zutrifft, dass die – vorübergehende – Stabilität der Bewegungsidentität nur über das rein negative Kriterium der Abgrenzung gegenüber einem antagonistischen Außen gesichert werden kann, dann ist dieses konstitutive Außen – wir hatten es die reine Form der Dislozierung genannt – zwar für keinen Diskurs unmittelbar erreichbar, es findet aber innerdiskursive Substitute, die das Außen für den Diskurs (in seinem Inneren) repräsentieren. Ihre Funktion ist die eines *Negativkorrelats* der „positiven“ Struktur der Bewegung. Nehmen wir das Beispiel des Thatcherismus. Am Diskurs Thatchers lässt sich eine antagonistische Äquivalenzkette von /Bürokratie/ = /Abhängigkeit/ = /Kollektivismus/ = /Staat/ ausmachen, deren einzelne Signifikanten in einem Kontraritätsverhältnis zu protagonistischen Signifikanten des Thatcherismus wie /Individualismus/ = /Initiative/ = /Konkurrenz/ = /Freiheit/ stehen. Ähnlich werden den *Subjektpositionen* der protagonistischen Kette solche der antagonistischen gegenübergestellt. Kristallisiert sich ein bestimmter Signifikant als „Inbegriff“ der antagonistischen Kette heraus, so können in diesem Feindsignifikanten die Kontraritätsverhältnisse der gesamten Konstellation gebündelt werden. Auf diese Weise lassen sich nicht nur kriegsformige Diskurse, sondern auch Sündenbockstrategien diskursanalytisch erklären: In rassistisch-rechtspopulistischen Diskursen wird etwa ein antagonistisches Verhältnis zu den Subjektpositionen /Drogenhändler/ = /Asylwerber/ = /Schwarzafrikaner/ konstruiert, deren Äquivalenz ihren ultimativen Ausdruck im Namen des /Asylanten/ oder des /Flüchtlings/ finden kann, dem Namen gleichsam eines Anti-Subjekts, das dem imaginären Bild der „Fülle“ – einer Gesellschaft ohne Arbeitslosigkeit oder gar eines gesunden und ethnisch homogenen „Volkskörpers“ – entgegensteht. So unsympathisch dieses Beispiel sein mag, es bleibt festzuhalten, dass aus diskursanalytischer Perspektive jeder politische Diskurs – der ja nie in einem Vakuum, sondern immer auf einem von Antagonismen durchkreuzten Feld

operiert – eine Kontraritätsstruktur ausbildet, was keineswegs impliziert, dass diese immer nach dem Schmitt'schen Freund/Feind-Schema gestrickt sein muss.

Fassen wir zusammen: Die „Identität“ einer sozialen Bewegung lässt sich, so unser Vorschlag, durch das Übereinanderlegen dreier Relationsstrukturen kartographieren: ihrer Forderungsstruktur, ihrer Subjektivierungsstruktur (im Sinne von Selbstpositionierung und Rekrutierung) und ihrer Kontraritätsstruktur. Im Folgenden sollen die gerade entwickelten Kategorien, die das Minimalmodell der Diskursanalyse diversifizierend erweitern, auf den Diskurs der Prekarisierungsbewegung EuroMayDay angewandt werden. Das Ziel besteht in einer genaueren Beschreibung der diskursiven Identität dieses Bewegungsnetzwerks und seiner relationalen Positionierung im politischen Raum. Besonders interessieren wird uns in dieser Analyse vor allem der Prekarisierungsbegriff der Bewegung. Denn im Vergleich zu etwa der über die Massenmedien ausgetragenen deutschen „Unterschichtendebatte“ vertritt die Bewegung einen weiten bis umfassenden Prekarisierungsbegriff, der in gegenhegemonialer Opposition zu den massenmedialen Debatten steht.

---

## 4 Eine Modellanalyse: die EuroMayDay-Bewegung

Gegenstand dieser Modellanalyse ist die Prekarisierungs- oder EuroMayDay-Bewegung, ein Netzwerk, das seit 2001 in inzwischen mehr als 40 europäischen Städten jährlich zum 1. Mai mit sogenannten MayDay-Paraden an die Öffentlichkeit tritt, die als Alternative zu den traditionellen Demonstrationen der Arbeiterbewegung gedacht sind. Der Korpus wurde aus insgesamt 54 Aufrufen zu solchen MayDay-Paraden gewonnen.<sup>8</sup> Auf die Textsorte Aufrufe wurde zurückgegriffen, weil davon auszugehen ist, dass sich in Aufrufen der kleinste gemeinsame Nenner einer Bewegungsbündnis findet, da alle Protagonisten mit den Forderungen des Aufrufes leben können müssen. In Aufrufen spiegelt sich demgemäß der Kerndiskurs einer Bewegung, in dem sich im Regelfall das Selbstverständnis in Form von Forderungs-, Subjektivierungs- und Kontraritätsstruktur verdichtet abbildet. Unter den 54 Aufrufen befanden sich neben der gemeinsamen sog. Middlesex-Declaration von 2004 und drei europaweiten Aufrufen von 2005, 2006 und 2008 *calls* aus den Städten Hamburg, Hanau, Tübingen, Wien, Milano, Barcelona, Leon, Malaga,

---

8 Die Untersuchung ist aus einem von mir geleiteten SNF-Projekt zu Protest, Medien und Prekarisierung hervorgegangen, das von 2006 bis 2012 an der Universität Luzern angesiedelt war.

Sevilla, Terassa, Liège, Limoges, Marseille, Paris, Florenz, L'Aquila, Napoli, Milano, Firenze, Palermo, Torino, Amsterdam, London, Thessaloniki, Tokio, Ghent und Lisboa. Bloße Übersetzungen anderer Aufrufe oder Kopien früherer Aufrufe wurden ausgeschieden. Aus Praktikabilitätsgründen wurden jene Aufrufe erfasst, die in den Sprachen Englisch, Deutsch, Italienisch, Französisch und Spanisch verfasst worden waren. Darüber hinaus konnte, wo Übersetzungen in Englische bereitgestellt wurden, auf diese zurückgegriffen werden (wie etwa im Fall der MayDays Tokio oder Thessaloniki). Auf diese Weise konnte der Korpus auf 49 Aufrufe reduziert werden.<sup>9</sup>

Die Vorgehensweise einer Diskursanalyse hängt vom Untersuchungsziel ab. In diesem Fall wurde heuristisch unterstellt, dass ein einheitlicher EuroMay-Day-Kerndiskurs identifiziert werden kann. Diese Unterstellung impliziert, dass lokale Besonderheiten, die in jeweils auffälliger Abweichung hervortreten (wie dies aus verschiedenen Gründen u. a. bei den Aufrufen Hanau oder Tokio der Fall ist), von geringerem Interesse sind als die Gemeinsamkeit.<sup>10</sup> Was das uns besonders interessierende Protestthema Prekarisierung betrifft, so wurde von der Hypothese ausgegangen, dass es aufgrund seiner zentralen Bedeutung für die Bewegung nicht nur in expliziten Beschreibungen von Prekarisierungssituationen bzw. Referenzen auf die organische Theorie der Bewegung auffindbar sein wird, sondern es sich auch – gerade was die Weite oder Enge des Prekarisierungsbegriffs betrifft – in Forderungs-, Subjektivierungs- und Kontraritätsstruktur des Protestdiskurses ausdrücken wird. Diese drei Strukturen des Bewegungsdiskurses sind wiederum ineinander verzahnt – Subjekte positionieren sich, indem sie Forderungen erheben und gegen andere Forderungen und Subjektpositionen abgrenzen –, weshalb es weitgehend gleichgültig ist, an welcher Stelle eine Analyse ansetzt. Im Folgenden werden die Ergebnisse der Analyse ausgehend von der sogenannten Middlesex Declaration von 2004 dargestellt, einem Gründungsdokument der Bewegung.

Diese Deklaration beginnt mit einer Selbstbestimmung, die auf die Signatoren am Ende des Aufrufs vorausweist und diese Gruppen zugleich näher bestimmt als /networkes and fleximers of Northern and Southern Europe/ (Middlesex Declaration 2004). Liest man weiter, so wird jedoch schnell deutlich, dass unter dieser Bezeichnung alle von einem ähnlichen sozialen Schicksal Betroffenen angerufen werden, sofern sie sich – eine durch Adjektive eingeführte Qualifikation – in ihrer

---

9 Die Diskursanalyse wurde darüber hinaus durch eine begleitende ethnographische Untersuchung gestützt, vgl. Hamm (2011).

10 Es ist natürlich durchaus möglich, dass bei einem anders definierten Untersuchungsziel womöglich die Abweichungen oder Varianzen interessanter wären als die Gemeinsamkeiten.

Identität disloziert fühlen und sich Politisierung gegenüber offen erweisen könnten: /calling for angry temps, disgruntled parttimers, frustrated unemployed, raging immigrants and labor activists/. Mit der Ausnahme von /labor activists/ finden sich in dieser Aufzählung kaum politische oder weltanschauliche Positionen, sondern hauptsächlich die Positionen der *sozial* von Prekarisierung Betroffenen. Erst in einer zweiten Anrufungskette werden politische Subjektpositionen im engeren Sinn in eine diskursive Allianz gebracht: /all our European sisters and brothers, be they autonomous marxists, postindustrial anarchists, syndicalists, feminists, antifas, queers, anarchogreens, hacktivists, cognitive workers, casualized laborers, outsourced and/or subcontracted employees and the like/. Auch diesmal ist die Kette kategorial nicht völlig homogen, sofern den politischen Positionen mehrere soziale Prekarisierungspositionen hinzugefügt werden. Dennoch wird deutlich, dass es sich um einen inklusivistischen Aufruf handelt, der vor allem das autonome Spektrum der politischen Linken zu vereinen sucht und dieses – gleichsam durch kategoriale Kontamination innerhalb derselben Aufzählung – mit sozialen Positionen prekarielter Arbeitsbedingungen verknüpft. Man bemerkt darin eine nahezu klassisch zu nennende Anrufungsfigur: Individuen, die in ihrer Identität disloziert wurden, werden aufgrund einer vom Diskurs postulierten gemeinsamen sozialen Positionierung dazu aufgerufen (/We call onto/), in eine politische Äquivalenzkette einzutreten. Die Elemente dieser Kette werden wiederum dazu aufgerufen, ihre differentielle Position innerhalb eines bestimmten politischen Spektrums vorübergehend zugunsten einer neuen Äquivalenz in den Hintergrund treten zu lassen. Diese Operation erfordert eine kollektive Subjektivierungsanstrengung, die sich in letzter Instanz in einem gemeinsamen Namen verdichten wird. Der Text macht hierzu mehrere Angebote: /We networkers and flextimers/ kehrt in dem erkennbar aus der marxistischen Tradition entlehnten und zugleich revidierten Schlusssaufruf /Networkers and Flextimers of Europe Unite/ wieder. Ein weiterer Vorschlag findet sich mit der Selbstbeschreibung als /eurogeneration insurgent/, vor allem aber als /NEU, Networkers of Europe United/ (eine Prägung, die sich innerhalb der Bewegung nicht durchgesetzt hat).

Bereits auf einen ersten Blick sind somit zwei unterschiedliche kategoriale Formen von Subjektpositionen zu unterscheiden, nämlich politische und soziale Subjektpositionen, die in getrennten Ketten oder in derselben Kette aufscheinen können: Der explizit an politische Gruppen gerichtete Aufruf, sich in die Bewegungsallianz einzureihen, kann eine Äquivalenzkette wie folgende produzieren: /Activists, artists, hackers, unionists, migrant associations, queer collectives, critical cyclists, media creatives, leftist radicals of all stripes, red, black, green, pink, purple, silver

(...)/ (Aachen/Europe 2008).<sup>11</sup> Oder es können soziale Subjektpositionen diskursiv gleichgesetzt werden, die ein – wie vom Diskurs postuliert – gemeinsames Schicksal teilen, wie in folgendem Beispiel: /Illegalisiert, saisonal und befristet Beschäftigte, Schein- und so genannte „Neue Selbstständige“, NiedriglohnjobberInnen, Erwerbsarbeitslose und FreiberuflerInnen, Projekt-, Teilzeit- oder LeiharbeiterInnen sowie alle ihre Zwischen- und Mischformen (...)/ (Wien 2006).<sup>12</sup> Aus diesen beiden Kategorien werden von allen im Korpus versammelten Aufrufen mehr oder weniger barocke Girlanden von Subjektpositionen geflochten:

(...) precari, disoccupati, intermittenti, cococo, cassintegrati, flessibili, inoccupati, contrattisti, atipici, interinali, parasubordinati, tirocinanti, apprendisti, borsisti, sottopagati, licenziati, desalarizzati, ricercatori, studenti e docenti. (L'Aquila 2005)

Arbeiterinnen ohne Arbeit. Hausfrauen als Heimarbeiterinnen. Intellektuelle ohne Beschäftigung. Jugendliche im Aufruhr. Papierlose als Hilfsarbeiter im Hafen oder Erntehelferinnen in der Landwirtschaft. Rentner in der Depression. Die Online-Generation im Echtzeitstress. Studentinnen als Putzfrauen. Künstlerinnen in der Identitätskrise. Junge Osteuropäerinnen als Mamas Ersatz. Linke ohne Perspektive. Akademiker als Taxifahrer, Touristenführer oder im ewigen Praktikum. (Hamburg 2006)

(...) trabajador@s atípicos; intermitentes, desocupados, subcontratados, discontinuos, a tiempo parcial, sin contrato. (Sevilla 2006)

Des chômeurs, rmistes, salariés précaires, sans emploi, indépendants, pigistes, allocataires, malades, handicapé-es, intermittent-es, intérimaires, étudiant-es, stagiaires, sans-papiers, travailleur/euses du sexe, parfois tout cela en même temps. (Limoges 2006)

Wer solche Äquivalenzketten formuliert, die landläufig als unzusammenhängend wahrgenommene soziale Subjektpositionen wie etwa Studierende, Arbeitslose,

- 
- 11 Die Aufrufe werden hier nur nach Ort und Jahr angegeben. Nicht in allen Aufrufen ist übrigens die Adressierung der politischen Gruppen so explizit. Der italienische Diskurs zeigt sich – wohl aufgrund der spezifischen italienischen Tradition der autonomen Linken – als wiederum besonders explizit in seinen politischen Anrufungen: /That's why we ask you to join us in the eurowide network linking the sisters and comrades of \*esa\* (euro social activism), ChainWorkers, Strikers, Critical Mass, Equilibrio Precario, Aarrg!, YoMango, CGT restauration rapide, McWorkers Resistance, Bulk and numerous other squatted and self-managed centri sociali of Milano, Roma, Bologna, Bergamo, Brescia, Laveno, Abbiategrosso, Novara, Pavia, as well as CUB and other rank-and-file labor unions, movements of young communists, of young anarchists, of progressive catholics and diehard democrats./ (Milano 2003)
  - 12 In traditionelleren Diskursen der Linken wird noch eine dritte Möglichkeit formuliert, nämlich die Position der *Solidarität*, die nicht auf einem gemeinsamen sozialen Schicksal, sondern auf einer politischen Willensentscheidung basiert.

Sexarbeiterinnen, Hausfrauen und Papierlose zusammenführen, steht vor dem Problem, einen gemeinsamen Nenner dieser Positionen formulieren zu müssen. Dieses Problem stellt sich bei den *politischen* Subjektpositionen in geringerem Ausmaß, gehören diese zumeist doch dem (post-)autonomen linken Spektrum bzw. radikalen Gewerkschaften oder Basisgewerkschaften an und können sich damit vor einem, wenn auch sehr vagen gemeinsamen Horizont verorten. Ein solcher Horizont steht den *sozialen* Subjektpositionen nicht von vornherein zu Verfügung. Am je partikularen bzw. differentiellen Aspekt der einzelnen sozialen Positionen – etwa an ihrer Stellung in der Sozialstruktur – ist ihre Gemeinsamkeit jedenfalls nicht ablesbar. Aus diesem Grund erscheinen die artikulatorischen Vereinheitlichungsinstrumente, wie sie von der diskursanalytischen Hegemonietheorie beschrieben werden, umso konturierter. Es müssen also die bereits erläuterten Analysekategorien, die zu beschreiben erlauben, wie völlig unzusammenhängende Positionen diskursiv vereinheitlicht werden, an dieser Stelle zum Einsatz kommen. Und tatsächlich lässt sich im Folgenden zeigen, dass leere Signifikanten diese *universelle* Funktion der Vereinheitlichung von Positionen erfüllen, deren *partikulare* Aspekte divergieren und dass die Forderungen der Bewegung eine positive und die Kontraritätsstruktur eine negative gemeinsamen Bezugsfolie bilden.

Bei der Analyse der Forderungsstruktur der Bewegung wird man allerdings sofort auf ein analoges Problem stoßen: Einerseits gelingt es der Bewegung, eine Art eigenes programmatisches Profil zu entwickeln, das in gewisser Hinsicht die Forderungsstruktur ihrer Teilbewegungen aufnimmt und integriert. So finden sich regelmäßig, wenn nicht gar durchgehend Forderungen nach arbeitsrechtlicher Absicherung, nach einem Mindesteinkommen und vor allem nach einem arbeitslosen Grundeinkommen, die eine Antwort auf die Bedingungen ökonomischer Prekarisierung formulieren. Diese Forderungen, die man bei einer Bewegung, die sich vor allem die Thematisierung der Prekarisierung auf die Fahnen geschrieben hat, wohl erwartet, werden von einer ganzen Reihe weiterführender Forderungen umrandet:

MAYDAY WANTS:

- full+immediate adoption of EU directive on temporary workers
- european birthright of citizenship (ius soli)
- closure of detention centers for immigrants
- european basic income
- european minimum wage
- free upload, free download
- queer rights for all genders
- protection of THC consumers (Europe 2006)

Für diese Forderungen ist charakteristisch, dass sie zumeist in der Sprache der Rechte formuliert werden. So trägt beispielsweise der Aufruf Sevilla 2006 den Titel: /TENEMOS DERECHO A TENER DERECHOS. LAS PRECARIAS DEL SUR SE REBELAN/. Diese ursprünglich Hannah Arendt zu verdankende Idee vom „Recht, Rechte zu haben“ wird zumeist im Sinne *sozialer Rechte* spezifiziert, die auf die Erhaltung erträglicher Lebensbedingungen in ihrer Gesamtheit zielen:

Soziale Rechte garantieren den Zugang zu allem was Menschen für ein Leben in Würde brauchen, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Hautfarbe, ob man arbeitet oder nicht. Soziale Rechte, das bedeutet zum Beispiel:

- Das Recht auf ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle Menschen.
  - Das Recht auf dauernden Aufenthalt für alle, die hier leben wollen.
  - Das Recht auf gebührenfreie Bildung.
  - Das Recht auf selbstbestimmtes Leben und freie Nutzung des öffentlichen Raums.
- (Berlin 2006)

Trotz dieser Entwicklung eines eigenständigen programmatischen Profils fällt nun andererseits auf, dass das Problem der Vereinheitlichung durch die Forderungsstruktur der Prekarisierungsbewegung alleine nicht gelöst wird. Denn abermals lässt sich sagen, dass die partikuläre Forderung etwa nach queer rights oder die Forderung nach Auflösung von Flüchtlingslagern nicht unmittelbar aus der Forderung nach einem garantierten Grundeinkommen folgt, ihre Äquivalenz also zuallererst artikuliert werden muss. Zu diesem Zweck ist die Ausbildung einer Kontraritätsstruktur unabdingbar. Die Forderungsstruktur präsentiert sich als Antwort auf die Dislozierungserfahrung, die von der Bewegung festgestellt bzw. diskursiv als Mangelstruktur artikuliert wird. Aus Perspektive der Bewegung wird vor allem die mit (der eigenen) Prekarisierung verbundene Angsterfahrung thematisch: /Wer kann heute sagen, „mein Job ist sicher“? Dass auch am Ende des Monats das Geld noch reicht? Wer kann es sich leisten krank zu werden? Wie viele müssen Angst davor haben, dass ihre Duldung nicht verlängert wird oder sie sofort abgeschoben werden? Wer lebt und arbeitet heute nicht prekär? (...) „Prekär“ nennen wir ein Leben in materieller Unsicherheit, Existenzangst und Stress./ (Berlin 2007). Diese mit dem Adjektiv „prekär“ belegte Erfahrung wird in einem zweiten Schritt bestimmten Verursachern, d.h. Antagonisten zugeschrieben, etwa den /immer neuen „Reform“-Angriffen der jeweiligen Regierung/, deren neoliberalen Maßnahmen diskursiv als Ursache der Dislozierungserfahren ausgemacht werden, deren Mangelregister auf diese Weise zugleich konkretisiert werden kann: /Von massiven Rentenkürzungen (durch Rente mit 67) bis zu weiteren Einschnitten durch die sog. Gesundheitsreform; von Arbeitszeitverlängerungen und -verdichtungen bis hin zur Ausweitung der Niedriglohnbereichen durch Armutstarife und

Leiharbeit; von der Senkung von Arbeitslosengeld bzw. Sozialhilfe über Hartz IV sowie der Disziplinierung und Ausbeutung der Erwerbslosen durch 1-Euro-Jobs bis hin zu den neuen Studiengebühren; von der systematischen Schlechterstellung von Frauen und MigrantInnen auf dem Arbeitsmarkt über ungleiche Bildungschancen bis hin zum Unrecht der täglichen Abschiebungen und Illegalisierung von Menschen ohne deutschen Pass..., die Liste der sozialen Ungerechtigkeiten scheint endlos./ (Hanau 2007)

Am letzten Zitat erweist sich, dass der diskursiv definierte politische Antagonist als (negatives) Vereinheitlichungsprinzip einer Liste von „Mangel“-Signifikanten – von /sozialen Ungerechtigkeiten/ – fungiert, die hegemonialen Diskursen als unzusammenhängend und nicht artikulierbar gelten würden.<sup>13</sup> In die Position des Antagonisten können darüber hinaus kontextuell bedingt die unterschiedlichsten Namen einrücken. Beispielsweise artikuliert ein anlässlich der Aachener Karlspreisverleihung an Angela Merkel – übergeben durch Nicolas Sarkozy – organisierter EuroMayDay folgenden Antagonismus: /This year for MayDay, two worlds clash together: the global movement vs strong-armed governments; grassroots networks and squatted social centers vs EU power; Utopian Society vs Capitalist Market; the radical europe of multitudes vs the conservative Europe of elites/ (Aachen/Europe 2008), bzw. in unsere Schreibung von Äquivalenzketten übersetzt:

/global movement/ = /grassroots networks, squatted social centers/ = /Utopian Society/ = /radical europe of multitudes/  
 vs.  
 /strong-armed governments/ = / EU power/ = /Capitalist Market/ = /conservative Europe of elites/

Oder kurzum in der Kategorie der Namen: /EuroMayDay/ vs. [/Merkel/ = /Sarkozy/]. Einige andere, politisch spezifischere Beispiele von Antagonisten – etwa die spezifisch gegen die Namen Bush, Berlusconi und den Irak-Krieg gerichteten Aufrufe aus Milano – wären anzuführen. Doch für die Funktion des Diskurses ist es wichtig, dass die Konkretion eines bestimmten Gegners nicht allzu groß

---

13 Die weiteste Fassung einer solchen Liste – eine Art Grenzfall des Diskurses – findet sich im Aufruf Tübingen 2007: /Prekarisierung, Sozialabbau, Hartz 4, Studiengebühren, Atomkraft, Umweltzerstörung, Neoliberalismus, Militarisierung, Krieg, Ausgrenzung, Arbeitslosigkeit, Neo-Faschismus, Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Patriarchat, Homophobie, Kapitalismus, Überwachungsstaat, der G8-Gipfel in Heiligendamm,.../. Die Aufrufe aus Hanau, die sehr stark einem traditionellen, vor allem auf arbeitsbezogene Forderungen fokussierten gewerkschaftsnahen Diskurs anhängen (trotz Inklusion migrationsbezogener Forderungen), bilden den umgekehrten Grenzfall. Doch stehen selbst sie vor dem Problem der Vereinheitlichung manch heterogener Forderungen.

wird, denn eine bloße Anti-Bush-Demo wäre keine EuroMayDay-Demonstration und man würde eine Reihe von diskursiven Allianzen verlieren.<sup>14</sup> Deshalb ist ein Mangel-Signifikant erforderlich, der die ganze Breite der Dislozierungsphänome abzudecken in der Lage ist, ohne als Antagonist allzu deutliche Konturen zu besitzen (denn schon ein Regierungswechsel im feindlichen Lager könnte ansonsten die Kontraritätsstruktur zum Einbruch bringen). Dieser Signifikant lautet aus Perspektive der EuroMayDay-Bewegung schlichtweg /Prekarisierung/.

Mit dem schillernden Begriff der /Prekarisierung/ gelingt es dem Bewegungsdiskurs, einen hinreichend entleerten Signifikanten zu entwickeln, der eine ganze Reihe von sozialen Phänomenen und Erfahrungen abzudecken in der Lage ist, die vom hegemonialen Diskurs, wie er etwa in der deutschen Unterschichtendebatte hervortrat, als weitgehend unzusammenhängend definiert werden. Bei genauerer Betrachtung der Artikulationen des Begriffs der Prekarisierung, wie sie im Korpus der Bewegungsaufrufe zu finden sind, zeigt sich, dass die Bewegung durchgehend zu einem umfassenden Prekarisierungsbegriff tendiert. Prekarisierung gilt im MayDay-Diskurs als eine generalisierte Erfahrung der Mehrheit der Menschen. Das Phänomen reicht in jeden Teilbereich des Lebens hinein und ist nicht mehr auf Arbeitsbeziehungen im klassischen Sinn beschränkt. Diese Generalisierung und umfassende Ausweitung des Phänomens wird in einer Reihe von Ausrufen ganz explizit postuliert:

Precarity is the most widespread condition of labour and life in Europe today. It affects everyone, everyday, in every part of life: whether chosen or imposed, precarity is a generalised condition experienced by the majority of people. (Europe 2005)

Nowadays, precarity is structural and generalized. (Europe 2008)

Prekarität erfasst die Gesellschaft zusehends in ihrer Gesamtheit. (Wien 2005)

La palabra precariedad nombra las condiciones de la vida hoy. (Malaga 2007)

---

14 Aus diesem Grund artikuliert der Aufruf Milano 2003 eine Äquivalenz innerhalb der antagonistischen Kette der Subjektpositionen zwischen dem Irak-Krieg und der Flexibilisierung und Deregulierung des Arbeitsmarktes: /Bush and his neoliberal acolytes who are following him headlong in a mad and misfortunate war of „prevention“, are the same bastards who want to subdue into perennial servitude the bodies and lives of working people, starting with women, minorities, the younger and the weaker. Bush and his three allies are the same who want to abolish any surviving labour laws, union rights and social constraints limiting the abuses of global corporations./

La condition de vie et de travail la plus répandue en Europe est la précarité. Celle-ci touche davantage de personnes chaque jour et dans chaque aspect de la vie : choisie ou subie, la majorité de la population expérimente une précarité généralisée. (Paris 2005)

Aus Sicht der politischen Diskursanalyse handelt es sich um einen leeren Signifikanten, der *im* Diskurs einen Mangelzustand bezeichnet und so auf die reine Form der Dislozierung verweist. Auf diese Weise gelingt es *a contrario* die Äquivalenzketten der Subjektpositionen abzustützen und weitgehend zu vereinheitlichen. Dieser Versuch, über die Thematisierung von Prekarisierung /Verbindungslinien zwischen den unterschiedlichen Facetten der Transformation der Arbeit zu ziehen/ (Hamburg 2007b), wird im Diskurs selbst als *gegen*-hegemonial interpretiert (/Und wir haben mehr gemeinsam, als man uns glauben macht/, Berlin 2007). Der umfassende protestpolitische Prekarisierungsbegriff muss als Einsatz in die hegemoniale Auseinandersetzung verstanden werden, in welche die Bewegung einzugreifen versucht. So wird von der Bewegung der diskursive „Kampf“ um das angemessene Verständnis der „am eigenen Leib“ verspürten Prekarisierungsphänomene bewusst aufgenommen. Ein aus Bewegungsperspektive im massenmedialen Diskurs verbreiteter *enger* Begriff wird als diskursiver „Gegner“ ausgemacht, da mit der Konstruktion eines marginalen „abgehängten Prekariats“ der ganze Umfang neoliberaler Entsicherungsstrategien, die letztlich die Arbeits- und Lebensverhältnisse aller erfassen, aus dem Blick gedrängt werden. Dies gelingt dem hegemonialen Diskurs durch Betonung der Partikularität der Prekarisierungserfahrungen und der Unvergleichbarkeit der sozialstrukturellen Subjektpositionen von Prekarisierten, namentlich des „abgehängten Prekariats“ im Vergleich zu den (scheinbar) integrierten Hauptsektoren der Gesellschaft. Umgekehrt sei der Euro-MayDay dazu gedacht, einen Ort zu schaffen, /wo illegalisierte Reinigungskräfte, PraktikantInnen, Projektarbeitende und 1-Euro JobberInnen in Kommunikation treten können/ (Hamburg 2007b).

Die politische Vereinigungsfunktion der MayDay-Paraden und damit der selbstgesetzte Auftrag der Bewegung wäre somit angesprochen: Es geht der Bewegung um die gegenhegemoniale Konstruktion einer Äquivalenzkette zwischen Elementen (vor allem Subjektpositionen), die im hegemonialen Diskurs als differentiell geschieden definiert werden. Die MayDay-Paraden werden als jenes Medium und jener Ort verstanden, an dem Gemeinsamkeiten Sichtbarkeit erlangen bzw. partikulare Positionen miteinander in Austausch treten können: In diesem Sinne wird /MayDay/ bzw. /EuroMayDay/ zum leeren Signifikanten der Universalisierung partikularer Subjektpositionen. In einem noch stärkeren Sinn aber werden – gleichsam in einem zweiten Schritt – die partikularen Subjektpositionen unter dem Dach des *gemeinschaftlichen Namens* vereint und zu einem politisch-sozialen Gesamtsubjekt

angerufen. Dieses Subjekt trägt im Diskurs der Bewegung den Namen /Prekariat/. Es ist evident, wer dieser Begriffsschöpfung zum Vorbild diente: /The precariat is to postfordism as the proletariat was to fordism: temps and part-timers, casualized/ flexible workers are the new social group required and reproduced by the neoliberal post-industrial transformation of the economy/ (Milano 2003).<sup>15</sup> Allerdings hat die Prekarisierungsbewegung keinen *populistischen* Signifikanten hervorgebracht, der etwa mit dem Eigennamen /Thatcher/ vergleichbar wäre. Das /Prekariat/ – die „Klasse“ aller Prekarisierten – übernimmt zwar in Vertretung diese Funktion, nur bleibt es wesentlich ungreifbarer als die „eiserne Lady“ und ihre Handtasche. Wir haben es also mit einem Protestdiskurs, aber nur in geringerem Ausmaß auch mit einem populistischen Diskurs zu tun. Diese letzte Beobachtung erschließt eine weitere Möglichkeit der Differenzierung von Diskurstypen: Je nach Gewicht der einzelnen strukturellen Merkmale eines Diskurses – hier: der Funktion des *Eigennamens* – lassen sich verschiedene Modi oder Typen politischer Diskurse unterscheiden. Damit erweist sich die Laclau'sche Diskursanalyse trotz ihres minimalistischen Grundmodells als durchaus komplex und adaptionsfähig.

## Literatur

- Althusser, Louis, 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate. Hamburg/Westberlin.
- Diaz-Bone, Reiner, 1999: Probleme und Strategien der Operationalisierung des Diskursmodells im Anschluß an Michel Foucault. In: Hannelore Bublitx et al. (Hg.): Das Wuchern der Diskurse. Perspektiven der Diskursanalyse Foucaults, Frankfurt/Main und New York, S. 119-135.
- Glynos, Jason & Howarth, David R., 2007: Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory. London and New York.
- Hamm, Marion, 2011: Performing Protest: Media Practices in the Trans-Urban Euromayday Movement of the Precarious. Dissertation, Universität Luzern.
- Laclau, Ernesto, 1990: New Reflections in the Revolution of Our Time. London/New York.
- Laclau, Ernesto, 2002: Emanzipation und Differenz. Wien.
- Laclau, Ernesto, 2005: On Populist Reason. London.
- Laclau, Ernesto, 2014: The Rhetorical Foundations of Society. London/New York.
- Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal, 1991: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien.

---

15 An diesem Zitat ist bemerkenswert, dass der Ökonomismus, der die traditionsmarxistischen Theorien vom Proletariat auszeichnete, in die Definition des neuen Subjekts „Prekariat“ gleich mitübernommen wird.

- Marchart, Oliver (Hg.), 1998: Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus. Wien.
- Marchart, Oliver, 2013: Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung. Bielefeld.
- Middlesex Declaration (2004): Indymedia UK, 20.4.2004, <https://www.indymedia.org.uk/en/2004/10/300042.html>, download am 9.9.2016.
- Nonhoff, Martin, 2006: Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“. Bielefeld.
- Nonhoff, Martin, 2008: Hegemonieanalyse: Theorie, Methode und Forschungspraxis. In: Reiner Keller et al. (Hg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse, Band 2, 3. Auflage, Opladen, S. 299-331.

---

# Antagonismus und Antagonismen – hegemonietheoretische Aufklärung

Martin Nonhoff

---

## 1 Einleitung

Ernesto Laclau gehört zu den wenigen politischen Theoretikern der jüngeren Zeit, denen es gelungen ist, über die Politische Theorie hinaus sowohl auf die empirische Erforschung von Politik in der Politikwissenschaft als auch auf die praktische Politik großen Einfluss auszuüben. In der praktischen Politik finden sich Bezüge auf Laclau zum Beispiel in den lateinamerikanischen links-populistischen Bewegungen, bei Syriza in Griechenland oder in der 15M-Bewegung bzw. Podemos in Spanien. In die empirische Erforschung von Politik hat Laclau insbesondere durch konzeptionelle Erneuerungen hineingewirkt. Zentrale Begriffe des Laclau'schen Denkens wie „leerer Signifikant“ oder „Äquivalenz(kette)“ finden sich mittlerweile in vielen Analysen insbesondere jüngerer AutorInnen wieder, insbesondere in den Internationalen Beziehungen (vgl. viele Beiträge in Herschinger/Renner 2014), aber auch in der Politischen Ökonomie (Nonhoff 2006a; Wullweber 2010), in der Protestforschung (Marchart 2013a), in Analysen einzelner politischer Systeme (Bedall 2012) oder auch in der Policy-Forschung (Griggs/Howarth 2013). Auch bei reflexiven Diskussionen innerhalb der Politikwissenschaft, etwa über die Verwendung des Governance-Begriffs, findet das Etikett des leeren Signifikanten Verwendung (Offe 2009). Andere Begriffe, die durchaus vorher in der theoretischen wie empirischen Forschung präsent waren, wurden durch die Interventionen Ernesto Laclaus wieder prominent (und zum Teil auf ungewohnte Weise) in die Analyse der Politik eingebracht, so dass sie neue Perspektiven auf ihren Gegenstand inspirierten, insbesondere die Begriffe „Artikulation“, „Diskurs“ und „Hegemonie“. Für das Laclau'sche Theorieprogramm lässt sich somit ein angesichts seines hohen Abstraktionsgrades und seiner Komplexität überraschend großer Einfluss auf die Politik und ihre empirische Erforschung feststellen.

Ein zentraler Begriff der Laclau'schen Diskurs- und Hegemonietheorie aber, der bei der Übersetzung in die empirische Forschung (und wohl auch bei konkreter politischer Strategieplanung) regelmäßig zu Verwirrung führt, ist der des Antagonismus. Die Verwirrung rührt daher, dass der Begriff von Beginn an, wie schon früh Slavoj Žižek (1990) feststellte, zwei Dimensionen in sich vereinte: zum einen, als Antagonismus im Singular, eine sozialontologische Grundkonstante, die in allgemeiner Weise ein Element des menschlichen Seins als Gesellschaftswesen beschreiben sollte; zum anderen, als Antagonismen im Plural, bestimmte Formen von Gegnerschaftskonstellationen, die wir in der politischen Praxis ausmachen können (bzw. in der Sprache der Ontologie: auf der ontischen Ebene). Gerade empirische Untersuchungen im Anschluss an Laclau tendieren dazu, die erste, sozialontologische Bedeutungskomponente auszublenden und deshalb in an Beliebigkeit grenzender Nonchalance jeden politischen Konflikt als Antagonismus zu analysieren, was den Begriff jedoch so entschärft, dass er sein spezifisches analytisches Potenzial verliert. Ich werde daher im Folgenden den Verästelungen des Antagonismus-Begriffs zwischen ontologischer und ontischer Ebene nachspüren und insbesondere herausarbeiten, warum der Begriff gerade und nur dann als analytischer Begriff taugt, wenn die ontologische Bedeutungskomponente mitgeführt wird, wenn also „die Antagonismen“ unter Bezug auf „den Antagonismus“ untersucht werden (vgl. auch Marchart 2013b: 298-330, 406-410).

Ich werde nun zunächst, hier Laclau rekonstruktiv folgend, nachzeichnen, inwiefern der Antagonismus im Singular als sozialontologisch konstitutiv gelten kann (Abschnitt 2). Anschließend gehe ich darauf, wie sich empirische Antagonismen im Plural konstituieren. Hierbei fließen Erkenntnisse aus meinen empirischen hegemonieanalytischen Arbeiten ein (Abschnitt 3). Die Arbeit schließt mit einem Resümee (Abschnitt 4).

---

## 2 Antagonismus als ontologische Konstellation

In einem seiner letzten Aufsätze, der auf Englisch erst 2014 fast zeitgleich mit seinem Tod erschienen ist (auf Spanisch zwei Jahre früher), fasste Ernesto Laclau seine Überlegungen zum Begriff des Antagonismus noch einmal zusammen. Dabei betont er gleich zu Beginn, dass es ihm nicht um die Vielzahl gesellschaftlicher Antagonismen gehe, sondern vielmehr um die „ontologische Natur“ dieser Pluralität, um den Antagonismus im Singular also:

“What do we understand by *antagonism*? I am not asking myself what are the actually existing antagonisms in society, but something more fundamental: What is an antagonism? What type of relation does it presuppose? This is a question usually overlooked in the sociological literature, which usually concentrates on actual ‘conflicts’, ‘confrontations’ and ‘struggles’, but which does not pose the questions about the *ontological nature* of these categories. It is, however, on this nature that we must focus if we want to advance on the theoretical front” (Laclau 2014: 102, Hervorhebung MN).

Mit Laclau will ich hier zunächst also den Schritt gehen, den Antagonismus im Singular, also in seiner „ontologischen Natur“ zu betrachten. Zwei Aspekte dieser Betrachtung gehen bei Laclau Hand in Hand: Zum einen geht es ihm darum, das Spezifische einer Beziehung, die Antagonismus genannt werden soll, im Unterschied zu anderen konflikthafter Beziehungen herauszuarbeiten. Zum anderen geht es ihm um das Argument, dass der Antagonismus in der dann bestimmten Form eine sozialontologische Größe ist, das heißt, das Soziale, insofern es ein Soziales ist, immer schon durchdringt. Beide Überlegungen hatte Laclau in vergleichbarer Weise auch schon an anderen Orten angestellt, beispielsweise zusammen mit Chantal Mouffe vergleichsweise knapp in *Hegemony and Socialist Strategy* (Laclau/Mouffe 1985: 122-127) und dann wesentlich ausführlicher in *New Reflections on the Revolution of Our Time* (Laclau 1990: 5-26).

Die Frage danach, was für eine Art von Beziehung eine antagonistische Beziehung eigentlich ist, entsteht durch die Auseinandersetzung mit Marx. Bekanntermaßen beschreibt Marx die Geschichte als „Geschichte von Klassenkämpfen“ (Marx/Engels 1972[1848]: 462) und bezeichnet zugleich insbesondere den Gegensatz zwischen den Klassen der Kapitalisten und des Proletariats als „unvermeidlichen Antagonismus zwischen dem Ausbeuter und dem Rohmaterial seiner Ausbeutung“ (Marx 1971[1867/1890]: 350). Laclau kritisiert nun, dass im Marxismus diese Beziehung des Antagonismus nie wirklich gut verstanden worden sei, jedenfalls dann nicht, wenn sie als quasi-automatischer Antrieb einer zwangsläufigen historischen Entwicklung hin zum Kampf zwischen Proletariat und Kapitalisten verstanden würde, der letztlich wiederum in der kommunistischen Gesellschaft aufgehoben wäre. Was Laclau also irritiert, ist, dass ein Moment des Kampfes, das ja von der Idee des offenen Ringens lebt, zugleich als historisch determiniert gedacht wird, und zwar in Hinsicht auf die Akteure des Kampfs (Proletariat und Kapitalisten), seine Gegenstände (die Frage der Produktionsverhältnisse) und seinen Ausgang (Revolution, Sieg des Kommunismus) (vgl. Laclau 1990: 5-10; Laclau 2007; Laclau 2014: 101). Die Irritation rührt von einer Spannung her: Denn einerseits benötigt die von Laclau entworfene Theorie der Hegemonie einen Begriff des Antagonismus, weil die Idee der hegemonialen Vorherrschaft nur Sinn ergibt, solange es eine Gegenkraft gibt, über die Vorherrschaft angestrebt wird; andererseits aber erkennt

Laclau, dass hegemoniale Verhältnisse durch das Politische, durch die Kontingenz menschlichen Handelns geprägt sind, weshalb der Begriff des Antagonismus in der Hegemonietheorie kein deterministisch affizierter Begriff sein kann.

Um sich der „ontologischen Natur“ des Antagonismus anzunähern, geht Laclau den Weg der Unterscheidung von ähnlichen, verwandten Begriffen. Er schließt dabei kritisch an Überlegungen Lucio Collettis an, der als Schüler Galvano della Volpe zur hegel-kritischen Strömung des italienischen Marxismus gehörte (vgl. ausführlich Marchart 2013b: 303ff.). Colletti (1975; 1986) untersucht die Beziehung des Antagonismus in Anlehnung an Immanuel Kants Unterscheidung zwischen „Realrepugnantz“ und „logischer Widerspruch“. Widersprüche, so rekonstruiert Laclau (Laclau/Mouffe 1985: 122/123; Laclau 2014: 102–110) die Diskussion, haben die Struktur A—nicht A, also die Beziehung zwischen etwas und seiner Negation. Sie beschreiben insbesondere Beziehungen auf der begrifflichen Ebene und können, sobald sie mit Hegel als dialektische Widersprüche gedacht werden, auf einer höheren Ebene in einem dritten Term aufgehoben werden. Realrepugnanzen hingegen gleichen der Struktur A—B, sind also eine Beziehung zwischen zwei positiven Einheiten. Sie stellen sich zwischen real existierenden Objekten ein, etwa dann, wenn diese aufeinanderprallen und nur ein Objekt zur selben Zeit am selben Ort sein kann. Colletti schließt nun aus dieser Kant'schen Unterscheidung, dass es sich beim Gegensatz zwischen Kapitalisten und Proletariat offensichtlich um eine Realrepugnantz handeln müsse, weil er sich in der realen Welt und nicht auf der begrifflichen Ebene einstelle. Daher müssten, so Colletti weiter, Antagonismen als Realrepugnanzen interpretiert werden.

Laclau überzeugt diese Argumentationsführung nur zum Teil. Er stimmt mit Colletti überein, dass ein Antagonismus zwischen sozialen Kräften kein dialektischer Widerspruch sein kann, nicht nur, weil er nicht auf der begrifflichen Ebene liegt, sondern weil die Idee der Aufhebung des Widerspruchs in einem dritten Term, der aus einer Vermittlung der beiden im Widerspruch stehenden Elementen hervorgeht, den Antagonismus als Relation der Negativität ad absurdum führen würde. Eben weil Negativität für antagonistische Beziehungen prägend ist, d. h. weil in einem antagonistischen Verhältnis eine soziale Kraft die Entfaltung der anderen Kraft negiert, kann ein Antagonismus, so das Argument gegen Colletti, aber auch keine Realrepugnantz sein. Denn in einer Realrepugnantz stoßen zwei positive Elemente, A und B, aufeinander. Dass die Präsenz von A die Verdrängung von B bedeutet, hat aber nichts damit zu tun, dass A's Anwesenheit gezielt gegen B gerichtet wäre. A ist eben nicht dem Wesen nach Nicht—B, sondern verhindert B allenfalls akzidentiell (Laclau 2014: 106).

Die zentrale definierende Eigenschaft des Antagonismus im Sinne Laclaus ist damit die der Negativität. Als Antagonismen bezeichnet Laclau soziale Beziehungen

ferner dann, wenn für sie Negativität eine *konstitutive* und nicht nur eine akzidentielle, vorübergehende Eigenschaft darstellt. Eine konstitutive Qualität erhält das Moment der Negativität dadurch, dass sie die Begründung von Gesellschaft überhaupt erst sinnvoll möglich macht, indem sie eine Abgrenzung dazu herstellt, was nicht zur Gesellschaft gehört. Dialektische Widersprüche und Realrepugnanzen generieren aber letztlich keine negativen, sondern positive Beziehungen: Realrepugnanzen, weil sie, wie eben schon ausgeführt, zwischen rein positiven Kräften entstehen; dialektische Widersprüche, weil die Negativität nur einen Übergangstatus hin zur Aufhebung auf einer höheren Ebene bildet, in der dann wiederum nur positive Beziehungen bestehen: „negativity that is only a bridge toward a higher positivity cannot be radical and constitutive“ (Laclau 2014: 111).

In etwas anderer Terminologie spricht Laclau auch davon, dass dialektische Widersprüche und Realrepugnanzen eine objektive Ordnung allenfalls kurz unterbrechen würden, das heißt eine stabil strukturierte Ordnung, in der alle Elemente ihren gesicherten Platz haben, auf den sie gehören. Doch erst in der antagonistischen Beziehung wird das Feld der Objektivität in diesem Sinne gestört und dynamisiert. In anderen Worten lässt sich der antagonistischen Beziehung keine objektive Bedeutung zuschreiben, sondern sie bildet die *Grenze aller Objektivität*:

“The crucial point is that antagonism is the limit of all objectivity. This should be understood in its most literal sense: as the assertion that antagonism does not have an objective meaning, but is that which prevents the constitution of objectivity itself.” (Laclau 1990: 17)

Die Idee, dass der Antagonismus als Grenze aller Objektivität in Erscheinung tritt, lässt sich besser erfassen, wenn man ihn als Antagonismus zwischen sozialen Kräften oder Akteuren denkt. Das Entscheidende für Laclau ist, dass er die Akteure (die Terminologie des Akteurs verwendet Laclau selbst jedoch allenfalls *en passant*) nicht einfach als etwas physisch Gegebenes ansieht (also nicht analog zu physischen Kräften, zwischen denen sich Realrepugnanzen einstellen könnten), sondern dass er sie von Beginn an als *Identitätsträger* einführt. Diese Tatsache ist zum Verständnis der sozialen Bedeutung des Antagonismus von größter Bedeutung. Denn die Grenze der Objektivität zeigt sich mit Blick auf die Akteure darin, dass sie keine vollkommene, in sich geschlossene und heile Identität entwickeln können. Wenn Identitäten antagonistisch affiziert sind, so ist das vielmehr gleichbedeutend mit ihrer Blockade, ja mehr noch, mit ihrer Gefährdung. Eine antagonistische Kraft erscheint uns, in anderen Worten, stets als eine Kraft, die verhindert, dass wir unsere Identität(en) voll ausbilden können. Indem sie das Ziel unserer Identität – das, womit man sich identifiziert – blockiert, ist die antagonistische Kraft zugleich wesentlich dafür, dieses Ziel und die mit ihm verbundene Identität überhaupt erst

auf spezifische Weise entstehen zu lassen (vgl. Laclau 1990: 21; Laclau 2014: 113). Kurz gesagt haben wir es in antagonistischen Beziehungen stets mit *blockierten Identitäten* zu tun, mit Akteuren, die in ihren Identifikationsprozessen scheitern, weil und insofern es eine antagonistische Kraft gibt, die die vollkommene Identifikation verhindert.

Sich zu identifizieren heißt stets, sich *mit etwas* zu identifizieren, die Identifikation hat ein konkretes Ziel. Genauso ist die Kraft, die der Identifikation entgegenwirkt, stets eine konkrete Kraft. Doch die antagonistische Beziehung erschöpft sich nicht in dieser Beziehung zwischen konkreten Elementen. Vielmehr, so ein zentraler Schritt in Laclaus Argumentation, verbindet sich das konkrete Element jeweils mit einer ontologischen Funktion, nimmt also eine doppelte Bedeutung an:

“If I identify with a certain content, the latter ceases to be mere content; it is invested in such a way that it becomes a symbol of my own being. That is it becomes to fulfill a different ontological role. But this new role is only possible insofar as another ‘positive’ content becomes a threat to my own identity. And this threatening content is also invested with a new ontological function: that of symbolizing the very possibility of my not being. [...] Certain particular objects will be invested with a new dimension transcending their ontic reality. Thus, an *ontological difference* emerges splitting the field of objectivity” (Laclau 2014: 113)

Indem somit bestimmte Gegenstände zum Identifikationspol werden, und als solche die Konstituierung einer vollkommenen, einer geheilten Identität – also eines „reinen Seins“ (Laclau 1996: 38) – versprechen, tritt zu ihrer Gegenständlichkeit eine weitere, ontologische Funktion hinzu.<sup>1</sup> Weil aber das „reine Sein“ letztlich durch keinen Gegenstand potenzieller Identifikation vermittelt werden kann, wird jeder Gegenstand diese Funktion nur als blockierter Gegenstand annehmen, wenn und insofern der Zugriff auf ihn verunmöglicht wird – durch einen bedrohlichen Antagonisten. Letzterer übernimmt dadurch ebenfalls eine doppelte ontologische Funktion: als konkreter Akteur einerseits und als Repräsentant der unmöglichen Vollendung meines Seins andererseits. Dem Antagonismus kommt damit mit Laclau in der Tat die oben erwähnte konstitutive Rolle zu, weil Identifikationsgegenstände nur in der antagonistischen Beziehung etabliert werden können. Wären diese Gegenstände nämlich nicht antagonistisch blockiert, sondern erreichbar, könnten

---

1 Laclaus Werk lässt sich in vieler Hinsicht auch so lesen, dass er in Auseinandersetzung mit verschiedenen Autoren genau dieses Argument der ontologischen Differenz in verschiedenen Schattierungen immer wieder herausarbeitet. In Laclau (2014: 118-122) rekonstruiert er es z. B. durch Lektüren von Heidegger (in Anlehnung an Marchart 2007), Lacan und Gramsci.

sie die ontologische Rolle eines Stellvertreters für eine „general form of fullness“ (Laclau 1990: 79; Laclau 1996: 93) nicht übernehmen.

Nicht zuletzt bereitet der Antagonismus so auch die Szene für den Auftritt des Subjekts. Denn die Beziehung zwischen einem bestimmten ontischen Gegenstand und seiner ontologischen Funktion ist kontingent. Es gibt weder einen zwingenden Grund dafür, wieso ein bestimmtes Objekt als „general form of fullness“ artikuliert werden sollte, noch dafür, wieso eine bestimmte soziale Kraft als Antagonist markiert werden muss. Es herrscht also eine Situation der Unentscheidbarkeit vor, in der aber, wenn es überhaupt einen Identifikationsprozess geben soll, gleichwohl entschieden werden muss (in Anlehnung an Derrida 1996[1990]). Zwar eingebunden in die je existierenden Machtverhältnisse und die entsprechenden hegemonialen Kämpfe, aber nicht determiniert durch sie (Laclau 1990: 44), tritt das Subjekt dort in Erscheinung, wo es diese Entscheidungen trifft (Laclau 1990: 30; Laclau/Zac 1994; Laclau 2000a: 79; Laclau 2014: 115).

Zusammenfassend kann man festhalten, dass der Antagonismus im Singular, als ontologische Konstellation verhindert, dass sich so etwas wie eine geheilte, vollkommen positiv konstituierte Identität ausbilden kann. Objektivität, das heißt eine stabile Ordnung aller sozialen Elemente, ist im Angesicht einer antagonistischen Verfasstheit des Sozialen unmöglich, weshalb eine wiederholt gebrauchte Laclau'sche Übersetzung des Begriffs des Antagonismus auch die als „Grenze aller Objektivität“ ist. Der Antagonismus ist schließlich konstitutiv, weil er die notwendige Bedingung dafür ist, dass konkrete Elemente als „general form of fullness“ artikuliert werden können. Sie können diese Rolle nämlich nur als blockierte Elemente übernehmen, nicht als tatsächlich realisierbare: Wären sie realisierbar, würde offenbar, dass sich die versprochene Fülle nicht einstellt. Der Antagonismus ist damit wesentlich eine negative Beziehung, die aber, gerade weil sie negativ wirkt, Identifikationsprozesse und damit die Konstituierung des Sozialen erst ermöglicht.

---

### 3 Antagonismen im Plural

Die Folgefrage ist nun, wie sich die sozialontologische Funktion des Antagonismus in gesellschaftliche Konflikte antagonistischer Natur übersetzt, also in Antagonismen im Plural. Diese Frage wird von Laclau gelegentlich auch selbst adressiert. Allerdings geschieht dies nicht ganz so ausführlich wie die Untersuchung der sozialontologischen Funktion des Antagonismus, weshalb man Laclaus Überlegungen gut mit Erkenntnissen aus der empirischen Hegemonieforschung ergänzen kann. Ich werde daher nun in drei Schritten vorgehen: Zunächst rekonstruiere ich die Laclau'schen

Erklärungsansätze zur Ausbildung von Antagonismen (3.1). Anschließend nehme ich einige Erweiterungen vor, die aus meiner Erforschung empirischer hegemonialer Projekte resultieren: Zum einen zeige ich, wie sich eine antagonistische Zerteilung des diskursiven Raums als Effekt einer spezifischen Anordnung von Äquivalenz- und Kontraritätsartikulationen einstellt. Zum anderen mache ich einen Vorschlag, wie die Repräsentationsfunktion des leeren Signifikanten zu verstehen ist (3.2). In einem letzten Unterabschnitt binde ich die Überlegung, dass der Antagonismus die Grenze aller Objektivität, reflexiv auf sich selbst zurück und zeige, dass sich die Grenze der Objektivität auch darin zeigt, dass sich Antagonismen empirisch niemals objektiv konstatieren lassen (3.3).

### 3.1 Gesellschaftliche Antagonismen bei Laclau

Als ich eben die sozialontologische Funktion des Laclau'schen Antagonismusbegriffs herausgearbeitet habe, tat ich das insbesondere mit Blick auf das Moment der (scheiternden, weil blockierten) Identifikation von Akteuren, die letztlich auch den Auftritt des Subjekts ermöglicht. Allerdings überlappt bei Laclau regelmäßig diese Argumentationslinie, die wir auch als Identitätstheoretische Linie bezeichnen können, mit einer ähnlichen Argumentationslinie, die im engeren Sinn sozialtheoretisch operiert, weil sie die Frage der Konstituierung von Gesellschaft explizit ins Zentrum rückt. Strukturell ähneln sich beide Argumentationslinien deutlich. Denn auch mit Blick auf Gesellschaften macht Laclau das Argument, dass sie sich aufgrund des Antagonismus niemals vollständig konstituieren können. „Gesellschaft“ ist dabei ein Begriff für ein stabil eingerichtetes System von Sozialbeziehungen, wodurch sie ein Äquivalent zum oben erwähnten Feld der Objektivität bildet. Und so überrascht es kaum, dass der Antagonismus auch hier als Grenze beschrieben wird, diesmal allerdings als die Grenze von Gesellschaft: „[A]ntagonisms constitute the limits of society, the latter's impossibility of fully constituting itself“, heißt es bereits in *Hegemony and Socialist Strategy* (Laclau/Mouffe 1985: 125).<sup>2</sup> Gesellschaft ist damit – im Unterschied zu den unendlich vielen und pluralen Beziehungen des Sozialen – ein unmögliches Objekt (Laclau 1990: 89-92; Laclau 2000a: 55; vgl. auch Marchart 2013b). Antagonistisch konstituiert sie sich, weil auch im Raum der

---

2 Dass an dieser Stelle von „antagonisms“ im Plural die Rede ist, könnte man entweder als frühen begrifflichen Lapsus lesen, weil hier klar die sozialontologische Funktion des Antagonismus im Singular gemeint ist. Oder aber man sieht darin bereits einen Hinweis darauf, dass sich der sozialontologische Antagonismus gesellschaftlich auf vielfache Weise niederschlagen kann, also auf seine ontische Pluralität.

Gesellschaft Idealvorstellungen zirkulieren – Ideen einer geheilten Gesellschaft –, weil aber diese Vorstellungen nur so lange Idealvorstellungen sein können, wie sie *nicht erreichbar* sind. Nicht erreichbar sind sie, solange sie als Ziele artikuliert werden, die durch eine bestimmte soziale Kraft blockiert werden. Bezeichnet werden die Idealvorstellungen mit so genannten „tendenziell leeren Signifikanten“, wobei das Attribut leer nicht bedeutet, dass ein solcher Signifikant kein Signifikat habe, sondern dass er eine unmögliche Signifikationsfunktion erfüllt: nämlich als partikulares Element (als „ontischer Inhalt“) auf das Allgemeine der Gesellschaft zu verweisen (Laclau 1996: 20-46; Laclau 2000a: 57). Eine solche Operation kann nur politisch, d. h. als Hegemonieeffekt gelingen, und das auch nur vorübergehend, weil Hegemonien instabil sind. Weil und insofern aber Gesellschaften konstitutiv antagonistisch verfasst sind, brauchen sie den gleichzeitigen Bezug auf ihre Vollkommenheit, die blockiert ist, und auf die Instanz, die für die Blockade verantwortlich ist. Bis hierhin erinnert das sozialtheoretische Bild der Hegemonietheorie stark an die oben ausgeführte Identitätstheorie.

Ohne dass Laclau es dezidiert reflektiert, gibt es aber einen wesentlichen Unterschied zwischen der blockierten Identität eines Individuums und der blockierten Gesellschaft, die dazu führt, dass der sozialontologische Antagonismus im Singular sich in gesellschaftliche Antagonismen im Plural verwandeln kann. Ein Individuum kann zwar die Gegenstände seiner Identifikation nicht autonom bestimmen, weil es in umgebende Diskurse eingelassen ist. Dennoch muss es – und es ganz allein – die Entscheidung für einen bestimmten Identifikationsgegenstand und für einen Antagonisten, den es als Grund der Blockade ausmacht, *für sich selbst* treffen. Es gibt damit nur *einen* Ort der Entscheidung, ein Nadelöhr für die Identifikation, auch wenn diese Entscheidung widersprüchlich ausfallen oder in zeitlicher Abfolge variieren mag. Dies verhält sich aber dann anders, wenn es um die (blockierte) „general form of fullness“ einer Gesellschaft geht. Denn leere Signifikanten, die auf die geheilte Gesellschaft verweisen sollen, werden nicht im eigenen Namen, sondern stets *advokatorisch* artikuliert, das heißt von einem bestimmten sozialen Ort aus für die ganze Gesellschaft. Das ist ja gerade der Kern hegemonialen Denkens, dass man im Namen des Anderen spricht und dessen Forderungen in eine Kette äquivalenter Forderungen integriert, um so das Allgemeine zu konstituieren (Laclau/Mouffe 1985: 127ff.; Laclau 2000b: 194). „Die Gesellschaft“ kann nicht als Sprecher auftreten und also nicht ihre eigene „general full form of fullness“ artikulieren, sie ist also auf Advokaten angewiesen, die sie auf den Begriff bringen, indem sie in ihrem Namen sprechen (und sie damit erst entwerfen). Diese Advokaten gibt es aber immer in großer Vielzahl und eine Reduktion der vertretenen Positionen erfolgt nur im Spiel der Hegemonie, in welchem unterschiedliche Positionen darum ringen, sowohl das Allgemeine als auch den dieses blockierenden Antagonisten

zu artikulieren. Diese sozial- und hegemonietheoretische Argumentationslinie hat auch eine demokratietheoretische Implikation (die u. a. an Lefort 1990[1983] erinnert), denn von Demokratie zu sprechen erscheint Laclau nur dort sinnvoll, wo dieses öffentliche Ringen zwischen den konfligierenden Positionen möglich ist:

“If democracy is possible, it is because the universal has no necessary body and no necessary content; different groups, instead, compete between themselves to temporarily give to their particularisms a function of universal representation. Society generates a whole vocabulary of empty signifiers whose temporary signifieds are the result of a political competition.” (Laclau 1996: 35)

Und so resultiert die sozialontologische Konstellation des Antagonismus im Singular, sozialtheoretisch betrachtet, in einer Pluralität gesellschaftlicher Antagonismen (siehe auch Marchart 2013b: 408f.). Um besser zu verstehen, entlang welcher Dimensionen sich die Pluralität entfaltet, hilft es, noch einmal kurz an das Modell von hegemonialen Projekten zu erinnern.

Dieses Modell verknüpft drei Schritte (vgl. z. B. Laclau 2005: 93): Erstens werden innerhalb einer sozialen Einheit verschiedene Forderungen als äquivalente Forderungen artikuliert, d. h. es entsteht ein gemeinsames Verständnis eines Problems und die sehr unterschiedlichen Ansätze zur Bekämpfung dieses Problems werden als miteinander vereinbar begriffen. Zweitens bedeutet dies, dass ein gemeinsamer „Gegner“ im weiteren Sinn ausgemacht werden muss, der es erlaubt, die unterschiedlichen Forderungen insofern als äquivalent zu begreifen, als sie alle auf die Überwindung des Gegners abzielen (sozialer Antagonismus bzw. Zweiteilung des diskursiven Raums). Vom Gegner wird deswegen im weiteren Sinn gesprochen, weil er nicht unbedingt personal auftreten muss, es kann sich dabei auch um eine Ideologie oder etwas anderes Abstraktes handeln, z. B. um den „Terrorismus“ (vgl. Herschinger 2011). In jedem Fall aber blockiert der Gegner das „reine Sein“ der jeweiligen sozialen Einheit. Drittens bedarf es einer Forderung, die in der Lage ist, alle äquivalenten Forderungen zu repräsentieren (diese Forderung lagert sich um den leeren Signifikanten an); diese Forderung und der Akteur, mit dem sie sich ggf. verbindet, können dann als hegemonial gelten. Anders formuliert verspricht die repräsentative Forderung, wenn sie denn erfüllt wird, den Gegner in jeder Hinsicht zu überwinden und damit alle entsprechenden Forderungen ebenso zu erfüllen. Oder noch anders: Ein Partikulum, eine besondere Forderung wird zum Stellvertreter des Allgemeinen.

Dieses Grundmodell hegemonialer Projekte hat Laclau verschiedentlich modifiziert. So fügte er zum Beispiel das Konzept der Heterogenität bzw. des heterogenen Elements hinzu, das sich nicht in die Äquivalenzkette von Forderungen eingemeinden lässt, aber auch nicht dem Gegner zugeordnet werden kann, sondern

abseits steht. Auch ergänzte er das Konzept des (tendenziell) leeren Signifikanten um das des flottierenden Signifikanten, auf den unterschiedliche, konkurrierende hegemoniale Projekte in unterschiedlicher Weise zugreifen. Beide Ergänzungen werden in *On Populist Reason* vorgenommen (Laclau 2005: 129-156). Sie machen das Modell hegemonialer Projekte komplexer und machen es für eine größere Zahl von Fragen und Problemen anschlussfähig. Aber sie verändern dieses Modell nicht grundlegend, weshalb ich im Folgenden vom Grundmodell ausgehe, dieses aber mit Erkenntnissen verbinde, die aus der empirischen hegemonieanalytischen Forschung hervorgegangen sind (vgl. Nonhoff 2006a; Nonhoff 2006b; Nonhoff 2012; Nonhoff 2014; Nonhoff/Stengel 2014).

## 3.2 Zur empirischen Konstituierung von Antagonismen

Um Antagonismen empirisch differenziert zu betrachten, möchte ich mein Augenmerk auf die folgenden zwei Aspekte legen: Zum einen stellt sich die Frage danach, was den Anlass für einen spezifischen, ontischen Antagonismus darstellt, das heißt wie die „Fülle“ der Gesellschaft, ihr Allgemeines, genauer bestimmt werden kann. Zum anderen gilt es, den Mechanismus der diskursiven Artikulation eines antagonistischen Verhältnisses genauer zu bestimmen. Hier untersuche ich erstens, welche Artikulationen auf welche Weise ineinandergreifen, um eine antagonistische Beziehung zu etablieren. Zweitens biete ich eine Antwort auf die bisher nur unbefriedigend geklärte Frage an, aus welchen Gründen ein leerer Signifikant seine Funktion als Repräsentant einer Äquivalenzkette einnehmen kann.

Kommen wir zunächst zum Begriff des Allgemeinen: Es lässt sich feststellen, dass in politischen Diskursen oft kein „allgemeines Allgemeines“ den Orientierungspunkt hegemonialer Projekte bildet, sondern ein „spezifisches Allgemeines“. Während ein „allgemeines Allgemeines“ in etwa als „Gemeinwohl schlechthin“ gelesen werden kann, zeichnet sich ein „spezifisches Allgemeines“ dadurch aus, dass es einen bestimmten Aspekt des Gemeinwohls einer bestimmten Bezugsgruppe ist (Nonhoff 2006a: 139/140). Es kann beispielsweise um den Wohlstand aller Deutschen, die Sicherheit aller Fahrradfahrer, die Gesundheit aller Kinder oder die Erlösung aller Christen gehen. In einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft werden verschiedene Akteure aufgrund dieser Vielfalt oft an äußerst unterschiedlich gelagerten hegemonialen Projekten arbeiten. Nicht nur können sich diese Projekte auf unterschiedliche spezifische Gestalten des Allgemeinen beziehen, sondern es entwickeln sich auch oft in Bezug auf ein und dasselbe spezifische Allgemeine konkurrierende hegemoniale Projekte (das ist ja die Kernidee

von Hegemonie: nicht Ausschaltung, sondern Einhegung und Beherrschung der Alternativen in Bezug auf denselben Gemeinwohlaspekt).

Wie kommt nun aber das Allgemeine eines hegemonialen Projekts in die Welt? Die erste Antwort ist, dass es erst im Zuge des hegemonialen Geschehens als *ein* einheitliches und zugleich blockiertes Allgemeines hervorgebracht wird. Einzelne Akteure bringen in unterschiedlichen politischen Forderungen konkrete politische Probleme zum Ausdruck, deren Beseitigung zum Gemeinwohl beitragen soll. Den Beginn eines hegemonialen Projekts kann man dort konstatieren, wo sich diese Forderungen miteinander verknüpfen, wenn sie also als äquivalente Forderungen artikuliert werden, wodurch zugleich verschiedene Aspekte des solchermäßen im Werden begriffenen Gemeinwohls miteinander verbunden werden. Fragt man nun danach, was es den unterschiedlichen Forderungen erlaubt, als äquivalente artikuliert zu werden, so hilft ein kleiner Umweg über die empirische Hegemonieanalyse.

Wenn Laclau und Mouffe davon sprechen, dass in politischen Diskursen die Logiken der Differenz und der Äquivalenz miteinander ringen (Laclau/Mouffe 1985: 127-134), so übersetzt man das bei der Analyse empirischer Formationen dadurch, dass man untersucht, inwiefern in der diskursiven Praxis einzelne Elemente – und insbesondere Forderungen und die sich mit den Forderungen konstituierenden politischen Subjekte – als differente oder äquivalente Elemente artikuliert werden. Die Logiken übersetzt man also für die empirische Forschung in Beziehungsarten, die sich folgendermaßen präzisieren lassen (vgl. Nonhoff 2006a: 86-89):

Differenz: „x ist anders als y“

Äquivalenz: „x ist anders als y, aber geht in Bezug auf a Hand in Hand mit y“

Zweierlei ist bei dieser operationalisierenden Übersetzung der Logiken in analysierbare empirische Artikulationen festzuhalten: Erstens geht die grundlegende Beziehung der Differenz zwischen zwei Forderungen auch dann nicht verloren, wenn sie als äquivalent artikuliert werden. Diese werden nämlich durch die Äquivalenz nicht völlig identisch, was der Fall wäre, wenn man Äquivalenz als differenz-aufhebend begreifen würde (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 128). Vielmehr ist es – zweitens – so, dass Äquivalenz in Bezug auf ein spezifisches Drittes hergestellt wird, das hier mit „a“ bezeichnet ist. Äquivalente sind nicht in jeder Hinsicht gleich, sondern gehen in einer bestimmten Hinsicht miteinander Hand in Hand. Äquivalenz sitzt also auf Differenz auf, sie ersetzt sie nicht.

In welcher Hinsicht gehen nun Äquivalente miteinander Hand in Hand, und wie genau lässt sich der Bezug zu „a“ verstehen? Weil sie auch als äquivalente Forderungen differente Forderungen bleiben, kommen zwei Antworten nicht in Frage: Zum einen liegt die Äquivalenz nicht darin, dass materiell dasselbe gefordert wird,

es gibt also keine positive Gemeinsamkeit (Laclau/Mouffe 1985). Zum anderen zielen die Forderungen aber auch nicht darauf ab, exakt denselben Mangelzustand zu beheben, also ist „a“ auch *nicht* einfach ein bereits gegebener, den Mangel verursachender Gegner, den es zu überwinden gälte. Vielmehr ist es so, dass das, was zwei Äquivalente teilen, darin besteht, dass sie sich beide in derselben Beziehung zu Elementen des Mangels befinden, die sich ihrerseits als Äquivalente artikulieren lassen. Ich habe vorgeschlagen, diese Beziehung „Kontrarität“ zu nennen (Nonhoff 2006a: 88, 227, Fn. 10). Ohne dass dieser Typ von Beziehung selbst eine antagonistische Beziehung wäre, bildet er zusammen mit dem Beziehungstyp der Äquivalenz eine gute Basis, um das Entstehen einer antagonistischen Zweiteilung des diskursiven Raums gut empirisch nachzuzeichnen. Zunächst kann man den Beziehungstyp folgendermaßen bestimmen:

Kontrarität: „x ist anders als y, aber wird in Bezug auf a durch y blockiert“<sup>3</sup>

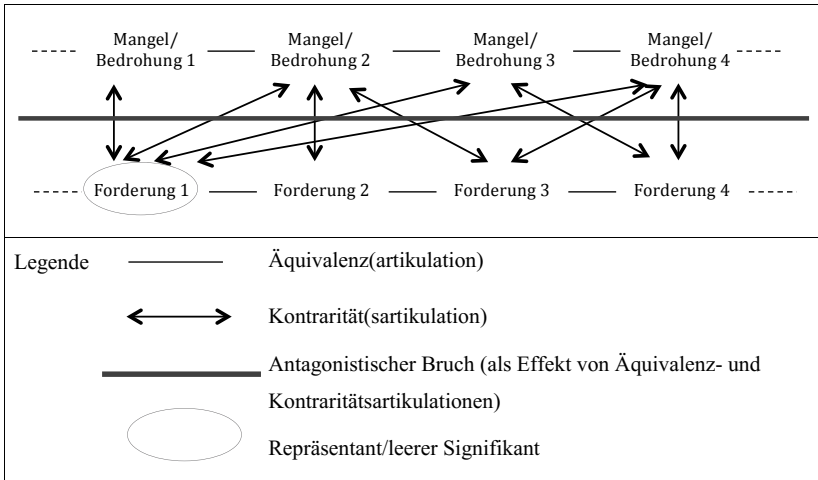
Die Umschreibung macht deutlich, dass die Negativität, die eine Kontrarität kennzeichnet, derselben Art ist wie die Negativität des Antagonismus: Es geht um eine Blockade, die verhindert, dass ein Aspekt des Allgemeinen realisiert werden kann. Dies ist der Kern jeder politischen Forderung, die mit Blick auf das Allgemeine überhaupt erhoben wird: „Wir fordern x und wollen damit y überwinden, so nähern wir uns dem Gemeinwohl an.“ Als „a“ kann daher die spezifische Fassung des Allgemeinen gelten. Trotz der Ähnlichkeit zur antagonistischen Relation, wie sie oben herausgearbeitet wurde, ist eine Kontrarität für sich genommen *keine* antagonistische Relation. Der Grund dafür ist, dass mit einer Kontrarität die Blockade eines konkreten Elements durch ein anderes konkretes Element bezeichnet wird. Eine solche Blockade stellt aber etwas anderes dar als die Blockade des Allgemeinen, weil die konkrete Blockade überwunden werden kann, indem eine einzelne Forderung als solche erfüllt wird.

Ein Antagonismus, empirisch betrachtet, ist nun eine komplexe Beziehung, die sich als Effekt einstellt, wenn differente Forderungen, die jeweils Kontraritäten zwischen etwas, das überwunden werden soll, und dem, was gefordert wird, artikulieren, wiederum miteinander verknüpft werden, so dass letztlich eine Äquivalenzkette von Forderungen (positiv besetzten Elementen) einer zweiten Äquivalenzkette von Elementen der Bedrohung, des Mangels, der Lethargie usw. (negativ besetzten Elementen) gegenübersteht. Der Prototyp einer hegemonialen

---

3 Diese Formulierung stellt eine Neubeschreibung der Relation der Kontrarität gegenüber früheren Fassungen dar, weil diese frühere Fassung („x ist anders als y, aber steht in Bezug auf a in Kontrarität zu y“) zirkulär war und hiermit aufgegeben wird.

Konfrontation um einen antagonistischen Bruch herum lässt sich in etwa so wie in Abbildung 1 abbilden:



**Abb. 1** Antagonistische Zweiteilung<sup>4</sup>

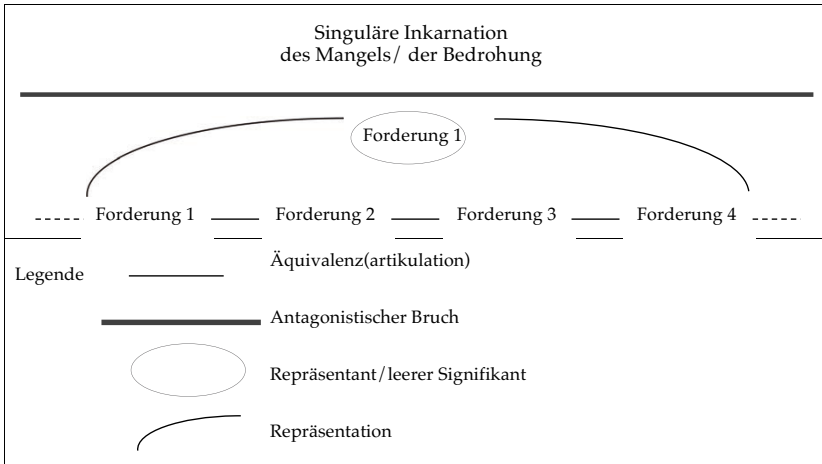
Der Antagonismus kommt also darin zum Ausdruck, dass die Äquivalenzkette gesellschaftlicher Forderungen in Bezug auf das Gemeinwohl *als ganze* durch zahlreiche Elemente des „Gegengemeinwohls“ und evtl. dessen Repräsentanten blockiert wird. Denn einzelne partikulare Forderungen können oft relativ leicht erfüllt werden, obwohl zugleich das erst in der Verkettung zum Ausdruck kommende (spezifische) Allgemeine einer Gesellschaft dauerhaft blockiert bleibt. Das Erfüllen solcher separater Bedürfnisse gilt denn Laclau und Mouffe auch als eine klassische Taktik zur Bekämpfung hegemonialer Projekte, die sich gegen bestehende hegemoniale Formationen richten (Laclau/Mouffe 1985: 130).

<sup>4</sup> Ein Beispiel, das konkreter und für manche LeserInnen so vielleicht anschaulicher ist, ist meine Rekonstruktion der antagonistischen Zweiteilung in Bezug auf das ökonomische Allgemeine Nachkriegsdeutschlands, wie sie in Alfred Müller-Armacks Wirtschaftlenkung und Marktwirtschaft (1966[1946]) entworfen wurde (siehe Nonhoff 2006a: 286). Müller-Armack hat dort die deutsche ökonomische Leitvorstellung der Sozialen Marktwirtschaft erstmals umfang- und einflussreich skizziert.

Damit ein hegemoniales Projekt zur Reife kommt, genügt es allerdings nicht, dass Forderungen als äquivalent artikuliert und zugleich als Äquivalenzkette einer gegnerischen Äquivalenzkette gegenübergestellt sind. Vielmehr muss sich eine der Forderungen als hegemoniale Forderung innerhalb der Äquivalenzkette von Forderungen durchsetzen (und damit oft – aber nicht immer – auch das Subjekt zum hegemonialen Subjekt werden, das diese Forderung am nachhaltigsten erhebt), weil nur durch die Bündelung in dieser hegemonialen Forderung das Projekt als solches erkennbar wird. Dies ist – nach der Etablierung von Äquivalenzketten und der Einrichtung eines antagonistischen Bruchs – der dritte Schritt des hegemonialen Geschehens: Repräsentation durch einen leeren Signifikanten, der die Realisierung des Allgemeinen verspricht. Denn es ist ein leerer Signifikant, der die hegemonial werdende Forderung tragen muss.

Wie allerdings Repräsentation genau funktioniert, d. h. welche Eigenschaften ein leerer Signifikant mitbringen muss, damit er erfolgreich repräsentieren kann, ist auch in den detaillierteren Ausführungen Laclaus (z. B. 1996: 36-46) nicht wirklich klar geworden. Klar sind zunächst zwei Dinge: Erstens kann die Fähigkeit zu repräsentieren nicht in besonderen Signifikanten „quasi-natürlich“ angelegt sein, auch nicht in klassischen Kandidaten wie „Gerechtigkeit“ oder „Freiheit“. Wenn Sinn durch Differenz erzeugt wird, wovon im Anschluss an den Strukturalismus nicht nur die Hegemonietheorie, auch nicht nur der Poststrukturalismus, sondern weite Teile der modernen Sprachphilosophie sowie der Gesellschaftstheorie ausgehen, muss die Fähigkeit zur Repräsentation auch aus einer bestimmten Konstellation im Netz der Relationen zu den anderen (differenten) Elementen hervorgehen. Zweitens aber kann diese Konstellation nicht einfach eine der Äquivalenz zwischen dem leeren Signifikanten und den durch ihn repräsentierten, anderen Forderungen sein. Denn schließlich werden die anderen Forderungen genauso als äquivalent zur repräsentativen Forderung artikuliert. Weil Äquivalenz von Reziprozität zwischen den äquivalenten Elementen oder Forderungen gekennzeichnet ist, kann allein aus dieser Beziehungsform kein irgendwie emporgehobener Status wie jener eines Repräsentanten erfolgen.

Um zu verstehen, wie der leere Signifikant seine Repräsentationsfunktion erfüllen kann, muss man vielmehr zwei bereits erarbeitete Faktoren zusammenführen. Erstens ist es wichtig zu betonen, dass das gegnerische Camp nie nur aus einem einzigen monolithischen Gegner besteht. Dies legt Laclau in späteren Schriften gelegentlich nahe, wenn er etwa vom Zarismus als Gegner spricht, der eine Äquivalenzkette von Forderungen evoziert, die sich in der russischen Revolution gegen ihn richten und eine repräsentative Forderung hervorbringen, angelagert an einen leeren Signifikanten (siehe Abbildung 2).



**Abb. 2** Laclaus Modell des antizaristischen Kampfs nach Laclau (2000c: 305)

Das Problem dieses Modells ist aber, dass zwar postuliert wird, dass „Forderung 1“ zur repräsentativen Forderung wird, dass aber der Mechanismus hinter dieser Repräsentation unklar bleibt. Ein Grund hierfür ist auch die stark vereinfachte Form des Modells. Exakter als dieses war bereits die kurze Analyse einer Kolonialmacht in *Hegemony and Socialist Strategy* (Laclau/Mouffe 1985: 127/128), wonach ein anti-koloniales Projekt die differentiellen Elemente der Kolonialherren selbst äquivalent setzen muss, um ihn als reinen Gegner zu konstruieren. In anderen Worten haben wir es nicht nur mit einer Äquivalenzkette von Forderungen zu tun, sondern, wie oben beschrieben, zudem mit einer Äquivalenzkette von Elementen der Blockade, also mit zwei sich konfrontierenden Äquivalenzketten (Abbildung 1). Die Pluralität der Elemente auf der gegnerischen Seite ist deshalb von Bedeutung, weil sie die Bedingung dafür ist, dass nicht jede Forderung in exakt derselben Relation zur Blockadeformation steht. Vielmehr kann es Forderungen geben, die sich nur gegen ein Element richten, und andere, die mehrere Aspekte der Blockade zu überwinden versprechen, also zu mehreren Elementen in einer Beziehung der Kontrarität stehen. Der leere Signifikant, der Repräsentant der Kette zeichnet sich nun dadurch aus, dass er verspricht, *alle* Elemente der Blockade zu überwinden – nicht nur eines oder einige (dies ist in der obigen Abbildung 1 auch schon so dargestellt). In anderen Worten bündelt sich in der Beziehung zwischen dem leeren Signifikanten und der Blockadeformation die gesamte Zweiteilung des diskursiven Raums. Dies zeichnet ihn gegenüber den anderen Forderungen, mit denen er äquivalent ist, aus. Oder

noch anders: Die Repräsentationsfunktion des leeren Signifikanten ist nicht allein auf das spezifische Allgemeine bezogen, das er im Raum des Diskursiven vertreten soll, sondern er repräsentiert zugleich den Antagonismus selbst, denn die unmögliche Beziehung eines leeren Signifikant zum Allgemeinen impliziert stets auch eine Kontraritätsrelation zu all jenen Elementen, welche das Allgemeine blockieren.

### 3.3 Zur Perspektivität des Antagonismus

Ich habe nun gezeigt, wie sich der sozialontologische Antagonismus in gesellschaftliche Antagonismen im Plural übersetzt und wie er repräsentiert wird. Dabei ist allerdings eine wichtige Eigenschaft des sozialontologischen Antagonismus aus dem Auge geraten und ich möchte sie nun noch einmal reflektieren. Dies ist die Eigenschaft, dass der Antagonismus keine objektive Beziehung darstellt, sondern die Grenze aller Objektivität. Die obige Erklärung, wonach ein gesellschaftlicher Antagonismus sich dadurch einstellt, dass soziale Kräfte über ihre Forderungen in ein vergleichsweise stabiles Netz von Äquivalenz- und Kontraritätsartikulationen eingebunden werden, kann zu der Sichtweise verleiten, diese Antagonismen als objektiv gegeben zu begreifen. Wäre dies der Fall, dann würden wir uns in einem sozialen Raum befinden, der zwar von einer antagonistischen Bruchlinie geprägt, aber eben durch diese objektiv gegebene Linie stabilisiert wäre. Wenn es aber richtig ist, dass der Antagonismus sozialontologisch konstitutiv ist, dann müsste das auch ein objektives Bestehen von Antagonismen auf gesellschaftlicher Ebene verhindern und stattdessen zu uneinheitlichen, instabilen, dislozierten Konfliktlinien führen. Und in der Tat ist genau das der Fall. Man könnte dieses Argument bereits im Anschluss an die Überlegung machen, dass das Allgemeine meist in der Form eines spezifischen Allgemeinen auftritt und dass so verschiedene hegemoniale Projekte, gerichtet auf unterschiedliche Aspekte des Allgemeinen, miteinander um Aufmerksamkeit und um Bedeutung ringen. Des Weiteren ringen auch in Bezug auf ein und dasselbe spezifische Allgemeine zumeist mehrere hegemoniale Projekte miteinander. Doch ein ganz wesentliches Merkmal der Dislokation von empirischen Antagonismen können wir wiederum aus der Tatsache gewinnen, dass die Formation der blockierenden Elemente selbst eine Äquivalenzkette bildet. Am deutlichsten wird die Dislokation dann sichtbar, wenn man untersucht, welche Subjekte als Teil einer Blockadeformation artikuliert werden.

Nehmen wir ein klassisches Beispiel: die Konstruktion der „Achse des Bösen“ durch den amerikanischen Präsidenten George W. Bush in seiner Rede zur Lage der Nation am 29. Januar 2002. Bushs Wortlaut war:

“Our [...] goal is to prevent regimes that sponsor terror from threatening America or our friends and allies with weapons of mass destruction. Some of these regimes have been pretty quiet since September the 11th. But we know their true nature. North Korea is a regime arming with missiles and weapons of mass destruction, while starving its citizens.

Iran aggressively pursues these weapons and exports terror, while an unelected few repress the Iranian people’s hope for freedom.

Iraq continues to flaunt its hostility toward America and to support terror. The Iraqi regime has plotted to develop anthrax, and nerve gas, and nuclear weapons for over a decade. This is a regime that has already used poison gas to murder thousands of its own citizens – leaving the bodies of mothers huddled over their dead children. This is a regime that agreed to international inspections – then kicked out the inspectors. This is a regime that has something to hide from the civilized world.

States like these, and their terrorist allies, constitute an axis of evil, arming to threaten the peace of the world.” (Bush 2002)

So plakativ er auch sein mag: Dieser kurze Auszug erlaubt es leider nicht, das hegemoniale Projekt um die „Achse des Bösen“ auch nur im Ansatz zu rekonstruieren, insbesondere weil sich konkrete Forderungen nur andeuten (nämlich z. B. die Verhinderung von Hunger, Freiheit, internationale Inspektionen zur Verhinderung der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen) und weil sich auch die Frage nach dem leeren Signifikanten nicht an einem einzigen Textausschnitt befriedigend untersuchen lässt. Aber es zeigt sich trotz der Kürze sehr schön, wie George W. Bush die Ursache für die Gefährdung eines spezifischen Allgemeinen – „peace of the world“ – vier Akteure verantwortlich macht: Nordkorea, Iran, Irak und ihre terroristischen Verbündeten. Der durch diese Äquivalenzkette gebildeten Formation von Gegnern, die das Allgemeine der Weltgesellschaft blockieren, treten in einer weiteren Äquivalenzkette „America or our friends and allies“ die Subjekte des hegemonialen Projekts entgegen. Das Entscheidende in unserem Zusammenhang ist nun aber, dass deutlich wird, dass beide Seiten der Formation des hegemonialen Projekts von ein- und derselben Seite aus artikuliert werden. Es verhält sich also *nicht* so, dass zwei sich konfrontierende Projekte sich gegenseitig jeweils spiegelverkehrt konstruieren würden. Denn es erscheint aus jeder der vier Positionen in Bushs Kette absurd, dass man sich mit den drei anderen Positionen im selben Boot befände. Der schiitisch dominierte Iran und der 2002 noch sunnitisch dominierte Irak schauten etwa auf eine lange Geschichte kriegerischer Auseinandersetzungen miteinander zurück, und wenn sie tatsächlich Paten für Terrororganisationen gewesen sind (was als wahrscheinlich gelten darf), dann für Organisationen mit sehr unterschiedlichen Zielen. Beziehungen zwischen Iran/Irak und Nordkorea lassen

sich allenfalls sehr indirekt konstruieren,<sup>5</sup> keinesfalls gibt es geteilte strategische oder ideologische Ziele. Daraus wird ersichtlich, dass in einer Antagonismuskonstruktion die Äquivalenzkette der Gegner diese für gewöhnlich insofern verfehlt, als sie sich selbst nicht auf dieselbe Weise als Teil derselben Kette artikulieren würden. Anders formuliert: Wenn in einem hegemonialen Projekt X eine Kette von Gegnern Y1-Y2-Y3-Y4-etc. artikuliert wird, zeigt sich in empirisch untersuchten Projekten regelmäßig, dass die solchermaßen zusammengebundenen Akteure, wenn sie selbst hegemoniale Gegenprojekte unternehmen, die antagonistische Bruchlinie ganz anders anordnen würden (vgl. ausführlich Nonhoff 2006a:223-227). Im Fall des von mir ausführlich untersuchten Projekts „Soziale Marktwirtschaft“ (Nonhoff 2006a) etwa haben die Verfechter dieses Projekts in die Kette der Gegner Kommunisten, Sozialisten, „Paleoliberalen“, Sozialdemokraten und Nationalsozialisten eingebunden – deren mangelhafte Wirtschaftsvorstellungen allesamt mit der „Sozialen Marktwirtschaft“ überwunden werden sollten. Dass die als Gegner Angesprochenen wohl alles getan hätten, nur sich sicher nicht in exakt dieser Kette zu verorten, ist dabei offensichtlich. Die Beispiele zeigen, dass empirischen Antagonismen eine Perspektivität eigen ist, die damit zu tun hat, dass sie im Rahmen hegemonialer Projekte stets von *einer* Seite des antagonistischen Gegensatzes aus konstruiert werden. Es treten sich also keine objektiv gegebenen Äquivalenzketten gegenüber. Die blockierende Äquivalenzkette muss für einen hegemonialen Erfolg vielmehr so artikuliert werden, dass sie eine möglichst umfassende Mobilisierung für die „eigene“ Äquivalenzkette ermöglicht. Dass dadurch der Gegner verfehlt wird, führt dazu, dass es keine eindeutige Konfliktlage im hegemonialen Ringen gibt, keinen objektiven innergesellschaftlichen Antagonismus, sondern stets eine Vielzahl dezentrierter, dislozierter Antagonismen. Der sozialontologische Antagonismus als Grenze der Objektivität wirkt mithin auch auf eine Weise, die die objektive Gegebenheit von Antagonismen im Plural verhindert.

---

5 Den Versuch, eine „konfuzianisch-islamische“ Allianz herbeizuschreiben, unternahm bekanntermaßen Samuel Huntington (1993), und George W. Bushs Rede funktioniert in Teilen wie ein Echo von Huntington. Huntington hatte aber die Allianz vor allem auf China bezogen und kaum Belege für eine Kooperation zwischen Nordkorea und Iran/Irak genannt (siehe aber ebd.: 47).

## 4 Resümee

Kommen wir zum Schluss. Ich bin in diesem Beitrag auf einen Zentralbegriff im Denken Ernesto Laclaus eingegangen: auf den Begriff des Antagonismus. Zunächst ist dabei zwischen der sozialontologischen Größe des Antagonismus im Singular und den gesellschaftlichen Antagonismen im Plural zu unterscheiden. Sozialontologisch betrachtet ist der Antagonismus konstitutiv, weil Gesellschaften sich nur antagonistisch konstituieren können. Das entsprechende Argument lautet, dass sich eine Gesellschaft, um überhaupt erscheinen zu können, mit etwas identifizieren muss, das die Gesellschaft in einem stabilen und vollkommen erstrebenswerten Zustand („fullness“, „pure being“) zum Ausdruck bringt. Dieser Zustand wird diskursiv durch das repräsentiert, was Laclau die „general form of fullness“ nennt. Allerdings kann die „general form of fullness“ nur dann diskursiv in Erscheinung treten, wenn sie blockiert ist, denn wenn sie nicht blockiert wäre, würde sofort klar werden, dass sie ein „pure being“ letztlich doch nicht hervorbringen kann. Das bedeutet aber, dass eine Gesellschaft ihre Identität nur der Blockade der Identität und also dem Blockierer, dem Antagonisten verdankt. Weil aber eine Gesellschaft ohne gesellschaftliche Identität keine Gesellschaft ist, ist der Antagonismus ontologisch konstitutiv.

Ich habe anschließend gezeigt, wie sich soziale Antagonismen im Plural entwickeln, indem sich Artikulationen von Äquivalenz und Kontrarität miteinander auf bestimmte Weise verschränken. Von Bedeutung ist insbesondere, dass die Konstellation der Blockade selbst eine Äquivalenzkette darstellt, die in ihrer Gänze zu überwinden ausschließlich jene Forderung verspricht, die sich an den leeren Signifikant eines hegemonialen Projekts anlagert. Damit repräsentiert der leere Signifikant aber nicht nur ein spezifisches Allgemeines, sondern den Antagonismus selbst.

Wenn nun empirische Analysen allerlei konkrete Konflikte als Antagonismen untersuchen, dabei aber die sozialontologische Komponente des Antagonismus übergehen, verfehlen sie einen wesentlichen Aspekt des hegemonialen Geschehens. Denn zum einen ist nicht jeder Konflikt antagonistisch verfasst, sondern nur diejenigen, in denen die gesellschaftliche Identität als grundlegend blockiert artikuliert wird.<sup>6</sup> Zum anderen aber hat der Antagonismus im Singular einen entscheidenden Effekt auf die Antagonismen im Plural. Er verhindert nämlich, dass diese sich objektiv

---

6 Andere Formen von Konflikte können z. B. pluralistische Konflikte sein, in denen zwischen verschiedenen Interessen vermittelt werden kann, ohne dass die Identität der Gesellschaft in Frage gestellt wird. Die neopluralistische Idee des Kräfteparallelogramms (Fraenkel 1979[1964]) erinnert nicht umsonst an Vektoren, die einander gleich physikalischen Kräften ausgleichen und in eine gemeinsame Richtung weisen können. In einem solchen Fall würde man wohl statt auf den Antagonismusbegriff tatsächlich auf den der Realrepugnant zurückgreifen können.

konstituieren. Das heißt, dass das Feld möglicher gesellschaftlicher Antagonismen unendlich, aber zugleich kein spezifischer Antagonismus notwendig ist. Durch welchen wir unsere Politik bestimmen lassen – aber auch, durch welchen nicht – ist folglich eine Konsequenz des von Macht durchdrungenen, hegemonialen Geschehens. Das ist für sich genommen weder beruhigend noch beunruhigend, macht uns aber kollektiv zur Instanz einer Entscheidung über die antagonistische Konstituierung der Gesellschaften, in denen wir leben, einer Entscheidung, die wir treffen müssen, wenn und insofern wir überhaupt als politische Subjekte in Erscheinung treten.

## Literatur

- Bedall, Philipp, 2012: Hegemonie und Populismus in Putins Russland. Eine Analyse des russischen politischen Diskurses. Bielefeld.
- Bush, George W., 2002: State of the Union Address of 2002 (Axis of Evil Speech). Download unter: [georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html](http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html) (abgerufen am 30. März 2016).
- Colletti, Lucio, 1975: Marxism and the Dialectic. In: *New Left Review* I/93, S. 3-29.
- Colletti, Lucio, 1986: *Tramonto dell'ideologia*. Roma-Bari.
- Derrida, Jacques, 1996[1990]: *Gesetzeskraft. Der „mystische Grund der Autorität“*. Frankfurt a. M.
- Fraenkel, Ernst, 1979[1964]: Der Pluralismus als Strukturelement der freiheitlich-rechtsstaatlichen Demokratie. In: ders.: *Deutschland und die westlichen Demokratien*. 7. Auflage. Stuttgart u. a., S. 197-221.
- Griggs, Steven/Howarth, David, 2013: *The Politics of Airport Expansion in the United Kingdom: Hegemony, Policy and the Rhetoric of 'sustainable Aviation'*. Manchester.
- Herschinger, Eva, 2011: *Constructing Global Enemies. Hegemony and Identity in International Discourses on Terrorism and Drug Prohibition*. Milton Park, Abingdon.
- Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hg.), 2014: *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen*. Stuttgart.
- Huntington, Samuel P., 1993: Clash of Civilizations. In: *Foreign Affairs* 72(3), S. 22-49.
- Laclau, Ernesto, 1990: *New Reflections on The Revolution of Our Time*. London, New York.
- Laclau, Ernesto, 1996: *Emancipation(s)*. London, New York.
- Laclau, Ernesto, 2000a: Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics. In: Butler, Judith/ Laclau, Ernesto/ Žižek, Slavoj: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London, New York, S. 44-89.
- Laclau, Ernesto, 2000b: Structure, History, and the Political. In: Butler, Judith/ Laclau, Ernesto/ Žižek, Slavoj: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London, New York, S. 182-212.
- Laclau, Ernesto, 2000c: Constructing Universality. In: Butler, Judith/ Laclau, Ernesto/ Žižek, Slavoj: *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London, New York, S. 281-307.

- Laclau, Ernesto, 2005: *On Populist Reason*. London, New York.
- Laclau, Ernesto, 2007: Ideologie und Post-Marxismus. In: Martin Nonhoff (Hg.): *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie*, Bielefeld, S. 27-40.
- Laclau, Ernesto, 2014: *The Rhetorical Foundations of Society*. London.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal, 1985: *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*. London, New York.
- Laclau, Ernesto/Zac, Lilian, 1994: *Minding the Gap: The Subject of Politics*. In: Ernesto Laclau (Hg.): *The Making of Political Identities*, London, New York, S. 11-39.
- Lefort, Claude, 1990[1983]: *Die Frage der Demokratie*. In: Ulrich Rödel (Hg.): *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Frankfurt a. Main, S. 281-297.
- Marchart, Oliver, 2007: *Postfoundational Political Thought: Political Difference in Nancy*, Lefort, Badiou and Laclau. Edinburgh.
- Marchart, Oliver, 2013a: *Die Prekarisierungsgesellschaft. Prekäre Proteste. Politik und Ökonomie im Zeichen der Prekarisierung*. Bielefeld.
- Marchart, Oliver (2013b): *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*. Berlin.
- Marx, Karl, 1971[1867/1890]: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie (Erster Band)*. Berlin.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich, 1972[1848]: *Manifest der Kommunistischen Partei*. In: Karl Marx/ Engels, Friedrich: *Werke*. Band 4, 6. Auflage 1972, unveränderter Nachdruck der 1. Auflage 1959, Berlin/DDR, S. 459-493.
- Müller-Armack, Alfred, 1966[1946]: *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*. In: *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*. Freiburg im Breisgau, S. 19-170.
- Nonhoff, Martin, 2006a: *Politischer Diskurs und Hegemonie. Das Projekt „Soziale Marktwirtschaft“*. Bielefeld.
- Nonhoff, Martin, 2006b: *Politische Ideengeschichte und politische Hegemonie – Anmerkungen zum „Battle of the Books“ an den amerikanischen Colleges*. In: Bluhm, Harald/ Gebhardt, Jürgen (Hg.): *Politische Ideengeschichte im 20. Jahrhundert. Konzepte und Kritik*, Baden-Baden, S. 223-242.
- Nonhoff, Martin, 2012: *Soziale Marktwirtschaft für Europa und die ganze Welt! Zur Legitimation ökonomischer Hegemonie in den Reden Angela Merkels*. In: Geis, Anna/ Nullmeier, Frank/ Daase, Christopher (Hg.): *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik*. Leviathan Sonderband 27, Stuttgart, S. 262-282.
- Nonhoff, Martin, 2014: *Die Vermessung der europäischen Universität als hegemoniales Projekt. Eine Hegemonieanalyse*. In: Nonhoff, Martin/ Herschinger, Eva, et al. (Hg.): *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch*. Band 2: *Methoden und Analysepraxis – Perspektiven auf Hochschulreformdiskurse*, Band 1: *Theorien, Methodologien und Kontroversen*, Bielefeld, S. 184-211.
- Nonhoff, Martin/Stengel, Frank, 2014: *Poststrukturalistische Diskurstheorie und Außenpolitikanalyse. Wie lässt sich die wankelmütige Außenpolitik Deutschlands zwischen Afghanistan und Irak verstehen?* In: Herschinger, Eva / Renner, Judith (Hg.): *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen*, Stuttgart, S. 39-74.
- Offe, Claus, 2009: *Governance: An “Empty Signifier”?*, *Constellations* 16(4), S. 550-562.
- Wullweber, Joscha, 2010: *Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie: das Nanotechnologie-Projekt*. Baden-Baden.
- Žižek, Slavoj, 1990: *Beyond Discourse-Analysis*. In: Laclau, Ernesto: *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London, New York, S. 249-260.

---

# Die postfundamentalistische Diskursanalyse und die Engpässe kritischer Praxis

Tomas Marttila und Vincent Gengnagel

---

## 1 Einführung

Die aktuelle diskursive Wende in den Sozial- und Humanwissenschaften wirft grundlegende Fragen in Bezug auf kritische Praxis und Analyse auf.<sup>1</sup> Diskurstheorien, die auf den Arbeiten von Michel Foucault und Ernesto Laclau fußen, haben nicht nur argumentiert, dass die Wahrnehmung der Welt durch soziale Subjekte deren diskursspezifische epistemische Horizonte widerspiegelt, sondern es wurde auch bestritten, dass Diskurse einen außerdiskursiven Ort der Begründung und Rechtfertigung besitzen könnten (vgl. Foucault 1991; Laclau & Mouffe 1990). Wenn jede sinnvolle Praxis diskursiv hervorgebracht bzw. rationalisiert wurde, dann bedeutet dies, dass nicht nur soziale, politische, religiöse und andere kulturelle Praktiken von den sie rationalisierenden und definierenden Diskursen bedingt sind. Dasselbe muss auch über wissenschaftliche Praktiken wie Kritik und Analyse gesagt werden. Diese „hyper-diskursive“ (Miklitsch 1995) Hervorbringung der Welt ist eine logische Konsequenz des postfundamentalistischen ontologischen Standpunktes. Dieser schließt aus, dass der Charakter bestimmter Wissensobjekte auf irgendeine „endgültige ontologische Basis“ zurückgeführt werden kann (Sparke 2005: xxxv). Diese Situation, die Marchart (2010; 2013a) als „postfundamentalistischen“ Zustand bezeichnet hat, stellt nicht nur das ontologische Fundament der postfundamentalistischen Diskursanalyse dar, sondern sie schränkt auch das kritische Potential einer stärker an der marxistischen Orthodoxie orientierten Diskursanalyse erheblich ein. Genauer genommen impliziert der postfundamentalistische Zustand, dass auch die Praxis der Kritik als ein weiterer kontingenter und sozial anfechtbarer Wahrheitsanspruch entlarvt werden muss.

---

1 Dieser Text wurde zuerst in Zeitschrift für Diskursforschung/Journal for Discourse Research, Jg.3, Heft 1, veröffentlicht.

Der postfundamentalistische Zustand beraubt uns damit zugleich der Möglichkeit, objektive Unterscheidungen zwischen mehr oder weniger kritikwürdigen Gegenständen zu treffen. Wenn nämlich diese Gegenstände keine inhärenten Merkmale besitzen, die von den sie konstituierenden sozialen Praktiken unabhängig wären, dann können sich die auf sie gerichteten Strategien und Mittel der Kritik auch nicht auf die Basis irgendeiner objektiven Natur der Dinge stützen. Für Said (1983: 224) kann die „strittige“ Natur des Wissens, welche die postmarxistische Ontologie impliziert, nur bedeuten, dass die „Kritik, als Tätigkeit und als Wissen, offenkundig auch strittig sein muss“. Nietzsche (1954: 511) schreibt, dass „[z]u oft, wahrlich, folgte ich der Wahrheit dicht auf dem Fuße: da trat sie mir vor den Kopf“. Ähnlich artikulieren kritische Stimmen, dass aus der postfundamentalistischen Position die prinzipielle Anfechtbarkeit kritischer Praxis jedwedes Streben nach einer kritischen Forschung verunmöglicht. Schließlich sind die Kritik sowie ihre Praktiken, Mittel, Strategien und Ziele nicht weniger anfechtbar als die Gegenstände, die kritisch hinterfragt werden sollen (vgl. Celikates 2006: 29). Mit anderen Worten: Der epistemologische Relativismus und die postfundamentalistische Ontologie hätten damit erhebliche Auswirkungen auf die Fähigkeit verschiedener postmarxistischer Diskurstheorien, überhaupt kritische Forschung zu betreiben. Dies gilt insbesondere für Diskurstheorien, die auf Foucault und Laclau zurückgehen.<sup>2</sup>

Während es allerdings Butler (2002, 2009) und Koopmann (2010) gelingt, die kritische Praxis im Einklang mit der Foucault'schen Diskurstheorie auszuarbeiten, beobachten unter anderem Boucher (2009), Brockelman (2003), Cooke (2006), Critchley (2004), Demirovic (2007) und Leggett (2013), dass es alles andere als sicher ist, ob und wie die auf den Arbeiten von Laclau und Mouffe basierende postfundamentalistische Diskursanalyse eine kritische Praxis entwickeln und rechtfertigen

- 
- 2 Wir verwenden den Ausdruck „postfundamentalistisch“ statt „poststrukturalistisch“, da die sogenannten „poststrukturalistischen Diskurstheorien“ nicht jenseits des strukturalistischen Paradigmas der Sozialwissenschaften verortet sind. Sowohl Foucault als auch Laclau weisen zurück, dass eine sozial bedeutsame Existenz auf irgendeiner prä- oder extra-sozialen transzendenten Basis fußen könnte (vgl. Brockelmann 2003; Cederström & Spicer 2014; Wolin 1992: 6). Im Gegensatz zu der auf Foucault und Laclau zurückgehenden Diskurstheorie basiert die sogenannte kritische Diskursanalyse (orig. critical discourse analysis) nicht auf einer postmarxistischen, sondern auf einer kritisch-realistischen Ontologie: Deren Annahme, die Objekte besäßen inhärente (problematische) Eigenschaften – die unabhängig von unseren Beobachtungen existieren, was typisch für den kritischen Realismus ist –, sowie die Unterstellung, den Subjekten fehle das Bewusstsein für die Probleme dieser Objekte, schaffen dem Kritisierenden die unanfechtbare epistemologische Autorität, Objekte einer kritischen Analyse zu unterziehen (vgl. Joseph 2001; Keller 2012: 22).

kann.<sup>3</sup> Das Hauptziel dieses Artikels besteht darin, eine Praxis der Kritik zu entwerfen, die im Einklang mit der postfundamentalistischen Diskursanalyse steht. Dies geschieht in folgenden drei Schritten: Im ersten Schritt (Abschnitt 2) wird ein Forschungsprogramm für die postfundamentalistische Diskursanalyse skizziert, das es ermöglicht, eine Unterscheidung zwischen zulässigen und unzulässigen Praktiken der Kritik zu treffen. Zweitens (3) wird beschrieben, wie die „normative Kritik“ im Namen der radikalen Demokratie, wie sie in bisherigen postfundamentalistischen Diskursanalysen praktiziert wurde, den epistemologischen Grundlagen eben dieser postfundamentalistischen Diskursanalyse widerspricht. Und drittens (4) schließt der Artikel mit einer Beschreibung der allgemeinen Merkmale der Praxis einer „entlarvenden Kritik“, die am ehesten mit den erkenntnistheoretischen Prämissen der postfundamentalistischen Diskursanalyse übereinstimmt.

---

## 2 Das kritische Potential der postfundamentalistischen Diskursanalyse

Zweifelsohne gehört die postfundamentalistische Diskursanalyse zur Gruppe der kritischen Theorien, die methodologische Anweisungen und Mittel bieten, um das soziale Leben kritisch zu hinterfragen.<sup>4</sup> Nichtsdestotrotz existiert keineswegs Konsens in Bezug auf die nähere Definition einer kritischen Praxis im Geiste postfundamentalistischer Diskursanalyse. Boucher (2009), Brockelman (2003), Demirović (2007) und Koch (1993) argumentieren, dass die postfundamentalistische Diskursanalyse nicht die erkenntnistheoretische Autorität aufbringen kann, die eine Voraussetzung für das Projekt der radikalen Demokratie ist, wie es unter anderem von Glynos & Howarth (2008; 2007), Laclau & Mouffe (2001; Mouffe passim) und Marchart (2011) vertreten wird. Um überhaupt kritische Praktiken zu verorten, die im Einklang mit der postmarxistischen Diskursanalyse stehen, muss zunächst deren erkenntnistheoretische Autorität näher bestimmt werden. Das

---

3 Die postfundamentalistische Diskursanalyse bezieht sich auf die charakteristischen theoretischen Ideen der Pionierarbeiten von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe (z. B. Laclau & Mouffe 2001[1985]) und darauf aufbauende Werke von Jason Glynos, David Howarth, Oliver Marchart, Martin Nonhoff, Yannis Stavrakakis und Jacob Torfing. Das Konzept der postfundamentalistischen (post-foundational) Diskursanalyse wurde bereits von Cederström und Spicer (2014), Marchart (2007; 2013b) und Marttila (2015a, 2015b) verwendet.

4 Vgl. Boucher (2009), Brockelmann (2003), Cooke (2006), Demirović (2007), Glynos & Howarth (2008), Koch (1993), Laclau (1997) und Marttila (2015c).

Konzept der erkenntnistheoretischen Autorität bezieht sich dabei auf die Gesamtheit der epistemologischen Ressourcen wie z. B. ontologische Prämissen, theoretische Konzepte und wissenschaftliche Methoden, die gemeinsam den Kritisierenden dazu befähigen, „eine Position der Bedeutungshoheit über und gegen die Gegenstände der Erkenntnis zu übernehmen“, und auch die Gültigkeit der allgemeinen Weltanschauung sozialer Subjekte sowie dadurch motivierte und legitimierte soziale Beziehungen, Rollen, Praktiken, etc., zu problematisieren (Kompridis 1994: 31; vgl. Celikates 2006: 26; eigene Übersetzung). Laut Butler (2009: 777) wird die für kritische Praxis erforderliche erkenntnistheoretische Autorität von einer Anzahl a priori festgelegter ontologischer und epistemologischer Voraussetzungen abgeleitet, die zusammen definieren, „mit welchem Recht“ und „in welcher Art und Weise“ Kritik praktiziert werden kann.

Um die von der postfundamentalistischen Diskurstheorie aufgebrachte erkenntnistheoretische Autorität zu identifizieren, die es überhaupt ermöglicht, etwas einer kritischen Analyse zu unterziehen, müssen die ontologischen und epistemologischen Voraussetzungen für die postmarxistische Analyse ermittelt werden. Ansätze auf dem Gebiet der postfundamentalistischen Analyse wurden unterschiedlich stark von der Regulationstheorie (z. B. Torfing 1999), der Foucault'schen Diskursanalyse (Marttila 2013a, 2015a, 2015b) und der Lacan'schen Psychoanalyse (z. B. Glynos 2001; Stavrakakis 2007) beeinflusst. Trotz ihrer Unterschiede ist es Howarth (2006) gelungen, diese verschiedenen Ansätze neu zu gestalten und im Rahmen eines Lakatosianischen (vgl. etwa Lakatos 1999) Forschungsprogrammes zusammenzuführen. Laut Howarth (2006: 23) besteht dieses Forschungsprogramm aus einem „System ontologischer Annahmen, theoretischer Konzepte und methodologischer Grundsätze“, die in Übereinstimmung mit Lakatos (1968: 167) festlegen, „welche Forschungspfade vermieden werden sollten (negative Heuristik), und (...) welchen Pfaden gefolgt werden sollte (positive Heuristik)“. In Hinblick auf ihre ontologischen Prämissen nimmt die postmarxistische Analyse an, dass kein „außerweltliches“, objektives Fundament für bestimmte soziale Ordnungen existiert (vgl. Wolin 1992: 6). Stattdessen basiert jede sozial bedeutsame Existenz auf „sich selbst hervorbringenden Begründungen“, welche – mangels einer natürlichen extrasozialen Objektivität – „inhärent anfechtbar“ bleiben (ebd.). Das Fehlen der objektiven Notwendigkeit dieser Begründungen bedeutet, dass soziale Beziehungen, Rollen und Praktiken, die aus dem sozialen Leben hervorgehen, keine „essentiellen“ Eigenschaften besitzen können, die unabhängig von den sozialen (Artikulations-) Praktiken sind (Leggett 2013: 302).

Die postfundamentalistische Ontologie geht Hand in Hand mit einer relationalen Epistemologie. Angesichts der Abwesenheit jeder natürlichen und inhärenten Bestimmung der sozialen Sinnhaftigkeit von Gegenständen müssen deren Identitäten aus

Diskursen hervorgehen, die sie verständlich erscheinen lassen (Cederström & Jones 2014: 187, Laclau & Mouffe 1990: 105). Diskurs bezeichnet in diesem Zusammenhang jede partikuläre, aufeinander bezogene Anordnung von Bedeutung verleihenden Gegenständen (Signifikanten), in der sie miteinander verbunden scheinen und sind, was wiederum ihre Bedeutung (Signifikate) erzeugt (Glynos & Howarth 2007: 160). Gemäß der relationalen Epistemologie der Bedeutung reflektiert „die Art“ wie die Beziehungen von Gegenständen „verwirklicht werden die effektive Zufälligkeit der sozialen Welt“ (Donati 2011: 132). Die postfundamentalistische Ontologie verhindert die Existenz eines nicht- oder extradiskursiven „externen Tribunals“, das mit einer natürlichen Definitionsmacht ausgestattet ist, objektive Unterscheidungen zwischen „gültigen“ und „ungültigen“ Diskursen zu treffen (Laclau 1996: 59). Die Abwesenheit eines letzten natürlichen und objektiven Bestimmungsortes des sozialen Lebens, wie es die postfundamentalistische Ontologie postuliert, bedeutet, dass nicht nur sozialen Bedeutungen, sondern auch sozialen Akteuren, die soziale Bedeutungen generieren, jedwede natürliche, objektive Gültigkeit abgesprochen wird. In anderen Worten können „hegemoniale Akteure“, die herrschende Diskurse anfechten und neue Diskurse etablieren, keine natürliche soziale Autorität innehaben (Glynos & Howarth 2007: 141). Die postfundamentalistische Ontologie setzt so auch voraus, dass „das Machtfeld zu einem leeren Ort wird“, der von zahlreichen gleichwertigen politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Mächten besetzt werden kann (Laclau & Mouffe 2001 [1985]: 186; eigene Übersetzung). Die Fähigkeit und Möglichkeit hegemonialer Akteure, einen Diskurs zu einer neuen unangefochtenen Common Sense Weltanschauung zu erheben, hängt von mehreren Faktoren ab. Diese Faktoren umfassen unter anderem den Vertrauensvorschuss, der sich aus der früheren sozialen Rolle des hegemonialen Akteurs ableitet, das Ausmaß, in dem eine vorherrschende soziale Ordnung und deren Legitimität hinfällig geworden ist sowie die fehlende Selbstreflexivität über die kontingente Natur der Artikulationspraktiken des hegemonialen Akteurs.<sup>5</sup> Hegemoniale Akteure haben eine „hegemonisierende“ Wirkung auf die Welt anderer sozialer Subjekte, die zudem den Verständishorizont dieser sozialen Subjekte bestimmt. Als Ergebnis dieser Hegemonisierung akzeptieren soziale Subjekte Diskurse und Rollen, Institutionen und soziale Praktiken, die durch diese Diskurse als selbstverständliche Bestandteile der Welt definiert werden. Hegemoniale Diskurse offenbaren sich empirisch in Form der Akzeptanz sozialer Subjekte einer „weit verbreiteten Common Sense“ Vorstellung von der Welt (Mouffe 2005b [1993]: 54), die sprachliche und nicht-sprachliche „von Diskursen generierte Modellpraktiken“ rationalisieren und verbreiten (Keller 2011: 256).

---

5 Siehe ausführlicher dazu in Leggett (2013: 305), Marttila (2015a: Kap. 5; 2013a: 54), Torfing (1999: 153, 167).

Das kritische Potential der postfundamentalistischen Diskursanalyse liegt zwischen der postfundamentalistischen Ontologie, die uns über den „nicht-notwendigen Charakter sozialer Beziehungen“ aufklärt (Glynos & Howarth 2008: 13) und der relationalen Epistemologie, die erklärt, dass sozial bedeutungsvolle Objekte, Praktiken, Beziehungen und Subjektrollen in ebenfalls nicht-notwendigen Diskursen konstruiert werden. Das a priori Wissen über die diskursive Konstruktion jeder sozial bedeutsamen Existenz befähigt den Kritiker dazu, historische Ursprünge, strukturelle Formen sowie Reproduktionsmechanismen von diskursiv kontingenten und sozial anfechtbaren sozialen Ordnungen zu hinterfragen (Glynos & Howarth 2007: 197). Gemäß Glynos und Howarth (ibid.) informiert uns der theoretische Rahmen der postfundamentalistischen Diskursanalyse nicht nur darüber wie die diskursive Konstruktion der sozialen Realität funktioniert, sondern bietet dem Kritiker auch einen heuristischen Rahmen, um eine dekonstruktive „ethisch-politische“ kritische Analyse zu betreiben (vgl. Glynos et al. 2009: 13; Glynos & Howarth 2008: 15). Diese ethisch-politische Kritik bezieht sich auf eine „Enthüllung zweiter Ordnung“ (Kompridis 1994: 30), welche die diskursiven Bedingungen einer gegebenen und als selbsterklärend empfundenen sozial akzeptierten Ordnung offenlegt und gleichzeitig die auf dem Prüfstand stehende soziale Ordnung ihrer angenommenen Objektivität beraubt. Glynos & Howarth (2008: 14) warnen in diesem Zusammenhang davor, die ethisch-politische Kritik zu einer unanfechtbaren epistemologischen Autorität zu erheben. Schließlich bedeutet die relationale Epistemologie, die die postfundamentalistische Analyse ausmacht, dass die in der ethisch-politischen Kritik angewandten theoretischen Konzepte ihrerseits „kontingente und endliche Konstrukte [sind], die im Lichte sich wandelnder Bedingungen und theoretischer Entwicklungen anfechtbar und revidierbar sind“ (ibid.; eigene Übersetzung). Die diskursiv konstruierte Natur eines jeden bedeutsamen Gegenstandes gilt auch für die Konzepte, die den Kritiker befähigen, kritische Analysen zu betreiben. Die Praxis der ethisch-politischen Kritik als solche ist daher nicht mehr und nicht weniger als das Produkt eines bestimmten (akademischen) Diskurses (über Kritik) als jene Praxis, die von diesem wegen mangelnder Objektivität kritisiert wird.

Vor diesem Hintergrund unterstreicht die diskursivkontingente Natur nicht zuletzt auch der kritischen Praxis selbst den epistemologisch relativistischen Charakter kritischer Analyse. Schließlich impliziert die postmarxistische Ontologie, dass alle ihre Wahrhaftigkeit beanspruchenden Behauptungen – seien es die der wissenschaftlich rationalisierten kritischen Forschung oder die routinierten Alltagspraktiken sozialer Subjekte – „in Diskursen produziert werden, die selbst weder wahr noch falsch“ sein können (Foucault 1991: 60; eigene Übersetzung). Der epistemologisch relative Charakter der postfundamentalistisch informierten Forschung bedeutet daher, dass der Kritiker jeglichen Anspruch einer „normativen Kritik“

aufgeben muss, die einen Zugang zu irgendwelchen hinter der Kritik liegenden trans-kontextuell gültigen normativen Maßnahmen und Standards notwendig macht. Kauppinen (2002) weist darauf hin, dass eine normative Kritik die Verwendung von unanfechtbaren normativen Maßstäben und Standards voraussetzt, die den Kritiker autorisieren, sich über und gegen sozial vereinbarte normative Verpflichtungen zu erheben. Während verschiedene Arten der ethisch-politischen Kritik, wie beispielsweise Foucaults genealogische Kritik, dazu dienen, dem Adressaten die Augen für vergessene, unbekannte und unterdrückte Ursprünge und Aspekte ihrer sozialen Realität zu öffnen (vgl. Saar 2007: 22), lehrt die normative Kritik den Adressaten normative Maßnahmen und Standards, dessen Gültigkeit sie für bare Münze nehmen sollen (vgl. Glynos et al. 2009: 13; Laclau 1997: 303). Folgt man Lakatos' Einschätzung (1999: 27), basiert die normative Kritik auf und fördert den Zugang zu einem nicht-kritisierbaren „elitären Autoritarismus“, der dem Kritiker das alleinige Recht gibt, zwischen dem „Guten und Bösen“ des sozialen Lebens zu unterscheiden. Der für die postmarxistische Analyse konstitutive epistemologische Relativismus behindert den Zugang zu so einem objektiven und nicht-anfechtbaren „elitären Autoritarismus“, da die Ansicht des Kritikers nicht „richtiger als jede andere“ Ansicht sein kann (Lakatos 1999: 25). Der epistemologische Relativismus gilt unabhängig von seinem erdachten politischen, religiösen, wirtschaftlichen oder wissenschaftlichen Ursprung für jeden Diskurs und macht wissenschaftlich und ideologisch basierte Wahrheitsansprüche gleichermaßen gültig und ungültig. Dennoch haben aktuelle Beiträge zur postfundamentalistischen Analyse selbst einen normativen Kritikansatz im Rahmen der radikalen Demokratietheorie verfolgt statt sich an die der postfundamentalistischen Analyse gemäße Praxis der ethisch-politischen Kritik zu halten. Im folgenden Abschnitt (3) werden zwei unterschiedliche Logiken einer „transzendenten“ (3.1) und „immanenten“ (3.2) normativen Kritik im Namen der radikalen Demokratie beschrieben, und es wird dargestellt, wie beide die epistemologischen Prämissen der postfundamentalistischen Analyse verletzen.

---

### **3 Die normative Kritik im Namen der radikalen Demokratie**

Laut Kauppinen (2002) folgt die normative Kritik der Logik einer „externen Kritik“, da sie sich auf den Zugang des Kritikers zu transkontextuell gültigen normativen Maßstäben und Standards stützt, die dem Kritiker erlauben, die Gültigkeit einer gegebenen sozialen Ordnung von außen zu bewerten. Vobruba (2001: 5) beschreibt die normative Kritik auch als „eine absolute Logik“, da die Maßnahmen und

Standards des Kritikers der Reichweite der Kritik selbst entkommen und damit immun gegen Kritik werden.<sup>6</sup> Eine normative Kritik wird erst möglich, wenn der Kritiker Anspruch auf eine nicht-kritisierbare „privilegierte Sichtweise“ erhebt unter der Annahme, dass er oder sie das für die Kritik erforderliche Wissen über soziale Kontexte und Bedingungen besitzt (Cooke 2006: 8; vgl. Brockelman 2003: 190; Jarvis 1998: 6).

Die normative Kritik als solche setzt voraus, dass der Kritiker eine nicht-anfechtbare epistemologische Autorität besitzt, die die normativen Maßnahmen und Standards des Kritikers immun gegen die Kritik des Adressaten macht, der selbst Gegenstand der normativen Kritik ist. Daher erhebt die normative Kritik nicht nur in Bezug auf die Nicht-Anfechtbarkeit der Maßnahmen und Standards der Kritik Absolutheitsanspruch, sondern auch in Bezug auf die unangefochtene epistemologische Autorität des Kritikers, die darin besteht, die Weltanschauungen zu definieren, die der Adressat zu akzeptieren habe. Der der postmarxistischen Diskursanalyse zugrunde liegende epistemologische Relativismus blockiert jedoch jede Möglichkeit, eine nicht-anfechtbare asymmetrische Beziehung zwischen dem überlegenen Wissen des Kritisierenden und dem unterlegenen Wissen des Kritisierten zu etablieren. Dennoch haben Vertreter der postfundamentalistischen Analyse den Fehler gemacht, die radikale Demokratie auf eine nicht-anfechtbare „transzendente Basis“ zu heben, die sie befähigt und ihnen erlaubt, verschiedene soziale Ordnungen hinsichtlich ihres defizitären demokratischen Charakters zu kritisieren (Butler 2009: 782). In den folgenden zwei Abschnitten (3.1 und 3.2) werden zwei Strategien der normativen Kritik beschrieben, die die Verfechter der postfundamentalistischen Analyse im Namen der radikalen Demokratie verfolgt haben.

### 3.1 Die transzendent motivierte Kritik

In jüngster Vergangenheit haben mehrere mit der postfundamentalistischen Analyse assoziierte Forscher die radikale Demokratie zu einem universell gültigen Idealbild der Vergesellschaftung erhoben.<sup>7</sup> Dabei ist offenbar ihr kritisches Bewusstsein des diskursiv kontingenten Charakters und der nicht begründbaren objektiven Gültigkeit radikaler Demokratie in Vergessenheit geraten, was wohl teilweise durch Howarths (2008) Beobachtung erklärt werden kann, dass die radikale Demokratie ein mehrdeutiges und unbestimmtes Konzept ist. Dennoch muss der

---

6 Siehe weiter in Boltanski (2010: 216), Butler (2009: 782), Cooke (2006: 6), Honneth (2000: 79).

7 Siehe weiter in Howarth (2008); Laclau & Mouffe (2001); Marchart (2011); Mouffe *passim*.

unbestimmte und bedeutungsoffene Charakter von radikaler Demokratie, wie sie in solchen Theorien konturiert wird, grundsätzlich in Frage gestellt werden. Für Mouffe (1992: 1) beispielsweise ist die radikale Demokratie der natürliche nächste Schritt der Entwicklung „der demokratischen Revolution, die vor 200 Jahren initiiert wurde“. Auch Glynos und Howarth (2008: 193) betonen, dass die Grundlage der radikalen Demokratie sich aus der Verpflichtung der Subjekte „zu den Prinzipien und Werten der radikalen und pluralistischen Demokratie“ ableitet (eigene Übersetzung). Dhaliwal (1996) beobachtet in diesem Zusammenhang, dass die radikale Demokratie nicht nur das Ideal einer liberalen pluralistischen Demokratie verkörpert, sondern auch einen recht eigenen westlich-demokratischen Diskurs, der dem nichtwestlich-demokratischen Diskurs jegliche Gültigkeit abspricht. Das Konzept der radikalen Demokratie ist bestimmt genug, um ein klar umrissenes Set von Subjektrollen und dazugehörigen sozialen Praktiken zu definieren, die soziale Subjekte in radikalen Demokratien annehmen und umsetzen sollten. Unter anderem werden soziale Subjekte dazu aufgefordert, demokratische Institutionen vor „anti-demokratischen Angriffen“ (Marchart 2011: 968) zu schützen und sich gegen jeden Versuch zu wehren, eine „autokratische Macht“ einzusetzen (Mouffe 2005b [1993]: 94). Mouffe (2000b: 12) betont zudem, dass die radikale Demokratie nur aufrechterhalten werden kann, wenn soziale Subjekte die Möglichkeit aufgeben, einen „rationalen Konsens“ von voneinander abgegrenzten und unvereinbaren (politischen) Interessen zu erzielen. Für Mouffe (2002: 6) lässt das Streben nach einem rationalen Konsens außer acht, dass politische Interessen und Identitäten immer durch das Ausschließen des antagonistischen Anderen gebildet werden, was den Subjekten durch ein „konstitutives Außen“ erlaubt, ihre eigenen Identitäten von jenen anderer Subjekte abzugrenzen. Mouffe ist nicht einverstanden mit der theoretischen Konzeptualisierung einer generellen Logik der antagonistischen Herausbildung politischer Identitäten, sondern stützt sich selbst auf eine ebenso antagonistische Unterscheidung zwischen dem überlegenen Status der allgemeinen Eigenschaften der radikalen Demokratie und den unterlegenen Eigenschaften anderer Demokratie- und Gesellschaftsmodelle.

Diese Beispiele für den keineswegs unbestimmten Charakter des Konzepts der radikalen Demokratie verdeutlichen, dass radikale Demokratie hier im Rahmen eines sehr begrenzten demokratischen Diskurses konstruiert und legitimiert wird. Boucher (2009: 116) argumentiert in diesem Sinne, dass der Diskurs der radikalen Demokratie unvermeidlich in „der Ausgestaltung eines neuen ‚common sense‘“ mündet, der jeden hegemonialen Diskurs charakterisiert (vgl. auch Brockelman 2003: 134). Charakteristisch am Diskurs der radikalen Demokratie ist, dass er die Einsicht in die von der postfundamentalistischen Ontologie abgeleitete „Unbegründetheit des Sozialen“ dazu missbraucht, sich selbst als einzige Konfiguration

sozialer Institutionen und Praktiken einzusetzen, die sicherstellen könne, dass die fehlenden objektiven ontologischen Grundlagen des Sozialen „institutionell akzeptiert und sogar gefördert werden“ (Marchart 2011: 967). In anderen Worten, sowohl der Diskurs über die radikale Demokratie als auch die von ihm geforderte soziale Organisation werden so verstanden, dass sie als Mittel zur Institutionalisierung einer „offenen“ Gesellschaft (die die postfundamentalistische Ontologie konzeptuell beinhaltet) dienen (Laclau 2000: 199). Laut Tønder und Thomassen (2005: 8) kann die postfundamentalistische Ontologie jedoch nur besagen, dass „die Gesellschaft immer auf der Suche nach einer ultimativen Begründung sein wird, während das Maximum, das erreicht werden kann, eine Pluralität von partiellen Begründungen sein wird“. Daher bleibt die Gesellschaft ein (ontologisch) „leerer Ort“, der von einer Vielzahl von gleichermaßen gültigen wie ungültigen demokratischen, anti-demokratischen, sozialistischen, faschistischen, kolonialistischen oder andersartigen Diskursen besetzt werden kann (Lefort 1988: 17). Das Argument, dass die radikale Demokratie die ontologische Offenheit der Gesellschaft institutionalisieren und erhalten könnte, übersieht, dass die Nicht-Notwendigkeit jedes durch die postfundamentalistische Ontologie erzeugten Diskurses die Möglichkeit ausschließt, externe Maßnahmen und Standards anzulegen, um eine wie auch immer geartete Unterscheidung von mehr oder weniger angemessenen Diskursen zu treffen. Ironischerweise funktioniert der Diskurs über radikale Demokratie selber als ein partikularer Diskurs, vor dessen Hintergrund seine Anhänger diskursspezifische und nicht-objektive Unterscheidungen zwischen erstrebenswerten und nicht-erstrebenswerten Gesellschaftsordnungen treffen.

### 3.2 Die immanent motivierte Kritik

Die oben beschriebene transzendent motivierte Kritik stützt sich auf die epistemologische Autorität des Kritikers, universell gültige normative Maßnahmen auszumachen, um die Legitimität sozialer Institutionen und Praktiken in den unterschiedlichsten sozialen Kontexten beurteilen zu können. Im Gegensatz zur transzendent motivierten Kritik bezieht sich die immanente Kritik auf eine normative Kritik, welche ihrerseits mehr auf „den Selbstverpflichtungen des Adressaten der Kritik als auf denen des Kritikers“ basiert (Kauppinen 2002: 482). Die immanente Kritik monopolisiert damit nicht die epistemologische Autorität auf Seiten des Kritikers, wie es die transzendente Kritik macht, sondern akzeptiert, dass die Adressaten der Kritik das ethische Recht und die epistemologische Fähigkeit besitzen, ihre eigenen normativen Maßnahmen und Standards zu wählen. Folglich wird die immanente Kritik „als Teil der historischen Realität“ praktiziert, die

von dem Kritiker analysiert wird (Antonio 1981: 333). Ungeachtet dessen wird die immanente Kritik von dem Verdacht angetrieben, dass Gesellschaften sich nicht an ihre eigenen normativen Verpflichtungen halten (Boltanski 2010: 30). Dieser Generalverdacht einer ständigen Verletzung gesellschaftlicher Standards motiviert den Kritiker, Partei für das soziale Subjekt zu ergreifen, dessen Lebensbedingungen untersucht werden. Das Bestreben des Kritikers ist es, mögliche „Widersprüche“ zwischen kollektiv vereinbarten normativen Festlegungen – wie beispielsweise Gerechtigkeit und individuelle Freiheit – und der gesellschaftlichen Umsetzung und Pflege dieses „normativen Kerns“ der Gesellschaft aufzudecken (vgl. Honneth 1999: 386; Jarvis 1998: 6). Die immanente Kritik hat sowohl eine „aufklärende“ Funktion, indem sie den Adressaten darüber informiert, dass die Gesellschaft von bekannten und akzeptierten Standards abweicht, als auch eine „pädagogische“ Funktion, indem sie ihren Adressaten über versteckte, vergessene oder unterdrückte normative Festlegungen belehrt, die eine Gesellschaft nicht oder nicht mehr erfüllt. Die aufklärende und pädagogische Funktion der Kritik soll ihren Adressaten dazu befähigen den „ungerechten“ und „nicht zu rechtfertigenden“ Charakter seiner Existenz zu erkennen und spricht ihm damit das legitime Recht zu, politische Unzufriedenheit zu artikulieren (vgl. Honneth 1999: 386; 2011: 157).

In einigen ihrer Arbeiten benutzt Mouffe (z. B. 2000a, 2000b, 2005a, 2005b) eine hybride Logik der kritischen Analyse, die an der Schnittstelle der transzendenten und immanenten normativen Kritik liegt. Mouffe strebt danach, soziale Subjekte von ihrem Leiden zu befreien, das sie in Gesellschaften ohne radikaldemokratische Institutionen erfahren. Für Mouffe wird das soziale Leiden erfahrbar in der Form von Ausbrüchen eines politischen Extremismus (im Gewand beispielsweise des Nationalismus, Rechtspopulismus oder Faschismus), die in ihren Augen die mangelnde Ausrichtung sozialer Institutionen an den inhärenten Bedürfnissen sozialer Subjekte bezeugen. Während kritische Praxis bei Honneth (z. B. 1999: 386) sich auf kontextuell spezifische und empirisch beobachtbare Widersprüche zwischen einer bestimmten sozialen Ordnung und ihren sie legitimierenden sozialen Standards konzentriert, gilt Mouffes Interesse den Widersprüchen zwischen der tatsächlichen „ontischen“ Existenz sozialer Subjekte und ihrem allgemeinen „ontologischen“ Dasein (vgl. Heidegger 2008 [1988]: 67). Mouffe betrachtet also weniger die Widersprüche zwischen dem normativen „Ideal“ der liberalen Demokratie und der „gelebten“ liberalen Demokratie, sondern den fundamentalen Widerspruch zwischen jeder liberalen Demokratie und dem allgemeinen ontologischen Dasein des Subjektes. Für Mouffe manifestiert sich der Widerspruch zwischen der ontischen Existenz und dem ontologischen Dasein unter anderem in den Ausbrüchen anti-demokratischer und rassistischer politischer Empfindungen.

Im Einklang mit dem theoretischen Rahmen der postfundamentalistischen Analyse nimmt Mouffe an, dass (politische) Identitäten und mit diesen verknüpfte soziale Praktiken auf unterbewussten „Leidenschaften“ wie Liebe und Hass (des symbolischen Anderen) als „treibende Kraft im Politikfeld“ zurückgehen (Mouffe 2002: 8; vgl. 2005a: 25). Laut Leggett (2012: 303) befähigt die angenommene „Konflikt-orientierte menschliche Natur“ Mouffe dazu, das Ausmaß bewerten zu können, in dem verschiedene soziale und politische Institutionen das den sozialen Subjekten innewohnende Konfliktpotential entweder befriedigen oder verstärken. Unter der Annahme, dass soziale Subjekte ihre natürliche Neigung, symbolische oder sogar physische Feindlichkeit gegenüber ihrem symbolischen Gegenüber zu fühlen, nicht überwinden können, sucht Mouffe (2002: 8) nach angemessenen (politischen) Institutionen, um „die Feindschaft zu zähmen und die potentielle Feindlichkeit in allen menschlichen Beziehungen zu entschärfen“ (vgl. Mouffe 2005a: 130; 2000b: 13). Mouffe (2000a: 16) sieht den Nutzen der radikalen Demokratie in deren Fähigkeit, „Leidenschaften für demokratische Modelle zu entfachen“. Laut Mouffe (2005b: 30) kann es Subjekten nur im Rahmen der radikalen Demokratie gelingen ihre konstitutiven Leidenschaften wie Hass und Liebe, die die Identität der Subjekte ausmachen, in „agonistische Ausdrucksformen im Rahmen des pluralistischen demokratischen Systems“ zu bündeln (vgl. Mouffe 2002: 10). Ziel des „agonistischen Modells“ der Politik ist es, „die Leidenschaften weder auszulöschen noch in die Privatsphäre zu verschieben“, sondern „diese Leidenschaften zu zähmen indem sie für demokratische Ziele mobilisiert werden und mit diesen Zielen kollektive Identifikationsmöglichkeiten schaffen“ (eigene Übersetzung; Mouffe 2002: 9). Mouffes (2005b: 26) Wissen um die essentielle Beschaffenheit der menschlichen Natur und die Muster des menschlichen Verhaltens erlaubt ihr, die post-politische, „unparteiische Demokratie“ der neuen Mitte zu problematisieren, welche die „triebhaften Kräfte, die zur Feindschaft führen“, unterdrückt und schließlich in Ausbrüchen von Intoleranz zwischen antagonistischen Lagern von Freunden und Feinden münden.

Mouffes (quasi-)immanente Kritik der radikalen Demokratie widerspricht den ontologischen und epistemologischen Prämissen der postfundamentalistischen Analyse in mehreren Punkten. Erstens verwechselt Mouffe die Unterscheidung zwischen der „res cogitans“ – dem physischen Subjekt, das fähig ist, die soziale Sinnhaftigkeit der Welt zu beobachten – und der „res extensa“ – den tatsächlichen Bedeutungsinhalten, die Subjekte mit den Gegenständen ihrer Beobachtungen assoziieren (Žižek 1993: 61). Gemäß der postfundamentalistischen Ontologie werden soziale Subjekte immer in verschiedene ontische Formen des Daseins „geworfen“ (wie beispielsweise in eine Diskursformation), bevor sie die Fähigkeit erlangen, überhaupt eine sinnvolle Weltanschauung auszubilden (Heidegger 2008 [1988]: 67;

vgl. Gadamer 1975: 232; Marttila 2015b). Wenn das „Bewusstsein“ sozialer Subjekte immer im „Dasein verwurzelt ist“, wie Critchley (1999: 56) nahelegt, dann kann das prä- oder extra-diskursive Subjekt aus nichts anderem bestehen als einer sinnlosen und „substanzlosen Subjektivität“ (Žižek 1991: 147). Im Gegensatz zu Mouffes Ideen bedeutet dies, dass die dem Subjekt immanenten Leidenschaften (wie Liebe und Hass) nicht die Akzeptanzfähigkeit bestimmter (politischer) Identitäten bestimmen. Bei näherer Betrachtung der theoretischen Prämissen der postfundamentalistischen Analyse zeigt sich, dass bestimmte „Repräsentanten“ der Bedeutung (d. h. Signifikanten wie z. B. Worte) ihre Funktion der Repräsentation von bestimmten Bedeutungsinhalten (d. h. Signifikaten) nur dann erfüllen können, wenn soziale Subjekte die kontingente Natur der Beziehung zwischen dem „Repräsentanten“ und dem „repräsentierten“ Bedeutungsinhalt vorübergehend außeracht lassen (Laclau 2004: 300). Für Laclau (ebd.: 302) kann nur „die Dimension des Affekts“, also die unbewusste und unreflektierte Anziehung oder „affektive Bindung“ an eine bestimmte Beziehung zwischen dem „Repräsentanten“ und dem „Repräsentierten“ erklären, weshalb soziale Subjekte bestimmte Bedeutungen als selbstverständlich betrachten. Mouffe macht den Fehler anzunehmen, dass die Dimension des Affekts nicht nur die ontologische Bedingung der Möglichkeit für die Identifikation sozialer Subjekte mit bestimmten (politischen) Identitäten darstellt, sondern sogar deren „sozio-politisches Engagement“ bestimmt (Boucher 2006: 123).

Mouffe irrt sich auch mit ihrer Annahme, nur einige soziale und politische Institutionen wären vereinbar mit der „konfliktorientierten menschlichen Natur“ (Leggett 2013: 303). Indem sie die Erwünschtheit verschiedener Institutionen aus deren Vereinbarkeit mit der prä- und extrasozialen menschlichen Natur ableitet, ersetzt Mouffe die mit der postfundamentalistischen Analyse übereinstimmende Ontologie mit einer naturalistischen Ontologie des Subjekts, die an modernistische politische Theorien erinnert (vgl. Koch 1993). Modernistische politische Theorien gehen davon aus, dass

[i]f human beings are self-serving and aggressive, then the strong coercive state becomes necessary. If the individual is shaped by the social body, then community practice becomes the essence and the teleology of human endeavors. If human beings are rational, to the extent that they can formulate a structure for controlling their aggressiveness, conflicts can be mediated (Koch 1993: 327).

Wenn man akzeptiert, dass es kein „a priori (...) in Bezug auf das Subjekt“ geben kann, wie es die postfundamentalistische Ontologie (des Subjekts) annimmt, dann muss man im Kontrast zur modernistischen politischen Theorie akzeptieren, dass „es keine Allgemeingültigkeit in Bezug auf Politik“ (Koch 1993: 339) geben kann. Die Abwesenheit jeder prä- oder extradiskursiven Subjektivität hindert uns daran,

die Qualität verschiedener sozialer und politischer Institutionen an irgendeinem vorausgesetzten inhärenten Charakter der menschlichen Natur zu messen. Die beschriebenen Widersprüche zwischen der postmarxistischen Analyse und Mouffes Unterstützung der radikalen Demokratie entlarven entsprechend Mouffe als hegemonialen Akteur, der den Diskurs der radikalen Demokratie für gültig erklärt, indem er dessen transzendente Begründung in der Beschaffenheit der menschlichen Natur verortet (vgl. Brockelmann 2003: 188).

---

## 4 Die ethisch-politische Praxis der entlarvenden Kritik

Nicht die normative Kritik, sondern die sogenannte „entlarvende Kritik“ bietet unserer Einschätzung nach den geeignetsten Ansatz, die Praxis der ethisch-politischen Kritik mit der postmarxistischen Analyse in Übereinstimmung zu bringen.<sup>8</sup> Die entlarvende Praxis geht von der a priori Annahme aus, dass die Weltanschauungen sozialer Subjekte keine objektive Beschaffenheit der Welt widerspiegeln, sondern grundlegende supra-subjektive Strukturen ausdrücken, die jenseits des Bereiches der Reflexivität sozialer Subjekte liegen, wie z. B. soziale Felder, Machtbeziehungen, Ideologien, Diskurse und (diskursive) Regime. Sogar die anscheinend natürlichsten und selbstverständlichsten Weltanschauungen sind nichts als „Symptome von etwas anderem“, das dem bewussten Selbstverständnis sozialer Subjekte entgeht (Boland 2014: 115). In anderen Worten distanziert sich die entlarvende Kritik von dem Generalverdacht, dass die möglichen Erkenntnisse, Interaktionen, Rollen und Praktiken sozialer Subjekte von einer „versteckten Wahrheit“ gesteuert werden, die „sie hinter ihren Rücken beeinflusst, seien es wirtschaftliche Rahmenbedingungen oder soziale Strukturen“ (Celikates 2006: 26). Zudem nehmen verschiedene Gesellschaftstheorien an, dass Einrichtung und Erhaltung solcher versteckten Wahrheiten von verschiedenen Typen supra-subjektiver sozialer Strukturen gesteuert werden. Doch während etwa Bourdieu (z. B. 1992) die symbolische Macht hervorhebt, die „soziale Felder“ auf die subjektiven Erkenntnisse über die Welt ausüben, und Foucaults (genealogische) Diskursanalyse sich auf die wechselseitigen Beziehungen zwischen Diskursen als objektivierten Bedeutungssystemen und Subjektivitäten bezieht (Gengnagel & Hirschfeld 2015; Saar 2007), gilt die Aufmerksamkeit der postfundamentalistischen Diskursanalyse vergleichsweise sedimentierten, hege-

---

8 Kompridis (1994, 2000) verwendet das Konzept der „entlarvenden Kritik“ (orig. *disclosing critique*), wohingegen Honneth (2000) beispielsweise den Ausdruck „immanente Kritik“ bevorzugt.

monialen diskursiven Regimen (Marttila 2015a, 2015b). Unabhängig von ihren theoretischen Rahmenbedingungen funktionieren alle Praktiken der entlarvenden Kritik als Augenöffner, die den Adressaten der Kritik radikal neue Einsichten in die Beschaffenheit der Welt bieten (vgl. Kompridis 2000: 30). Insofern hat die entlarvende Kritik eine „offenlegende“ Funktion, die dem Adressaten der Kritik „radikal neue Beschreibungen“ der Welt anbietet, die die Selbstverständlichkeit ihrer vorherrschenden Common Sense Weltanschauungen erschüttern können (Honneth 2000: 123).

Die entlarvende Kritik setzt voraus, dass der Kritiker einen epistemologischen Bruch mit dem bewussten Selbstverständnis der Welt sozialer Subjekte (x) erreicht und – statt dieses Selbstverständnis für bare Münze zu nehmen – sie als Symptome subjektiv uneingestandener supra-subjektiver Strukturen (y) interpretiert (wie beispielsweise soziale Felder, Diskurse oder Diskursregime). Um diesen epistemologischen Bruch zu errzielen, ist der Kritiker gezwungen

to redescribe x in terms of y, or reveal x to be an effect of y, or show that the condition of possibility of x necessarily requires the exclusion or repression of s, the mechanisms of which we can attribute back to ever-ready y. Ideals like truth, reason and autonomy are typical cases of x; power, the unconscious, language, history and culture of y; difference, the body, nonidentity and the like, of s. (Kompridis 2000: 28)

Der von der postfundamentalistischen Ontologie implizierte epistemologische Relativismus löst jede strenge Trennung zwischen den Eigenschaften auf, die als „intransitiv“ – also natürlich und inhärent – erscheinen, und jenen, die als „transitiv“ – also von unserem epistemischen Horizont abhängig – erscheinen (vgl. Joseph 2001: 110). Der epistemologische Relativismus besagt, dass unsere Vorstellungen von der Welt immer relativ zu unserer epistemischen Perspektive sind. Dies bedeutet, dass unsere Perspektiven, Interessen und Präferenzen unseren Konzeptualisierungen und kritischen Bewertungen von Objekten zu Grunde liegen (Pels 2003: 158). Ähnlich wie jede andere soziale Praxis leidet auch die Praxis der entlarvenden Kritik an einem Mangel an objektiver Glaubwürdigkeit (Åkerström Andersen 2003: 57; Glynos & Howarth 2007: 155). Diese mangelnde Glaubwürdigkeit resultiert aus dem epistemischen Bias, an dem Erkenntnisse der Welt wegen ihrer transitiven Natur leiden. Im Falle der postfundamentalistischen Diskursanalyse entsteht dieser epistemische Bias durch die mehr oder weniger bewussten a priori Annahmen über „verschiedene Arten von Bestandteilen der Welt, also woraus der Welt besteht“, sowie darüber „wie [diese] Bestandteile in unserer sozialen Welt auftreten“ (Glynos & Howarth 2007: 214). Der epistemisch verzerrte Charakter der Praxis der entlarvenden Kritik bedeutet, dass weder die kritische Praxis noch ihre sozialen Konsequenzen immun gegen eine kritische Analyse a posteriori sind.

Der „wissenschaftliche“ epistemische Bias, der durch den theoretischen Rahmen des Kritikers verursacht wird, wird darüber hinaus von einem anderen „pragmatischen“ Bias begleitet. Die ontologische Annahme der diskursiven Konstruktion jeder sozial sinnhaften Existenz impliziert, dass die Praxis der entlarvenden Kritik auf jedes politische, wirtschaftliche, religiöse, akademische, kulturelle oder andere soziale Phänomen abzielen kann. In anderen Worten: Kein soziales Phänomen kann natürlicherweise „außerhalb der Reichweite der Kritik“ liegen (Butler 2009: 781). Die allumfassende Anwendbarkeit der Praxis der entlarvenden Kritik bedeutet, dass der „wissenschaftliche“ epistemische Bias der Kritik von einem „pragmatischen Bias“ begleitet wird, der durch die Wahl der Gegenstände der Kritik durch den Kritiker entsteht. Während der „wissenschaftliche“ und „pragmatische“ epistemische Bias die epistemologische Fähigkeit des Kritikers begründen, kritische Analysen durchzuführen, verhindern sie gleichzeitig die Möglichkeit, dass die vom Kritiker offengelegte diskursiv konstruierte soziale Realität den Status einer objektiven und folglich nicht-anfechtbaren epistemologischen Autorität erreicht. Kurz: Der Kritiker kann nicht einfach die „naive Doxa des laienhaften Common Sense“ durch die „Doxa des gelehrten Common Sense (sens commun savant)“ ersetzen (Bourdieu 1992: 248). Die Adressaten der Praxis der entlarvenden Kritik sind sich jedoch dem doppelten Bias der kritischen Analyse nicht zwingend bewusst, wenn nicht der Kritiker die seiner Kritik zugrunde liegenden ontologischen und epistemologischen Prämissen offenlegt. Anderenfalls führt die entlarvende Kritik eben doch nur zu wenig mehr als zur Ersetzung der epistemologischen Autorität des „laienhaften Common Sense“ durch einen „gelehrten Common Sense“.

Dies wirft die Frage auf, ob es einen Ausweg aus dem Engpass der Kritik gibt, der durch deren postmarxistische Voraussetzungen entsteht. Die entlarvende Kritik birgt das Risiko zu einem Nullsummenspiel zu führen, wenn die Common Sense Wahrnehmungen der Welt, die als kontingente diskursive Gebilde entlarvt werden, nur durch die ebenso diskursiv erstellte epistemologische Autorität des Kritikers ersetzt werden. Gemäß Pels (2003: 159) wäre ein möglicher Ausweg, der Praxis der entlarvenden Kritik eine zusätzliche „Ebene oder Dimension der Selbst-Referenz“ hinzuzufügen und den epistemischen Blickpunkt zu erläutern, aus dem ein Kritiker die Selbstverständlichkeit einer gegebenen sozialen Ordnung anzufechten versucht (eigene Übersetzung; vgl. Critchley 2004: 116; Kompridis 2000: 30). Die aktive Offenlegung der epistemologischen Autorität des Kritikers ist nur logisch, wenn angenommen wird, dass die postfundamentalistische Ontologie die Gültigkeit „aller sozialen Praktiken (...) gleichermaßen unter Verdacht“ stellt (Kompridis 2000: 30). Darüber hinaus kann die Offenlegung der epistemologischen Autorität der Praxis der entlarvenden Kritik die Fähigkeit der Adressaten fördern, sowohl die Rationalität der Praxis von Kritik als auch ihre möglichen sozialen Konse-

quenzen bewusst zu reflektieren (Marttila 2013b: 325). Das Ziel der entlarvenden Praxis der Kritik ist es nicht, die gesellschaftlich transformativen Implikationen von Kritik völlig zu zerstören, sondern sicherzustellen, dass die Adressaten der Kritik sich weder unfreiwillig mit der herrschenden sozialen Ordnung zufrieden geben noch unkritisch die epistemologische Perspektive des Kritikers akzeptieren. Stattdessen sollte die entlarvende Kritik die Adressaten der Kritik in ein „kritisches Gegenüber“ verwandeln (Glynos & Howarth 2008: 15). Hierdurch kann die Praxis der entlarvenden Kritik „eine neue Reihe von Positionen für das Subjekt anregen“ und dennoch eine weitere Festlegung dieser neuen Subjektpositionen verhindern (Butler 2009: 792).

Gemäß Butler (ebd.: 788) besteht das Ziel der entlarvenden Kritik darin, „die Möglichkeit der Kritik am Leben zu halten“, auch wenn die Stimme der (wissenschaftlichen) Kritik beinahe verstummt ist. Die postfundamentalistische Analyse hat das Ziel, den selbsterklärenden Charakter existierender sozialer Beziehungen zu untergraben und gleichzeitig den Adressaten der Kritik genügend Freiheit zu lassen, ihren eigenen „Willen zur Macht“ zu entdecken und sich selbst als legitime Anstifter einer neuen sozialen Ordnung zu verstehen (Diken 2008: 3, 36). Natürlich verlangt der Mangel an Objektivität, der im Zentrum jeder sozial bedeutsamen Existenz liegt, dass der Kritiker den von ihm angestifteten sozialen Wandel wiederum neuen Praktiken der entlarvenden Kritik unterzieht. Zusammengefasst bezieht sich der Engpass der kritischen Analyse, der vom „postfundamentalistischen Zustand“ ausgelöst wird, nicht nur auf die fehlende epistemologische Autorität des Kritikers, sondern beinhaltet auch die Gefahr, kritische Praxis zum Stillstand zu bringen.

---

## 5 Fazit

Hauptziel dieses Beitrages war es, die epistemologische Autorität der postfundamentalistischen Analyse zu identifizieren, die den Kritiker mit dem Recht und der Fähigkeit ausstattet, kritische Forschung zu betreiben. Es konnte beobachtet werden, dass die epistemologische Autorität der postfundamentalistischen Analyse sich nicht nur aus ihrer ontologischen Positionen und relationalen Epistemologie ableitet, sondern deren Akzeptabilität und Geltung gleichzeitig auch von diesen Voraussetzungen eingeschränkt werden. Der epistemologische Relativismus, der die aus der postfundamentalistischer Diskurstheorie abgeleitete Praxis der Kritik unweigerlich begleitet, blockiert jeden Zugang zu einer epistemologischen Autorität, die für die Praxis der normativen Kritik notwendig ist. Die Abwesenheit von außerdiskursiven normativen Maßstäben bedeutet, dass die postfundamentalis-

tische Analyse nicht eingesetzt werden kann, um irgendein bestimmtes Konzept einer idealen Gesellschaft wie z. B. das der radikalen Demokratie voranzubringen. Während die Praxis der entlarvenden Kritik ein Mittel sein kann, die Praxis der ethisch-politischen Kritik im Einklang mit der postfundamentalistischen Diskurstheorie zu operationalisieren, wurde gleichzeitig argumentiert, dass der binäre „Bias“ der entlarvenden Kritik ihre epistemologische Autorität beschränkt. Dieser Bias impliziert, dass der Kritiker aktiv seine oder ihre eigene Fähigkeit, Gegenstände einer kritischen Analyse zu unterziehen, offen legen muss. Im Idealfall sollte die entlarvende Kritik den Adressaten der Kritik dazu befähigen, ein kritischer Gegenpart sowohl in Bezug auf die ihn umgebende und ihre Subjektivität ausmachende soziale Ordnung als auch in Bezug auf die Praxis der entlarvenden Kritik zu sein, mit welcher die Selbstverständlichkeit der kritisierten sozialen Ordnung hinterfragt wird. Die postfundamentalistische Diskursanalyse kann nie ganz den Engpass der Praxis von Kritik überwinden, der durch den postfundamentalistischen Zustand der Kritik zustande kam, da die kritische Praxis immer für einen bestimmten akademischen oder nicht-akademischen Diskurs betrieben wird. Die postfundamentalistische Diskursanalyse verleiht die für die Praxis der Kritik notwendige epistemologische Autorität deshalb nur unter der Bedingung, dass die Offenlegung der diskursiv kontingenten Konstruktionen der Realität auch die eigene Diskursivität des Kritikers beinhaltet. Diese ethisch-politische und reflexive Umsicht sollte nicht auf Spiel gesetzt werden – nicht einmal im Namen radikaler Demokratie.

## Literatur

- Åkerstrøm Andersen, Niels, 2003: Discursive Analytical Strategies: Understanding Foucault, Koselleck, Laclau, Luhmann. Bristol.
- Antonio, Robert J. 1981: Immanent Critique as the Core of Critical Theory. In: British Journal of Sociology 32, Heft 3, S. 330–345.
- Boland, Tom 2014: Critique is a Thing of This World: Towards an Analogy of Critique. In: History of the Human Sciences 27, H.1, S. 108–123.
- Boltanski, Luc, 2010: Soziologie und Sozialkritik. Frankfurt a. M.
- Boucher, Geoff, 2009: The Charmed Circle of Ideology: A Critique of Laclau and Mouffe, Butler and Žižek. Melbourne.
- Bourdieu, Pierre, 1992: The Paris Workshop. In: Bourdieu, Pierre & Wacquant, Loic (Hg.): An Invitation to Reflexive Sociology. Chicago, S. 217–260.

- Brockelman, Thomas, 2003: The Failure of the Radical Democratic Imaginary: Žižek Versus Laclau and Mouffe on Vestigial Utopia. In: *Philosophy and Social Criticism* 29, H.2, S. 183–208.
- Butler, Judith, 2002: What is Critique? An Essay on Foucault's Virtue. In: Ingram, David (Hg.): *The Political Blackwell Readings in Continental Philosophy*, New Jersey, S. 212–228.
- Butler, Judith, 2009: Critique, Dissent, Disciplinarity. In: *Critical Inquiry* 35, H.3, S. 773–795.
- Cederström, Carl & Spicer, Andre, 2014: Discourse of the Real Kind: A post-foundational Approach to Organizational Discourse Analysis. In: *Organization* 21, H.2, S. 178–205.
- Celikates, Robin, 2006: From Critical Theory to a Social Theory of Critique: On the Critique of Ideology after the Pragmatic Turn. In: *Constellations* 13, H.1, S. 21–40.
- Cooke, Maeve, 2006: Resurrecting the Rationality of Ideology Critique: Reflections on Laclau and Ideology Critique. In: *Constellations* 13, H.1, S. 4–20.
- Critchley, Simon, 1999: *Ethics, Politics, Subjectivity*. London.
- Critchley, Simon, 2004: Is There a Normative Deficit in the Theory of Discourse? In: Critchley, Simon & Marchart, Oliver (Hg.): *Laclau: A Critical Reader*. London and New York, S. 113–122.
- Dhaliwal, Amarpal K., (1996): Can the Subaltern Vote? Radical Democracy, Discourses of Representation and Rights, and Questions of Race. In: Trend, David (Hg.): *Radical Democracy: Identity, Citizenship, and the State*, New York, S. 42–61.
- Demirović, Alex, 2007: Hegemonie und die diskursive Konstruktion der Gesellschaft. In: Nonhoff, Martin (Hg.): *Diskurs, radikale Demokratie und Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe*, Bielefeld, S. 55–86.
- Diken, Bülent, 2008: *Nihilism*. London and New York.
- Donati, Pierpaolo, 2011: *Relational Sociology: A New Paradigm for the Social Sciences*. London and New York.
- Foucault, Michel, 1991: Politics and the Study of Discourse. In: Burchell, Graham, Gordon, Colin & Miller, Peter (Hg.): *The Foucault Effect*, Chicago, S. 53–72.
- Foucault, Michel, 1997: What is Critique? In: Lotringer, Sylvere & Hochroth, Lysa (Hg.): *The Politics of Truth*, New York, S. 823–882.
- Foucault, Michel, 2000[1982]: Space, Knowledge, and Power. In: Faubion, James D. (Hg.): *Power: The Essential Works of Michel Foucault, 1954–1984, Volume 3*, London, S. 349–364.
- Gadamer, Hans-Georg, 1975: *Truth and Method*. London.
- Gengnagel, Vincent & Hirschfeld, Alex, 2015: Die Herrschaft und ‚das Politische‘: Machtanalyse zwischen Konsens und Konflikt. In: Hofmann, Willy & Martinsen, Renate (Hg.): *Die andere Seite der Politik: Theorien kultureller Konstruktion des Politischen*. Wiesbaden, S. 85–109.
- Glynos, Jason, 2001: The Grip of Ideology: a Lacanian Approach to the Theory of Ideology. In: *Journal of Political Ideologies* 6, H.2, S. 191–214.
- Glynos, Jason & Howarth, David R., 2007: *Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory*. London and New York.
- Glynos, Jason & Howarth, David R., 2008: Critical Explanation in Social Science: A Logics Approach. In: *Swiss Journal of Sociology* 54, H.1, S. 5–35.
- Glynos, Jason, Howarth, David R., Norval, Aletta & Speed, Ewan, 2009: *Discourse Analysis: Varieties and Methods*. Review Paper NCRM/014. ESRC National Centre for Research Methods.
- Heidegger, Martin, 2008[1988]: *Ontology: The Hermeneutics of Facticity*. Bloomington.

- Honneth, Axel, 1999: Pathologies of the Social: The Past and Present of Social Theory. In: Rasmussen, David (Hg.): *The Handbook of Critical Theory*, Oxford, S. 369–396.
- Honneth, Axel, 2000: The Possibility of a Disclosing Critique of Society: The Dialectic of Enlightenment in Light of Current Debates in Social Criticism. In: *Constellations* 7, H.1, S. 116–127.
- Honneth, Axel, 2011: *Das Recht der Freiheit. Grundriss einer demokratischen Sittlichkeit*. Berlin.
- Howarth, David R., 2006: The Method of Articulation. In: van den Brink, Margo & Metzger, Tamara (Hg.): *Words Matter in Policy and Planning: Discourse Theory and Method in Social Science*, Utrecht, S. 23–42.
- Howarth, David R., 2008: Ethos, Agonism and Populism: William Connolly and the Case for Radical Democracy. In: *British Journal of Politics and International Relations* 10, S. 171–193.
- Jarvis, Simon, 1998: *Adorno: A Critical Introduction*. Cambridge.
- Joseph, Jonathan, 2001: Derrida's Spectres of Ideology. In: *Journal of Political Ideologies* 6, H.1, S. 95–115.
- Kauppinen, Antti, 2002: Reason, Recognition, and Internal Critique. In: *Inquiry. An Interdisciplinary Journal of Philosophy* 45, H.4, S. 479–498.
- Keller, Reiner, 2011: *Wissenssoziologische Diskursanalyse: Grundlegung eines Forschungsprogramms*. Wiesbaden.
- Keller, Reiner, 2012: *Doing Discourse Analysis: An Introduction for Social Scientists*. London.
- Koch, Andrew M., 1993: Poststructuralism and the Epistemological Basis of Anarchism. In: *Philosophy of the Social Sciences* 23, H.3, S. 327–351.
- Kompridis, Nikolas, 1994: On World Disclosure: Heidegger, Habermas and Dewey. In: *Thesis Eleven* 37, H.1, S. 29–45.
- Kompridis, Nikolas, 2000: Reorienting Critique: From Ironist Theory to Transformative Practice. In: *Philosophy and Social Criticism* 26, H.4, S. 23–47.
- Koopman, Colin, 2010: Historical Critique or Transcendental Critique in Foucault: Two Kantian Lineages. In: *Foucault Studies* 8, S. 100–121.
- Laclau, Ernesto, 1996: Deconstruction, Pragmatism, Discourse. In: Mouffe, Chantal (Hg.): *Deconstruction and Pragmatism: Simon Critchley, Jacques Derrida, Ernesto Laclau and Richard Rorty*, London and New York, S. 47–67.
- Laclau, Ernesto, 1997: The Death and Resurrection of the Theory of Ideology. In: *MLN* 112, H.3, S. 297–321.
- Laclau, Ernesto, 2000: Identity and Discourse: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics. In: Butler, Judith, Laclau, Ernesto & Žižek, Slavoj (Hg.): *Contingency, Discourse, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London and New York, S. 44–89.
- Laclau, Ernesto, 2004: Glimpsing the Future. In: Critchley, Simon & Marchart, Oliver (Hg.): *Laclau: A Critical Reader*. New York, S. 279–328.
- Laclau, Ernesto & Mouffe, Chantal, 1990: Post-Marxism without Apologies. In: Laclau, Ernesto (Hg.): *New Reflections of the Revolution of Our Time*, London, S. 97–132.
- Laclau, Ernesto & Mouffe, Chantal, 2001[1985]: *Hegemony and Socialist Strategy*. London.
- Lakatos, Imre, 1968: Criticism and the Methodology of Scientific Research Programmes. In: *Proceedings of the Aristotelian Society* 69, S. 149–186.
- Lakatos, Imre, 1999: Lecture 8: The Methodology of Scientific Research Programmes. In: Motterlini, Matteo (Hg.): *For and Against Method*, Chicago, S. 96–108.

- Latour, Bruno, 2004: Why has Critique Run Out of Steam? From Matters of Fact to Matters of Concern. In: *Critical Inquiry* 30, H.2, S. 225–248.
- Leggett, Will, 2013: Restoring Society to Post-Structuralist Politics: Mouffe, Gramsci and Radical Democracy. In: *Philosophy and Social Criticism* 39, H.3, S. 299–315.
- Lefort, Claude, 1988: *Democracy and Political Theory*. Minneapolis.
- Marchart, Oliver, 2007: *Post-Foundational Political Thought*. Edinburgh.
- Marchart, Oliver, 2011: Democracy and Minimal Politics: The Political Difference and its Consequences. In: *The South Atlantic Quarterly* 110, H.4, S. 965–973.
- Marttila, Tomas, 2013a: Culture of Enterprise in Neoliberalism: The Specters of Entrepreneurship. London and New York.
- Marttila, Tomas, 2013b: Whither Governmentality Research? A Case Study of the Governmentalization of the Entrepreneur in the French Epistemological Tradition. In: *Historical Social Research* 38, H.4, S. 293–331.
- Marttila, Tomas, 2015a: Post-Foundational Discourse Analysis: From Political Difference to Empirical Research. Basingstoke.
- Marttila, Tomas, 2015b: Post-Foundational Discourse Analysis: A Suggestion for a Research Programme. In: *Forum Qualitative Sozialforschung/Forum: Qualitative Social Research* 16, H.3.
- Marttila, Tomas, 2015c: Die kritische Epistemologie der poststrukturalistischen Hegemonietheorie. In: Langer, Antje, Nonhoff, Martin & Reisigl, Martin (Hg.): *Diskursanalyse und Kritik*. Wiesbaden.
- Miklitsch, Robert, 1995: The Rhetoric of Post-Marxism: Discourse and Institutionality in Laclau and Mouffe, Resnick and Wolff. In: *Social Text* 45, H.1, S. 167–196.
- Mouffe, Chantal, 1992: Citizenship and the Political Identity. In: *October* 61, S. 28–32.
- Mouffe, Chantal, 2000a: *The Democratic Paradox*. London.
- Mouffe, Chantal, 2000b: Deliberative Democracy or Agonistic Pluralism. In: *Reihe Politikwissenschaft*, No. 72. Wien: Institute for Advanced Studies.
- Mouffe, Chantal, 2002: *Politics and Passions: The Stakes of Democracy*. London.
- Mouffe, Chantal, 2005a: *On the Political*. London and New York: Routledge.
- Mouffe, Chantal, 2005b[1993]: *The Return of the Political*. London.
- Nietzsche, Friedrich W., 1954: *Werke in drei Bänden*. Band II. München.
- Pels, Dick, 2003: *Unhastening Science: Autonomy and Reflexivity in the Social Theory of Knowledge*. Liverpool.
- Saar, Martin, 2007: *Genealogie als Kritik*. Frankfurt a. M.
- Said, Edward W., 1983: *The World, the Text and the Critic*. Cambridge.
- Sparke, Matthew, 2005: *In the Space of Theory: Postfoundational Geographies of the Nation State*. Minneapolis and London.
- Stavarakakis, Yannis, 2007: *The Lacanian Left: Psychoanalysis, Theory, Politics*. Albany.
- Torfin, Jacob, 1999: *New Theories of Discourse: Laclau, Mouffe and Žižek*. Oxford.
- Tønder, Lars & Thomassen, Lasse, 2005: Introduction: Rethinking Radical Democracy Between Abundance and Lack. In: Tønder, Lars & Thomassen, Lasse (Hg.): *Radical Democracy: Politics between Abundance and Lack*, Manchester, S. 1–13.
- Vobruba, Georg, 2001: Gesellschaftsinterne Kritik: Eine Positionsbestimmung. In: *Dialektik: Zeitschrift für Kulturphilosophie* 2, S. 5–13.
- Wolin, Richard, 1992: *The Terms of Cultural Criticism: The Frankfurt School, Existentialism, Poststructuralism*. New York.

Žižek, Slavoj, 1991: *For They Do Not Know What They Do: Enjoyment as a Political Factor*. London.

Žižek, Slavoj, 1993: *Tarrying with the Negative. Kant, Hegel, and the Critique of Ideology*. Durham.

---

II

**Wirkungen: Internationale Beziehungen,  
Stadt, Ökonomie, Europa, Populismus**

---

# Hegemonie und Identität

## Ernesto Laclaus Werk in den Internationalen Beziehungen

Eva Herschinger

Über den Verlauf von etwas mehr als 20 Jahren hat sich Ernesto Laclaus Werk von einer randständigen Erscheinung zu einer Referenz in der politikwissenschaftlichen Disziplin<sup>1</sup> Internationale Beziehungen (IB) entwickelt. Wie im Falle vieler anderer Theoretiker – bspw. Michel Foucault, Jacques Rancière oder Richard Rorty – war es dazu nicht notwendig, dass Laclau sich explizit zu den Gegenständen der IB äußerte. Denn die IB pflegt traditionell eine rege „Importpolitik“, sich (bisweilen selektiv) bei wissenschaftstheoretischen, soziologischen, politisch-theoretischen, kulturtheoretischen, ökonomischen oder jüngst neurowissenschaftlichen Ansätzen und Einsichten (um nur einige wenige zu nennen) bedienend, um ihre eigenen Fragen zu bearbeiten. Das mag für andere Disziplinen auch gelten. Nur, unter „IBlern“ und „IBlerinnen“ – wie die Forscher und Forscherinnen sich untereinander nennen – ist es inzwischen (leider) fast schon Usus, theoretische Neuerungen entweder als topaktuell und extrem innovativ zu bezeichnen oder als „alten Hut“ abzutun. Sätze à la „das ist unter Soziologen/Ökonomen/Kulturwissenschaftlern/etc. doch schon längst kein Thema mehr“ sowie der Vorwurf, die importierte Theorie sei verkrüppelt, also unverständlich, da das zentrale Konzept XY nicht importiert wurde, gehören zu vielen Auseinandersetzungen in Publikationen, Kolloquien oder auf Konferenzen.

Ihre rege Importpolitik hat den IB aber auch eine (die vermeintlich dritte!) ihrer „großen“ metatheoretischen Debatten<sup>2</sup> beschert, die sich als wichtig für die Entwicklung der großen Vielfalt, von der die Disziplin heute geprägt ist, erwiesen

---

1 Die Frage, ob die IB eine eigenständige Disziplin oder eine Subdisziplin der Politikwissenschaft ist, soll hier außen vor bleiben. Da sie eine eigenständige Disziplin in Großbritannien ist und die Autorin dort arbeitet, wird im Folgenden der eigenständige Charakter betont. Siehe dazu: Smith (1992), Wæver (1998).

2 Siehe zu diesen Debatten erneut Smith (1992), Wæver (1998).

hat. Es handelt sich dabei um die Debatte zwischen Positivisten und Poststrukturalistinnen. Was genau unter diesen Begriffen zu verstehen ist, wird noch zu klären sein. Es wird dabei auch darum gehen, genauer erfassen zu können, welchen Einfluss das Werk von Laclau auf die IB hat – oder, genauer gesagt, auf welchen Teil der IB.

Im Folgenden bedarf es dazu zunächst einiger Worte zu den Besonderheiten der Disziplin IB und zu der oben genannten metatheoretischen Debatte, um dann zu Ernesto Laclau zu kommen. Und mit dem Verweis auf die „Importpolitik“ der Disziplin lässt sich auch erklären, warum und wie vor allem zwei Konzepte von Laclau in den IB prominent geworden sind: Identität und Hegemonie. Anhand dieser beiden wird der Beitrag aufzeigen, welche Wirkung Laclaus Arbeiten haben und wie sich ihr Einfluss in den kommenden Jahren verstetigen und erweitern könnte.<sup>3</sup>

---

## 1 Die Besonderheiten einer Disziplin

Zum Wesenszug der IB gehört neben der bereits beschriebenen „Importpolitik“ eine Neigung zu metatheoretischen Debatten, anhand derer die Disziplin sich immer wieder neu definiert sowie sich ihrer selbst versichert. Beide Wesenszüge sind eng miteinander verknüpft, gerade wenn man die dritte Debatte betrachtet, jene zwischen Positivisten und Poststrukturalisten, die von ca. 1988 bis 1995 andauerte.<sup>4</sup> Um zunächst den Poststrukturalismus zu beschreiben, ist es am einfachsten, sich eines Zitats von Ernesto Laclau zu bedienen, der Poststrukturalismus einmal bezeichnete als eine „broad church, (...) a label covering a variety of intellectual trends, ranging from Foucault’s analysis of discursive formations, to Lacanian psychoanalysis, Derrida’s deconstruction and Barthes’s semiology“ (Laclau 2000: x). Und da – dieser kurze Vorgriff sei erlaubt – Laclaus Arbeiten in den IB als poststrukturalistisch bezeichnet werden, hat diese alte metatheoretische Debatte Bedeutung für die Wirkung seines Werkes in der Disziplin.

---

3 Und mit dieser selektiven Auswahl zweier Konzepte aus Laclaus Theorie der Hegemonie setzt der Beitrag munter die Importpolitik fort...

4 Damals wurden die Post-Positivisten noch Postmodernisten genannt. Ich habe erstere Bezeichnung gewählt, da Postmodernismus einerseits für die historische Epoche der Postmoderne steht, in der Globalisierungsprozesse zunehmend die tradierten Bezugsgrößen (wie bspw. den Territorialstaat) in Frage stellen. Andererseits steht der Begriff auch für eine breite geistig-kulturelle Strömung, die sich in Feldern wie Architektur, Kunst oder Musik niederschlug. Es war Jean-François Lyotard (1986), der mit seinem Werk *Das Postmoderne Wissen* diese Strömung in den unterschiedlichsten Bereichen auf einen Begriff brachte.

Damit ist einerseits umrissen, dass sich unterschiedliche theoretische Zugänge hinter dem Begriff Poststrukturalismus verbergen; andererseits sind damit bereits einige der Ansätze genannt, derer sich Forscher und Forscherinnen in den IB seit dieser Debatte bedienen. Das Zitat trifft auch deshalb so gut auf die IB zu, weil von dem *einen* Poststrukturalismus in den IB nicht die Rede sein kann: Denn obwohl sich Ende der 1980er Jahre (also zu Beginn der Debatte) die ersten poststrukturalistischen Arbeiten durchaus wie ein kohärenter Ansatz darstellten (Ashley/Walker 1990b; Ashley/Walker 1990a; Der Derian/Shapiro 1989; George 1994), waren es fortan doch vor allem die Kritiker und Kritikerinnen, die nach Einheitlichkeit verlangten. So forderte bspw. Robert O. Keohane, eine der zentralen Figuren in den IB zu jener Zeit, die Poststrukturalistinnen und Poststrukturalisten auf, eine klare Forschungsagenda mit eindeutiger Epistemologie und zugehörigen Methodologien zu entwickeln, um so zu einem ernstzunehmenden Sparringspartner für die Positivisten und Positivistinnen zu werden (Keohane 1988: 389-393).

Ein wesentlicher Ausgangspunkt für die Debatte war die poststrukturalistische Kritik am Neorealismus und seinem prominentesten Vertreter Kenneth Waltz. Dessen Buch *Theory of International Politics* (Waltz 1979) war zum Schlüsseltext der Disziplin geworden, zu einer Metaerzählung im Sinne Lyotards, der aus poststrukturalistischer Sicht Zweifel und Misstrauen entgegengebracht wurden, wollen die positivistischen Metaerzählungen doch die Welt mittels eines zentralen Prinzips erklären. Im Falle von Waltz war dies der staatliche Drang nach Überleben durch Machtakkumulation im anarchischen Selbsthilfesystem, mit dem er internationale Politik in Gänze theoretisch zu umzirkeln versuchte. Wenngleich von Waltz gar nicht im engeren Sinne positivistisch angelegt (Wæver 2009; Jackson 2011), wurde seine Theorie doch von der Disziplin nicht nur begeistert aufgenommen, sondern sogleich in die bestehende positivistische Epistemologie eingebettet, deren Fokus auf Materialität, Wenn-Dann-Logik, Beweisführungen sowie den unerschütterlichen Anspruch auf Objektivität inklusive. Insofern ist es nicht ohne Ironie, dass Waltz' Werk für dessen Kritikerinnen und Kritiker zum Ausgangspunkt für eine Wiederkontextualisierung der philosophischen und politischen Wurzeln der IB wurde. Mit der Dekonstruktion zentraler Dichotomien wie international/national, Krieg/Frieden oder Realismus/Idealismus zielte die poststrukturalistische Kritik insbesondere darauf ab, die Statik, die blutleer-ökonomistische Logik und den Positivismus der Neorealisten kritisch zu hinterfragen (exemplarisch Ashley 1984; Walker 1993, 2010). Die so kritisierten Positivistinnen und Positivistinnen konterten die Vorwürfe, indem sie den Poststrukturalismus als „self-referential and disengaged from the world“ schmähten, als Ansatz, der den „use of evidence to adjudicate between truth claims“ verneint (Katzenstein u. a. 1998: 678). Es sei daher angeraten, „some exotic (presumably Parisian) social theory“ (Jepperson et al. 1996: 34) abzulehnen. Ein

Höhepunkt der Debatte war erreicht, als gar von einer drohenden „Verführung“ der Disziplin durch poststrukturalistische Ansätze gesprochen wurde (Walt 1991: 223).<sup>5</sup>

Es soll hier im Folgenden nicht nachgezeichnet werden, worum sich die Debatte inhaltlich drehte; es genügt, sich für den weiteren Verlauf dieses Beitrags die Positionen zu der zentralen erkenntnistheoretischen Frage, ob und, wenn ja, wie „Realität“ beobachtet und analysiert werden kann, vor Augen zu führen. Während positivistische Theorien davon ausgehen, dass eine objektiv erfahrbare Realität existiert, die es mittels wissenschaftlicher Kategorisierungen zu erklären gilt, verneinen poststrukturalistische Ansätze die Existenz einer externen Realität zwar nicht per se, jedoch wird diese Realität als nicht „objektiv“ erfahrbar verstanden, denn sie gilt als nur in einem bestimmten sprachlich vermittelten Kontext verstehbar. Sprache ist dabei kein transparentes Medium, das uns einen eindeutigen, „wahren“ Blick auf die Realität vermittelt – wie, zumindest implizit, in positivistischen Theorien angenommen; Sprache ist vielmehr ontologisch bedeutsam und produktiv. Aus dieser Sicht auf Realität erwächst naturgemäß eine konträre Auffassung von internationaler Politik, wie ich im Verlauf des Beitrags an den Konzepten von Hegemonie und Identität aufzeigen werde – was mir gleichzeitig erlauben wird, die Bedeutung von Ernesto Laclaus Werk für die IB nachzuzeichnen.

---

## 2 Ernesto Laclau in den IB: Aller Anfang ist schwer...

In den Anfangsjahren des Poststrukturalismus in den IB war von Ernesto Laclau keine Rede. Und dass, obwohl mit *Hegemony and Socialist Strategy*, der Zusammenarbeit mit Chantal Mouffe entsprungen, eines seiner bekanntesten Werke 1985, also vor der dritten Debatte auf den Markt kam. Poststrukturalisten der ersten Stunde wie Richard Ashley und Rob Walker bezogen sich lieber auf Foucault, Derrida oder sogar Habermas. Laclau findet sich hier nicht. Dazu passt die persönliche Erfahrung von Thomas Diez, einem der ersten deutschsprachigen IB-Autoren, der sich mit Laclaus Arbeiten auseinandersetzte:

- 
- 5 Verschärfend kam damals hinzu, dass die IB eine von den USA dominierte Disziplin war (noch immer ist?) und einen recht hohen Grad an Vereinheitlichung aufwies. Die in den USA dominanten positivistischen Ansätze strukturierten auch die Wahrnehmung des Poststrukturalismus als einen der großen Gegenspieler. In Europa, wo es eine größere Vielfalt an Zugängen gab, konnte der Poststrukturalismus daher eher Fuß fassen. Dies gilt noch viel mehr für die Politikwissenschaft im Allgemeinen als für die IB. Siehe (Wæver 2005).

Anekdotisch kann ich hinzufügen, dass ich selbst 1997 meine Dissertation praktisch bereits fertiggeschrieben und das Konzept des diskursiven Knotenpunktes aus der Systemtheorie heraus entwickelt hatte, als mir in England plötzlich ein Aufsatz mit einem Verweis auf die „discursive nodal points“ bei Laclau und Mouffe in die Hand fiel – die Panik, die mich dann ergriff, kann man sich ebenso vorstellen wie die hektischen Versuche des Umschreibens der Dissertation kurz vor der Abgabe. (Diez 2014: 386-387)

Durchforstet man zentrale Studien aus den 1990er Jahren nach einem Hinweis auf Laclau, so führt dies fast immer zu einer Fehlanzeige. Beispielhaft lässt sich hier David Campbells einflussreiches Buch zum Thema Identität und Sicherheit von 1992 nennen, das sich auf Bezüge auf Michel Foucault und Judith Butler beschränkt. Gleiches gilt für Michael Shapiro oder James DerDerian, ebenfalls wichtige poststrukturalistische Autoren der 1990er Jahre. In diesen Jahren waren vor allem Foucaults Arbeiten besonders einflussreich, daneben gehörte auch Jacques Derrida zu den häufig zitierten Theoretikern (vgl. die Beiträge in Campbell/Shapiro 1999; Der Derian 1992). Roxanne Lynn Doty's Studie *Imperial Encounters* und der Sammelband von Jenny Edkins *Poststructuralism & International Relations* sind einige der wenigen, die sich mit Laclau und seinem Verständnis von Identität beschäftigen (Doty 1996; Edkins 1999). Die Gründe für diese Absenz von Laclau mag man einerseits darin suchen, dass seine Arbeiten, und vor allem auch die der Autorinnen und Autoren in seinem Fahrwasser, sich „weitgehend auf nationale Kontexte bezogen“ (Diez 2014: 387) und dass andererseits vor allem mit Foucault schon ein anderer Autor zum dominanten Referenzpunkt geworden war, dessen Studien zum Thema Macht, Wissen und Diskurs eine kritische Perspektive auf die Sicht von internationaler Politik als machtbasierter Politik eröffneten (Kerchner 2006: 43; Zehfuss 2013: 151; Foucault 1991; vgl. unter anderen Bevir 2010; Larner/Walters 2004; Merlingen 2006; Vasilache 2011; Kiersey/Stokes 2011).

In der ersten Dekade des 21. Jahrhundert änderte sich das. Ich möchte allerdings nicht den Fehler begehen, zu behaupten, dass in dieser oder jener IB-Studie Laclau zum ersten Mal genannt, bzw. seine politische Theorie zur Analyse internationaler Politik erstmals genutzt wurde. Dies entzieht sich meiner Kenntnis und wäre wohl auch von keinem großen Interesse.<sup>6</sup> Interessanter ist, dass Laclaus Name zunehmend in jenen poststrukturalistischen IB-Studien auftaucht, die Widerstand und Bedeutungskämpfe ins Zentrum ihres Interesses stellen. Später dann auch in Arbeiten, die einen methodologisch-methodischen Schwerpunkt haben – exemplarisch ist hier

---

6 Für mich persönlich lief die Entdeckung von Laclaus Werk über die bereits erwähnte Dissertation von Thomas Diez (1999b), der mit dem Konzept der diskursiven Knotenpunkte arbeitete.

das Buch von Lene Hansen zu nennen (Hansen 2006), die unter anderem mittels der Logiken von Äquivalenz und Differenz verschiedene Forschungsdesigns für diskursanalytische Studien erarbeitet.

Die thematische Vielfalt der Arbeiten, die nach 2000 auf Ernesto Laclaus Arbeiten zurückgreifen, wuchs schnell an. So existieren inzwischen Studien zu sämtlichen Fragen internationaler Politik, wie etwa Sicherheit (Herschinger 2011; Hansen 2006; Solomon 2009), Umwelt (Methmann 2010), Europa (Diez 1999a; Rogers 2009) oder Post-Konfliktsituationen (Renner 2013), um nur einige Felder zu nennen.<sup>7</sup> Neben der Anwendung von Laclaus Werk auf diese thematische Vielfalt bedienen sich die Studien außerdem inzwischen fast aller Facetten seiner Theorie – Antagonismus, Identität, Subjektpositionen, Artikulation, Hegemonie, um auch hier nur die wichtigsten Konzepte zu nennen. Unterschiedlich ist das „Ausmaß“, in dem mit Laclau gearbeitet wird. Ein Zyniker könnte sagen, die allermeisten Autorinnen und Autoren picken sich lediglich die für ihre Fragestellung passenden Theorie-Rosinen heraus – ganz im Sinne der IBschen „Importpolitik“ –, während nur wenige versuchen, ihre Arbeiten ganz in den theoretischen Rahmen Laclaus zu stellen (wenn auch hier naturgemäß nicht *alle* Konzepte Laclaus genutzt werden) (Solomon 2009: 271). Wie dem auch sei, bei allen Referenzen zu Laclaus Werk kommen zwei Konzepte häufiger als andere vor: zum einen das Konzept der Hegemonie, zum anderen das der Identität. Wie bereits erwähnt, sollen diese beiden dazu dienen, den Einfluss von Laclau auf die IB insgesamt nachzuzeichnen.

---

### 3 Das Laclau'sche Verständnis von Identität in den IB

Die Beschäftigung mit dem Konzept der Identität war lange kein Thema für die IB. Sie wurde erst relevant als mit dem Ende des Ost-West-Konflikts politische Entwicklungen in Gang kamen, die nicht mehr mit Hilfe der gängigen Theorien und Faktoren wie Macht oder Interessen beantwortet werden konnten. Für die traditionellen Denkschulen in den IB erschien Identität hier ein praktikabler Ausweg (Weller 1999: 252; Mercer 1995). Es stellte sich jedoch schnell als reichlich schwierig heraus, einen theoretisch und empirisch fruchtbaren Begriff von Identität in die bestehenden Denk- und Analyserahmen einzufügen. Positivisten und Positivistinnen verstanden Identität daher entweder als eine Ressource, die Akteure aus strategischen Gründen zur Erreichung ihres Interesses nutzen, oder als eine

---

7 Für die Bandbreite der deutschsprachigen IB vgl. den Sammelband *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen* (Herschinger/Renner 2014).

Variable, die staatliches Verhalten erklärt, wenn Staaten sich nicht interessengemäß zu verhalten scheinen (Katzenstein 1996: 17, 22).

Diesen eher dünnen Konzeptionen von Identität haben poststrukturalistische Ansätze in den IB ein eigenes Verständnis entgegengesetzt. Und in dieser substantzielleren Theoretisierung von Identität liegt laut Thomas Diez (Diez 2004: 321) einer der wesentlichen Beiträge poststrukturalistischer Ansätze in den IB. Dabei spielt die Betonung von Relationalität eine zentrale Rolle, d. h. das Verständnis von Identitäten als relational. Identität wird durch Differenz konstruiert und Differenz wiederum in Beziehung zu Identität. Identitätskonstruktion involviere daher die (Re)Produktion von Grenzen, die ein privilegiertes „Innen“ oder „Selbst“ von einem ausgeschlossenen „Außen“ und „Anderen“ abgrenzen (Campbell 1998b: 9). Exemplarisch zeigt diesen Zusammenhang die inzwischen zu einem „Klassiker“ poststrukturalistischen Denkens in den IB gewordene Studie (vgl. Diez 2006) *Writing Security* von David Campbell (Campbell 1998b; auch Campbell 1998a) anhand der Identitätskonstruktion der USA durch ihre Außenpolitik. Campbell untersucht, wie durch die politischen Texte und Praktiken einerseits ein bestimmtes Verständnis von Sicherheit konstruiert wurde und andererseits zugleich die Identität des zu sichernden Subjekts, nämlich die der USA. Die kontinuierliche Artikulation von Gefahr durch Außenpolitik sei nicht als Bedrohung für die Identität und Existenz eines Staates zu verstehen. Vielmehr sei die US-Außenpolitik eine „political practice central to the constitution, production, and maintenance of American political identity“ (Campbell 1998b: 8). Dieses Verständnis von Identitätskonstruktion durch Differenz beschäftigt bis heute zahlreiche IB-Forscherinnen und Forscher (vgl. Agius 2013; Epstein 2011; Guillaume 2010; Hahn 2008; Neumann 1999; Wæver 2002; Hansen 2006; Herschinger 2011).

Der Einfluss von Ernesto Laclaus Arbeiten auf das IB-Verständnis von Identität liegt nun vor allem darin, dass sie einerseits den Weg frei machen, Identität mit dem Prozess der Identifikation theoretisch fundiert zu verknüpfen und zu untersuchen. Andererseits verbindet sich in seinen Arbeiten zu Antagonismus und Hegemonie ein umfassenderer Zugriff auf identitäre Prozesse und Politiken, als es in den IB und auch in mancher frühen poststrukturalistischen IB-Studie üblich war. Folgendes schrieb Laclau 1995 zur Frage von Identifikation:

There is no way that a particular group living in a wider community can live a monadic existence – on the contrary, part of the definition of its own identity is the construction of a complex and elaborated system of relations with other groups. (Laclau 1995: 147)

Zunächst verspricht das Konzept der Identifikation, wie Laclau es formuliert, den Vorteil, die Relationalität von Identität umfänglich auszuschöpfen. In den meisten

IB-Studien, die mit dem relationalen Konzept von Identität argumentierten, wurde dieses entweder recht statisch aufgefasst oder Relationalität als ein Aspekt unter vielen subsumiert. So argumentiert Alexander Wendt, einer der bedeutendsten Sozialkonstruktivistinnen in den IB, dass Identität zwar aus einem Selbst bestehe, ein Anderes für diesen sich selbst organisierenden Prozess der Identitätsstiftung aber nicht notwendig sei – denn das Selbst, also die jeweilige Identität, sei exogen, sprich von außen vorgegeben (Wendt 1999: 74). Daher sei das Verhältnis von Selbst und Anderem als ein uni-dimensionales Kontinuum zu verstehen, dass von positiver bis zu negativer Identifikation reicht. Je nachdem, welches Andere dem Selbst gegenüberstehe, entwickle sich der Identifikationsprozess feindlich oder freundlich (Wendt 1994: 386).

Vor allem Lene Hansen hat hier wichtige poststrukturalistische Argumente gegen eine solche statische und exogene Sicht auf Identität angeführt und sich dabei auf Laclaus Arbeiten gestützt (Hansen 2006: 24; siehe auch Epstein 2011; Edkins 1999). Sie verweist unter anderem auf Laclaus Definition von Identifikation und führt das Beispiel einer vollkommen von anderen Menschen isolierten Gruppe an. Selbst in einer solchen Gruppe gibt es noch immer die Abgrenzungsprozesse der Mitglieder untereinander, so dass die Idee einer exogen vorgegebenen Identität fehlt. Kurz, es wird die Antwort auf die Frage nach dem *Wie* der Identitätskonstruktion gestellt, nach der Performativität dieses Prozesses (Herschinger 2011: 25). Identitäten bezeichnen also nicht „den einen“ Kern des Selbst, der durch alle Unwägbarkeiten der Geschichte von Anfang bis Ende immer der Gleiche bleibt (Hall 1996: 3). Im Gegenteil, Identitäten formieren sich beständig aufs Neue – allerdings soll durch Neu-/Wiedereinschreiben einer bestimmten Bedeutung dennoch permanent über Zeit und Raum fixiert werden, was an sich kontingent ist (Laclau/Mouffe 2001: 112-113).

Laclau hat sein Identifikationsverständnis aber nicht im luftleeren Raum formuliert, sondern auch in Bezug auf Antagonismus und Hegemonie. Beide erweisen sich für die IB als hilfreich, denn es ging der Forschung ja immer auch um die Frage, ob es sich bei den Anderen um Freunde oder Feinde handelt (Wendt 1994; Bigo 2005; Ansoorge 2007; Koschut/Oelsner 2014). Mit Blick auf diese Frage der Abgrenzung haben sich poststrukturalistische IB-Arbeiten darum bemüht, die Abgrenzung nicht als ausschließlich feindlich zu verstehen. Ist doch Abgrenzung von feindlichen Anderen „often situated within a more complicated set of identities“, wie Lene Hansen schreibt (Hansen 2006: 37). Mit Verweis auf Laclau betont sie, dass jene Abgrenzung selten einzig allein auf der Gegenüberstellung zu einem radikal bedrohlichen Anderen beruht. Insofern ist Identitätskonstitution ein Prozess der Differenzierung von einer Vielzahl an Anderen, von denen manche antagonisiert, einige indifferent und andere positiv gesehen werden. Wie der nächste Abschnitt

zeigen wird, erlaubt Laclaus Hegemonie hier eine weitere theoretische Ebene einzuziehen und so das Identifikationsverständnis in den IB noch weiter zu verdichten.

---

## 4 Hegemonie à la Laclau

Hegemonie ist nicht nur ein zentraler Begriff im Laclau'schen Werk, Hegemonie gehört auch zu den wichtigen Termini der IB. Dabei zeichnen sich die meisten Arbeiten, die mit dem Hegemoniebegriff in den IB arbeiten, vor allem durch Fantasielosigkeit aus. Hegemonie wird im Wesentlichen nur für die Beschreibung der USA als dominante Weltmacht genutzt – vor allem in Sicherheitsfragen.<sup>8</sup> Diesem dominanten Gebrauch zur Deskription der politischen Praxis steht allerdings eine mangelnde konzeptionelle Schärfe des Begriffs gegenüber: „Hegemony has remained a relatively imprecise and underanalyzed concept“ (Lentner 2006: 107-108; vgl. auch Haugaard 2006b: 3-4; Walker 2010: 76). Problematisch ist zudem, dass die gängigen Verwendungen von Hegemonie in den IB im Grundsatz materialistisch sind, d. h. Hegemonie wird als physisch greifbares und häufig mit Zwangsausübung assoziiertes Phänomen gefasst, das sich letztlich auf materielle Ressourcen reduzieren lässt (Haugaard 2006a: 62).

Es sind im Wesentlichen zwei Ansätze in den IB, die sich intensiver mit dem Konzept der Hegemonie auseinandergesetzt haben. Zum einen die Theorie der hegemonialen Stabilität, die den Begriff nutzt, um die Entstehung und Funktionen der (wirtschaftlichen) Weltordnung nach 1945 zu erklären. In dieser positivistischen Theorie ist Hegemonie als (internationale) Struktur konzeptualisiert, in der ein Akteur bzw. Staat dominant ist. Dieser „Hegemon“ verfügt über Führungsqualitäten und Privilegien; er ist jedoch auch für die Bereitstellung bestimmter Güter verantwortlich, die im Interesse der von ihm dominierten Staaten liegen (vgl. Gilpin 1975; Kindleberger 1973; Keohane 1984; Lake 1993; für eine jüngere Betrachtung siehe Destradi 2010).

Zum anderen haben die Neo-Gramscianer – die vor allem in der Internationalen Politischen Ökonomie vertreten sind (siehe dazu auch Wullweber in diesem Band) – im Rückgriff auf den marxistischen Philosophen Antonio Gramsci eine alternative Sicht auf Hegemonien entwickelt (vor allem Cox 1981, 1983). Letztere wird als eine Struktur betrachtet, deren Werte, Normen und Ideen über das Wesen einer Weltordnung bestimmen (Bieler/Morton 2004: 105).<sup>9</sup> Die Werte werden in

---

8 Vgl. Chomsky 2003; Friedman/Chase-Dunn 2005; David/Grondin 2006.

9 Vgl. auch Cox/Schecter 2002; Gill 2003; Morton 2007.

einer hegemonialen Ordnung als universell begriffen und durch materielle Ressourcen sowie durch die Schaffung von Institutionen gestützt. Die Vorherrschaft der Hegemonie liegt also ungleich stärker in ihrer konsensbildenden Fähigkeit („opinion-moulding activity“, Cox 1996: 151) denn in der Anwendung von (physischem) Zwang. Für Poststrukturalistinnen und Poststrukturalisten, die sich des Laclau'schen Werkes bedienen, liegt hier ein erster Anknüpfungspunkt; jedoch bereitet das materialistische Erbe der Neo-Gramscianer Probleme. Aus letzterer Sicht entstehen Hegemonien – gleich auf welcher Ebene – vor allem durch kapitalistische Produktionsstrukturen (Cox 1983: 171). Durch diese Rückbindung werden Hegemonien nicht als genuin politische Phänomene konzeptualisiert, sondern *zuallererst* als ein Produkt ökonomischer Deutungskämpfe.

Was also haben poststrukturalistische Arbeiten in den IB zum Thema Hegemonien zu sagen? Bislang hat die poststrukturalistische Literatur hegemoniale Verhältnisse recht verkürzt, sprich, vor allem mit dem Blick auf durch bestehende Ordnungen unterdrücktes Wissen und Widerstand gegen eben diese Ordnungen analysiert. Hegemonien werden dabei als dominante Diskurse begriffen, die andere Diskurse marginalisieren; aber auch als ein Set disziplinierender Praktiken oder als diskursiver Rahmen, der die allgemeinen Bedingungen eines spezifischen Lebensstils, bestimmter Denkweisen und nationaler Identitäten absteckt (vgl. Fierke 1998; Shapiro 2004; Agnew 2007; Klein 1994). Diese eher losen Konzeptualisierungen wurden in der poststrukturalistischen Literatur nicht wirklich weiterverfolgt.

Vor diesem Hintergrund haben in den letzten Jahren vermehrt Autorinnen und Autoren (darunter ich selbst) Laclaus Hegemoniebegriff genutzt, um ihre Analysen von Identitätsbildung und Macht in den IB zu stützen. So verwendet Ty Solomon in seiner Studie zum Kampf gegen den Terrorismus den Hegemoniebegriff, um zu erläutern, wie der Irakkrieg diskursiv normalisiert und dabei die Konstruktion von einer spezifischen Identität – der USA – möglich wurde. „Laclau's approach offers a way to think more systematically about how self-other relations are constituted through a specific theoretical understanding of social logics and identity“ (Solomon 2009: 276). In seiner Studie – wie auch in anderen, die ebenfalls auf Laclaus Hegemoniebegriff zurückgreifen (Hansen 2006; Rogers 2009; Herschinger 2012; Renner 2013) – sind Hegemonien Diskurse, die in spezifischen sozialen Zusammenhängen den Anspruch einer Gesamtrepräsentation eben dieses sozialen Zusammenhangs erheben. Hegemoniale Diskurse präsentieren sich dabei als eine Einheit, d.h. sie *imaginieren* sich als angemessene Ordnungen in einem spezifischen Feld, das sie in Gänze zu repräsentieren beanspruchen. Von Imaginieren ist deshalb die Rede, weil eine vollkommene Repräsentation empirisch unmöglich bleibt (Stäheli 2000: 55). Entscheidend ist, dass diese hegemonialen Verbindungen den diskursiven

Raum dichotom zu organisieren suchen. Hegemonien ziehen (und entstehen durch) Grenzen – wodurch letztlich Identitäten produziert werden.

Entscheidend sind dabei Antagonismus und die Logik der Äquivalenz. Beide Konzepte von Laclau werden in den genannten Studien intensiv genutzt, bedarf es ihrer doch, um die Entstehung von Hegemonien und dominanten Identitäten zu erfassen. Die Logik der Äquivalenz umschreibt die Formierung des diskursiven Terrains durch Differenzierung und Abgrenzung. Während diskursive Elemente per se als different verstanden werden, produziert die Logik der Äquivalenz „äquivalente Differenzen“. Das heißt, die Elemente *a*, *b*, *c* sind äquivalent mit Blick auf etwas, das ihnen allen zu unterliegen scheint. Insofern sind die Elemente *a*, *b*, *c* äquivalent *mit Blick* auf das Element *z*. Dieses „unterliegende Etwas“ wird als das „general equivalent“ (Laclau/Mouffe 2001: 127) bezeichnet. Durch die Äquivalenzierung von Elementen wird gleichzeitig der diskursive Raum zweigeteilt: zeigt diese Bewegung doch auf, was den äquivalenten Differenzen unterliegt, gleichzeitig eine antagonistische Grenze zu dem ziehend, was dem „unterliegenden Etwas“ diametral widerspricht. Weiterhin – und das ist das Herz einer hegemonialen Operation – ist ein Element in der Lage, alle äquivalenten Elemente zu repräsentieren, also für die gesamte Kette von Elementen symbolisch einzustehen. Laclau hat diese Differenz als leeren Signifikanten bezeichnet, als ein Element, das mit unterschiedlichen, auch einander widersprüchlichen Bedeutungen aufgeladen ist, so dass es letztlich leer wird (Laclau 1994: 174).<sup>10</sup> In hegemonialen Beziehungen ist die Konstruktion der so entstehenden Identitäten ein machtgeladener Prozess und damit ein antagonistischer.<sup>11</sup> Macht die Logik doch „reference to an ‚us-them‘ axis: two or more elements can be substituted for each other with reference to a common negation or threat“ (Glynos/Howarth 2007: 144).<sup>12</sup> Das „gemeinsame Etwas“ der Elemente, das die Logik herausschält, ist hier das Projekt, einem gemeinsamen

---

10 Letztlich sind leere Signifikanten immer nur *tendenziell* leere Signifikanten, denn sie sind nur insoweit leer als ihre Bedeutung unbestimmt und umstritten ist. Vgl. Thomassen 2005: 10-11.

11 So erläutert Laclau, dass Antagonismus in hegemonialen Beziehungen dominant ist, aber Identitätskonstruktion nicht unausweichlich Antagonismen produzieren müssen (Laclau 1990: 253). Dem trägt die poststrukturalistische IB-Literatur mit dem Verweis Rechnung, dass die Idee von Identität als Differenz nicht zwingend die feindliche Abgrenzung von einem Anderen meint.

12 Die Logik der Differenz erfasst die gegenteiligen Bewegungen, da sie die äquivalenten Gefüge zwischen den Elementen schwächt und hegemoniale Formationen zersprengt sowie bestehende Identitäten desintegriert. Beide Logiken sind nicht unabhängig voneinander denkbar: ein gewisses Maß an Differenz bedingt Äquivalenz und umgekehrt, aber keine der beiden Logiken ist in der Lage einen Diskurs komplett zu dominieren, da lediglich partielle Festlegungen möglich sind (Stäheli 1999: 149).

Feind entgegen zu wirken. Entscheidend ist, dass die Elemente dieses Andere als gefährlich betrachten, da es der Realisierung der Vision des Selbst entgegensteht – das Andere *blockiert* diese Realisierung und darin liegt der Antagonismus. Das Selbst kann erst „vollkommen es selbst sein“, wenn das Andere überwunden ist, so dass die politischen Handlungen des Selbst von der Idee dominiert werden, nur die Auslöschung des Anderen führe zur vollkommen – imaginierten – Einheit (Laclau/Mouffe 2001: 125). Insofern entsteht ein Selbst durch die Abgrenzung von einem oder mehreren antagonistischen Anderen. Letztere sind aus Sicht des Selbst feindlich, da das Andere die imaginierte Einheitsvorstellung des Selbst blockiert.

Mit eben diesen Konzepten konnte Solomon zeigen, wie der Irakkrieg mit dem Terrorismus verbunden und somit der Irak zu einer Bedrohung für die USA wurde (Solomon 2009: 294); so konnte Hansen erläutern, wie der Krieg in Bosnien auf hegemonialen Interpretationen des Balkans als exotisch und unterentwickelt, fremd und gefährlich für den Westen konzeptualisiert wurde (Hansen 2006: Kapitel 6); so konnte Renner ausführen, wie die Hegemonialisierung von Versöhnung möglich wurde: indem „zugleich konkurrierende Forderungen nach Gerechtigkeit und der Bestrafung der ehemaligen Regime-Mitglieder als Rache delegitimiert und aus dem Spektrum akzeptabler Politiken ausgeschlossen wurden“ (Renner 2013: 310).

---

## 5 Fazit

Ziel des Beitrags war es, einen Einblick in die Rezeption und Wirkung von Ernesto Laclaus Werk in den Internationalen Beziehungen zu geben. Anhand der Konzepte Identität und Hegemonie in Laclau'scher Prägung zeigte der Beitrag auf, dass es – nach Jahren nur recht sporadischer Referenzen auf Laclaus Werk – mit Anfang des 21. Jahrhunderts immer mehr Studien gibt, die sich seiner Schriften bedienen, um Phänomene und Prozesse internationaler Politik systematisch zu analysieren. Wenn es dabei auch Unterschiede im Detail geben mag, so lassen sich diese Autoren und Autorinnen doch dem Poststrukturalismus in den IB zuordnen, also jene Ansätze, die den Positivisten und Positivistinnen in der dritten metatheoretischen Debatte in den IB gegenübergestellt waren.

Sie nutzten Ernesto Laclaus Arbeiten vor allem, um hegemoniale und identitäre Prozesse in der internationalen Politik zu erfassen, die sichtbar machen, wie dominante Interpretationen und Diskurse entstehen, dadurch spezifische Politiken ermöglichten und alternative Handlungsoptionen marginalisierten. Die Analysen konnten in vielen Facetten aufzeigen, wie Worte und Praktiken gemeinsam artikuliert wurden, um die Begriffe „Wir“ und „Sie“ mit Bedeutung aufzuladen und

dominant werden zu lassen (Solomon 2014: 729). Es geht diesen Arbeiten also vor allem darum, Widerstand und politische Bedeutungskämpfe zu analysieren und Kritik an der bestehenden politischen Ordnung der Dinge zu üben. Das ist vielleicht auch wenig verwunderlich in einer Zeit von Occupy und Gezi-Park oder hohen Flüchtlingszahlen und gesellschaftlicher Dauerüberwachung. Denn zur Analyse der Konstruktion und dazugehöriger Kritik eignen sich Laclaus Schriften mit ihrem Fokus auf eben jenen Kämpfen um die Instituierung politischer Ordnungen besonders gut.

Allerdings könnte man abschließend bemängeln, dass sich die Arbeiten dabei eines Teils des Werks von Ernesto Laclau bedienen, der – wenngleich zentral – schon recht alt, d. h. vor dem 21. Jahrhundert entstanden ist. So gibt es beispielsweise bislang noch nicht viele Arbeiten, die sich mit Laclaus Ausführungen zu Populismus und Emotionen oder Affekt beschäftigen, um hegemoniale und identitäre Prozesse in der internationalen Politik zu analysieren (aber Methmann 2014; Solomon 2014). Gerade mit Blick auf die jüngste Debatte zur Bedeutung von Emotionen in der internationalen Politik (siehe dazu die Beiträge in *International Theory* 2014; sowie exemplarisch Sauer 2015) könnte hier ein wesentlicher Anknüpfungspunkt für IBlerinnen und IBler mit dem Werk von Laclau liegen. Zudem könnte so die eingangs erwähnte „Importpolitik“ der IB zu einem „guten Ende“ für Ernesto Laclau führen, da so sukzessive seine politische Theorie umfassender und nicht nur in ihren – wenn auch zentralen – Bestandteilen in der Disziplin heimisch werden kann.

## Literatur

- Agius, Christine, 2013: Performing identity: The Danish cartoon crisis and discourses of identity and security. In: *Security Dialogue* 44: 3, S. 241-258.
- Agnew, John, 2007: Know-Where: Geographies of Knowledge of World Politics. In: *International Political Sociology* 1: 2, S. 138-148.
- Ansoorge, Josef Teboho, 2007: The (International) Politics of Friendship: Exemplar, Exemplarity, Exclusion. In: Fagan, Madeleine/Glorieux, Ludovic/Hasimbegovich, Indira/Suetsugo, Marie (Hrsg.): *Derrida. Negotiating the Legacy*, Edinburgh, S. 112-127.
- Ashley, Richard K., 1984: The Poverty of Neorealism. In: *International Organization* 38: 2, S. 225-286.
- Ashley, Richard K./Walker, R.B.J., 1990a: Reading Dissidence/Writing the Discipline: Crisis and the Question of Sovereignty in International Studies. In: *International Studies Quarterly* 34 (Special Issue: Speaking the Language of Exile: Dissidence in International Studies): 3, S. 367-416.

- Ashley, Richard K./Walker, R.B.J., 1990b: Introduction: Speaking the Language of Exile: Dissident Thought in International Studies. In: *International Studies Quarterly* 34: 3, S. 259-268.
- Bevir, Mark, 2010: Rethinking governmentality: Towards genealogies of governance. In: *European Journal of Social Theory* 13: 4, S. 423-441.
- Bieler, Andreas/Morton, Adam David, 2004: A critical theory route to hegemony, world order and historical change: neo-Gramscian perspectives in International Relations. In: *Capital & Class* 82: spring, S. 85-113.
- Bigo, Didier, 2005: From Foreigners to 'Abnormal Aliens'. How the Faces of the Enemy Have Changed Following September the 11<sup>th</sup>. In: Guild, Elspeth /Selm, Joanne van (Hrsg.): *International Migration and Security. Opportunities and Challenges*, London, New York.
- Campbell, David, 1998a: *National Deconstruction. Violence, Identity, and Justice in Bosnia*. London/Minneapolis.
- Campbell, David, 1998b: *Writing Security. United States Foreign Policy and the Politics of Identity* (revised edition), Minneapolis.
- Campbell, David/Shapiro, Michael J. (Hrsg.), 1999: *Moral Spaces. Rethinking Ethics and World Politics*. Minneapolis.
- Chomsky, Noam, 2003: *Hegemony or Survival: America's Quest for Global Dominance*. London.
- Cox, Robert W., 1981: Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory, in: *Millennium: Journal of International Studies* 10: 2, S. 126-155.
- Cox, Robert W., 1983: Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method, in: *Millennium: Journal of International Studies* 12: 2, S. 162-175.
- Cox, Robert W., 1996: *Approaches to world order*, Cambridge.
- Cox, Robert W./Schechter, Michael G., 2002: *The Political Economy of a Plural World: Critical Reflections on Power, Morals, and Civilisation*, London.
- David, Charles-Philippe/Grondin, David, 2006: *Hegemony or Empire? The Redefinition of US Power under George W. Bush*, Aldershot.
- Der Derian, James/Shapiro, Michael J. (Hrsg.), 1989: *International/Intertextual Relations. Postmodern Readings of World Politics*, New York.
- Der Derian, James, 1992: *Antidiplomacy: Spies, Terror, Speed, and War*, Oxford.
- Destradi, Sandra, 2010: Regional powers and their strategies: empire, hegemony, and leadership, in: *Review of International Studies* 36: 4, S. 903-930.
- Diez, Thomas, 1999a: Speaking 'Europe': the politics of integration discourse, in: *Journal of European Public Policy* 6: 4, S. 598-613.
- Diez, Thomas, 1999b: *Die EU Lesen. Diskursive Knotenpunkte in der Britischen Europa-debatte*, Opladen.
- Diez, Thomas, 2004: Europe's Others and the Return of Geopolitics, in: *Cambridge Review of International Affairs* 17: 2, S. 319-335.
- Diez, Thomas, 2006: Postmoderne Ansätze, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, 2. Auflage, Opladen, S. 449-476.
- Diez, Thomas, 2014: Bedeutungen und Grenzen. Anmerkungen zur deutschsprachigen Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, in: Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hrsg.): *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, S. 381-398.
- Doty, Roxanne Lynn, 1996: *Imperial Encounters: the Politics of Representation in North-South Relations*, Minneapolis.
- Edkins, Jenny, 1999: *Poststructuralism & International Relations. Bringing the Political Back In*, Boulder, CO., London.

- Epstein, Charlotte, 2011: Who speaks? Discourse, the subject and the study of identity in international politics, in: *European Journal of International Relations* 17: 2, S. 327-350.
- Fierke, Karin M., 1998: *Changing games, changing strategies. Critical investigations in security*, Manchester.
- Foucault, Michel, 1991: Governmentality, in: Burchell, Graham/Gordon, Colin/Miller, Peter (Hrsg.): *The Foucault Effect*, London, S. 87-104.
- Friedman, Jonathan/Chase-Dunn, Christopher (Hrsg.), 2005: *Hegemonic Definitions: Present and Past*, Cambridge.
- George, Jim, 1994: *Discourses of Global Politics. A Critical (Re)Introduction to International Relations*, Boulder, CO.
- Gill, Stephen, 2003: *Power and Resistance in the New World Order*, Basingstoke.
- Gilpin, Robert, 1975: *US Power and the Multinational Cooperation*, New York.
- Glynos, Jason/Howarth, David, 2007: *Logics of Critical Explanation in Social and Political Theory*, London.
- Guillaume, Xavier, 2010: *International Relations and identity. A dialogical approach*, London.
- Hahn, Kristina, 2008: *NGOs' Power of Definition. Identity Productions in Counter-Human Trafficking Discourse and the Debates on the UN Protocol* (PhD Thesis, University of Bremen, unpublished manuscript).
- Hall, Stuart, 1996: Introduction: Who Needs Identity?, in: Hall, Stuart/du Gay, Paul (Hrsg.): *Questions of Cultural Identity*, London, S. 1-17.
- Hansen, Lene, 2006: *Security as Practice. Discourse Analysis and the Bosnian War*, London, New York.
- Haugaard, Mark, 2006a: Power and Hegemony in Social Theory, in: Haugaard, Mark/Lentner, Howard H. (Hrsg.): *Hegemony and Power: Consensus and Coercion in Contemporary Politics*, Lanham, S. 45-66.
- Haugaard, Mark, 2006b: Conceptual Confrontation, in: Haugaard, Mark/Lentner, Howard H. (Hrsg.): *Hegemony and Power. Consensus and Coercion in Contemporary Politics*, Lanham, S. 3-19.
- Herschinger, Eva, 2011: *Constructing Global Enemies. Hegemony and Identity in International Discourses on Terrorism and Drug Prohibition*, Abingdon, New York.
- Herschinger, Eva, 2012: 'Hell Is the Other': Conceptualising Hegemony and Identity through Discourse Theory, in: *Millennium – Journal of International Studies* 41: 1, S. 65-90.
- Herschinger, Eva/Renner, Judith, (Hrsg.) 2014: *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden.
- International Theory, 2014: Forum: Emotions and World Politics, in: *International Theory* 6: 3, S. 490-594.
- Jackson, Patrick Thaddeus, 2011: *The Conduct of Inquiry in International Relations: Philosophy of Science and Its Implications for the Study of World Politics*, Abingdon, New York.
- Jepperson, Ronald L./Wendt, Alexander/Katzenstein, Peter J., 1996: Norms, Identity and Culture in National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The Culture of National Security. Norms and Identity in World Politics*, New York, S. 33-75.
- Katzenstein, Peter J., 1996: Introduction: Alternative Perspectives on National Security, in: Katzenstein, Peter J. (Hrsg.): *The culture of national security: norms and identity in world politics*, New York, S. 1-32.
- Keohane, Robert O., 1984: *After Hegemony: Cooperation and Discord in the World Political Economy*, Princeton.

- Keohane, Robert O., 1988: International Institutions: Two Approaches, in: *International Studies Quarterly* 32: 4, S. 379-396.
- Kerchner, Brigitte, 2006: Diskursanalyse in der Politikwissenschaft. Ein Forschungsüberblick, in: Kerchner, Brigitte/Schneider, Silke (Hrsg.): *Foucault: Diskursanalyse der Politik*, Wiesbaden, S. 33-67.
- Kiersey, Nicholas J./Stokes, Doug, (Hrsg.) 2011: *Foucault and international relations. New critical engagements*, London, New York.
- Kindleberger, Charles P., 1973: *The World in Depression, 1929-1939*, Berkley.
- Klein, Bradley S., 1994: *Strategic Studies and World Order*, Cambridge.
- Koschut, Simon/Oelsner, Andrea, (Hrsg.) 2014: *Friendship and International Relations*, Houndsmills.
- Laclau, Ernesto, 1990: New Reflections on the Revolution of Our Time, in: Laclau, Ernesto (Hrsg.): *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London, S. 3-87.
- Laclau, Ernesto, 1994: Why do Empty Signifiers Matter to Politics?, in: Weeks, Jeffrey (Hrsg.): *The lesser Evil and the greater God*, London, S. 167-178.
- Laclau, Ernesto, 1995: Subject of Politics, Politics of the Subject, in: *A Journal of Feminist Cultural Studies* 7: 1, S. 146-164.
- Laclau, Ernesto, 2000: Foreword, in: Howarth, David/Norval, Aletta J./Stavrakakis, Yannis (Hrsg.): *Discourse theory and political analysis. Identities, hegemonies and social change*, Manchester, New York, S. x-xi.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal, 2001: *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London.
- Lake, David A., 1993: Leadership, Hegemony and the International Economy: Naked Emperor or Tattered Monarch with Potential?, in: *International Studies Quarterly* 37: 4, S. 459-489.
- Larner, Wendy/Walters, William, 2004: *Governmentality. Governing International Spaces*, London.
- Lentner, Howard H., 2006: Hegemony and Power in International Politics, in: Haugaard, Mark/Lentner, Howard H. (Hrsg.): *Hegemony and Power: Consensus and Coercion in Contemporary Politics*, Lanham, S. 89-108.
- Lyotard, Jean-François, 1986: *Das postmoderne Wissen: ein Bericht*, Wien.
- Mercer, Jonathan, 1995: Anarchy and Identity, in: *International Organization* 49: 2, S. 229-252.
- Merlingen, Michael, 2006: Foucault and World Politics: Promises and Challenges of Extending Governmentality Theory to the European and Beyond, in: *Millennium – Journal of International Studies* 35: 1, S. 181-196.
- Methmann, Chris, 2014: Das ökologische Paradox: Eine narrative Diskursanalyse hegemonialer Klimadiskurse, in: Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hrsg.): *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden, S. 240-269.
- Methmann, Chris Paul, 2010: 'Climate Protection' as Empty Signifier: A Discourse Theoretical Perspective on Climate Mainstreaming in World Politics, in: *Millennium – Journal of International Studies* 39: 2, S. 345-372.
- Morton, Adam David, 2007: Waiting for Gramsci: State Formation, Passive Revolution and the International, in: *Millennium – Journal of International Studies* 35: 3, S. 597-621.
- Neumann, Iver B., 1999: *Uses of the Other. "The East" in European Identity Formation*, Manchester.
- Renner, Judith, 2013: *Discourse, Normative Change and the Quest for Reconciliation in Global Politics*, Manchester.

- Rogers, James, 2009: From 'Civilian Power' to 'Global Power': Explicating the European Union's 'Grand Strategy' Through the Articulation of Discourse Theory, in: *Journal of Common Market Studies* 47: 4, S. 831-862.
- Sauer, Frank, 2015: Atomic Anxiety. Nuclear Deterrence, Taboo and the Non-Use of US Nuclear Weapons Houndsmills.
- Shapiro, Michael J., 2004: *Methods and Nations. Cultural Governance and the Indigenous Subject*, London.
- Smith, Steve, 1992: The Self-Images of a Discipline: A Genealogy of International Relations Theory, in: Booth, Ken/Smith, Steve (Hrsg.): *International Relations Theory Today*, Cambridge, S. 1-37.
- Solomon, Ty, 2009: Social Logics and Normalisation in the War on Terror, in: *Millennium – Journal of International Studies* 38: 2, S. 269-294.
- Solomon, Ty, 2014: The affective underpinnings of soft power, in: *European Journal of International Relations* 20: 3, S. 720-741.
- Stäheli, Urs, 1999: Die politische Theorie der Hegemonie: Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, in: Brodocz, Andre/Schaal, Gary S. (Hrsg.): *Politische Theorien der Gegenwart*, Opladen, S. 141 -165.
- Stäheli, Urs, 2000: Sinnzusammenbrüche. Eine dekonstruktivistische Lektüre von Niklas Luhmanns Systemtheorie, Weilerswist.
- Thomassen, Lars, 2005: From antagonism to heterogeneity: discourse analytical strategies *Essays in Politics and Government: Sub-Series in Ideology and Discourse Analysis*, nr. 21.
- Vasilache, Andreas, 2011: Human Securitization: State Theory, Governmentality, and the Ambivalence of Security in Europe, in: Schuck, Christoph (Hrsg.): *Security in a Changing Global Environment. Challenging the Human Security Approach*, Baden-Baden, S. 123-152.
- Wæver, Ole, 1998: The Sociology of a Not so International Discipline: American and European Developments in International Relations, in: *International Organization* 52: 4, S. 687-727.
- Wæver, Ole, 2002: Identity, Communities and Foreign Policy: Discourse Analysis as Foreign Policy Theory, in: Hansen, Lene/Wæver, Ole (Hrsg.): *European Integration and National Identity: The Challenge of the Nordic States*, London, S. 20-49.
- Wæver, Ole, 2005: European Integration and Security: Analysing French and German Discourses on State, Nation, and Europe, in: Howarth, David/Torfin, Jacob (Hrsg.): *Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance*, Basingstoke, S. 33-67.
- Wæver, Ole, 2009: Waltz's Theory of Theory, in: *International Relations* 23: 2, S. 201-222.
- Walker, R.B.J., 1993: *Inside/Outside. International Relations as Political Theory*, Cambridge.
- Walker, R.B.J., 2010: *After the Globe, Before the World*, London.
- Walt, Stephen M., 1991: The Renaissance of Security Studies, in: *International Studies Quarterly* 35: 2, S. 211-239.
- Waltz, Kenneth A., 1979: *Theory of International Politics*, Reading, MA.
- Weller, Christoph, 1999: Kollektive Identitäten in der internationalen Politik, in: Reese-Schäfer, Walter (Hrsg.): *Identität und Interesse. Der Diskurs der Identitätsforschung*, Opladen, S. 249-278.
- Wendt, Alexander, 1994: Collective Identity Formation and the International State, in: *The American Political Science Review* 88: 2, S. 384-396.
- Wendt, Alexander, 1999: *Social Theory of International Politics*, Cambridge.
- Zehfuss, Maja, 2013: Critical Theory, Poststructuralism, and Postcolonialism, in: Carlsnaes, Walter/Simmons, Beth A./Risse, Thomas (Hrsg.): *Handbook of International Relations*, Los Angeles, S. 145-169.

---

# Annäherungen an das Außen

## Laclau, die Stadt und der Raum

Nikolai Roskamm

Was verbindet Ernesto Laclau und die Stadt? Auf den ersten Blick scheint Laclau nicht viel zu diesem Thema zu sagen zu haben. Die Stadt und das Städtische tauchen in Laclaus Texten zwar an einigen Stellen auf und bilden dann die Hintergrundfolie für die Ausführungen zu den dort hauptsächlich verhandelten Themen. Ein Stadttheoretiker oder gar ein Urbanist ist Laclau aber mitnichten. Im Laclau'schen Ideengebäude ist die Stadt kein zentraler Begriff, das Urbane und Überlegungen, was das eigentlich sein könnte, kommen, wenn überhaupt, nur am Rande seiner politischen Theorie vor. Aus der anderen Richtung betrachtet – aus Perspektive des urbanistischen Feldes – ist die Beziehung Laclau/Stadt jedoch anders zu bewerten. Für die kritische Stadtforschung ist Laclau ein wichtiger Ideengeber, und zwar in ganz verschiedenen Bereichen dieses komplexen Wissensgebiets. So wird etwa in den aktuellen Debatten der Planungstheorie, in der das auf Chantal Mouffe zurückgehende Modell der „agonistischen Planung“ kürzlich zur geltenden Begründungserzählung erklärt worden ist (vgl. Bäcklund/Mäntysalo 2010: 344), immer wieder auch auf die Antagonismustheorie von Laclau rekurriert (vgl. Purcell 2013; Gunder 2010; Hillier 2002). In der kritischen Geographie, die schon lange das eigentliche Sammelbecken der *critical urban studies* ist, hat die Auseinandersetzung mit den Ideen von Laclau sogar eine relativ weit zurückreichende Tradition (vgl. Massey 2007 [1992]) und in neuerer Zeit ist dieser Diskurs auch in die deutschsprachigen Diskussionen eingesickert (vgl. Glasze 2008). In den in der Stadtforschung derzeit viel vertretenen Debatten der postkolonialen Theorie ist Laclau ebenso ein wichtiger Bezugspunkt, vielleicht ist er diesem Felde sogar zugehörig. Schließlich bietet für den Diskurs zur „postpolitischen Stadt“, in dem nicht zuletzt auf einen Begriff des Politischen abgezielt wird, die diesbezügliche Laclau'sche Ausarbeitung einen zunehmend diskutierten Ansatzpunkt (vgl. Michel/Roskamm 2013).

In meinem Beitrag möchte ich versuchen, einige der für die kritische Stadtforschung zentralen Punkte in der Theorie von Ernesto Laclau herauszuarbeiten.

Dabei ist es naheliegend, nicht mit der Stadt, sondern mit dem Raum zu beginnen. Raum ist ein zentraler Begriff in der kritischen Geographie und Raum ist auch eine zentrale Kategorie in der Stadtforschung. Stadtforschung begreift sich stets als Raumwissenschaft, für eine Stadttheorie ist Raum so etwas wie das eigentliche Unterscheidungs- und Abgrenzungsmerkmal (etwa zu den Gesellschaftswissenschaften). Und zum Raum, soviel ist gewiss, hat Laclau eine ganze Menge zu sagen. Der Schlüssel zu einem Verständnis von Laclaus Raumbegriff ist das „konstitutive Außen“, das zu Recht im Zentrum der geographischen Kontroversen der Sozialgeographie mit und über Laclau steht. Aus diesem Grund steht die Konzeption des „konstitutiven Außen“ auch im Mittelpunkt meiner ersten Annäherung an das Verhältnis zwischen Urbanismus und der politischen Theorie von Laclau. Im zweiten Schritt untersuche ich eine weitere Konzeption, die ein konstitutives Außen beinhaltet, nämlich Laclaus Begriff der „sozialen Heterogenität“. Diese Analyse führt dann zurück zum Städtischen und zu der Frage, ob Laclau – auf den zweiten Blick – nicht vielleicht doch mehr zur Stadt beizutragen hat, als es zunächst den Eindruck macht.<sup>1</sup>

---

## 1 Der Raum und das konstitutive Außen

Die Prämisse von Laclau ist es, dass der Grund für die Entwicklung der sozialen Kräfte nicht innerhalb eines Systems (einer Gesellschaft, der Produktionsverhältnisse) zu finden sein kann, sondern *außerhalb* gesucht werden muss. Laclau führt aus diesem Grunde den Begriff des „konstitutiven Außen“ ein, ein radikales Außen, das gleichwohl als Zielpunkt und als Antriebskraft für alle sozialen Konstituierungen konzipiert ist (1990: 84). Die Herkunft des Laclau'schen Raumkonzepts – genau darum handelt es sich hier nämlich – baut auf den in den 1950er und 1960er Jahren ausformulierten Überlegungen zum Raum in der Phänomenologie und in den Sprachwissenschaften auf. Jacques Derrida reflektiert das Außen vor allem in seinen linguistisch ausgerichteten Arbeiten. Das Außen und das Innen, so lautet Derridas Zugang, ist anhand der Beziehungen zwischen Sprechen und Schreiben zu bestimmen. Die absolute „Exteriorität“ des Schreibens ist konstitutiv für das Innen (das Innen der Sprache, der bezeichneten Bedeutung, der Anwesenheit selbst). Das Außen unterhält dabei ganz allgemein eine Beziehung mit dem Innen, die jedoch

---

1 Der vorliegende Text beruht auf einem Kapitel meiner Monographie *Die unbesetzte Stadt: Postfundamentalistisches Denken und das urbanistische Feld* (erscheint 2017 bei Birkhäuser)

selbst nicht äußerlich ist. Die Bedeutung des Außen ist stets im Inneren präsent, gefangen außerhalb des Außen (nämlich im Innern) und umgekehrt (1997: 35). In *Die Schrift und die Differenz* (2005 [1967b]: 138) baut Derrida diese paradoxe Bestimmung aus. Derrida fragt, warum gerade bei der Umschreibung von vermeintlich nicht-räumlichen Verhältnissen so oft das Außen und die Exteriorität bemüht werden und warum es erforderlich ist, gewisse Verhältnisse als nicht-räumliche Beziehung zu exponieren (wo doch letztlich jede Beziehung räumlich ist). Woher, so Derrida, kommt die Behauptung, dass die Wahrheit des Außen unwahr ist, dass wahre Exteriorität nicht räumlich und auch nicht außen sein kann? Derridas Thema ist es, die Unentscheidbarkeit zu kennzeichnen, und zwar genauso die Schwäche des Innen-Außen-Denkens wie dessen Unvermeidbarkeit: die Vergeblichkeit, Wörter wie „innen“, „außen“, „innerhalb“ und „außerhalb“ zu vergessen oder sie mit einem Bann zu belegen. Jeder Versuch, Sprache vom Sprechen des Innen und Außen zu entwöhnen, so resümiert Derrida, ist zum Scheitern verurteilt. Henry Staten schlägt in seiner Studie *Wittgenstein and Derrida* (1986) dann den Begriff des „konstitutiven Außen“ vor. Dieser Ausdruck liegt bei Derrida zwar bereits in der Luft, aber er ist noch nicht expliziert. Genau das holt Staten nach.<sup>2</sup> Henry Staten erklärt, dass Derrida das Außen als notwendig für die Konstitution eines jeden Phänomens betrachtet, als Bedingung für die Möglichkeit eines Innen. Dadurch wird es konstitutiv. Staten führt aus, dass das „konstitutive Außen“ nichts Zufälliges oder Versehentliches hat, sondern dass es sich gerade durch seine unbegrenzte Notwendigkeit auszeichnet. Das Außen als Nicht- oder Anti-Substanz verletzt dabei bewusst jene Grenzen der Positivität, mit denen die klassische Philosophie ihr Seinskonzept schützen möchte. Das Nicht-Sein des Außen befällt das Sein, infiltriert es und wird schließlich zur dekonstruktiven Alternative des fundamental-philosophischen Konzepts und dessen hauptsächlichsten und unantastbaren Grenzziehungen von Einheit und Selbstidentität (1986: 16). Das Außen wird somit zum Symbol des nicht schließbaren Raums und der nicht abschließbaren Gesellschaft.

In dieser Traditionslinie verortet Laclau sein Modell. Seine gesamte politische Theorie basiert auf jener philosophischen Provokation des „konstitutiven Außen“. Der Grundgedanke bei Laclau lautet, dass jegliches Bedeutungssystem durch ein Außen konstituiert ist, jeder Diskurs, jede Identität und jede Struktur: Sämtliche Bedeutungssysteme haben ein Außen als Gründungsbedingung. Nach Laclau ist es Bedeutungssystemen (Diskursen, Identitäten, Systemen, Gesellschaften) nicht möglich, sich vollständig zu stabilisieren, und zwar deshalb nicht, weil sie auf das radikal andere Außen verwiesen sind. Auf der einen Seite drängt jedes Bedeu-

---

2 Chantal Mouffe macht später darauf aufmerksam, dass der von ihr und Ernesto Laclau verwendete Begriff vom „konstitutiven Außen“ auf Staten zurückgeht (2002: 6).

tungssystem (das Innen) dahin, sich dem konstitutiven Außen anzunähern; auf der anderen Seite ist es aber für das Innen unmöglich, selbst zum Außen zu werden. Das konstitutive Außen wird zum einen die Ursache dafür, dass die Bedeutungssysteme sich um Stabilisierung bemühen, zum anderen ist es aber auch gleichzeitig der Grund, dass eine vollständige Stabilisierung des Systems nicht möglich ist. Das konstitutive Außen entfacht damit auf zweierlei Weise die Antriebskräfte, die jegliche Konstitution des Innen bewirken: Einerseits ist das Außen das Ziel jeder sozialen Identifikation – allerdings ein unmöglich zu erreichendes Ziel. Andererseits ermöglicht jedoch das Außen erst die Bemühungen, das unmögliche Ziel anzustreben. Diese Doppelbewegung – das Auslösen eines Bemühens und die Verunmöglichung desselben Bemühens – ist die Quelle des Antagonismus (vgl. auch 2012: 111).

Die dabei ausgelösten Stabilisierungen und Destabilisierungen werden von Laclau als „Sedimentation“ und „Dislokation“ bezeichnet. Die langfristig unmögliche Konstitution des Innen (als Außen), so erklärt Laclau, könne kurzzeitig durchaus erfolgreich sein: in Form von Sedimentationen (1990: 35). Sedimentationen sind diskursive und/oder materielle Setzungen, Ablagerungen, die durch Wiederholung und Routinisierung entstehen, sie sind (zeitweise) gelungene Fixierungen von Bedeutung und damit auch der Name für das Ergebnis solcher Fixierungen, also von (vermeintlicher, behaupteter) *Objektivität*. Sedimentationen sind das, was in einem Diskurs als objektiv gilt. Die Kräfte, die sich gegen die Sedimentationen richten (die die Verfestigungen entfestigen), erhalten von Laclau den Namen „Dislokation“ (1990: 21). Dislokationen gefährden jede Identität, sie reaktivieren die Verbindung zum Außen, machen die identitäre Existenz unmöglich, schaffen aber zugleich den Grund, für den nächsten (und erneut zum Scheitern verurteilten) Versuch. Sie zerstören Bedeutungssysteme und schaffen gleichzeitig Platz, Luft und Raum für die Konstitution von neuen Identitäten und neuen Sedimentationen. Sedimentation und Dislokation werden von Laclau nun mit weiteren Namen belegt, nämlich als „Politik“ (Sedimentation) und als „das Politische“ (Dislokation) benannt. „Politik“ ist dabei der Versuch der Stabilisation und der Schließung, der Etablierung und der Verfestigung, sie ist die Sphäre der „Realpolitik“, der staatlichen Organe, der Verwaltung, der Planung, der Statistik. Der „Politik“ gegenüber steht „das Politische“. In Laclaus Modell der stabilisierenden und destabilisierenden Kräfte ist „das Politische“ die Gegenbewegung zur Sedimentation; es de-fixiert Bedeutung, hinterfragt sicher geglaubte Positionen, kehrt das Unsichere hervor und torpediert Routinen. Das Politische ist: Störung, Unterbrechung, Ereignis.

In einem solchen Rahmen entwickelt Laclau seinen Raumbegriff, der sich von sozialwissenschaftlichen und geographischen Setzungen grundlegend unterscheidet. Ein Raum ist für Laclau genau so ein Bedeutungssystem wie ein Diskurs, eine

Identität und ein System, und unterliegt den gleichen antagonistischen Kräften: den Dislokationen. Die konstitutive Natur der Dislokationen führt dabei zu der Krise aller Räumlichkeit und letztlich zur Unmöglichkeit jeglicher Repräsentation (1990: 78). Das Streben der Bedeutungssysteme nach Stabilisierung nennt Laclau dagegen „Verräumlichung“. Verräumlichung äußert sich in einer auf Wiederholung beruhenden artikulatorischen Praxis, die zum Ziel hat, Bedeutung in einer hierarchisierten Struktur zu fixieren oder – noch eine andere Bezeichnung für das gleiche Bemühen – *Räume herzustellen*. Eine solche Fixierung kann jedoch (aus dem gleichen Grunde wie das Innen nicht zum Außen werden kann) letztlich nicht gelingen. Verräumlichung ist für Laclau damit der permanente (notwendige und notwendig scheiternde) Versuch, Räume herzustellen. Laclaus gesamte Konzeption kann daher auch als „Raumtheorie“ gelesen werden. Denn das Außen ist eine Antwort auf die Frage, die in der Philosophie seit ehedem gestellt wird: Was befindet sich außerhalb des Raums? Die Antwort von Laclau (der diese Frage allerdings nicht stellt) wäre: das konstitutive Außen. Diese Wendung ist fundamental für Laclaus Raumbegriff, denn dadurch vollzieht sich eine entscheidende Verschiebung: Der Raum wird in das Innen der Bedeutungssysteme gerückt, der Raum wird zum Innen, das durch das Außen konstituiert wird. Laclaus konstitutives Außen ist also auch und nicht zuletzt ein „Raumkonzept“, mit dem andere explizite und implizite Anschauungen von Raum herausgefordert werden. Laclau betont – und stellt mit dieser Betonung das geographische und/oder urbanistische Raumverständnis auf den Kopf –, dass für ihn auch „physischer Raum“ ein Bedeutungssystem ist (wie Identität, Diskurs etc.) und dass das Konzept von „Raum“ den „physischen Raum“ einschließt: Auch „physischer Raum“ ist Raum.<sup>3</sup> Physischer Raum ist für Laclau aber *nur deshalb auch Raum*, weil er gleichfalls an der generellen Form von diskursiver Räumlichkeit Anteil hat. Es geht deshalb nicht um Raum im metaphorischen Sinne, nicht um eine Analogie zum physischen Raum: „There is no metaphor here“ (1990: 41). Damit liefert Laclau einen Ausweg aus der geographischen „Raumfalle“: Er denkt Raum als Bedeutungssystem und überwindet dadurch die Banalität der räumlichen Metapher. Zudem setzt er die „geometrische Dialektik“ (Bachelard) des Innen und Außen außer Kraft, indem er das Außen zwar als konstitutiv konstituiert – die räumliche Bedingung also in Szene setzt –, aber mit der Exponierung von Diskursivität und Negativität vermeiden kann, einem reduktionistischen

---

3 Die geographische Denkbewegung setzt genau anders herum an: Sie fasst den Raum zunächst physisch-geographisch-räumlich und bezeichnet ihn erst danach (gegebenenfalls) als „sozial konstruiert“. Das wiederum würde bei Laclau keinen Sinn ergeben, da für ihn „Raum“ und „das Soziale“ äquivalent sind, womit die Feststellung einer „sozialen Konstruiertheit“ schlichtweg überflüssig wird.

Positivismus zu verfallen. Wichtig für einen solchen Raumbegriff ist, dass Laclau die Unterscheidung zwischen diskursiv und nicht-diskursiv zurückweist, woraus sich gleichfalls ein spezifisches Verständnis von Materialität ergibt. „Diskurs“ ist demnach keineswegs auf Gesprochenes und Geschriebenes zu reduzieren, sondern bezieht sich auf jeglichen „Komplex von Elementen“, in denen nicht die Elemente, sondern die Beziehungen zwischen ihnen die konstituierende Rolle spielen (Laclau 2005a: 68).

Laclaus Raumbegriff ist einerseits der Teil seiner Theorie, der in den *urban studies* und von der Sozialgeographie bisher am deutlichsten wahrgenommen wurde. Andererseits zeigt sich aber auch genau hier das schwierige Verhältnis, das zwischen kritischem Urbanismus und politischer Philosophie allgemein besteht. Das wird deutlich bei den Ausführungen der 2016 verstorbenen britischen Geographin Doreen Massey, die in ihrem Text *Politics and Space/Time* den Laclau'schen Zugang zum Raum massiv kritisiert ([1992] 2007). Massey, die sich in der Tradition der *cultural studies* und des Marxschen Denkens verortet, erklärt, dass das Konzept von Laclau eine Provokation sei für „jemanden, die als Geographin seit Jahren gemeinsam mit anderen für eine dynamische und politisch progressive Vorstellung des Räumlichen streitet.“ Laclau verstehe unter Raum einen Bereich des Stillstands, in dem es keine Möglichkeit von Politik gäbe, in dem die Ursachen jedweder Veränderung nur interne Ursachen sein können und keine Vorstellung einer offenen und kreativen Möglichkeit politischen Handelns bestehe. Laclau würde mit seiner „metaphorischen Verwendung“ zu einer „Entpolitisierung des Raums“ beitragen (2007: 112f.) und damit die Errungenschaften der kritischen Geographie torpedieren.

Die bei dieser Interpretation offen zu Tage tretenden Missverständnisse – angefangen bei der von Laclau explizit abgelehnten Verwendung des Raumbegriffs als Metapher, über die Behauptung, Laclau würde die „Ursache“ von Räumlichkeit im Innen verorten (das Gegenteil ist der Fall) bis hin zu dem (gerichtet an einen politischen Theoretiker) etwas absurden Vorwurf der „Entpolitisierung“ (vgl. Marchart 1999) – wären für sich vielleicht nicht weiter der Rede wert. Allerdings ist besagter Text von Massey in den *critical urban studies* heute recht kanonisch und bedarf daher weiterer Betrachtung. Deutlich geworden sein dürfte aus dem Bisherigen, dass für Laclau „Raum“ selbstverständlich politisch ist. Verräumlichung ist für ihn sogar der zentrale Bestandteil von Politik. In Masseys Kritik und bei ihrem Versuch, den „Raum zu legitimieren“ (darauf läuft ihr Argument hinaus), zeigt sich vor allem eine Schwierigkeit, die symptomatisch für den Umgang der Raumwissenschaften mit dem eigenen Grundbegriff ist. Der Grundbegriff der Geographie – auch der kritischen Geographie – ist der Raum. Der Grundbegriff der politischen Theorie ist die Politik/das Politische. Für jede Disziplin ist es eine Kernaufgabe, das Verhältnis zu den eigenen Grundbegriffen zu klären und regel-

mäßig geht es dabei um eine Form der Privilegierung. So wie in der politischen Theorie „das Politische“ exponiert und als Primat (etwa über das Soziale oder das Ökonomische) inszeniert wird, geht es auch in den Raumwissenschaften häufig genau darum, „den Raum“ oder „das Räumliche“ zu privilegieren.<sup>4</sup> Daraus ergeben sich zwei Fragestellungen. Erstens: Eignen sich „das Politische“ und „das Räumliche“ gleichermaßen für die beabsichtigte Privilegierung? Zweitens: Wie wird die Privilegierung ausgeführt? Privilegierung geht auf der Ebene der Metatheorie meist mit der Diskussion des ontologischen Status des jeweiligen Objekts einher. Laclau setzt das Politische als ontologische Form, die fundamental für die Entwicklung des Sozialen und der Geschichte ist. Um nicht selbst ein identitäres substanzialistisches Modell vorzulegen, bestimmt er das Politische als Antagonismus und nimmt ihm alle eigene positive Substanz; das Politische entsteht in der Relation und (negativ) als Äquivalenz. Es ist also ein erheblicher Aufwand nötig, um dem Politischen ein ontologisches Primat zu verleihen. „Den Raum“ als ontologische Substanz zu setzen, ist nun aber eine noch schwierigere Operation. Und zwar nicht zuletzt deshalb, weil die frühe Geographie genau darauf gründet, den Raum zu ontologisieren. Die problematische geopolitische Vergangenheit beruht auf dem Versuch, mit Begriffen wie „Lebensraum“ oder „Raumdruck“ den Raum zu biologisieren und ihm dadurch ein ontologisches Primat zukommen zu lassen. Nun lässt sich zwar Ähnliches auch vom Politischen sagen (erinnert sei an die Ausführungen von Carl Schmitt), aber dieser Punkt wird in der politischen Theorie nicht nur explizit problematisiert, sondern die neue Ontologisierung beruht letztlich auf dem dekonstruktiven Durchgang durch das Schmitt'sche Angebot und seine Freund-/Feind-Unterscheidung. Bei den gängigen Raumprivilegierungen sind solche Bemühungen dagegen kaum zu bemerken. Dazu kommt eine weitere Schwierigkeit, nämlich die, dass Raum (wie die Zeit) ein Medium ist, das – wie Niklas Luhmann es formuliert (1995: 180) – „an sich“ kognitiv unzugänglich ist. Auf direktem Wege kann Raum daher nicht erschlossen und deshalb vermutlich auch nicht privilegiert werden. Meines Erachtens wird aus diesen Gründen das in den Raumwissenschaften extensiv betriebene „für-den-Raum-plädieren“ zum eigentlichen Hindernis jeder theoretischen Selbstbeschreibung einer kritischen Geographie (und auch der *critical urban studies*), da die Privilegierung „des Räumlichen“ als Wert an sich gesetzt wird und in Folge die kritische Distanz zum Grundbegriff verloren geht. Laclaus Konzeption des Raums als ein *Bedeutungssystem* könnte daher gerade für die genannten Raumwissenschaften erhellend und weiterführend sein, wird dort aber (bisher) meist kategorial verpasst.

---

4 Das beste Beispiel dafür ist vielleicht Masseys Titel *For Space* (2005), mit dem sie Louis Althusser's *Pour Marx* (1965) paraphrasiert.

Das zeigt sich etwa bei neueren Bezugnahmen auf Laclaus Ansatz aus dem Bereich der Sozialgeographie. Mustapha Dikeç, einer der ambitioniertesten und aktivsten Theoretiker, wenn es aktuell um die Verbindung von kritischer Geographie und politischer Philosophie geht, berichtet in einem Text über die Pariser *banlieu*, dass deren Bewohner\_innen („*the Apaches of Belleville*“) als die „Barbaren vor dem Tore“ dargestellt, wahrgenommen und dadurch zum „konstitutiven Außen“ gemacht werden (2013a: 28/40). Diese Analyse ist mit Laclaus Ansatz durchaus vereinbar – insbesondere mit der Weiterentwicklung zur „Heterogenität“ (siehe unten). Allerdings leitet Dikeç daraus ab, dass Laclaus Theorie im Schmittianischen Denken zu verorten sei und reproduziert damit das alte geographische Missverständnis. Das konstitutive Außen, so Dikeç, würde von Laclau als „Feind“ konzipiert, und zwar mit dem Ziel, dadurch die politische Identität des „Freundes“ zu gründen (2012: 672; 2013b: 79). Dikeç kritisiert (und nimmt dabei Bezug auf Massey), dass Laclaus „limitiertes räumliche Bild einer Innen/Außen-Dichotomie“ nicht geeignet wäre für die Beschreibung von „komplexeren Relationen“ (2012: 673) – obwohl er selbst das Argument in seinem Bericht aus der Pariser *banlieu* verwendet. Seine Kritik zielt dabei nicht auf das räumelnde Denken der eigenen geographischen Disziplin – hier wäre sie meines Erachtens durchaus zutreffend –, sondern auf eine Theorie, die ausgesprochen bewusst mit den Fallstricken der „geometrischen Bildproduktionen“ umgeht. Auch hier gibt es also wieder einen Fall von verkehrter Welt: Der politischen Theorie wird – von geographischer Warte aus – ein verräumlichtes Denken vorgeworfen.

Die von Dikeç kritisierte Personifizierung des „konstitutiven Außen“ spiegelt dabei die problematische Programmatik des *agon* bei Chantal Mouffe wieder (vgl. Roskamm 2015). Denn Mouffe bringt das konstitutive Außen tatsächlich mit „dem Feind“ (2013: 18) und „dem Anderen“ (2005: 15) zusammen. Dabei zeigt sich der Unterschied zwischen dem „anti-Schmittian Schmittian“ Laclau (Žižek 1999: 172) und der „Left neo-Schmittian“ Mouffe (Marchart 2007: 45). Laclau konstituiert das Außen als Grundbedingung und Zielpunkt seines theoretischen Modells und leitet daraus den ontologischen Status des Politischen ab; Mouffe dagegen folgt Schmitt in seiner These vom Feind, um dann gegen diese These ihr Konzept vom gezähmten Antagonismus in Stellung zu bringen. Antagonismus erzeugt allerdings nur einen wesenhaften Feind und einen „war of existence“ (Purcell 2008: 66), wenn er (beziehungsweise das konstitutive Außen) als anthropologische Eigenschaft konzipiert ist. Als postfundamentalistische Gründung führt Antagonismus dagegen nicht zum Vernichtungskrieg, sondern hält lediglich das Soziale in Bewegung. Ein weiteres Mal lässt sich an dieser Stelle auf Derrida verweisen. Die Bedingung „außerhalb des Systems“ (also des konstitutive Außen), so formuliert es der Gründungsvater des Poststrukturalismus, sei nämlich nur dann ein „Skandal“, wenn sie innerhalb

desjenigen Systems begriffen werden soll, dessen eigentliche Bedingung sie ist (1997: 104). Die Bedingung des konstitutiven Außen ist also nur skandalös (ein Skandal, der beruhigt und eingefangen werden muss), wenn sie innerhalb des Systems des Sozialen gedacht wird (also innerhalb des Systems, das das konstitutive Außen als Gründungsinstanz hat). Im Laclau'schen Modell steht das Außen ebenso wie sein Betrachter außerhalb des ontischen (Politik-)Systems, weshalb hier auch weder Skandal, Krieg noch Feind folgen und daher auch nicht gezähmt werden müssen.

---

## 2 Soziale Heterogenität

An anderer Stelle entwickelt Laclau seinen Begriff der „Heterogenität“ (2005). Und auch hier (ähnlich wie beim Raumbegriff) radikalisiert er ein Konzept auf eine Art und Weise, bei der sich die routinisierte Bedeutung verändert, verbiegt, umkehrt, auf den Kopf stellt. Gerade auf dem urbanistischen Feld ist „Heterogenität“ – als Verschieden- und Ungleichartigkeit – meist positiv besetzt. In einem der einflussreichsten Texte der Stadtsoziologie überhaupt (Wirth 1938) wird Heterogenität (neben der Größe und der Dichte) als einer der drei gründenden positiven Bausteine der Stadt gesetzt und diese Formel ist die wohl bis heute gebräuchlichste Definition von Stadt überhaupt. Hier steht Heterogenität für Vielfalt, Abwechslung, Durchmischung. Laclau dagegen verschiebt den Begriff der Heterogenität kurzerhand (fast brutal) auf die ontologische Ebene, wo er nicht mehr für Varietät und auch nicht für Differenz, sondern für ein absolut ausgeschlossenes Anderssein steht. Für Laclau bedeutet Heterogenität die *Abwesenheit eines gemeinsamen Raums*. Im Falle einer nicht-heterogenen und nicht-radikalisierten Konstellation, so leitet Laclau diesen Punkt ein, ist der Antagonismus die Grenze zwischen den beiden Elementen und alle zusammen (die Elemente, die Grenze) sind in einem gemeinsamen Raum enthalten. Hier konstituiert das Außen tatsächlich das Innen, das Außen ist notwendig für die Identität des Innen, es braucht es, um selbst existieren zu können. Dadurch (durch das Angewiesensein) entsteht zwischen Innen und Außen ein gemeinsamer „gesättigter“ Raum, in dem Homogenität (statt Heterogenität) und volle Repräsentation herrschen. In einem so entstandenen Raum gibt es keine nicht-repräsentierbaren Elemente und auch keinen absoluten Ausschluss. Im anderen Fall dagegen, also bei der sozialen Heterogenität, handelt es sich um ein komplettes Ausgeschlossenensein aus dem Sozialen. Das derart Ausgeschlossene hat keinerlei Zugang zu einem gemeinsam akzeptierten und etablierten Repräsentationsraum. Laclau entwirft damit eine Kategorie des absoluten Ausschlusses, eine Art von

Außen, bei der die Exterritorialität nicht zwischen zwei Elementen innerhalb eines Repräsentationsraumes besteht, sondern zu *diesem Raum selbst*.

Laclau führt zwei Beispiele an (2005: 140f.): Zum einen Lacans Wort vom *caput mortuum*, das die Substanz (den übriggebliebenen überflüssigen Rest) bezeichnet, die nach einem chemischen Experiment in einem Reagenzglas verbleibt. Zum anderen Hegels „Volk ohne Geschichte“, dem noch nicht einmal seine eigene Historie als Repräsentationsraum zu Verfügung steht. Die Referenz zu Hegel führt zur Konstruktion der Masse (als Negativfolie zur bürgerlichen Gesellschaft) und auch zur Konstruktion des Volks (und zwar hier als ein aus der Völkergemeinschaft ausgeschlossenes, geschichtsloses Volk). Dabei lohnt es sich, bei Hegel nachzuschauen. Hegel bezeichnet in seinen Vorlesungen über die *Philosophie der Geschichte* (1986) ganz Asien als „Boden des Despotismus und, im bösen Charakter, der Tyrannei“. In Indien allerdings sei es am schlimmsten, dort wäre der „willkürlichste, schlechteste, entehrendste Despotismus zu Hause“. Während – und das ist für Laclau das Interessante an Hegels Punkt – im restlichen Asien die Tyrannei aber die Individuen empöre, wäre das in Indien nicht der Fall, „denn hier ist kein Selbstgefühl vorhanden, mit dem die Tyrannei vergleichbar wäre und wodurch das Gemüt sich in Empörung setzte; es bleibt nur der körperliche Schmerz, die Entbehrung der nötigsten Bedürfnisse und der Lust, welche eine negative Empfindung dagegen enthalten.“ Daraus folgert Hegel: „Bei einem solchen Volke ist denn das, was wir im doppelten Sinne Geschichte nennen, nicht zu suchen“ (1986: 202). In die Begrifflichkeiten von Laclau überführt, zeigt sich in Hegels Beispiel tatsächlich reine Negativität. Es bildet sich eine äquivalente Beziehung, die sich zwar in Bezug auf ein Außen (die Tyrannei) bildet, aber ohne sich dabei zu empören (in der Empörung selbst fände sich noch das Positive). Hegels „Volk ohne Geschichte“ führt zurück zur verachteten und verunglimpften Masse, zum Pöbel, zum Mob, zum, wie wir nun sagen können, „heterogenen Antagonisten“.

Über Hegel gelangt Laclau zu Marx und diskutiert anhand seines bis hierhin entfaltenen begrifflichen Instrumentariums dessen Konzeption vom Ablauf der Geschichte. Akteur der Geschichte (und ihrer Revolutionen) ist bei Marx und Engels natürlich das Proletariat. Das Proletariat befindet sich im gleichen Repräsentationsraum wie sein kapitalistischer Antagonist. Proletariat, Kapitalist und Geschichte finden in einem gemeinsamen sozialen Raum statt. Dieser Raum ist ein Innen, und zwar nicht zuletzt deshalb, weil der Ausgang des Klassenkampfes (der Sieg des Proletariats) vorgezeichnet ist: Es gibt hier weder ein zeitliches noch ein räumliches Außerhalb. Produktionsverhältnisse, Geschichte, Proletariat und Kapitalist bilden ein klar umrissenes System, das ohne ein äußeres Außen auskommt und in dieser Haltung eine deutlich positivistische Note entwickelt. Aus der Perspektive des Proletariats besteht das (innere) Außen aus der anderen Seite

der Produktionsverhältnisse und die Grenze (der Antagonismus) darin, über Produktionsmittel oder eben nicht über Produktionsmittel zu verfügen. In diesem Bild gibt es keine reine Negativität, da dem Proletariat auf lange Sicht eine klar positive Funktion zugewiesen bekommt (nämlich die Geschichte zu ihrem Ende zu führen). Auch der Kapitalist ist – aus der Sicht des Proletariats – nicht rein negativ, da er notwendig ist für die Gesamtkonzeption: ohne Klassenfeind kein Klassenkampf.

Einen Riss erhält das Marx'sche Gebilde durch das „Lumpenproletariat“, also der Entität, aus dessen Rippen das Proletariat herausgeschnitten ist. Die städtische Armenschicht wird im späten 18. Jahrhundert zum diskursiven Objekt – etwa bei Robert T. Malthus, der sich sein berühmtes Bevölkerungsgesetz gewissermaßen im Angesicht dieses neu ins Bewusstsein rückenden städtischen Phänomens ausgedacht hat und der damit nicht zuletzt in den Diskurs über eine staatliche Armenpolitik intervenierte (vgl. Roskamm 2011: 132f.). Marx und Engels sind scharfe Kritiker der Malthus'schen Ansichten und sie werfen ihm vor, dass bei ihm „die Armen gerade die Überzähligen sind“ und er im Grunde dafür plädiere, nichts für die Armen zu tun „als ihnen das Verhungern so leicht als möglich zu machen“ (Engels 1844: 397). Marx und Engels haben eine andere Sicht auf die Armen, dennoch ist das Lumpenproletariat auch für sie ein ambivalenter, meist negativ besetzter Begriff. Marx beschreibt das Lumpenproletariat als eine „in allen großen Städten“ vorkommende und „vom industriellen Proletariat genau unterschiedene Masse“ (1850: 132). Diese Masse ist für Marx ein „Rekrutierplatz für Diebe und Verbrecher aller Art, von den Abfällen der Gesellschaft lebend, Leute ohne bestimmten Arbeitszweig, Herumtreiber, *gens sans feu et sans aveu*, verschieden nach dem Bildungsgrade der Nation, der sie angehören, nie den Lazzaroni-Charakter verleugnend“ (1850: 132). In *Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte* bezeichnet Marx das Lumpenproletariat als „Auswurf, Abfall, Abhub aller Klassen“ und lässt die schöne Aufzählung folgen: „Vagabunden, entlassene Soldaten, entlassene Zuchthaussträflinge, entlaufene Galeerensklaven, Gauner, Gaukler, Lazzaroni, Taschendiebe, Taschenspieler, Spieler, Maquereaus Zuhälter, Bordellhalter, Lastträger, Literaten, Orgeldreher, Lumpensammler, Scherenschleifer, Kesselflicker, Bettler, kurz, die ganze unbestimmte, aufgelöste, hin- und hergeworfene Masse“ (1852: 141). Engels differenziert zwischen dem Proletariat einerseits und andererseits dem „Lumpenproletariat der Städte“ (1870: 172): „Das *Lumpenproletariat*, dieser Abhub der verkommenen Subjecte aller Klassen, der sein Hauptquartier in den großen Städten aufschlägt, ist von allen möglichen Bundesgenossen der schlimmste. Dies Gesindel ist absolut käuflich und absolut zudringlich. Wenn die französischen Arbeiter bei jeder Revolution an die Häuser schrieben: *Mort aux voleurs!* Tod den Dieben! und auch manche erschossen, so geschah das nicht aus Begeisterung für

das Eigentum, sondern in der richtigen Erkenntnis, daß man vor allem sich diese Bande vom Hals halten müsse“ (1870: 172).

Mit den Ausführungen von Marx und Engels lassen sich zwei unterschiedliche Problemstellungen diskutieren. Zum einen wird deutlich, wie zugeneigt Marx und (vor allem) Engels dem biologistischen Zeitgeist gewesen sind. Stallybrass – auf dessen Analyse *Marx and Heterogeneity: Thinking the Lumpenproletariat* (1990) sich Laclau ausführlich bezieht – stellt fest, dass Marx und Engels das Lumpenproletariat zumindest teilweise als eine „rassische Kategorie“ verwenden und dass diese Verwendung die Allgemeinplätze der bourgeoisen Sozial- und Massenanalyse bedient, nämlich die Beschreibung der Armen als nomadische und von Geburt an moralisch verderbte Stammesform (1990: 70). Die Biologisierung des Lumpenproletariats gerät dabei gefährlich nahe auch an offen rassistische Ansätze. Das zeigt sich nicht zuletzt dann, wenn der Begriff in den 1920er Jahren in der sogenannten „sozialistischen Eugenik“ verwendet wird. Oda Olberg, eine Vertreterin dieser Denkrichtung, spricht in ihrer Schrift *Die Entartung in ihrer Kulturbedingtheit* von einem Lumpenproletariat, dessen „soziale[r] Schiffbruch eine Folgeerscheinung und ein Ausdruck biologischer Unzulänglichkeit“ sei. Mit Unrecht, so Olberg weiter, würde das Lumpenproletariat „als Opfer unserer Wirtschaftsordnung“ hingestellt werden, da es genaugenommen „außerhalb des Produktionsprozess“ stehe (1926: 20). Bei Olbergs Konzeption wird deutlich, welche Sorgfalt bei jedem Ansatz von Nöten ist, bei dem der soziale Antagonismus personifiziert und im Lumpenproletariat installiert werden soll. Das Argument „außerhalb des Produktionsprozesses“ wird von Olberg wie von Laclau zentral gesetzt. Bei Olberg wird ein solcher Zugang allerdings zu einem biologistisch-rassistischen Argument ausgebaut, während Laclau damit seine ontologische Beweisführung antritt und sich dem Wesen des Politischen nähert.<sup>5</sup> Zum anderen zeigt es sich, dass Marx – und das ist der Punkt, der Laclau besonders interessiert – bei der Thematisierung des Lumpenproletariats in den Grenzbereich seiner eigenen Theorie gerät. Im Kapital wird das Lumpenproletariat zur Reservearmee und damit funktional. Diese Reservearmee steht zwar außerhalb des Sozialen, aber sie hat – und genau das unterscheidet sie vom Lumpenproletariat – eine Funktionalität für das System. Die Reservearmee bleibt also weiterhin ein Bestandteil der Geschichte der Produktion. Laclau führt aus (2005: 146f.), dass dieser Schritt für Marx absolut notwendig ist, um eine dialektische Geschichtskonzeption aufrechterhalten zu können. Der heterogene Überschuss, so Laclau, muss von Marx eingefangen und zu einer marginalen Präsenz reduziert

---

5 Dass Laclau an keiner Stelle seiner Grenzerkundungen diese Sorgfalt vernachlässigt und deshalb auch zu keinem Moment in Gefahr gerät, seinen Grundgedanken biologistisch zu phrasieren, zeichnet meines Erachtens seine Analyse besonders aus.

werden, um die dialektische Version einer einheitlichen Geschichte – in der auch das Negative immer seine positive Funktion hat und in der deshalb die Richtung festgelegt ist – aufrechterhalten zu können. Das Lumpenproletariat muss also von Marx in die Reservearmee umgewandelt werden, um nicht die eigene metatheoretische Konzeption zu konterkarieren. Laclau formuliert, dass in der Transformation des Lumpenproletariats zur Reservearmee und zum Proletariat der „meisterliche Schachzug von Marx“ zu finden ist, mit dem er sich aus der selbst produzierten Theoriekrise herausmanövriert. Marx isoliert aus dem Innen des durch die Industrialisierung produzierten geschichtslosen „Abhub“ mit der Reservearmee eine Substanz, die nicht nur die Funktionsweise des Kapitalismus erklären kann, sondern als Proletariat auch zum eigentlichen historischen Akteur wird.

Was aber, so fragt Laclau, passiert nun, wenn die marginale heterogene Masse als außerhalb jeglicher Funktionalität der kapitalistischen Akkumulation definiert ist? Wenn Marginalität nicht nur temporäre Funktionslosigkeit impliziert, sondern mit einer Heterogenität konfrontiert wird, die nicht unter eine einzige Innen-Logik subsumiert werden kann? Dadurch, dass mit der Heterogenität ein Grund identifiziert wurde, der *außerhalb der Geschichte* steht, wird das Feld verlassen, auf dem der historische Wandel – wie im dialektischen Modell, in dem die positive Wirkung der negativen Kräfte ja von vornherein festgelegt ist – vorgezeichnet ist. Laclau wendet das Konzept „Lumpenproletariat“ also gegen Marx selbst beziehungsweise gegen dessen Konzeption von einer vorgezeichneten Geschichte. Geschichte, so proklamiert Laclau, ist nicht das Terrain, auf dem eine einheitliche und kohärente Erzählung erzählbar ist: Geschichte kann in letzter Instanz kein selbst-determinierter Prozess sein. Mit der Figur des Lumpenproletariats, das ist Laclaus postdialektische Pointe, lässt sich die Theorie in eine andere Richtung entwickeln, und zwar dann, wenn die Heterogenität der Lumpen als „sozialer Antagonismus“ gedacht wird. Die nicht mehr funktional konzipierte und destabilisierte Kategorie des Lumpenproletariats erweitert ihre sozialen Effekte über das hinaus, was Marx beabsichtigt und eröffnet ein Feld jenseits jeglicher dialektischen Determinierung. Die soziale Heterogenität des Lumpenproletariats verschiebt also den Antagonismus. Der Antagonismus ist nun nicht mehr – wie bei Marx und Engels – in die Produktionsverhältnisse eingeschrieben und auf diese beschränkt, sondern er etabliert sich an einem Ort, der zwischen den Produktionsverhältnissen einerseits und einer dazu externen heterogenen Identität (dem Lumpenproletariat) andererseits liegt. Durch Laclaus Verschiebung wird die Heterogenität die Voraussetzung für einen sozialen Antagonismus, der fortan nicht mehr dialektisch abrufbar ist. Dialektisch bedeutet, dass durch die Negation der Negation etwas Positives erreicht wird: Die Sphäre der Dialektik ist letztlich die der Positivität. Laclaus Heterogenität ist dagegen reine Negativität. Heterogenität stellt mit einer solchen Negativität eine „eigenständige

Materialität“ her und verhindert eine komplette konzeptionelle und funktionale Eingliederung des Signifikanten in ein positives System. Die Existenz des Lumpenproletariats bewirkt, dass es ein der symbolischen Integrierung widerstehendes „Reales“ gibt. Dabei torpediert die Undurchlässigkeit des nicht erreichbaren Außen (die Autonomie des Heterogenen) unablässig diejenigen Kategorien, die das Innen definieren und herstellen. Heterogenität, so Laclau, bewohnt das Herz des homogenen Raums. Nichts ist ganz außen und nichts ist ganz innen, die Unterscheidung zwischen dem Innen und dem Außen selbst wird brüchig. Alles Interne/Innere wird von einer Heterogenität belagert, die deshalb nie ein reines Außen ist, weil sie die eigentliche Logik der internen Konstitution (der Konstitution des Innen) bewohnt und somit selbst zum Innen gehört. Die Möglichkeit eines reinen Außen wird allerdings genauso heimgesucht von den Operationen einer ebenfalls immer präsenten homogenisierenden Logik. In einer globalisierten Welt, so Laclau, wird der Begriff des Lumpenproletariats immer ähnlicher mit der gegenseitigen Verschmutzung des Innen mit dem Außen (2005: 147).

### 3 Only in cities

Insgesamt betrachtet schaffen beide Versionen der von Laclau angebotenen Antagonismustheorie die instabile Möglichkeit einer Identitätskonstruktion, bei der die politische Artikulation in einem reinen Kontingenzraum stattfindet, in dem (be)setzende und entsetzende Kräfte ein hegemoniales Spiel formen. Beide Versionen berufen sich auf ein absolutes und konstitutives Außen, wobei das räumliche Außen in der ersten Variante genauso wenig ein geographisches Außen darstellt (zumindest nicht in erster Linie), wie das heterogene Außen der zweiten Entwicklungslinie als ein rein anthropologisches Außen gedacht werden kann.<sup>6</sup> Laclau provoziert mit seinen beiden Außen die eingefahrenen Denkgewohnheiten gerade von kritischen, sich auf Marx und Engels berufenden Ansätzen und Traditionen, und zwar deshalb, weil er in beiden Fällen zeigen kann, wie der Verzicht auf das Denken des Außen – das wiederum in der gegen einen philosophistischen Idealismus gewendeten Konzeption des historischen Materialismus wurzelt – das Eingeschlossen-sein (das Eingeschlossen-bleiben) in Objektivismus und Rationalismus befördert und zementiert.

---

6 In der Argumentationsarbeit, die dieses Nicht-geographische und jenes Nicht-anthropologische identifiziert und verdeutlicht, findet sich auch die direkte Affinität der Laclauschen Theorie zum urbanistischen Feld, zu der ich gleich kommen werde.

Laclau verwendet seine Antagonismustheorie für seine Annäherung an die Bestimmung „des Politischen“. Er verweist dabei auf Gramsci und dessen Begriff des „Stellungskriegs“ und erklärt, dass das „politische Spiel“ von der essentiellen Unentscheidbarkeit zwischen dem Homogenen und dem Heterogenen – zwischen dem Proletariat und dem Lumpenproletariat – überhaupt erst in Gang gesetzt und am Laufen gehalten wird. Der Stellungskrieg des Sozialen folgt einer Logik der Verschiebung von stets instabilen Grenzen zwischen dem Innen und dem Außen, zwischen dem, was dazugehört und dem, was nicht dazugehört. Jede politische Transformation impliziert dabei nicht nur eine Re-Konfigurierung von bereits bestehenden Bedürfnissen, sondern auch die Setzung von neuen Ansprüchen in der politische Auseinandersetzung sowie die Exklusion von bestimmten Anforderungen, die auf die andere Seite der Grenze flottiert sind (die durch die geänderte Grenzziehung die Seite gewechselt haben). Solch eine Grenzziehung, darauf zielt Laclaus Analyse, betrifft auch und in erster Linie jede Konstruktion des Diskursobjekts „Volk“ und damit das, was Laclau mit dem Namen „Populismus“ bezeichnet. Die konstitutive Heterogenität (das Außen, das Lumpenproletariat) macht es notwendig, das Volk (und die Gesellschaft) permanent neu zu erfinden und den Grenzverlauf zwischen innen und außen (oder drinnen und draußen) neu zu ziehen. Die Entstehung des Volks, so fasst Laclau zusammen, beruht auf drei Variablen: erstens auf den äquivalenten Beziehungen, die durch leere Signifikanten repräsentiert werden; zweitens auf den Verschiebungen der internen Grenzen durch die Produktion von flottierenden Signifikanten; drittens auf der konstitutiven Heterogenität, die dialektische Wiederherstellungen verunmöglicht und der politischen Artikulation ihre wahre Zentralität gibt (2005: 155). Der Repräsentationsraum des Volks muss unaufhörlich konstruiert und rekonstruiert werden – genau das ist die hegemoniale Aktion, die im Zentrum des Politischen zu finden ist. Die „Konstruktion des Volks“ wird für Laclau zur politischen Operation *par excellence* und schließlich synonym mit „dem Politischen“ (2005: 154). Auch für Marx selbst ist Heterogenität nicht die Antithesis von politischer Vereinigung, sondern die eigentliche Bedingung der Möglichkeit eines solchen Zusammenkommens (vgl. 1990: 88). Der eigentliche Skandal des Lumpenproletariats in der Marx'schen Analyse ist, dass dieser Pöbel *das Politische selbst darstellt*.

Laclaus Modell ähnelt einer anderen Annäherung an das Politische, und zwar der Theorie von Jacques Rancière, auf die sich Laclau mehrfach positiv bezieht. Rancière, dessen Texte in der kritischen Stadtforschung gut verbreitet sind (vgl. Michel/Roskamm 2013), macht (wie Laclau) die aus der Gesellschaft Ausgeschlossenen zum Synonym des Politischen. Die historischen Wurzeln dieses Außerhalb findet er im antiken Griechenland. Mit Verweis auf Aristoteles erläutert Rancière, dass die antike *polis* eigentlich nur zwei Teile gehabt habe: die Reichen und die Armen

(2002: 23). Die Armen der Polis sind – wie das Lumpenproletariat der industriellen Stadt – „die Herrschaft der Abwesenheit einer Eigenschaft, die Wirklichkeit der anfänglichen Trennung, die den leeren Namen der Freiheit trägt, das uneigene Eigentum, den Rechtsanspruch des Streits“. Der Kampf zwischen Reichen und Armen ist identisch mit der Einrichtung der städtischen Wirklichkeit, die *polis* entsteht im Ausschluss der Anteillosen und Ungleichen, sie ist der materialisierte Streit, das materielle Unvernehmen. Politik kennt nach Rancière dagegen/deshalb nur ein einziges Bestreben, nämlich die Herstellung von Gleichheit. Es gibt Politik, so formuliert Rancière, wenn es einen Anteil der Anteillosen gibt, Politik ist die „Aktivität, die als Prinzip die Gleichheit hat“ (2002: 9). Rancière führt damit eine ähnliche politische Differenz ein wie Laclau, unterscheidet aber nicht zwischen „Politik“ und „dem Politischen“, sondern zwischen „Polizei“ und „Politik“.<sup>7</sup> Die Polizei stellt in Rancières Konzeption den städtischen/sozialen Repräsentationsraum her, sie ist eine „Ordnung der Körper, die die Aufteilungen unter den Weisen des Machens, den Weisen des Seins und den Weisen des Sagens bestimmt“, sie ist dafür zuständig, dass „diese Körper durch ihre Namen diesem Platz und jener Aufgabe zugewiesen sind; sie ist die Ordnung des Sichtbaren und des Sagbaren, die dafür zuständig ist, dass diese Tätigkeit sichtbar und jene andere es nicht ist, dass dieses Wort als Rede verstanden wird, und jenes als Lärm“ (2002: 41). Die Polizei ist für Rancière das, was Stadt und Gesellschaft stabilisieren, was die Dinge ordnen soll und was die Regeln aufstellt und durchsetzt. Politik ist dagegen der Polizei entgegengesetzt. Politik tritt dann auf, wenn es einen Ort und Formen für die Begegnung zwischen zwei ungleichartigen Vorgängen gibt, nämlich dem polizeilichen (ordnenden, stabilisierenden) Vorgang der Polizei und dem politischen „Vorgang der Gleichheit“ (2002: 42). Aus sich heraus ist nichts politisch, so formuliert Rancière, aber „alles kann es werden, wenn es die Begegnung der zwei Logiken stattfinden lässt“ (2002: 44). Die Grundlegung der Politik (des Politischen) ist für Rancière die Abwesenheit eines Grundes, die reine Kontingenz aller gesellschaftlichen Ordnung. Es gibt dieses Politische einfach deshalb, weil „keine gesellschaftliche Ordnung in der Natur gegründet ist, kein göttliches Gesetz die menschlichen Gesellschaften beherrscht“ (2002: 28). Die Einsetzung des Politischen bezeichnet Rancière schließlich als Demokratie. Demokratie ist für ihn also keine Herrschaftsform oder gesellschaftliche Lebensweise, sondern das System der Formen der Subjektivierungen, durch welche „jede Ordnung der Verteilung der Körper nach Funktionen, die ihrer

---

7 Diese Verschiebung führt oftmals zu Missverständnissen, da Laclaus „Politik“ ziemlich genau Rancières „Polizei“ entspricht, wohingegen das, was Laclau (und andere) als „das Politische“ bezeichnen, synonym zu Rancières „Politik“ ist; der Begriff „Politik“ hat in beiden Versionen also eine entgegengesetzte Bedeutung.

„Natur“ entspricht, und nach den Plätzen, die ihren Funktionen entsprechen, in Frage gestellt, auf ihre Kontingenz verwiesen wird“ (2002: 111).

Unschwer lassen sich die Gemeinsamkeiten zwischen den Konzeptionen von Rancière und Laclau erkennen. Der zentrale Berührungspunkt der beiden Ansätze ist, dass sie jeweils einen grundlegenden, nicht-schmittianischen aber dennoch personalisierten Antagonismus zur Grundlage ihrer Bestimmung des Politischen/der Politik/der Polizei machen. Genauso wie Laclau ergänzt Rancière das identifizierte strukturelle Prinzip mit einer Zuweisung zu einer Gruppe von Subjekten: Die Armen und Anteilslosen (Rancière) entsprechen bis ins Detail dem Lumpenproletariat und der sozialen Heterogenität (Laclau). Auch die äquivalente Beziehung, die die Armen miteinander verbindet, die durch ein gemeinsames Außen hergestellte Gemeinsamkeit, ist in Rancières Darstellung deutlich greifbar. Der für Rancière zentrale Begrifflichkeit „Unvernehmen“ – das strukturelle und zwangsläufige Missverständnis zwischen den Ungleichen – umschreibt schließlich nichts anderes als die Grundbedingung von Laclaus sozialer Heterogenität. Ein solches Unvernehmen, darauf will Rancière hinaus, kennzeichnet das Verhältnis zwischen den Anteilhabenden und den Anteilslosen, es repräsentiert den konstitutiv fehlenden gemeinsamen Repräsentationsraum zwischen denen drinnen und denen draußen. Aus meiner Perspektive ist Rancières Darstellung zudem deshalb besonders interessant, weil bei ihm Polizei und Politik so nahe an die Stadt heranrücken. Die Polizei entspricht – Rancière bezieht sich explizit auf Foucaults Begriff der „Polizey“ – in weiten Teilen dem Urbanismus als eine die Stadt ordnende positive Regierungsform. Die Ordnung der Dinge ist eine *städtische* Ordnung und die urbanistische Disziplin entwickelt sich aus den alten Bau- und Polizeiordnungen (Roskamm 2011). Politik ist für Rancière dagegen die Gegenbewegung zu einem solchen Urbanismus, die allerdings ebenso – auch das ist ein wichtiger Punkt – *in der Stadt stattfindet*. Denn hier versammeln sich die Anteillosen und Unzählbaren, die einst aus der *polis* ausgeschlossen waren (ein Ausschluss, der die *polis* erst gegründet hat). „Politik“ bekommt bei Rancière also eine explizit städtische Note und verdeutlicht damit das, was auch schon bei Laclau zu bemerken war: Das Lumpenproletariat bringt das Politische in die Stadt zurück, die Ausgeschlossenen kehren wieder, um die unbesetzte Stadt mit ihrer Anwesenheit zu besetzen.

Aber auch Laclau selbst nimmt den Weg in die Stadt. Und zwar schlägt er diese Richtung ein, indem er Frantz Fanon und dessen berühmten Text *Die Verdammten dieser Erde* ([1961] 1966) in seine Analyse einbezieht. Fanon ist ein früher Protagonist der in der heutigen kritischen Stadtheorie äußerst präsenten postkolonialen Theorie. In seinen Schriften analysiert Fanon die koloniale Gewalt und die Gegen Gewalt der Unterdrückten in den kolonisierten Ländern. Fanon, der in den 1950er Jahren eine der wichtigsten Stimmen der antikolonialen Bewegungen in Afrika

gewesen ist, wendet sich in seiner Theorie der Befreiung von der europäischen Arbeiterklasse genauso ab wie von den westlichen linken Intellektuellen. Beide betrachtet er nicht als Verbündete für die Befreiung der kolonisierten Länder, sondern setzt seine Hoffnungen auf den gewaltsamen Aufstand der afrikanischen Landbevölkerung. Fanon verwendet in seinem Manifest der afrikanischen und antikolonialen Revolution ebenfalls den Begriff des Lumpenproletariats. Das Lumpenproletariat gehorcht in der Darstellung von Fanon einer eigenen Logik und ist „wie eine Meute Ratten, die trotz Tritten und Steinwürfen die Wurzeln des Baumes annagen“ (1966: 111). Für Fanon ist das „Lumpenproletariat, diese Horde von Ausgehungerten, die aus der Stammes- und Klanggemeinschaft herausgerissen sind“, eine der „spontansten und radikalsten unter den revolutionären Kräften eines kolonisierten Volkes“ (1966: 110). Allerdings wäre im Lumpenproletariat, dessen Geburtsfehler in einem „mangelnden Bewusstsein und Wissen“ zu finden sei, auch eine erhebliche Menge von „Handlangern“ zu finden. Deshalb müsse jede nationale Befreiungsbewegung die in ihrer „dumpfen Bewegung“ verharrende, „unteilbare, immer noch „mittelalterliche“ Masse“ des Lumpenproletariats ganz in den Fokus nehmen und ihr ihre größte Aufmerksamkeit widmen. Zwar antworte das Lumpenproletariat nämlich immer auf den Appell zum Aufstand, aber jedes Mal, wenn der Aufstand glaube, ohne das Lumpenproletariat auskommen zu können, würde sich die „Masse von Ausgehungerten und Deklassierten“ auf der Seite des Unterdrückers in den Kampf stürzen (1966: 116). Im Lumpenproletariat („in dieser Masse, in diesem Volk der Slums“), so die Prognose von Fanon, würde der Aufstand jedenfalls „seine Lanzenspitze gegen die Städte finden“. Der Kampf der Kolonisierten gegen die Kolonisierer verändere sein Gesicht mit dem „Einbruch des Aufstandes in die Städte“, er wird zum Kampf in den Städten und gegen die Städte. Das Lumpenproletariat, so formuliert Fanon mit drastischen Worten und im unverkennbaren Modus des Biopolitischen, wäre die „uneindämbbare Fäulnis, der Krebschaden mitten in der Kolonialherrschaft“ und drücke „mit all seinen Kräften auf die „Sicherheit der Stadt“ (1966: 111). Bei Fanon finden wir also zum einen den in Marx'scher Tradition stehenden Skeptizismus gegenüber der Stadt samt deutlicher Anleihen im biologistischen Register. Dennoch und gleichzeitig ändert sich die Konnotation: Das Lumpenproletariat ist ein Krebschaden, aber eben ein Krebschaden von zwei Dingen, *gegen die* Fanon sich richtet (also ein zu begrüßender Krebschaden): Kolonialherren und Städte.

Die Analyse von Laclau lautet nun, dass Fanon – trotz aller Übereinstimmung zum Marx'schen Konzept des Lumpenproletariats – einen entscheidenden Punkt außen vor lässt, und zwar die konstitutive Exklusion (der Lumpen) aus dem Produktionsprozess. Da Fanon dieses Ausgeschlossenheit nicht in seinen Ansatz einbezieht, muss er etwas anderes betonen und deshalb identifiziert er das Lum-

penproletariat wieder verstärkt mit seinem ursprünglichen Referenten – mit dem Pöbel der Städte. Das führt zu einem dazu, dass Fanon eine innere Kohärenz der von ihm bekämpften Ordnung behauptet, also einen zusammenhaltenden kolonialen städtischen Rahmen. An die Stelle eines Klassenkampfes und dem Ziel, die Produktionsverhältnisse zu ändern, setzt Fanon auf eine gegen das Städtische gerichtete antikoloniale Bewegung, was nach Laclau eine *Überbetonung* des Städtischen (oder auch – wie sich ergänzen lässt – des Anti-Städtischen) zur Folge hat. Zum anderen kann Fanon ohne die Einbeziehung der Produktionsverhältnisse, so Laclau weiter, die Problematik der Heterogenität nicht in ihrer ganzen Generalität einfangen. Da die anti-kolonialen und anti-urbanen Frontstellungen keine partikulare Forderung hervorbringen (keine „democratic demands“), ist es nämlich auch nicht möglich, eine partikulare Kraft zu entwickeln. Fanon produziert ein Modell, in dem ein kollektiver totaler Wille die Antriebskraft ist, der mit dem individuellen partikularen Willen zusammenfällt, mit ihm identisch wird. Das wiederum führt dazu, dass sich der Zwischenraum zwischen dem Totalen und dem Partikularen schließt und politische Artikulation sich damit verunmöglicht. Hier gibt es überhaupt keine Artikulation mehr.

Laclau arbeitet also heraus, dass bei Fanon das Kontingente (die Möglichkeit der Kontingenz, der leere Platz) verschwindet – eine Kritik, die meines Erachtens sowohl für viele neo-marxistische als auch für manch post-koloniale Theorieansätze von einiger Relevanz ist. Zudem zeigt sich bei der Betrachtung von Laclau und Fanon, dass beide unterschiedliche Positionen in ihrem Verhältnis zu ihrem Gegenstand des Lumpenproletariats einnehmen. Das lässt sich anhand der von Gayatri Chakravorty Spivak in ihrem klassischen Text „Can the Subaltern Speak?“ verdeutlichten Unterscheidung des Begriffs „Repräsentation“ herausarbeiten. Spivak unterscheidet „Repräsentieren“ im Sinne von „vertreten“ auf der einen und im Sinne von „darstellen“ auf der anderen Seite. Sie fragt, welche dieser beiden Repräsentationsarten zwischen den Ausgebeuteten/Ausgeschlossenen und den Intellektuellen/ Theoretikern am Wirken ist. Für die Letzteren könne es, so die Kritik von Spivak, weder darum gehen, die Ausgeschlossenen zu vertreten, noch darum, für jene als Fürsprecher aufzutreten – beides wäre eine Form von Paternalismus, mit dem der Kolonialismus nur reproduziert wird. Was den Theoretiker\_innen bei der Thematisierung des Außen bleibt, ist der Versuch, sich selbst zu verstehen: „To confront them is not to represent (*vertreten*) them but to learn to represent (*darstellen*) ourselves“ (Spivak 1988: 288). Bezogen auf die (virtuelle) Debatte Laclau/Fanon ist zu vermerken, dass Fanon, der nicht nur Intellektueller, sondern auch Aktivist gewesen ist, die „Verdammten dieser Erde“ tatsächlich vertreten möchte. Laclau dagegen denkt über das Lumpenproletariat nach, nicht um es zu vertreten, sondern um über sich selbst etwas zu erfahren. In diesem Sinne sollte

meines Erachtens die berechtigte postkoloniale Kritik interpretiert werden. Es ist wenig weiterführend, wenn Intellektuelle aus dem globalen Süden Denkverbote für westliche Intellektuelle aussprechen. Die westlichen Theoretiker\_innen an ihre Position zu erinnern und Konsequenzen aus dieser Position zu fordern, ist dagegen nicht nur legitim, sondern auch notwendig.

Bei der Diskussion von Fanons Ansatz ist aus meiner Perspektive ein weiterer Punkt herauszustellen, und zwar, dass die Antagonismustheorie von Laclau hier in die Nähe einer Betrachtung des Wesens des Städtischen gerät – auch wenn die Frage danach nicht selbst explizit Gegenstand der Analyse ist. Das Thema taucht eher am Rande, aber doch ziemlich kontinuierlich auf, wobei es selbst nicht in den Stand eines Analyseobjekts befördert wird – und wenn doch, dann ohne es dabei auszuarbeiten und mit einem eher skeptischen Unterton. Gerade bei der Diskussion von Fanons Lumpenproletariat liegt ja, wie gerade skizziert, einer von Laclaus hauptsächlichen Punkten darin, vor einer Überbetonung des Städtischen zu warnen. Laclau schreibt, dass das Markenzeichen des Lumpenproletariats seine Distanz vom Produktionsprozess sei und dass sich die Frage aufdränge, ob diese Distanz nur beim Pöbel der großen Städte zu finden ist.<sup>8</sup> Diese Frage bleibt aber ohne eine Antwort. Dass das Lumpenproletariat ein städtisches Phänomen ist (ein Phänomen, das in den großen Städten zum Vorschein kommt), stellt Laclau also immer wieder fest, aber es wird nicht klar, ob diese Feststellung eine Bedeutung hat und falls ja, welche.

Für ein Nachdenken über die Natur der Stadt ist die Konzeption von Laclau dennoch fruchtbar. Die Stadt findet hier – zusammen mit dem Marx'schen Lumpenproletariat – ihren Weg in den Theorieraum des Politischen und des Antagonismus. Das Lumpenproletariat markiert genau den Punkt, an dem das Marxsche Denken in die Krise gerät und *es setzt diese Marke in der Stadt*. Vielleicht kann man sagen, dass in der Stadt die Krise der Marx'schen Theorie aufgehoben ist. Die Stadt als der Ort des städtischen Pöbels ist auch der Ort, an dem die Marx'sche Geschichtsphilosophie aufläuft, an dem der Marx'sche Ökonomismus ins Wanken gerät und vor den verdichteten Vielfalten kapituliert. Insgesamt ergeben sich damit – mit dem Durchgang durch Laclaus Konzeption der sozialen Heterogenität – unterschiedliche Verknüpfungsmöglichkeiten. Zunächst lässt sich festhalten, dass die Stadt ein leerer Signifikant ist, ein Transportmittel, mit dem vom Partikularen ausgehend das Universale erstrebt werden kann (und auch erstrebt wird – das „Recht auf Stadt“ ist

---

8 „Given that the ‚inside‘ of history is conceived as a history of production (‚the anatomy of civil society is Political Economy‘), its distance from the productive process becomes the trademark of the lumpenproletariat. And the question arises: is that distance to be found only in the rabble of the big cities?“ (2005: 144).

das prominenteste Beispiel für solch eine Bewegung). Die Stadt ist ein unmögliches Objekt, ein eigenes Bedeutungssystem, das nicht geschlossen werden kann, weil *kein* Bedeutungssystem geschlossen werden kann. Die Versuche der Schließung und das notwendige Scheitern dieser Versuche sind exponierte Sphären für eine Untersuchung des Städtischen. Historisch lässt sich die *polis* als Gründung begreifen, die auf einen Ausschluss beruht (auf einen sozialen Antagonismus). Aus dieser Perspektive lässt sich auch das zeitgenössisch Ausschließende der heute oftmals als Inklusionsmaschine behaupteten Stadt in den Mittelpunkt rücken. Was sich im Kontingenzzraum zwischen dem Partikularen und dem Universellen abzeichnet, ist eine unbesetzte Stadt, eine Stadt, die sich in ihrer Unbesetztheit konstituiert.

Schließlich lässt sich, gewappnet mit den Instrumenten der Antagonismustheorie, auch die Frage stellen, ob es möglicherweise einen Grund gebe könnte, die Stadt (etwa gegenüber der Gesellschaft) zu bevorzugen. Denn diese Frage ist irgendwann einmal zu stellen, wenn die Bereiche Sozialtheorie und Stadt zusammengebracht werden. Warum sollte es überhaupt sinnvoll sein, eine Theorie von Stadt zu entwerfen? Gibt es Gründe, das Städtische gegenüber dem Sozialen zu privilegieren? Ein erstes Argument könnte lauten: Warum eigentlich nicht? Das Soziale scheint nicht mehr oder weniger problematisch zu sein als das Städtische und daher gibt es, andersherum betrachtet, keinen triftigen Grund, das Soziale in den Vordergrund zu stellen. Was tatsächlich für die Stadt sprechen könnte, ist die Verbundenheit der Stadt zu den Dingen. Eine Stadt ist schon ein Ding, wie Engels es einmal sagt (1845: 29). Und sie besteht auch aus lauter Dingen. Das erstarkte Interesse der Sozialtheorie an den Objekten (Marchart 2013: 55) könnte also, so lautet mein Punkt, ohne große Anstrengung als ein Einfallstor in die Stadt umgebaut werden. Eine solche Deutung könnte zudem durch die etwa bei Henri Lefebvre (1996: 142) immer wieder anklingende Vorliebe der Gespenster für die Residuen des Urbanen unterstützt werden. Es spricht, mit einem Wort, also einiges dafür, die Stadt (bevorzugt) zu betrachten.

Allerdings ist die Frage nach dem Privileg vielleicht auch gar nicht die entscheidende. Die Stadt und das urbanistische Feld mit Laclau zu denken, stellt aus meiner Sicht nämlich nicht automatisch die Frage nach einem Primat der Stadt oder des Städtischen. Es geht nicht darum, der Stadt irgendeine ontologisch privilegierte Stellung zuzuweisen, sondern einfach darum, ein Verständnis davon zu entwickeln, was Stadt eigentlich ist. Die Stadt als materielle Verdichtung bietet sich aus verschiedenen Gründen als Reflexionsraum an und die eigentliche Frage ist, wie eine solche Reflexion ausgestaltet werden kann. Die aus Laclaus Theorie explizierbare Aufgabe ist es deshalb, verschiedene Ansätze vorzuschlagen (ins hegemoniale Spiel der Theorieproduktion einzuspeisen), mit denen einerseits entsprechende Versatzstücke in den Stadtwissenschaften kenntlich gemacht und auf das urbanistische

Feld gebracht werden können und mit denen andererseits solchen Spuren in der politischen Theorie gefolgt wird, bei denen das Nachdenken über Stadt enthalten ist.

## Literatur

- Althusser, Louis, [1965] 2011: Für Marx. Frankfurt a. M.
- Bäcklund Pia/Mäntysalo, Raine, 2010: Agonism and institutional ambiguity. In: *Planning Theory*, H.9(4), S. 333–350.
- Derrida, Jacques, [1967a] 1997: *Of Grammatology*. Baltimore.
- Derrida, Jacques, [1967b] 2005: *Writing and Difference*. London.
- Dikeç, Mustafa, 2013a: Immigrants, Banlieues, and Dangerous Things. Ideology as an Aesthetic Affair. In: *Antipode*, 45(1), S. 23–42.
- Dikeç, Mustafa, 2013b: Beginners and equals. Political subjectivity in Arendt and Rancière. In: *Transactions of the Institute of British Geographers*, H.38, S. 78–90.
- Dikeç, Mustafa, 2012: Space as a mode of political thinking. In: *Geoforum*, H.43, S. 669–676.
- Engels, Friedrich, 1870: Vorbemerkung zu „Der deutsche Bauernkrieg“. In: *MEGA Marx/Engels Gesamtausgabe*, I/21, Berlin 2009, S. 167–174.
- Engels, Friedrich, 1845: Die Lage der arbeitenden Klasse in England. In: *Marx/Engels Gesamtausgabe, Erste Abteilung, Band 4, Glashütten im Taunus 1970*, S. 1–282.
- Engels, Friedrich, 1844: Umriss zu einer Kritik der Nationalökonomie. In: *Marx-Engels Gesamtausgabe, Erste Abteilung Band II, Glashütten im Taunus 1970*, S. 379–404.
- Fanon, Frantz, [1961] 1966: *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt a. M.
- Glasze, Georg, 2008: Der Raumbegriff bei Laclau. In: *Glasze, Georg/Mattisek, Annika (Hg.), 2008: Handbuch Diskurs und Raum, Bielefeld 2008*, S. 213–218.
- Gunder, Michael, 2010: Planning as the ideology of (neoliberal) space. In: *Planning Theory*, H. 9(4), S. 298–314.
- Hegel, Georg Wilhelm Friedrich, 1986: *Vorlesungen über die Philosophie der Geschichte, Werke 12*. Frankfurt a. M.
- Hillier, Jean, 2002: *Shadows of Power. An Allegory of Prudence in Land-Use Planning*. London/New York.
- Laclau, Ernesto, 2012: Antagonism, Subjectivity and Politics. In: *Laclau, Ernesto, 2014: The Rhetorical Foundations of Society*, London/New York, S. 101–125.
- Laclau, Ernesto, 2005: *On populist reason*. London/New York.
- Laclau, Ernesto, 1990: *New reflection on the revolution of our time*. London/New York.
- Lefebvre, Henri, [1967] 1996: The right to the City. In: *Kofmann, Elenore/Lebas, Elizabeth (Hg.), 1996: Writings on Cities*, Oxford 1996, S. 61–181.
- Luhmann, Niklas, 1995: *Die Kunst der Gesellschaft*. Frankfurt a. M.
- Marchart, Oliver, 2013: *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*. Berlin.
- Marchart, Oliver, 2007: Post-foundational political thought. Political difference in Nancy, Lefort, Badiou and Laclau. Edinburgh.

- Marchart, Oliver, 1999: Art, space and the public sphere(s). Some basic observations on the difficult relation of public art, urbanism and political theory. Unter: <http://eipcp.net/transversal/0102/marchart/en>, download am 10.8. 2013.
- Marx, Karl, 1852: Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte. In: MEGA Marx/Engels Gesamtausgabe, II/11, Berlin 1985, S. 96-189.
- Marx, Karl, 1850: Die Klassenkämpfe in Frankreich. In: MEGA Marx/Engels Gesamtausgabe, I/10, Berlin 1977, S. 119-196.
- Massey, Doreen, 2005: For Space. London.
- Massey, Doreen, [1992] 2007: Politik und Raum/Zeit. In: Belina, Bernd/Michel, Boris (Hg.), 2007: Raumproduktionen, Münster 2007, S. 111-132.
- Michel, Boris/Roskamm, Nikolai (Hg.), 2013: Die postpolitische Stadt. sub|urban, H. (1)2.
- Mouffe, Chantal, 2013: Agonistics. London/New York.
- Mouffe, Chantal, 2005: On the Political. London.
- Mouffe, Chantal, 2002: Politics and Passions. The Stakes of democracy. Unter: [https://www.westminster.ac.uk/\\_\\_data/assets/pdf\\_file/0003/6456/Politics-and-Passions.pdf](https://www.westminster.ac.uk/__data/assets/pdf_file/0003/6456/Politics-and-Passions.pdf), download am 17.3. 2014.
- Olberg, Oda, 1926: Die Entartung in ihrer Kuturebedingtheit. München.
- Purcell, Mark, 2013: The Down-Deep Delight of Democracy. Malden.
- Purcell, Mark, 2008: Recapturing Democracy. Neoliberalization and the Struggle for Alternative Urban Futures. London.
- Rancière, Jacques, [1995] 2002: Das Unvernehmen. Frankfurt a. M.
- Roskamm, Nikolai, 2015: On the other side of „agonism“ – „the enemy“, the „outside“ and the role of antagonism. In: Planning Theory, 14(4), S. 384-403.
- Roskamm, Nikolai, 2011: Dichte. Eine transdisziplinäre Dekonstruktion. Bielefeld.
- Spivak, Gayatri Chakravorty, 1988: Can the Subaltern Speak? In: Nelson, C./Grossberg, L. (Hg.), 1988: Marxism and the Interpretation of Culture, Basingstoke 1988, S. 271-313.
- Stallybrass, Peter, 1990: Marx and Heterogeneity: Thinking the Lumpenproletariat. In: Representations, H. 31, S. 69-95.
- Staten, Henry, 1986: Wittgenstein and Derrida. Oxford.
- Wirth, Louis, 1938: Urbanism as a Way of Life. In: The American Journal of Sociology, Vol. 44, No. 1, S. 1-24.
- Žižek, Slavoj, [1999] 2010: Die Tücke des Subjekts. Frankfurt a. M.

---

# Staat, Ökonomie und globale Politik

## Laclaus Hegemonietheorie und die Internationale Politische Ökonomie

Joscha Wullweber

---

### 1 Einleitung

Konzepte wie Staat und Ökonomie werden des Öfteren naturalisiert und essentialisiert: Häufig wird der Staat als geschlossener Akteur konzipiert, der mit anderen Staaten im politischen und ökonomischen Wettstreit stehe (Neo-Realismus bzw. Neo-Merkantilismus) oder ein Hemmnis gegenüber der freien Entfaltung der Marktkräfte sei (Neo-Liberalismus). Andere Ansätze, wie etwa die Weltsystemtheorie, sehen den Staat vor allem als Moment eines größeren politisch-ökonomischen Systems, während weitere Ansätze versuchen, aus der Analyse des Kapitals die allgemeine Form des Staates abzuleiten (z. B. Staatsableitungsdebatte und Teile der Finanzialisierungsliteratur). Für manche ist der Staat der ideologische Überbau des Kapitalismus, der in letzter Instanz durch die Ökonomie determiniert ist (Althusser). Wieder andere sehen im Staat schlicht das Instrument der herrschenden Klasse (Miliband). Für viele definiert sich der Staat vor allem als Gewaltinstrument, ein juristisch-konstitutionell legitimes Monopol auf die äußere und innere Ausübung physischen Zwangs (Weber).

Zweifelsohne können Staat und Ökonomie für eine gesellschaftspolitische Analyse schwerlich ausgeblendet werden. Die Herausforderung besteht vor allem darin, essentialisierende Sichtweisen zu erkennen, zu dekonstruieren und im Gegensatz dazu eine strikt relationale und postfundamentalistische Perspektive auf Staat und Ökonomie zu entwickeln. Wie nachfolgend argumentiert wird, bedarf es einer Theoretisierung des Staates, die sowohl die Relationalität von (staatlichen und nicht-staatlichen) Strukturen und (staatlichen und nicht-staatlichen) Akteuren fasst als auch von einer strikten Trennung von Staat, Ökonomie und Gesellschaft absieht. Weiterhin ist das Verhältnis zwischen Staat, Ökonomie und Zivilgesellschaft weder fixiert noch zufällig entstanden, sondern ein hegemonial artikuliertes Verhältnis, das verschiedene Akteure, Strategien und Interessen zusammenfasst. Die jeweilige

Strukturiertheit von Staat, Ökonomie und Gesellschaft kann schließlich nur vor dem Hintergrund von internationalen Strukturen und Politik verstanden werden.

Der Beitrag beginnt mit der Erläuterung des Begriffs der Diskursformation und problematisiert die Vorstellung einer Trennung von Staat, Ökonomie und Gesellschaft. In den folgenden Abschnitten nähere ich mich einer diskurs- und hegemonietheoretischen Konzeptualisierung von Ökonomie und Staat, die auf das Werk von Erbest Laclau wie auch auf neopoulantzianische und regulationstheoretische Ansätze gestützt ist. Staat und Ökonomie werden dann, auf konkreterer Ebene, anhand verschiedener Krisenmomente der fordistischen Diskursformation und postfordistischer Entwicklungslinien raumzeitlich spezifiziert, denn: »[T]he task of any middle ranging theorization, which starts from a discursive ontology has, as a main task, to redescribe the ontical level in terms of the distinctions brought about by that ontology« (Laclau 2004: 323).

## 2 Gesellschaftliche Verstetigungen

Mit dem Begriff der Diskursformation soll im Folgenden eine spezifisch sedimentierte und infolgedessen über einen gewissen Zeithorizont und innerhalb eines bestimmten sozio-politischen Raums stabilisierte soziale Verfasstheit und Strukturiertheit von Gesellschaft benannt werden (siehe ausführlich Wullweber 2010). Allgemein kann gesagt werden, dass alle Formen von Strukturierung eine spezifische raumzeitliche Ausdehnung haben. Der Diskursbegriff soll das Augenmerk auf die diskursive Verfasstheit von Gesellschaft bzw. des Sozialen legen, wie sie von Laclau postuliert wurde. Hierdurch soll dem Umstand entsprochen werden, dass es nicht, wie auch Gramsci annahm, Akteure sind, die hegemonial werden, sondern bestimmte Diskurse bzw. eine bestimmte Organisiertheit von Diskursen: »The ensemble of the rules, plus those actions which implement/ distort/subvert them is what we call ‚discourse‘ and when we are referring not to particular language games but the interaction/articulation between a plurality of them – what Wittgenstein calls ‚form of life‘ – we speak of a ‚discourse formation‘,» (Laclau 2000a: 284; vgl. auch 1985: 105).<sup>1</sup> Nicht eine bestimmte Person, eine politische Gruppierung, eine Klasse oder ein Staat ist demnach hegemonial, sondern ein bestimmter *Alltagsverstand*,<sup>2</sup>

1 Eine Hegemonie kann, aber muss nicht mit bestimmten Akteuren verbunden sein.

2 Der Begriff des Alltagsverstands geht auf Gramsci zurück, der mit ihm die »von den verschiedenen gesellschaftlichen und kulturellen Milieus aufgenommene Weltauffassung« (Gramsci 1991: 1393) bezeichnete. Hierbei ist der Alltagsverstand »keine einheitliche,

eine Regulationsform der Gesellschaft, ein gesellschaftliches Verhältnis oder ganz allgemein: eine spezifische raumzeitliche Diskursformation. Sicherlich kann und wird diese Diskursformation vor allem die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ausdrücken und abdecken. Die Diskursformation ist aber nicht mit den ProtagonistInnen eines hegemonialen Projektes deckungsgleich, geschweige denn identisch.

Der Begriff der Diskursformation soll gleichermaßen Struktur- und Handlungsaspekte ausdrücken.<sup>3</sup> Der Begriff benennt zum einen die Strukturierung und Verstetigung von Diskurselementen zu spezifischen hegemonialen Relationen – also die Anordnung dieser Elemente zueinander. Zum anderen betont der Begriff auch das Prozesshafte und richtet das Augenmerk darauf, dass eine soziale Struktur von Gesellschaft beständig von den Subjekten dieser Gesellschaft re-artikuliert wird: „If such a structure is dependent upon its enunciation for its continuation, then it is at the site of enunciation that the question of its continuity is to be posed“ (Butler 1997: 19).

Eine raumzeitlich spezifische Diskursformation ist kein zufälliges Gebilde. Die soziale Verfasstheit einer Gesellschaft hat sich vielmehr in einem konflikthaften und häufig auch gewaltförmigen Prozess historisch herausgebildet. Eine Analyse der Diskursformation einer Gesellschaft gibt folglich Aufschluss über die historische Verteilung der sozialen, politischen, kulturellen etc. Kräfteverhältnisse dieser Gesellschaft, also derjenigen Artikulationen und Projekte, die sich historisch hegemonial durchgesetzt haben. Da die Kräfteverhältnisse in die soziale Matrix der Gesellschaft eingeschrieben wurden, sind diese nicht ohne weiteres reaktivier- und veränderbar. Die materialisierten bzw. sedimentierten Kräfteverhältnisse haben in einer Diskursformation also eine gewisse Festigkeit, im Sinne von Dauerhaftigkeit, erlangt. Das bedeutet zugleich, dass nicht von einer neutralen sozialen Struktur einer Gesellschaft ausgegangen werden kann. Die hegemoniale Diskursformation ist also nicht nur das kontingente Resultat historischer Kräfteverhältnisse. Diese Kräfteverhältnisse wirken dadurch, dass sie in die soziale Struktur, in die Institutionen und täglichen Praktiken der Subjekte dieser Gesellschaft eingeschrieben wurden, strukturierend auf die Möglichkeiten der Artikulation neuer Relationen und damit auch auf die Gestaltung des Wahrheitshorizonts einer Gesellschaft ein.

---

in Raum und Zeit identische Auffassung“ (ebd.: 1393f.). Es handelt sich vielmehr um die subjektiv spezifische Erfahrungs- und Wahrnehmungsform dessen, was in der *Vorstellung* der jeweiligen Person immer wieder passiert und daher ihren Alltag – ihre Normalitätsvorstellung und Normalitätserwartung – ausmacht. Im Alltagsverstand, der sich aus dem Alltagswissen und den Alltagspraxen zusammensetzt, drückt sich also ein bestimmtes Verständnis von sinnstiftender Normalität und Routine aus.

3 An anderer Stelle verwende ich den Begriff der Diskursorganisation (Wullweber 2010).

Eine spezifische Diskursformation ist also nicht nur *Ausdruck* der historischen Kräfteverhältnisse einer Gesellschaft, sondern wirkt retroaktiv und performativ auf die Konstituierung dieser Gesellschaft ein. Eine spezifische Gesellschaft konstituiert sich überhaupt erst über Auseinandersetzungen, die sich in der jeweiligen Organisation der Diskurse ausdrücken und die wiederum das Handeln der Subjekte strukturieren. Daher wurde oben bereits betont, dass sich Diskurse und das Feld des Sozialen entsprechen.

Schließlich ist eine spezifische Diskursformation, verstanden als hegemonial organisierter Diskursraum, nur bis zu einem gewissen Grad kohärent. Eine vollständige hegemoniale Strukturierung ist nicht möglich, da Artikulationen stets daran scheitern, den Diskursraum vollständig zu strukturieren – eine soziale *Ordnung* ist demnach nur eine partielle Begrenzung von *Unordnung*: „There is a temporalization of spaces or a widening of a field of the possible, but this takes place in a *determinate* situation: that is, one in which there is always a relative structuration“ (Laclau 1990a: 43). Eine Diskursformation stellt also auch eine bis zu einem gewissen Grad verfehlte Strukturierung dar. Bedeutungen sind potenziell überdeterminiert, ihnen ist stets die Möglichkeit der Artikulation innerhalb eines konkurrierenden Kontextes inhärent, weswegen Dislokationen als permanentes Phänomen verstanden werden. Es sind weniger die Krisen, die überraschen, als die gelungenen Stabilisierungen. Diese *Stabilisierungsarbeit* enthält durchaus strategische Elemente, ähnelt insgesamt aber eher einem die verschiedenen gesellschaftlichen Bereiche durchziehenden Suchprozess. Daraus folgt die Betonung der Kontingenz gesellschaftlicher Entwicklung. Eine konkrete Krise markiert also eine spezifische Situation, in der bestimmte (institutionalisierte) Handlungen von Subjekten einer Gesellschaft in der Art und Weise an ihre Grenzen stoßen, dass eine spezifische Form der Diskursformation durch vermehrtes Auftreten von Dislokationen und Antagonismen und dem Scheitern hegemonialer Strategien zur Bearbeitung dieser Krisen gekennzeichnet ist und nicht länger aufrechterhalten werden kann.

---

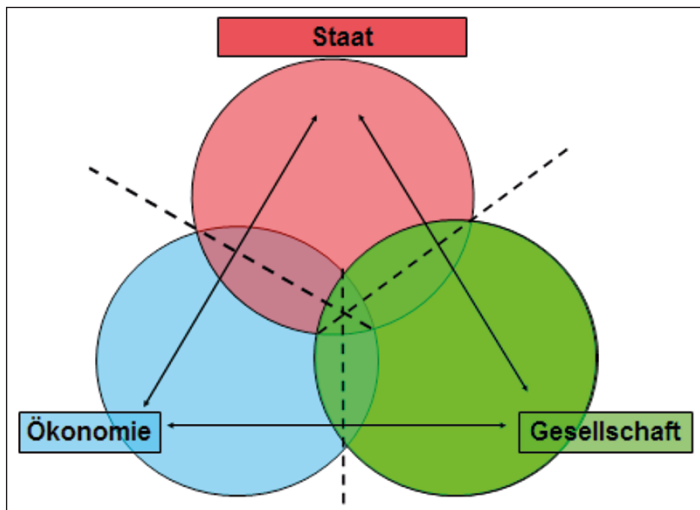
### 3 Die Trennung von Staat, Ökonomie und Gesellschaft

Staat und Ökonomie werden hier als spezifische Diskursformationen konzeptualisiert. Die Unterscheidung zwischen Staat, Ökonomie und Gesellschaft basiert demnach nicht auf natürlich gegebenen Grenzen, sondern auf einer Differenzierung, die Resultat sozio-politischer Entwicklungen ist. Gramsci hob diesen Punkt durch den Begriff des *integralen Staates* hervor, der durch Jessop (2007: 24) durch den Begriff der *integralen Ökonomie* ergänzt wurde. Sowohl Staat als auch Zivilgesellschaft, inner-

halb derer Auseinandersetzungen stattfinden, haben bei Gramsci einen politischen Charakter. Auf dem Terrain der Ökonomie finden ebenfalls Auseinandersetzungen statt. Auch die Ökonomie ist keine separate Sphäre, denn der integrale Staat „is acting essentially on economic forces, reorganizing and developing the apparatus of economic production, creating a new structure“ (Gramsci 1971: 247). Insgesamt verschwimmen die Grenzen zwischen Staat, Gesellschaft und Ökonomie, es gibt kein Zentrum, und kein Bereich ist a priori den anderen gegenüber privilegiert: „If the state, defined as the ethico-political moment of society, does not constitute an instance within a topography, then it is impossible simply to identify it with the public sphere. If civil society, conceived as a site of private organizations, is itself the locus of ethico-political effects, its relation with the state as a public instance becomes blurred“ (Laclau 2000b: 50).

Das ist nicht in dem Sinne zu verstehen, dass dem Staat keine Bedeutung für die Strukturierung der Gesellschaft zukommen würde. Vielmehr ist der Staat, als spezifische Form sozialer Stabilisierung, bereits Ausdruck historischer Auseinandersetzungen um die Artikulation einer bestimmten Form sozio-politischer Organisation und, daraus folgend, spezifischer raumzeitlicher Strukturierungen. Ähnlich verhält es sich mit der Ökonomie. Hier haben sich bestimmte Relationen – das Waren-, das Geld-, das Kapitalverhältnis etc. – historisch so stark verfestigt, dass bestimmten Teilbereichen der Ökonomie, z. B. der Warenform, gleichsam ein Eigenleben, ein Fetisch-Charakter, zugeschrieben wird: „commodity fetishism is the kind of mistaken self-identity endemic to capital accumulation“ (Haraway 1997: 141). Hierbei verschleiern Fetischisierungen „the constitutive tropic nature of themselves and of worlds. Fetishes literalize and so induce an elementary material and cognitive error. Fetishes make things clear and under control“ (Haraway 1997: 136).

Weder der Staat noch die Ökonomie sind also Bereiche, die notwendigerweise von der Gesellschaft getrennt wären. Auch liegt nicht von vornherein eine Hierarchie zwischen diesen Bereichen vor. Vielmehr ist die Vorstellung von getrennten Sphären selbst eine hegemonial sedimentierte Artikulation, „which create the appearance of a world fundamentally divided into state and society. The essence of modern politics is not policies formed on one side of this division being applied to or shaped by the other, but the producing and reproducing of this line of difference“ (Mitchell 1991: 95). Oder, wie Althusser es ausdrückt: „Der Staat (...) ist weder öffentlich noch privat, er ist vielmehr die Bedingung jeder Unterscheidung zwischen öffentlich und privat“ (Althusser 1977: 120).



**Abb. 1** Staat, Ökonomie und Gesellschaft

Quelle: eigene Darstellung

Haben sich zu einem bestimmten Zeitpunkt bestimmte soziale Relationen stabilisiert, wirken diese wiederum selektiv auf Handlungen innerhalb dieser Gesellschaft ein. Formen sozialer Stabilisierung besitzen als „der Staat in den Köpfen“ (Müller et al. 1994) eine relative Autonomie gegenüber täglichen Handlungen. Es ist dies aber nur eine scheinbare Autonomie, da diese beständig von einer Vielzahl von Subjekten reartikuliert werden müssen, um Bestand zu haben. Der Staat und die Ökonomie existieren, da sie von den in der Gesellschaft lebenden Menschen reproduziert werden und sich tief in das Denken und den Wahrheitshorizont der Subjekte eingeschrieben haben. Einerseits muss die soziale Strukturierung aktiv reproduziert werden, um Bestand zu haben. Andererseits vollzieht sich die Reartikulation nur bedingt bewusst, da sich die Handlungen der Menschen über Sozialisationsprozesse ausbildet und verstetigt haben. Schließlich wurde bereits ausgeführt, dass Sedimentationsprozesse alles andere als friedlich verlaufen: Hegemoniale Auseinandersetzungen beruhen *per definitionem* auf dem Ausschluss anderer Positionen und enthalten damit auch Zwangselemente. Das bedeutet, dass die (legitime) Anwendung von Gewalt Teil einer Diskursformation ist. Hierbei ist die physische Gewalt nur eine Form innerhalb diverser Möglichkeiten von Gewaltanwendungen.

Aus den dargestellten Gründen ist es sinnvoll, staatstheoretische Überlegungen auszuarbeiten, um damit eine spezifisch sedimentierte soziale Strukturierung einer Gesellschaft zu untersuchen. Allerdings geschieht das vor dem Hintergrund eines Staatsverständnisses, das beinhaltet, dass es *den Staat an und für sich* nicht gibt. Diese Bemerkung gilt selbstverständlich nicht nur für den Staat oder die Ökonomie, sondern, wie oben ausgeführt, für die Gesellschaft als Ganze: „[S]ociety‘ as a unitary and intelligible object which grounds its own partial processes is an impossibility“ (Laclau 1990b: 90).

Die Trennung von Staat, Ökonomie und Gesellschaft ist also eine, zumindest für die westliche Hemisphäre bzw. die westlichen Industriestaaten, hegemoniale und daher sedimentierte Vorstellung davon, wie sich das Zusammenleben der Menschen organisiert. Das heißt auch, dass die Grenze zwischen diesen Bereichen nicht fixiert, sondern umkämpft und veränderbar ist. Innerhalb einer sozialen Struktur werden diese Bereiche mit verschiedenen Vorstellungen verknüpft, die es zu spezifizieren gilt. An dieser Stelle soll jedoch nochmals betont werden, dass die Bedeutung z. B. eines fordistischen Staates oder einer neoliberalen Organisation der Wirtschaftsbeziehungen nicht per se gegeben ist, sondern ein politikwissenschaftlich erklärungswürdiges Phänomen darstellt. Zu betonen, dass Staat, Ökonomie und Gesellschaft bzw. die Trennung zwischen Staat, Ökonomie und Gesellschaft diskursive Konstruktionen sind, beinhaltet nicht, ihnen ihre aktuelle Bedeutung abstreiten zu wollen, sondern heißt, nach den spezifischen historischen und sozio-politischen Bedingungen ihrer jeweiligen Ausformung und Zentralität zu fragen.

So wie aus obigen Ausführungen folgt, dass Politik nicht auf einen bestimmten Akteur (z. B. auf den Staat) reduziert werden kann, muss auch die privilegierte Rolle der Ökonomie gegenüber der Politik fallen gelassen werden: „For what is at stake is not the degree of effectiveness of a fully constituted object – the economy – on the rest of social development, but to determine the extent to which the economy is constituted as an autonomous object, separated by a boundary of essence from its factual conditions of existence“ (Laclau 1990a: 23). Das Politische markiert hier nicht einen bestimmten Bereich der Gesellschaft, sondern wird verstanden „als strategisches Terrain hegemonialer Artikulation, das alle Bereiche der Zivilgesellschaft, der Ökonomie wie auch des Staates im engeren Sinne umfasst“ (Marchart 2007: 3).

## 4 Die Selektivität sozialer Strukturierung

Eine soziale Strukturierung ist, wie oben erläutert, keine neutrale Strukturierung. Da hegemoniale Auseinandersetzungen strategische und interessengeleitete Auseinandersetzungen sind, schreiben sich diese Strategien und Interessen – nicht als exaktes Abbild, sondern gebrochen und kontingent – in die aus diesen Auseinandersetzungen resultierenden historisch-spezifischen Diskursformationen ein. Eine diskurstheoretische Hegemonietheorie ist damit zugleich eine Theorie (der Dekonstruktion) von hegemonialen Strategien: „[T]he development of a theory of hegemony as a precondition for any kind of strategic thinking“ (Laclau 1999: 159). Bestimmte Selektivitäten – und damit die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen – sind demnach nicht im Staat per se eingeschrieben, sondern verkörpern das konflikthafte Resultat vorgängiger Auseinandersetzungen.

Eine raumzeitlich spezifische Diskursformation ist demnach eine selektive Matrix, die als Handlungs- und Orientierungsraster auf aktuelle Handlungen einwirkt. Das bedeutet, dass einige Artikulationen oder politische Projekte privilegiert und andere benachteiligt werden. Auch richten sich die Strategien tendenziell nach dieser Matrix aus, wodurch diese reflexiv reorganisiert wird. Das Handlungsfeld wird dadurch begrenzt. Sicherlich können weiterhin alle möglichen Artikulationen ausgeführt werden. Doch die Möglichkeit, hegemonial zu werden, wird eingeschränkt: „[T]he practical effect of a political discourse will always depend to some extent on its historical traces, the ways in which it resonates with already normalized traditions“ (Smith 1998: 76). Es können demnach nicht alle Artikulationen zu jedem Zeitpunkt universalisiert werden, was auch bedeutet, dass nicht alle politischen Akteure gleichermaßen in der Lage sind, Universalitäten zu formulieren bzw. durchzusetzen (vgl. Laclau 2004: 283f.). Hegemoniale Artikulationen, die sich in eine Diskursformation eingeschrieben haben, wirken daher gestaltend auf die Gesellschaft ein. Der sozio-politische Raum wird selektiv strukturiert. Diese selektive Diskursformation fördert die Sedimentation bestimmter Artikulationen zu stabilen Institutionen, die den politischen und konflikthaften Ursprung dieser Handlungen und Bedeutungen tendenziell verschleiern. So wird die oben erläuterte Grenze und Trennung zwischen Ökonomie, Staat und Gesellschaft auf eine bestimmte Weise hegemonial produziert und fixiert. Eine Diskursformation betont also die relative Strukturierung des sozialen Raums, auch wenn diese Strukturierung niemals vollständig gelingt und von Dislokationen „aufgerissen“ ist.

## 5 Die soziale Strukturierung der Ökonomie

Der Kern einer diskurstheoretischen Perspektive auf die Ökonomie liegt nun in der Betonung der Ökonomie als Diskursformation und damit als *Form* und nicht als objektive Realität. Oder anders ausgedrückt: Die Ökonomie besitzt kein Wesen (im Sinne von Dasein/physischer Substanz), das sich uns direkt vermitteln würde, sondern artikuliert sich ausschließlich in konkreten Erscheinungen, die es zu analysieren gilt (im Sinne von Sein/Form). Diese (sozialen) Formen enthalten, reproduzieren und konstituieren allgemeine Wahrnehmungs- und Verhaltensorientierungen einer bestimmten Gesellschaft, was auch heißt, „dass das Kapital als soziales Verhältnis nicht vor seiner Regulation existiert, sondern dass in der Regulation und durch sie dem Kapital erst Form (...) verliehen wird“ (Jessop 2003: 90).

Die Ökonomie als Form (einer Diskursformation) zu theoretisieren betont weiterhin deren Relationalität. Auch Marx hob hervor, dass das Kapital als soziale Beziehung zu verstehen sei, indem er ausführte, „daß das Eigentum an Geld, Lebensmitteln, Maschinen und andren Produktionsmitteln einen Menschen noch nicht zum Kapitalisten stempelt, wenn die Ergänzung fehlt, der Lohnarbeiter, der andre Mensch, der sich selbst freiwillig zu verkaufen gezwungen ist“ (Marx 2001: 793). Er betonte, „daß das Kapital nicht eine Sache ist, sondern ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen“ (ebd.). Gibson-Graham heben hervor: „Thus a capitalist site (a firm, industry, or economy) or a capitalist practice (exploitation of wage labor, distribution of surplus value) cannot appear as the concrete embodiment of an abstract capitalist essence. It has no invariant ‚inside‘ but is constituted by its continually changing and contradictory ‚outsides‘“ (Gibson-Graham 2006: 15f.). Nach Aglietta (1979: 16) ist die Ökonomie „solely a methodological demarcation within the domain of social relation.“ Die Ökonomie wird hier daher als ein hegemonial separiertes und mehr oder weniger stabilisiertes Ensemble sozialer Beziehungen verstanden, das sich überwiegend über signifizierende Objekte (Waren), seien sie nun materieller oder immaterieller Natur, ausdrückt. Bei der Ökonomie handelt es sich um eines von vielen – wie z. B. patriarchalen, rassistischen, religiösen u. a. – gesellschaftlichen Organisationsprinzipien. Keine dieser Formen gesellschaftlicher Organisation ist a priori wichtiger oder dominanter als die anderen. Es wird hier vielmehr davon ausgegangen, dass in einer spezifischen Gesellschaft eine Vielzahl dieser Prinzipien vorhanden sind und sich gegenseitig bedingen: „[T]he social relation we call capitalist are far from exhausting the complex of practices which make up all actually existing societies. In fact, other social relations or practices are the very condition of existence (...) of capitalist relations“ (Lipietz 1985a: 19). Auch die Wirtschaftswissenschaften untersuchen und beschreiben nicht nur ökonomische Phänomene und Prozesse,

sondern gestalten und erschaffen diese ebenso (Callon 1998; Callon/Millo/Muniesa 2007). Mathematische Gleichungen, ökonomische Modelle und Finanzkalkulationstechniken haben demnach nicht einfach einen beschreibenden Charakter, sondern konstituieren die Ökonomie maßgeblich mit (vgl. Wullweber 2015a).

Aus der Konzeptualisierung der Ökonomie als Form folgt in Übereinstimmung mit regulationstheoretischen Annahmen, dass es nicht die Ökonomie als solche gibt, sondern nur konkrete, historisch-spezifische Formen der Ökonomie, verstanden als spezifische Organisation eines Diskursraums. Verschiedene Formen ökonomischer Diskursformationen konkurrieren miteinander: „Perhaps the totality of the economic could be seen as a site of multiple forms of economy whose relations to each other are only ever partially fixed and always under subversion. It would be possible, then, to see contemporary discourses of capitalist hegemony as enacting a violence upon other forms of economy, requiring their subordination as a condition of capitalist dominance“ (Gibson-Graham 2006: 12). Diese konkreten Formen entstehen weder zufällig noch aus einer bestimmten, systemimmanenten Notwendigkeit heraus, sondern sind das kontingente Resultat historisch vorgängiger hegemonialer Auseinandersetzungen. Hieraus folgt schließlich die Betonung der (alltäglichen) Handlungen, die, durch permanente Iteration, diese konkrete Form tagtäglich reproduzieren, verschieben und dislozieren.

---

## 6 Die soziale Strukturierung des Staates

Ausgangspunkt einer Analyse des Staates ist die bereits oben diskutierte Annahme, dass es *den Staat an und für sich* nicht gibt, sondern es sich hierbei um eine Art *mystische Abstraktion* (Foucault 1991: 103) handelt: „[T]he state is not a homogeneous medium (...) but an uneven set of branches and functions, only relatively integrated by the hegemonic practices which take place within it“ (Laclau/Mouffe 1985: 180). Startpunkt einer solchen Analyse des Staates ist weiterhin ein konsequenter Relationismus: „Die Gesellschaft besteht nicht aus Individuen, sondern drückt die Summe der Beziehungen, Verhältnisse aus, worin diese Individuen zueinander stehn“ (Marx 1953a: 189). Ein bestimmter Staat ist also Ausdruck eines spezifischen (sozialen bzw. gesellschaftlichen) Verhältnisses, was wiederum beinhaltet, von einem Primat des Gesellschaftlichen bzw. des Politischen auszugehen.

Den Staat als Diskursformation zu konzeptualisieren bedeutet weiterhin, von bestimmten, der Gesellschaft vorgängigen Funktionen oder Aufgaben eines Staates abzugehen. So wird von Poulantzas argumentiert, dass dem Staat die Funktion sozialer Kohäsion einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft zukommt. Er habe die

Funktion, „Kohäsionsfaktor der verschiedenen Ebenen einer Gesellschaftsformation zu sein“ (Marx 1953b: 43). Wenngleich ein Funktionalismus mit der Forderung nach strikter Relationalität kompatibel ist, weil auch beim Funktionalismus von einem relationalen sozialen Gefüge ausgegangen wird, sind in diesem Fall die Relationen der Funktion untergeordnet, sie sind zweckbestimmt. Diese teleologische Herangehensweise führt *durch die Hintertür* die strukturalistische Vorstellung ein, dass der sozialen Strukturierung von Gesellschaft eine Zweckgerichtetheit inhärent wäre, die dem Handeln der Subjekte vorgängig und transzendent ist (Laclau 2005: 68). Auf diese Weise wird die Konzeption des Staates enthistorisiert. Hieraus folgt für die Theoretisierung des Staates, dass nicht eine allgemeine Struktur des Staates herausgearbeitet werden sollte, sondern davon auszugehen ist, dass das, was als der Staat angesehen wird, ständig verhandelt wird und daher permanent Veränderungen unterworfen ist. Wie also die raumzeitlich spezifische Diskursformation eines bestimmten Staates aussieht, „wie sie in Struktur, Institutionen und Prozeß des Staates umgesetzt wird, ist durch die Formanalyse nicht zu beantworten“ (Blanke/Jürgens/Kastendiek 1974: 65).

Es geht also darum, die spezifische diskursive Form der Diskursformation des Staates historisch zu verorten und danach zu fragen, welche Strategien, Interessen und Deutungen sich historisch hegemonial durchgesetzt haben. Es kann daher „weder eine allgemeine Theorie der Ökonomie (...) noch eine ‚allgemeine Theorie‘ (...) des Staates (...) mit einem ebenfalls unveränderlichen theoretischen Gegenstand geben“ (Poulantzas 2002: 48). Zugleich wurde oben dargestellt, dass sich eine spezifische Diskursformation weder notwendigerweise entwickelt oder dialektisch ableitet, noch die Organisation von Diskursen zufällig abläuft. Vielmehr wurde betont, dass sich eine Diskursformation kontingent aus den vorgängigen Auseinandersetzungen entwickelt, sich diese Auseinandersetzungen also in die Diskursformation einschreiben, sie aber nicht determinieren. Eine spezifische Diskursformation eines Staates ist also keine neutrale Struktur, sondern besteht aus einer aus vorgängigen Auseinandersetzungen entstandenen, sedimentierten Struktur, die wiederum selektiv innerhalb der Gesellschaft – allein über die Subjekte, die diese Struktur durch ihre täglichen Handlungen reproduzieren – wirkt und gleichzeitig den Ort bestimmter Strategien darstellt. Das heißt auch, den Staat „als strategisches Feld und strategischen Prozess zu fassen, in dem sich Machtknoten und Machtnetze kreuzen, die sich sowohl verbinden als auch Widersprüche und Abstufungen zeigen“ (Poulantzas 2002: 167).

Obigen Ausführungen folgend kann zunächst einmal konstatiert werden, dass die Diskursformation des Staates aus Institutionen besteht, verstanden als auf Dauer gestellte, relative stabile und also sedimentierte Handlungsabfolgen und -routinisierungen, die die historisch vorgängigen Kräfteverhältnisse in gewissem

Umfang reflektieren. Poulantzas (2002: 154ff.) bezeichnet den Staat daher auch als eine materielle Verdichtung von gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Das bedeutet, dass die Diskursformation des Staates, ähnlich wie andere Diskursformationen, selektiv auf den Handlungsspielraum, bzw. noch allgemeiner, auf die Artikulationen der Akteure einwirkt und einige Artikulationen, z. B. in Form von hegemonialen Projekten, privilegiert und andere benachteiligt und demnach nicht für alle sozialen Kräfte und Absichten gleichermaßen zugänglich ist. Neben diesen allgemeinen Merkmalen ist der Staat sicherlich eine sehr spezifische Diskursformation. So hat sich im Staat die Anwendung von Gewalt, bzw. weberianisch ausgedrückt, das Monopol physischen Zwangs, als legitimes Mittel einer größtenteils „subjektlosen Gewalt“ (Gerstenberger 1990) durchgesetzt. Walter Benjamin zeigte auf, dass sowohl die historische Rechtsetzung als auch die Rechtserhaltung gewaltförmige Akte beinhaltet(e) (Benjamin/Marcuse 2006: 29ff.). Auch Derrida führt aus: „[E]s gibt (...) kein Gesetz ohne Anwendbarkeit und keine Anwendbarkeit oder ‚enforceability‘ des Gesetzes ohne Gewalt – mag diese Gewalt unmittelbare Gewalt sein oder nicht, mag sie physische oder symbolische, äußere oder innere, zwingende oder regulative Gewalt sein, brutal oder auf subtile Weise diskursiv und hermeneutisch usw.“ (Derrida 1991: 12). Es hat sich historisch also eine bestimmte Form des Staates durchgesetzt, innerhalb derer bestimmte Akteure und Institutionen legitimiert sind, Zwangsmittel einzusetzen – bis hin zu offener Gewalt und dem Führen von Kriegen. Weiterhin kommt dem Staat als Rechtsstaat eine besondere Bedeutung zu, indem staatliche Organe Recht setzen können, das für alle anerkannten Subjekte eines Staates gilt.

Hier ist vor allem der Aspekt von Bedeutung, dass dem Staat – genauer: im westlich-säkularen bürgerlich-demokratischen Staat – historisch eine spezifische Verbindung zum Allgemeinen eingeschrieben wurde (vgl. Wullweber 2015b). Es hat sich die Vorstellung durchgesetzt, dass der Staat eine spezifische Beziehung zum gesellschaftlichen Allgemeinen hat, indem er einen privilegierten Ort darstellt, an dem das Gemeinwohl der innerhalb dieses Staates lebenden BürgerInnen formuliert wird. Dem Staat bzw. den staatlichen Institutionen und Organisationen kommt auf diese Weise die gesellschaftlich akzeptierte Aufgabe zu, allgemein verbindliche Entscheidungen im Namen eines (imaginierten) Allgemeininteresses bzw. -willens zu definieren und durchzusetzen: „[T]he whole point of describing such political functions as ‚socially acknowledged‘ is to stress that their precise content is constituted in and through politically relevant discourses“ (Jessop 2007: 10).

Dadurch, dass sich historisch diese spezifische Verbindung zwischen dem Staat und dem Gemeinwohl herauschälte, wird dem Staat ein weiteres Merkmal zuteil, das oben bereits angedeutet wurde: Er wirkt als Kohäsionsfaktor auf die Gesellschaft zurück. Wohlgermerkt übt jede Diskursformation eine stabilisierende Wirkung auf

das soziale Gefüge einer Gesellschaft aus. Doch manche Diskursformationen haben insofern eine besondere Form der Stabilisierung inne, als sich in ihnen historisch eine besondere Verbindung zum Allgemeinen eingeschrieben hat (ähnlich z. B. auch in der Religion). Diese besondere Verbindung zum Allgemeinen wirkt zusätzlich stabilisierend, weil das Allgemeine in Form eines gesellschaftlich akzeptierten Gemeinwohls die Ziele einer Gesellschaft repräsentiert.

Da das Gemeinwohl einer Gesellschaft nicht fixiert ist, versuchen verschiedene gesellschaftliche Kräfte dieses hegemonial, im Sinne einer Verallgemeinerung ihrer Interessen und Wertvorstellungen, zu füllen. Diese hegemonialen Auseinandersetzungen können zu äußerst unterschiedlichen Organisationsformen des Staates führen: „Thus a state could operate principally as a capitalist state, a military power, a theocratic regime, a representative democratic regime answerable to civil society, an apartheid state, or an ethico-political state“ (Jessop 2007: 8). Bezogen auf die westlichen Demokratien kommt hinzu, dass diese besondere Verbindung zum Allgemeinen im Staat nicht nur einen privilegierten Ort findet, sondern auch rechtlich, gewaltförmig, monetär (Steuern) und materiell (verstanden im engeren Sinne als physische Substanz, z. B. in Form von Gebäuden, Infrastruktur, Grenzzäune etc.) abgesichert wird, wobei die Formen der Absicherungen selbst wieder aus vorgängigen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen resultieren. Zudem wirkt die staatliche Diskursformation auf besondere Weise in andere gesellschaftliche Bereiche hinein, indem z. B. das Privateigentum rechtlich und, wenn nötig, auch gewaltförmig geschützt wird. Für die verschiedenen Interessengruppen innerhalb eines demokratischen Staates folgt daraus, dass bestimmten, demokratisch legitimierte Akteuren, wie Parteien, eine spezielle Rolle zukommt. Allerdings beziehen sich alle politischen Gruppen, auch außerhalb des Parteiensystems, notwendigerweise in irgendeiner Form auf das gesellschaftliche Allgemeine (vgl. Laclau 1996a).

Die Diskursformation eines Staates stellt daher ein privilegiertes Terrain dar, auf dem, wie von Laclau beschrieben, verschiedene gesellschaftliche Kräfte darum ringen, die Leerstelle des Allgemeinen mit ihren jeweiligen hegemonialen Projekten und mit verschiedenen leeren Signifikanten zu besetzen. Der Staat kann demnach definiert werden „as a relatively unified ensemble of socially embedded, socially regularized and strategically-selective institutions, organizations, social forces and activities organized around (...) making collectively binding decisions for an imagined political community“ (Jessop 2002: 40). Die Diskursformation des Staates befindet sich in der paradoxen Situation, auf der einen Seite eine Diskursformation von vielen zu sein, auf der anderen Seite aber in einer besonderen Verbindung zum Allgemeinen zu stehen, indem dem Staat eine privilegierte Rolle für die soziale Kohäsion einer Gemeinschaft übertragen wird.

## 7 Hegemoniale Formen sozialer Strukturierung

Auch wenn Staat, Ökonomie und Zivilgesellschaft nicht als geschlossene, transzendente Konzepte existieren, stellen diese durchaus zulässige Analyseobjekte dar. Mehr noch: Das Studium konkreter Formen von Staat und Ökonomie als historisch und räumlich spezifisch sedimentierte Diskursformationen ist wichtig, um Aussagen über die sozio-politische Relevanz spezifischer Diskurse und hegemonialer Projekte in einem konkreten Raum-Zeit-Gefüge treffen zu können. Die Analyse von spezifischen diskursiven Formen bedeutet, davon auszugehen, dass „no elements, no elementary structures, no entities (...), no economic or technical determination, and no dimensions of social space exist until they have been given a form“ (Lefort 1988: 11).

Eine bestimmte Diskursformation eines Staates muss nicht notwendigerweise mit einer bestimmten Diskursformation der Ökonomie korrespondieren. Beispielsweise kann, wie auch der *varieties of capitalism*-Ansatz betont (vgl. Crouch/Streeck 1997; Hall 2001; Hoffmann 2006), eine fordistisch oder auch neoliberal organisierte Ökonomie durchaus mit sehr verschiedenen Staatsformen zusammen gehen (westliche Demokratien, Russland, China, Indien usw.). Das Vorhandensein bestimmter Korrespondenzen bzw. die stärkere Präsenz bestimmter Kombinationen bedeutet nicht, dass es sich hierbei um die jeweils optimale Kombination handelt, sondern zunächst einmal nur, dass sich historisch aus verschiedenen Gründen bestimmte hegemoniale Formen der Organisation von Diskursen herausgebildet haben. Wenn auch zu fragen ist, ob eine profitorientierte und marktwirtschaftlich geleitete Produktionsweise unbedingt auf (bestimmte) staatliche Organisationsformen angewiesen ist, so ist doch zumindest festzuhalten, dass sich historisch eine Wirtschaftsweise durchgesetzt hat bzw. durchgesetzt wurde, die eng an staatliche Organisationsformen gekoppelt ist: „[S]tate intervention (...) is absolutely essential to capitalist production and market failures“ (Jessop 2002: 43). Aus dieser historischen Gegebenheit kann allerdings nicht gefolgert werden, dass andere Formen der gesellschaftlichen *Einbettung* einer profitorientierten und marktwirtschaftlich-geleiteten Ökonomie ausgeschlossen sind.

### 7.1 Transformationen von Staatlichkeit

Seit der relativ stabilen Phase des Fordismus hat sich noch keine sozio-ökonomische Diskursformation herausgebildet, die eine ähnliche Stabilität aufweisen würde. Dieser Umstand wird auch durch die Vorsilbe „Post“ im Begriff des „Postfordismus“ ausgedrückt. Als *atlantischer Fordismus* wird in der Regulationstheorie analytisch

eine ideal-typische Phase des Kapitalismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (ca. Mitte der 1940er bis Mitte 1970er Jahre), vor allem in USA, Kanada, Australien, Neuseeland und in den Ländern Westeuropas, gefasst. Das fordistische Akkumulationsregime basierte u. a. auf einer steigenden Produktivitätsrate durch Skaleneffekte (*economies of scale*) der Massenproduktion, vor allem durch Fließbandfertigung und eine tayloristisch organisierte Produktion, steigenden Realöhnen und dadurch ermöglichten (und politisch gewollten) Konsumsteigerungen. Bestimmende Merkmale des Fordismus waren weiterhin die „Hausfrauisierung“ (Ruf 1990) vieler Frauen, die Erschließung und der Zugang zu billigen, fossilen wie biologischen, Rohstoffen und die besonders nach dem 2. Weltkrieg fortschreitende Kapitalisierung bis dahin noch nicht unmittelbar monetär verwerteter Ressourcen der Gesellschaft. Diese wird in Analogie zu der *äußeren Landnahme* des Kolonialismus auch als „innere Landnahme“ (Lutz 1984) bezeichnet.

Der atlantische Fordismus korrespondierte mit der Diskursformation des keynesianischen Wohlfahrtsstaates. Der Begriff des keynesianischen Wohlfahrtsstaates soll hier als idealisierte Typisierung der Diskursformation westlicher Industriestaaten zwischen den 1950ern und den 1970er Jahren bestimmte Charakteristika hervorheben. Diese Organisation des Staates kann als *keynesianisch* bezeichnet werden, da diese darauf abzielte, Vollbeschäftigung vor allem über bestimmte Formen der Nachfragepolitik zu erreichen. Gleichzeitig kann sie als *wohlfahrtsstaatlich* charakterisiert werden, da versucht wurde, Massenkonsum mittels der Umverteilung der größeren Unternehmensgewinne für die Beschäftigten und in gewissem Umfang für die gesamte Bevölkerung zu ermöglichen. Es handelt sich bei dem keynesianischen Wohlfahrtsstaat vor allem um eine „wage-earner society“ ( Jessop 1992: 43ff.), was auch bedeutet, dass Nahrung und Gebrauchsgüter vor allem käuflich erworben werden und im Vergleich zur vor-fordistischen Phase Subsistenz und der Tausch selbstproduzierter Waren immer stärker zurückgehen.

Der keynesianische Wohlfahrtsstaat war als spezifische Diskursformation in der Lage, zumindest für einen bestimmten Zeitraum, die Dislokationen der fordistischen Entwicklungsweise zu stabilisieren. Er basierte auf einer relativen Kongruenz zwischen tendenziell eher geschlossenen und national organisierten Ökonomien und Nationalstaaten, deren staatliche Institutionen verhältnismäßig erfolgreich ökonomisches Wachstum mit der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen verbinden konnten. Hierbei wurden die Löhne hauptsächlich als Quelle von einheimischer Nachfrage gesehen. International eingebettet war die fordistische Regulation u. a. in das Bretton-Woods Währungsabkommen und das GATT-Handelsabkommen, die beide sicherstellen sollten, dass die (limitierte) Zirkulation von Währungen das ökonomische Management der Nationalstaaten nicht störte.

Die Diskursformation des Fordismus und des Wohlfahrtsstaates waren keine in sich geschlossene Phasen. Der Begriff des Fordismus ist wie der des Wohlfahrtsstaates eine ideal-typisierte Metapher, die aus empirischen Begebenheiten abgeleitete Kategorien beinhaltet, die wiederum bestimmte Entwicklungen bzw. Stabilisierungen akzentuieren. Es handelt sich um eine Momentaufnahme eines gesellschaftlichen Zustands, den es in dieser Reinform nicht gegeben hat und der zu keiner Zeit den gesamten sozio-ökonomischen Bereich umfasste. Dieses Modell sollte daher nicht zum (begrifflichen) Wesen des Realen transformiert werden: „Fordism à la Henry Ford was not widely diffused and was never fully realised even in Ford’s own plants in North America – let alone those in Europe“ (Jessop/Sum 2006: 68). Daraus folgt auch, dass Fordismus und Wohlfahrtsstaat als äußerst dynamische Formen der Diskursformation angesehen werden sollten. Auch kommt es nicht erst im Verlauf der Krise in den 1970er Jahren zu einem konflikthaften gesellschaftlichen Suchprozess nach neuen Regulierungsformen. Vielmehr handelt es sich um einen permanenten Suchprozess nach Formen der Stabilisierung, in dem wiederum verschiedene hegemoniale Projekte miteinander um die Besetzung des Allgemeinen ringen.

Ende der 1960er und verstärkt Anfang der 1970er Jahre kam es zur Krise und Umstrukturierung großer Teile der fordistischen Diskursformation. Über die vielfältigen Ursachen und Faktoren der Krise besteht keine Einigkeit. In der Regulationstheorie wird mit dem Begriff der Krise vor allem eine Krise der vorherrschenden Akkumulations- und Regulationsweisen bezeichnet. Hiernach beruhte die Krise des Fordismus insbesondere auf nicht ausreichenden Produktivitätsreserven, also in nicht ausreichenden Wachstumsbedingungen des fordistischen Akkumulationsmodells, und in der fehlenden Flexibilität, um auf die qualitativen und quantitativen Veränderungen der Nachfrage nach Konsumgütern einzugehen. Allerdings ist der Krisenbegriff innerhalb der Regulationstheorie tendenziell ökonomisch verkürzt. Es greift zu kurz, Krisen auf die nicht mehr ausreichenden Produktivitätsreserven eines Akkumulationsregimes zur Stabilität des Kapitalprofits zu reduzieren. Es wird zwar auf den verstärkten Widerstand der Industriearbeiter (*blue-collar worker*) gegen die Arbeitsbedingungen in den Fabriken und auf die veränderten Strukturen des internationalen Systems (z. B. Zusammenbruch des Bretton-Woods-Abkommens, steigende Ölpreise, Internationalisierung des Handels, (Kapital-)Investitionen und Finanzwirtschaft) hingewiesen und auch angemerkt, dass Frauen verstärkt Lohnarbeit nachgingen und so das vorherrschende Familienbild in Frage stellten. Diese Sachverhalte werden *in der Tendenz* aber eher als Beiwerk zur eigentlichen ökonomischen Krise – einer unzureichenden Akkumulationsdynamik bzw. einem tendenziellen Fall der Profitrate – gesehen (zur Kritik am verkürzten Krisenbegriff Borg 2001: 54ff. und Habermann 2008: 55ff.).

Aus hegemonietheoretischer Perspektive ist ein solcher Krisenbegriff unbefriedigend. Auch in manchen regulationstheoretischen Arbeiten wird der Krisenbegriff erweitert und von umfassenderen sozio-ökonomischen Hegemoniekrisen ausgegangen (Brand/Raza 2003). Den hegemonie- und diskurstheoretischen Begrifflichkeiten folgend, kann gesagt werden, dass der Prozess der Regulation vor dem Hintergrund von Dislokationen vonstattengeht und den Versuch beinhaltet, die von Krisen begleitete Organisation der Diskurse durch temporäre Fixierung flottierender Elemente in einem von Antagonismen durchzogenen Diskursfeld zu stabilisieren.

## 7.2 Konturen postfordistischer Diskursformation

Wenn eine Krise kein objektives Phänomen darstellt, sondern abhängig von diversen Bedeutungszuschreibungen ist, die wiederum nicht beliebig, sondern eingebettet sind in ein spezifisches raumzeitlich diskursives Feld, das durch diverse Diskursformationen strukturiert wird (und doch an der völligen Strukturierung scheitert), dann folgt daraus, dass es weder zu automatischen Reaktionen auf die Krise kommt, noch bestimmte Reaktionen objektiv optimale Krisenlösungsstrategien darstellen. Vielmehr führt das (re-)aktive Handeln der Akteure beständig zu Veränderungen des Diskursfeldes, weswegen nicht nur keine Situation einer vorhergehenden vollkommen gleicht, sondern genauere Voraussagen gesellschaftlicher Entwicklung unmöglich sind. Bezogen auf die Krisenelemente der fordistischen Diskursformation und mögliche postfordistische Krisenlösungsstrategien ist daraus zu schlussfolgern, dass diese „not so much involve a new solution to old Fordist problems as solutions to a new set of after-Fordist problems. (...) [E]ven where old problems survive in new guises they typically need addressing at different scales and/or over different time horizons“ (Jessop/Sum 2006: 347). Zugleich ist das Diskursfeld hegemonial strukturiert, was dazu führt, dass dieses selektiv auf mögliche Krisenreaktionen einwirkt und einige privilegiert und andere, zwar nicht vollkommen verhindert, aber doch zumindest erschwert.

Der Begriff des Postfordismus benennt vor allem diverse hegemoniale und zum Teil auch widersprüchliche Versuche der Krisenbearbeitung und weniger ein kongruentes Set an optimalen Lösungsstrategien. Ob der Begriff des Postfordismus angemessen ist zur Beschreibung der vielfältigen gesellschaftlichen und makroökonomischen Veränderungen seit Ende des 20. Jahrhunderts, ist umstritten. Denn historisch hat sich bislang kein ähnlich stabiles Akkumulationsregime, geschweige denn eine stabile Entwicklungsweise, wie die des Fordismus, herausgebildet. Hier wird mit dem Begriff der postfordistischen Diskursformation ein gesellschaftlicher Suchprozess bezeichnet, der sich in verschiedenen Strategien zur Lösung zentraler

Probleme des fordistischen Wachstums- und Gesellschaftsmodells und zugleich auch in neuen (postfordistischen) Krisenelementen ausdrückt.

Elemente postfordistischer Krisenbearbeitung sind in verschiedenen Bereichen sichtbar. Erstens weitet sich die profitorientierte Produktionsweise verstärkt u. a. auf den Dienstleistungssektor, die Agrarproduktion und die Wissensgenerierung aus, begleitet von der Entwicklung neuer Technologien (insbesondere Informations- und Kommunikationstechnologien sowie Bio-, Gen- und, alle anderen Technologien transzendierend, die Nanotechnologie, vgl. Wullweber 2010). Zweitens werden *economies of scale* teilweise durch *economies of scope* (Verbundeffekte ermöglicht z. B. durch *Just-in-time-Produktion*) ersetzt, wodurch der Produktionsprozess bzw. das Produkt schnell und flexibel verändert und damit der veränderten Nachfrage besser angepasst werden soll (Stichwort *Toyotismus*). Drittens hat die so genannte *schlanke Produktion* (*Lean Production*) zumindest für einen Teil der ArbeiterInnen eine Veränderung des Arbeitsalltags in dem Sinne zur Folge, als dass dieser weniger hierarchisch organisiert ist und durch teilautonome Gruppenarbeit die ArbeiterInnen „selbstbestimmter“ bzw. selbstständiger arbeiten können (und müssen) (vgl. Lipietz 1985b: 132). Schließlich wird wegen stagnierender Löhne die Nachfrage und Kaufkraft der BürgerInnen verstärkt über ein finanzgeführtes Wachstumsmodell gewährleistet (Boyer 2000). Die über private Schulden finanzierten Konsumausgaben wurden nun zum Konsummotor. Es handelt sich gewissermaßen um einen *privatisierten Keynesianismus* (Crouch 2009).

Flexibilität wird zu einem Knotenpunkt der postfordistischen Regulationsweise. Die sich andeutende postfordistische Organisationsweise basiert auf einem flexiblen Produktionsprozess, der durch einen flexiblen Maschinenpark bzw. Produktionssysteme und entsprechend flexible Arbeitskräfte (u. a. flexiblere Handhabung der Arbeitszeit, verstärkter Bedarf nach Mobilität und Zeitarbeit) bzw. durch die Mobilmachung sozialer wie wirtschaftlicher Quellen von Flexibilität und UnternehmerInnengeist und auch durch die wachsende Betonung von Weiterbildung (Stichwort: *lebenslanges Lernen*) ermöglicht wird. Insgesamt kommt es zu einer Vergrößerung der Ausbeutungsrate (u. a. durch Lohnsenkung, Rationalisierung und Arbeitsintensivierung), die zugleich mit einer intensiveren *inneren Landnahme* verbunden ist, indem weitere gesellschaftliche Bereiche und materielle wie immaterielle Ressourcen für eine marktförmige Verwertung aufgeschlossen werden. Im Verlauf der (Re-)strukturierung einer vor allem profitorientierten und marktwirtschaftlich-geleiteten Diskursformation haben neoliberale Politikinhalt eine zentrale Bedeutung, die sich u. a. in einer weitgehenden Deregulierung der Kapital- und Finanzmärkte, verbunden mit einer umfassenden Privatisierung von öffentlichen Unternehmen, Versorgungseinrichtungen und sozialen Sicherungssystemen, ausdrücken. Staatliches Handeln orientiert sich hierbei vor allem an

Kriterien wie Effizienz, Wettbewerbsfähigkeit und Weltmarktorientierung und auf die Sicherstellung eines möglichst freien Wettbewerbs (vgl. Brand et al. 2000: 58ff.). Die Sicherung von Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit erhält innerhalb der Diskursformation des Staates einen besonderen Stellenwert. Weiterhin stellt der Diskurs der wissensbasierten Ökonomie einen besonderen Knotenpunkt aktueller hegemonialer sozio-ökonomischer Artikulationen.

Viele postfordistische Strategien stehen im Zusammenhang mit der Rekonstruktion des Staates. Diese neuen Formen von Staatlichkeit wurden von verschiedenen AutorInnen untersucht und – je nach analytischem Fokus – z. B. als „nationaler Wettbewerbsstaat“ (Hirsch 1995), als „Internationalisierung des Staates“ (Hirsch/Jessop/Poulantzas 2001) als „Schumpeterian Workfare State“ (Jessop 1993) oder auch als „Schumpeterian Workfare Postnational Regime“ (Torfing 1999; Jessop 2002: 247ff.) bezeichnet. Diese Strategien setzten sich in den 1980er und 1990er Jahren in immer mehr gesellschaftlichen Bereichen durch, so dass der *keynesianische Wohlfahrtsstaat* beständig an Bedeutung verliert und verstärkt durch neue Diskursformationen ersetzt wird. Diese noch im Entstehen begriffene Diskursformationen betonen die Rekonstruktion der Gesellschaft im Lichte eines Wettbewerbsparadigmas, trägt jedoch weiterhin bestimmte ererbte soziale Strukturen und politische Institutionen der vorhergehenden Diskursformation in sich (vgl. Cameron/Palan 2004: 110ff.). Ökonomisches Wachstum soll vor allem durch die Sicherstellung von Wettbewerbsvorteilen für die nationale Ökonomie bzw. Industrien gewährleistet werden (auch wenn diese im Ausland agieren). Nach solchen Kriterien ausgerichtetes staatliches Handeln steht unter dem Druck, permanente sozio-ökonomische Innovation zu gewährleisten, um innerhalb einer globalisierten Ökonomie beständig die eigene Performance über die Bereitstellung flexibler Grundlagen zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. In der Tendenz wird die nationale Industrie im Wettbewerbsstaat weniger über eine (keynesianische) Nachfragepolitik als über die Bereitstellung (vermeintlich) optimaler Wettbewerbsbedingungen gestärkt.<sup>4</sup> Die Akteure bleiben von diesem Prozess selbstverständlich nicht unberührt und es entstehen verstärkt Subjektpositionen und *Selbsttechnologien*, die Eigenverantwortlichkeit und das *unternehmerische Selbst* betonen. Diese Veränderungen haben wiederum Auswirkungen auf z. B. Familienstrukturen und -politik, individuelle Lebensführung und -planung, Anrufungen an den Staat usw. (Bröckling 2002).

Basierte die fordistische Organisationsweise eher auf hierarchischen top-down Strukturen, werden diese in der Tendenz durch ein „network paradigm“ ersetzt

---

4 Das heißt allerdings nicht, dass die keynesianische Nachfragepolitik komplett abgeschafft worden wäre. Im Gegenteil beinhaltete staatliche Politik – nicht nur in Krisenzeiten – in gewissem Umfang eine nachfrageorientierte Wirtschaftspolitik.

(Thomas 2005). Hierbei kommt es keineswegs zum Bedeutungsverlust des Staates: „[P]aradoxically, this can lead to an enhanced role for national states in controlling the interscalar transfer of these powers – suggesting a shift from sovereignty to a *primus inter pares* role in intergovernmental relations“ (Jessop 2002: 253, Herv. i. O.). Die postfordistische Diskursformation besteht also aus einem Ensemble vielfältiger Strategien, die u. a. den Übergang zu einer globalisierten wissensbasierten Ökonomie und den umfassenden, diesen Prozess begünstigenden und u. a. von diesem Prozess getragenen, Umbau des Staates zu einem Wettbewerbsstaat zum Ziel haben.

---

## 8 Ausblick: das Primat des Politischen

Die in diesem Beitrag diskutierten Konturen einer strikt relationalen Perspektive auf Staat und Ökonomie basieren auf der Laclau'schen Annahme des Primats des Politischen. Eine solche Perspektive beinhaltet, das Politische als konstitutiv für die Strukturierung der Gesellschaft insgesamt zu verstehen. Gleichzeitig folgt hieraus nicht, dass alles zu jedem Zeitpunkt politisch wäre. Vielmehr sind nur solche gesellschaftlichen Bereiche *politisiert*, die gesellschaftlich verhandelt werden, die Teil hegemonialer Auseinandersetzungen sind. Im Gegensatz hierzu steht das zu einem bestimmten raumzeitlichen Moment institutionalisierte Ensemble aus Regeln, Normen und Werten, dessen politische Wurzeln nicht offenkundig sind und daher innerhalb eines bestimmten Raum-Zeit-Horizonts für selbstverständlich gehalten werden. Weiterhin wurde betont, dass jede Gesellschaft ritualisierte und damit akzeptierte und institutionalisierte Grundlagen der menschlichen Interaktion benötigt, um eine relative Stabilität der Gemeinschaft zu gewährleisten und nicht in einem psychotischen Chaos zu versinken.

Das Feld des Diskursiven entspricht daher dem „Ensemble gesellschaftlicher Sinnproduktion, das eine Gesellschaft als solche begründet“ (Laclau 1979: 176). Auf der ontologischen Ebene wird allerdings die Vorstellung einer in sich geschlossenen Gesellschaft sowie die Hoffnung einer mit sich versöhnten Gesellschaft verworfen. Marx führte mit dem Antagonismusbegriff die Vorstellung einer grundlegenden Spaltung der Gesellschaft ein, reduzierte diese Spaltung allerdings auf einen Klassenantagonismus und hoffte auf die Möglichkeit einer Überwindung dieser Spaltung. Laclau hingegen versteht gesellschaftliche Antagonismen und Dislokationen als permanente Phänomene, die nur partiell und temporär über hegemoniale Artikulationen stabilisiert werden können. Er spricht diesbezüglich von der Unmöglichkeit von Gesellschaft (Laclau 1990b), um jedoch zugleich zu betonen: „[A]lthough the fullness and universality of society is unachievable, its need does

not disappear: it will always show itself through the presence of its absence“ (Laclau 1996b: 53). Politik kann demnach als Auseinandersetzung um die verschiedenen Formen hegemonialer Stabilisierungen verstanden werden, als Ringen um die „symbolischestituierung einer gesellschaftlichen Identität“ (Marchart 1998: 97), die es letztlich erlaubt, „die Gesellschaft als ein Ganzes und sich selbst als diesem Ganzen zugehörig zu erleben“ (ebd.).

## Literatur

- Aglietta, Michel, 1979: *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*. London.
- Althusser, Louis, 1977: Ideologie und ideologische Staatsapparate (Anmerkungen für eine Untersuchung). In: Althusser, Louis (Hg.): *Ideologie und ideologische Staatsapparate: Aufsätze zur marxistischen Theorie*. Hamburg, S. 108-153.
- Benjamin, Walter/ Marcuse, Herbert, 2006: *Zur Kritik der Gewalt und andere Aufsätze*. Frankfurt am Main.
- Blanke, Bernhard/ Jürgens, Ulrich/ Kastendiek, Hans, 1974: Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates. In: *Prokla*, S.51-104.
- Borg, Erik, 2001: *Projekt Globalisierung. Soziale Kräfte im Konflikt um Hegemonie*. Hannover.
- Boyer, Robert, 2000: Is a finance-led growth regime a viable alternative to Fordism? A preliminary analysis. In: *Economy and Society*, H.1, S. 111-145.
- Brand, Ulrich et al., 2000: *Global Governance. Alternative zur neoliberalen Globalisierung?* Münster.
- Brand, Ulrich/ Raza, Werner (Hg.), 2003: *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster.
- Bröckling, Ulrich, 2002: Das unternehmerische Selbst und seine Geschlechter. Gender-Konstruktionen in Erfolgsratgebern. In: *Leviathan*, H.2, S. 175-194.
- Butler, Judith, 1997: *Excitable Speech: A Politics of the Performative*. New York.
- Callon, Michel (Hg.), 1998: *The Laws of Markets*. Oxford.
- Callon, Michel/ Millo, Yuval/ Muniesa, Fabian (Hg.), 2007: *Market devices*. Oxford.
- Cameron, Angus/ Palan, Ronen, 2004: the imagined of economies of globalization: mapping transformations in the contemporary state. London/ Thousand Oaks/ New Delhi.
- Crouch, Colin, 2009: Privatised Keynesianism: An Unacknowledged Policy Regime. In: *British Journal of Politics and International Relations*, H.3, S. 382-399.
- Crouch, Colin/ Streeck, Wolfgang, 1997: *Political Economy and Modern Capitalism. Mapping Convergence and Diversity*. London.
- Derrida, Jacques, 1991: *Gesetzeskraft. Der „mythische Grund der Autorität“*. Frankfurt am Main.
- Foucault, Michel, 1991: Governmentality. In: Burchell, Graham/ Gordon, Colin/ Miller, Peter (Hg.): *The Foucault Effect: Studies in Governmentality*. New York, S. 87-104.

- Gerstenberger, Heide, 1990: Die subjektlose Gewalt. Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt. Münster.
- Gibson-Graham, J. K., 2006: The end of capitalism (as we knew it). A feminist critique of political economy. Minneapolis, Minn.
- Gramsci, Antonio, 1971: Selections from the Prison Notebooks. London.
- Habermann, Friederike, 2008: Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden-Baden.
- Hall, Peter A./ Soskice, David, 2001: Varieties of Capitalism. The Institutional Foundations of Comparative Advantage. Oxford u. a.
- Haraway, Donna J., 1997: Modest\_witness@second\_millennium: femaleman\_meets\_oncomouse: feminism and technoscience. London/ New York.
- Hirsch, Joachim, 1995: Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus. Berlin u. a.
- Hirsch, Joachim/ Jessop, Bob/ Poulantzas, Nicos, 2001: Die Zukunft des Staates. Hamburg.
- Hoffmann, Jürgen, 2006: Arbeitsbeziehungen im Rheinischen Kapitalismus. Zwischen Modernisierung und Globalisierung. Münster.
- Jessop, Bob, 1992: Fordism and Post-Fordism: a critical reformulation. In: Scott, Allan J./ Storper, Michael J. (Hg.): Pathways to Regionalism and Industrial Development. London, S. 43-65.
- Jessop, Bob, 1993: Towards a Schumpeterian Workfare State? Preliminary Remarks on Post-Fordist Political Economy. In: Studies in Political Economy, H.Spring, S. 7-39.
- Jessop, Bob, 2002: The Future of the Capitalist State. Cambridge.
- Jessop, Bob, 2003: Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes. In: Brand, Ulrich/ Raza, Werner (Hg.): Fit für den Postfordismus? Münster, S. 89-113.
- Jessop, Bob, 2007: State Power. A Strategic Relational Approach. Cambridge.
- Jessop, Bob/ Sum, Ngai-Ling, 2006: Beyond the regulation approach. Putting capitalist economies in their place. Cheltenham.
- Laclau, Ernesto, 1979: Politik und Ideologie im Marxismus. Kapitalismus – Faschismus – Populismus. Hamburg.
- Laclau, Ernesto (Hg.), 1990a: New Reflections on the Revolution of Our Time. London/ New York.
- Laclau, Ernesto, 1990b: The Impossibility of Society. In: Laclau, Ernesto (Hg.): New Reflections on the Revolutions of Our Time. London, S. 89-92.
- Laclau, Ernesto, 1996a: Universalism, Particularism and the Question of Identity. In: Laclau, Ernesto (Hg.): Emancipation(s). London, S. 20-35.
- Laclau, Ernesto, 1996b: Subject of Politics, politics of the subject. In: Laclau, Ernesto (Hg.): Emancipation(s). London, S. 47-65.
- Laclau, Ernesto, 1999: Hegemony and the future of democracy: Ernesto Laclau's political philosophy, Interview. In: Olson, Gary A./ Worsham, Lynn (Hg.): Race, Rhetoric, and the Postcolonial. Albany, S. 129-164.
- Laclau, Ernesto, 2000a: Constructing Universality. In: Butler, Judith/ Laclau, Ernesto/ Žižek, Slavoj (Hg.): Contingency, Hegemony, Universality. London, S. 281-307.
- Laclau, Ernesto, 2000b: Identity and Hegemony: The Role of Universality in the Constitution of Political Logics. In: Butler, Judith/ Laclau, Ernesto/ Žižek, Slavoj (Hg.): Contingency, Hegemony, Universality. London/ New York, S. 44-89.

- Laclau, Ernesto, 2004: Glimpsing the future. In: Critchley, Simon/ Marchart, Oliver (Hg.): *Laclau: A Critical Reader*. London/ New York, S. 279-328.
- Laclau, Ernesto, 2005: *On Populist Reason*. London/ New York.
- Laclau, Ernesto/ Mouffe, Chantal, 1985: *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*. London/ New York.
- Lefort, Claude, 1988: *Democracy and Political Theory*. Cambridge.
- Lipietz, Alain, 1985a: *The Enchanted World: Inflation, Credit and the World Crisis*. London.
- Lipietz, Alain, 1985b: Akkumulation, Krisen und Auswege aus der Krise: Einige methodische Überlegungen zum Begriff der ‚Regulation‘. In: Prokla, H.58, S. 109-137.
- Lutz, Burkhard, 1984: *Der kurze Traum immerwährender Prosperität. Eine Neuinterpretation der industriell-kapitalistischen Entwicklung im Europa des 20. Jahrhunderts*. Frankfurt am Main.
- Marchart, Oliver, 1998: Gibt es eine Politik des Politischen? *Démocratie à venir* betrachtet von Clausewitz aus dem Kopfstand. In: Marchart, Oliver (Hg.): *Das Undarstellbare der Politik: Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*. Wien, S. 90-119.
- Marchart, Oliver, 2007: Eine demokratische Gegenhegemonie. Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe. In: Buckel, Sonja/ Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*. Baden-Baden, S. 105-120.
- Marx, Karl, 1953a: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin.
- Marx, Karl, 1953b: *Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie*. Berlin.
- Marx, Karl, 2001: *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, MEW Band 23. Berlin, 20. Auflage.
- Mitchell, Tim J., 1991: The limits of the state: beyond statist approaches and their critics. In: *The American Political Science Review*, H.1, S. 77-96.
- Müller, Jens C. et al., 1994: *Der Staat in den Köpfen. Anschlüsse an Louis Althusser und Nicos Poulantzas*. Mainz.
- Poulantzas, Nicos, 2002: *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg.
- Ruf, Anja, 1990: *Frauenarbeit und Fordismus-Theorie*, Dissertation, Goethe-Universität, Frankfurt am Main.
- Smith, Anna-Marie, 1998: *Laclau and Mouffe. The radical democratic imaginary*. London/ New York.
- Thomas, Jim, 2005: UK sets up a fragmented nanopolicy, in: Howard Lovy's NanoBot vom 25.2.2005.
- Torfin, Jacob, 1999: Towards a Schumpeterian workfare postnational regime: path-shaping and path-dependency in Danish welfare state reform. In: *Economy and Society*, H.3, S. 369-402.
- Wullweber, Joscha, 2010: *Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt*. Baden-Baden.
- Wullweber, Joscha, 2015a: Die Performativität des Finanzsystems und die Selektivität stratifizierter Finanzstrukturen. In: *Leviathan*, H.2, S. 270-298.
- Wullweber, Joscha, 2015b: *Global Politics and Empty Signifiers: The political construction of high-technology*. In: *Critical Policy Studies*, H.1, S. 78-96.

---

# Radikale Demokratie im Lichte europäischer Debatten

Cornelia Bruell

---

## 1 Einleitung

Die Europäische Integration ist ein immer offenes und sich ständig erneuerndes oder revidierendes Projekt (vgl. Dinan 2010, Hix 2008). Gerade die Jahre seit der Finanzkrise 2008 haben gezeigt, dass die Europäische Union kein statisches Gebilde, nicht einmal eine konstante, in sich geschlossene Idee ist. Mittlerweile werden Austritte diskutiert (siehe Beispiel Griechenland und das Vereinigte Königreich) und erneut rückt die Frage ins Zentrum: Ist die Europäische Union sinnvoll und wenn ja, für welchen Zweck? Was beinhaltet die europäische Idee und wer vertritt sie angemessen? (Vgl. Menasse 2015).

Wird davon ausgegangen, dass die Frage einer funktionierenden Demokratie und politischen Gemeinschaft eine zentrale Rolle spielt, dann liegt nahe, dieses immer offene Projekt europäischer Integration mit einem ebenso offenen Demokratieansatz zu lesen, der die Idee der Demokratie selbst nicht auf ein bestehendes politisches System reduziert, sondern als einen normativen Horizont auffasst, der sich schlussendlich immer entzieht. Einen solchen Zugang bietet das Konzept der radikalen Demokratie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, basierend auf Claude Leforts zentraler Annahme, dass sich in der Mitte jeder Demokratie ein immer nur prekär zu besetzender leerer Ort befindet. Diese Leere, dieser Mangel, ist wichtiger Ausgangspunkt für die Laclau/Mouffe'sche Auseinandersetzung mit Demokratie und erscheint daher gerade einer Analyse des europäischen Projekts angemessen.

Lange ging man davon aus, dass die Legitimität eines politischen Systems mit einer kollektiven Identifikation seitens der Bürger in Zusammenhang stünde. In Bezug auf die Europäische Union war diese Annahme, weil es sich um einen so losen Staatenbund handelt, immer schon problematisch. Allerdings zeigt sich jüngst, dass kollektive Identifikationen mit politischen Systemen weit über EU-Grenzen hinaus an Prekarität gewinnen und fragmentierter in Erscheinung treten. Auf

europäischer Ebene kommt hinzu, dass Entscheidungen auf Bürgerseite oft schwer nachvollziehbar sind – zu intransparent sind die Entscheidungsmechanismen. Dies trägt wahrscheinlich auch dazu bei, dass bis heute kaum von einer europäischen Öffentlichkeit gesprochen werden kann (vgl. Bruell/Mokre/Pausch 2009). Auch andere Modelle der politischen Legitimierung über Identifikation scheinen auf EU-Ebene gescheitert zu sein: z. B. der Habermas'sche Verfassungspatriotismus (vgl. Habermas 1992) (vgl. die Debatten zur europäischen Verfassung weiter unten). Gerade in Hinblick auf den letzten Ansatz und das immer noch virulente Thema der Entpolitisierung, d. h. das Desinteresse an politischen Themen, bleibt doch die Frage nach der Rolle von Emotion und Affektion für politische Partizipation und den politischen Diskurs zentral (vgl. Bruell 2014a).

Mittels der radikalen Demokratietheorie, so soll in diesem Beitrag gezeigt werden, lässt sich sowohl diskursanalytisch als auch demokratietheoretisch belegen, warum das Projekt der europäischen Integration auf Bürgerebene bis heute wenig emotionalisiert und daher stärker auf Desinteresse als auf Interesse trifft. Zudem kann ein Ausblick darauf gegeben werden, was europäischen Diskursen fehlt, bzw. darüber reflektiert werden, ob die ökonomischen, konkreter: finanzwirtschaftlichen Debatten diesen Mangel beheben können. Gleichzeitig müssen die aktuellen Entwicklungen in Hinblick auf politischen Aktivismus und politisch-gesellschaftliches Handeln in kleinem Rahmen kritisch mit der zentralen Bedeutung von Hegemonie in der radikalen Demokratie gelesen werden. Daraus ergeben sich wiederum gerade in Zusammenhang mit europäischen Handlungsspielräumen interessante Fragestellungen.

---

## 2 Hegemonietheorie im Lichte Europas

Der Poststrukturalismus ist ein wichtiger Ausgangspunkt für die radikale Demokratie- und Hegemonietheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe. Er basiert auf dem Grundgedanken, dass ein System nie völlig geschlossen werden kann, da ein solches zum Zwecke der prekären Schließung immer schon auf ein Außen verweisen muss. Dieses Außen bringt einen prekären Status in das System, indem Dislokationen möglich werden. Hegemonie stellt dann den gelungenen Versuch dar, den Anschein der Totalität zu erwecken, indem Universalisierungen vorgenommen werden. Solche Universalisierungen entstehen über die Etablierung eines hegemonialen Diskurses (Laclau/Mouffe 2001: 177). Den Begriff „Hegemonie“ entlehnen Laclau und Mouffe von Antonio Gramsci, der Hegemonie ebenso nicht als politische Strategie verstand, sondern als eine allgemeine Logik, über

die sich staatliche, ökonomische und zivilgesellschaftliche Interessen in einem „historischen Block“ formieren (vgl. Torfing 2005: 11). Wichtig ist dabei, dass ein solch hegemonialer Diskurs zentral dafür verantwortlich ist, auf welche Weise die Welt wahrgenommen wird, indem er andere Interpretationsmöglichkeiten ausschließt. Solche Diskurse können relativ spontan entstehen, binden konkrete Schlüsselbegriffe und normalisieren mittels Wiederholung kontingente Ideen (vgl. Marchart 2004: 51). Transformationen und/oder Revolutionen können sich somit nicht auf den Austausch von Machthabern beschränken, sondern müssen neue, andere gegen-hegemoniale Diskurse etablieren.

Die Abhängigkeit von konkreten Artikulationen und die Offenheit des Systems durch den notwendigen Verweis auf ein Außen machen jegliche Schließung kontingent (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 124). Das Politische ist so der Moment, der diesen kontingenten Charakter der prekären Totalität wieder frei gibt und den Kampf um Hegemonie erneut initialisiert.

Warum wird normativ nun von Laclau und Mouffe Demokratie anderen Regierungsformen gegenüber bevorzugt? Mit der Demokratie wurde auf die Legitimation durch eine transzendente Autorität verzichtet und das Volk konnte als politisches Subjekt oder die Pluralität politischer Subjekte verstanden werden. Demokratie erlaubt das Verhandeln verschiedener Interessen, den Streit, mit dem Ergebnis einer Definition des Gemeinwohls. Gesellschaft ist dann die prekäre Totalität dieser rationalen, politischen Subjekte (Laclau/Mouffe 2001: 152-153). In Anlehnung an den Marxismus kritisieren Laclau und Mouffe nun dieses universelle liberale Konzept von Demokratie, aber anstatt den pluralistischen Charakter durch einen privilegierten politischen Akteur (das Proletariat) zu ersetzen, radikalisieren sie die Idee des Pluralismus. Ebenso wird die Möglichkeit einer von Machtverhältnissen freien Gesellschaft negiert, stattdessen wird Demokratie als der Schauplatz des unaufhörlichen Streits konzipiert. Kein sozialer Akteur kann jemals die gesamte Totalität dieses Systems repräsentieren (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 25). Der Spalt zwischen der Funktion der Repräsentation im Zentrum der Demokratie und den konkreten partikularen Inhalten, die um diese Besetzung kämpfen, ist fundamental und kann nie endgültig geschlossen werden. Hier lehnen sich Laclau und Mouffe an Lefort und Gauchet (1990) an, die die Erhaltung und Offenlegung dieses Spalts als das Politische bezeichnet haben. In einer Demokratie kann jegliche Partikularität den Platz des Universellen nur für eine bestimmte Zeit einnehmen (vgl. Lefort 1990: 293).

Demokratie gründet also in der radikalen Demokratietheorie auf keiner vorgegebenen und vorgängigen Universalität oder Identität. Sie wird als „radikal“ bezeichnet, weil sie „keine transzendentalen Rahmenbedingungen der Demokratie zu[lässt ...], die nicht selbst immer wieder in der demokratischen Auseinandersetzung in Frage

gestellt werden können“ (Hetzel 2004: 186). Dennoch oder gerade deshalb braucht ein solches System Entscheidungen. Es braucht politische Entscheidungen, um Hegemonien, i. e. prekäre Stabilisierungen, etablieren zu können. Eine Entscheidung ist dann politisch, wenn sie nicht aus dem bereits bestehenden, sedimentierten Feld des Sozialen zwangsweise resultiert, sondern eine radikale Investition notwendig macht. Über solche Artikulationen entsteht das politische Subjekt. Es wird im Diskurs von anderen artikuliert – es wird ihm also ein Platz zugewiesen –, kann aber auch selbst den Diskurs gestaltet und auch dislozieren. Auch Identifikationen werden in einem solchen Diskurs artikuliert. Sie werden meist besonders explizit, wenn ihr prekärer Status infrage gestellt wird (vgl. Deleuze und Guattari 1996: 35), und hegemonial, wenn sie oft wiederholt und in soziales Handeln überführt werden.

Aus Perspektive einer radikal-demokratischen Hegemonietheorie stellt sich für Europa heute die Frage, ob politisches Handeln noch möglich ist, wenn nicht einmal prekär und vorübergehend Identifikationsmomente, d. h. prekäre Hegemonien, geschaffen werden. Aktuelle soziale Bewegungen sind meist auf existenzhaltende Forderungen gestützt, haben aber wenig mit der politischen Gemeinschaft und ihrer konkreten politischen Verfasstheit zu tun. Politische Entscheidungen und Positionierungen sind aber unabdingbare Faktoren des Durchbrechens einer kontingenten Struktur und des Schaffens von Hegemonien – egal wie prekär diese sein mögen. Es fragt sich also in Hinblick auf die Stabilität sowie auch die Legitimität der Europäischen Gemeinschaft, ob und in welcher Art solche Stabilisierungen festzustellen sind. Im Folgenden wird an Beispielen aus der Europaforschung aufgezeigt, wie aus der Hegemonietheorie Ernesto Laclaus und Chantal Mouffes eine konkrete Diskursanalyse erarbeitet werden kann, um auf das politische System bezogene Diskurse analysieren zu können.

---

### **3 Diskursanalyse**

Hat der Strukturalismus der Idee des Diskurses Auftrieb gegeben, so hat sich seine Bedeutung durch die poststrukturalistische Kritik an der Vorstellung von geschlossenen Systemen nur erhöht. Im Strukturalismus stellte ein Diskurs noch eine Totalität dar, die durch ein bestimmtes Verhältnis von Diskurselementen entstand, wobei jedem dieser Element aufgrund seiner Beziehungen zu anderen Elementen eine konkrete Identität zugesprochen wurde. Dem Poststrukturalismus folgend ist allerdings eine solche Schließung einer Struktur nie möglich, da eine solche immer auch auf ein Außen verweisen muss und damit ein Einfallstor für eindringende, dislozierende Elemente bestehen bleibt. Wenn die Struktur ein solches prekäres

Verhältnis zum Außen pflegen muss, ist die Schließung, die vorübergehend und auch nur partiell vorgenommen wird, nicht notwendig, sondern kontingent (vgl. Laclau/Mouffe 2001: 142-144 und 150). „Die Unmöglichkeit einer endgültigen Fixierung von Bedeutung impliziert, dass es partielle Fixierungen geben muss – ansonsten wäre das Fließen der Differenzen selbst unmöglich“ (Laclau/Mouffe 2001: 150). Es ist genau diese Unmöglichkeit der absoluten Schließung, die das Politische und die Transformation von Diskursen ermöglicht. Während das Soziale als sedimentierte artikulatorische Praxis bezeichnet werden kann, reaktiviert das Politische die kontingente Natur dieser scheinbaren Objektivität.

Die konkrete Diskursanalyse, basierend auf der Theorie der radikalen Demokratie, stößt nun auf einige Schwierigkeiten. Einerseits macht es die prinzipielle Offenheit des Systems schwierig, den Untersuchungsgegenstand konkret einzugrenzen und der Analyse zuzuführen. Andererseits erschwert auch die notwendige Beziehung zum Außen die Rechtfertigung eines bestimmten Ausschnitts eines Diskurses. Auch haben weder Laclau noch Mouffe methodische Empfehlungen abgegeben, auf welche Weise ihre Hegemonietheorie empirisch umgesetzt werden könnte (vgl. Bruell 2014a: 186). Daher gibt es auch zahlreiche unterschiedliche methodische Ansätze in diesem Bereich (einige Ansätze finden sich in Angermüller et al. 2014 und Herschinger/Renner 2014).

Der Diskursbegriff bei Laclau ist nun stark an die psychoanalytische Konzeption des Subjekts bei Jacques Lacan angelehnt. Das Subjekt kann sich hier identitär verorten, indem sowohl ein Zentrum als auch eine prekäre Grenze durch den jeweiligen Diskurs etabliert wird (vgl. Laclau 2004: 303). Ein Diskurs ist strukturiert und weist systematische Komponenten auf: einen Knotenpunkt oder leeren Signifikanten, Äquivalenzketten, Dislokationen und einen Horizont. Nachdem keine der artikulierten Momente schon vorher eine konkrete Identität besessen hätte, sondern jene erst durch das Verhältnis zu anderen Momenten entsteht, fallen die Begriffe Objektivität und Relationalität zusammen. „Discourse is the primary terrain of the constitution of objectivity as such“ (Laclau 2005: 68).

Ein Knotenpunkt im Diskurs ist dabei zentral für dessen Strukturierung. Es handelt sich hier nicht um ein Wort reichsten Inhalts, sondern eher im Gegenteil, um einen Signifikanten, der größtenteils seiner konkreten Bedeutung entleert wurde – daher wird er auch „leerer Signifikant“ genannt (vgl. Laclau 2002: 69). Gerade weil solche Knotenpunkte auf keinen konkreten Inhalt hinweisen, können viele verschiedene Bedeutungsstränge an sie geknüpft werden. So sind zum Beispiel Worte wie „Freiheit“ und „Ordnung“ besonders geeignet, unterschiedliche Diskurselemente zu subsumieren. Dieser Knotenpunkt ist dann in der Lage, eine Äquivalenz zwischen diversen Diskurselementen herzustellen. Solche Äquivalenzketten sind von doppelter Qualität: einerseits sind sie äquivalent in Bezug auf

den Knotenpunkt, andererseits bleiben sie different im Verhältnis zueinander. Der Diskurs bleibt schließlich immer offen, da sich auch sogenannte „flottierende Signifikanten“, also rein differentielle Momente im Verhältnis zum Knotenpunkt im Umfeld eines Diskurs bewegen. Diese können dann, je den Umständen des Diskurses entsprechend, in der Lage sein, neue Äquivalenzketten zu begründen und damit den Diskurs zu transformieren. Ebenso können andere hegemoniale Diskurse dislozierend auf einen Diskurs einwirken (vgl. Laclau 2000: 305). Ein Diskurs ist somit niemals vollständig geschlossen, allerdings ist auch zur vorübergehenden, prekären Schließung die Konstruktion eines antagonistischen Außen notwendig. Der antagonistische Charakter des Außen, garantiert die Möglichkeit einer Äquivalenz im Inneren. Er markiert die Grenze eines Diskurses, da das konstitutive Außen nicht im Inneren artikuliert werden kann. Sonst würde es zu einem Element des Diskurses selbst werden. Es bleibt unartikuliert, stellt aber durch seine reine Existenz eine konstante Gefahr für den Diskurs dar. Im Sinne des Diskursverständnisses von Laclau und Mouffe (2001: 184) stellt die artikulatorische Praxis, solche Diskurse zu formulieren und zu etablieren, den Moment des Politischen dar – er zeigt sich sowohl in der Dislokation als auch der neuerlichen Hegemonialisierung.

Eine empirische Analyse, die sich nun an einem solchen Diskursverständnis orientiert, muss die zentralen Aspekte des leeren Signifikanten, der Äquivalenzketten, der Dislokation und des Antagonismus berücksichtigen. Um Artikulationen im Diskurs fassen zu können, um also feststellen zu können, ob und in welcher Weise Diskurselemente hegemonial oder äquivalent in Erscheinung treten, muss sowohl die Häufigkeit als auch die Qualität, also die Art des Verhältnisses zu anderen Momenten, erhoben werden. Über Inhaltsanalyseprogramme (z. B. Atlas.ti) werden essentiellen Aussagen Codes zugeordnet. Die Erhebung zentraler Aussagen entwickelt sich meist aus einer Probecodierung eines Samples im zeitlichen Längsschnitt, das sich über den gesamten Analysezeitraum erstreckt, kann aber auch während der Analyse jederzeit angepasst werden. *Momente* eines Diskurses sind jene Artikulationen, die sich rund um einen Knotenpunkt ansiedeln und zueinander äquivalent werden. Stetige Wiederholung und die Quantität artikulierter Momente rund um einen Knotenpunkt machen diesen und damit den zugehörigen Diskurs hegemonial. *Elemente* werden hingegen jene Artikulationen genannt, die im momentan hegemonialen Diskurs keine vereinheitlichende Wirkung entwickeln und einen flottierenden Charakter aufweisen, somit also entweder Momente eines anderen Diskurses darstellen oder sich generell im diskursiven Außen befinden. Sie können nur erhoben werden, wenn sie dislozierend auf den jeweiligen Diskurs einwirken, also nur retroaktiv. Der Knotenpunkt stellt das zentrale Strukturierungsmerkmal dar – er wird stark entleert.

Die Europäische Verfassung kann als ein solcher Knotenpunkt verstanden werden; von besonderem Interesse aber ist in Bezug auf die Möglichkeit einer europäischen Öffentlichkeit oder Identifikation, ob ein solcher Knotenpunkt sich auf nationale oder transnationale Diskurse erstreckt. Eine These könnte lauten, dass von einer europäischen Öffentlichkeit nur dann gesprochen werden kann, wenn transnationale hegemoniale Diskurse gefunden werden können, wenn sich diskursive Muster finden, die in nationalen Medien ähnlich strukturiert sind (vgl. Bruell/Mokre/Pausch 2009). Es könnte sich aber auf europäischer Ebene auch um diskursive Formationen handeln, die etwas anders gelagert sind als Diskurse. Sie werden also Überlagerungen / Überlappungen verschiedener Diskurse verstanden, die nur einzelne Momente miteinander teilen. Eine diskursive Formation versteht Laclau als „the interaction / articulation between a plurality of (discourses)“ (Laclau 2000: 283).

Im Folgenden werden Ergebnisse dreier Studien<sup>1</sup> präsentiert, die alle eine hegemonietheoretische Diskursanalyse anwenden, in der konkreten Methode aber voneinander abweichen. Sie sollen exemplarisch veranschaulichen, auf welche Weise die radikale Demokratietheorie empirisch umgesetzt werden kann.<sup>2</sup>

---

## **4 Beispiele europäischer Diskurse**

### **4.1 Verfassungsdiskurse 2004 – 2006**

In beiden hier vorgestellten Studien zum EU Verfassungsdiskurs wurden Medienanalysen (Print) im Zeitraum von 2004 bis 2006 durchgeführt. In einer Studie erstreckte sich die Erhebung auf sieben Mitgliedstaaten (Bruell/Mokre/Pausch 2009), in der anderen auf drei (Bruell 2008 und 2014a). Der Zeitraum war für den europäischen Verfassungsdiskurs prägend, da Frankreich und die Niederlande 2005 in einem jeweiligen Referendum eben jenen Entwurf ablehnten. Der Europäische Rat war damals stark unter Druck und erklärte eine einjährige „Denkpause“, die schließlich bis Mitte 2007 verlängert wurde. In diesem Jahr wurde ein neuer Entwurf vorgelegt, der „Vertrag von Lissabon“. Auch dieser wurde im irischen Referendum zunächst abgelehnt, bei dessen Wiederholung 2009 aber schließlich angenommen.

---

1 Zwei Studien werden in einem Punkt zusammen gefasst, da sie beide Diskurse um den EU-Verfassungsentwurf und die dazugehörigen Referenden zum Thema hatten.

2 Für eine detaillierte Beschreibung der Methode, siehe Bruell 2008, Bruell/Mokre/Pausch 2009, Bruell 2013 und Bruell 2014a.

Beide Studien haben gezeigt, dass die Diskurse dieser Zeit hauptsächlich national geprägt waren. So definierten britische Medien zum Beispiel traditionell die EU als ein deutsch-französisches Projekt und als das Andere gegenüber dem eigenen Nationalstaat. Die Option eines „new Europe“ nach britischen Vorstellungen spielt hier eine zentrale Rolle (vgl. Bruell 2014a: 199). Die Hegemonialität dieses britischen Diskurses, der die EU als das Andere definiert, zeigte sich stärker denn je, als Premier Cameron Reformen im Sinne Großbritanniens forderte, um das Verhältnis soll neu zu bestimmen, und es zu einem Referendum zum Verbleib in der EU kam. (Spiegel Online, Cameron-Besuch in Berlin, zul. 28.5.2015)

Auch in den anderen Nationalstaaten zeigte sich, dass die Debatten zur Europäischen Verfassung hauptsächlich national „geframed“ wurden. Polen diskutierte zum Beispiel den Verfassungsentwurf in Bezug auf einen fehlenden Hinweis auf christliche Traditionen, wohingegen in Irland die erfolgreiche Irische EU-Präsidentschaft im Mittelpunkt stand. In französischen Medien wurden soziale Fragen (z. B. Immigration) mit dem Entwurf in Verbindung gebracht (vgl. Bruell/Mokre/Pausch 2009: 185). Die meisten dieser Debatten wiesen keine spezifisch strukturierende Wirkung in Hinblick auf das EU-Verständnis auf. Nur in Österreich etablierte sich zu dieser Zeit vorübergehend ein stark strukturierender Diskurs. Viele Momente wurden hier an das Thema gebunden, wie soziale Ängste, die Kompetenz von Politikern im Umgang mit der Krise, weitere Vorgehensweisen, Konsequenzen für einen möglichen Türkeibeitritt (vgl. Bruell 2014a: 200).

Auffallend war jedoch, dass beide Studien zum Ergebnis kamen, dass vor allem die medial diskutierte Kluft zwischen Politik und Bürgerebene eine stark strukturierende Wirkung entfaltete. Der Inhalt des Verfassungsentwurfs selbst spielte kaum eine Rolle. Rund um die Referenden 2005 intensivierte und verdichtete sich zwar die Debatte, flachte aber bis 2006 schnell wieder ab. Deutlich wurde auch, dass das Thema einer europäischen Verfassung oft von anderen hegemonialen Diskursen Elemente übernahm, diese aber meist flottierende Signifikanten blieben, ohne selbst zu einem hegemonialen Diskurs beitragen zu können. So wurde zum Beispiel selbst das Thema einer möglichen Krise in der EU mit dem transnationalen Thema einer unüberwindbaren Kluft zwischen Bürgern und politischen Eliten diskursiert, anstatt es argumentativ oder inhaltlich mit dem Verfassungsentwurf in Verbindung zu bringen. Das Fehlen konkreter verfassungsrelevanter Inhalte ließ sich nicht nur für die Boulevardpresse, sondern ebenso für Qualitätszeitungen wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung oder die Süddeutsche feststellen. Letztere positionierte sich zum Beispiel in einem agonistischen Verhältnis auf Seiten der Bürger gegenüber politischen Eliten und den EU-Institutionen. Es kann hier von einem transnationalen Agonismus gesprochen werden, da die beiden Positionen innerhalb des Diskurses artikuliert wurden. Das bürgerferne Agieren mancher

EU-institutioneller Entscheidungsträger ist ein wiederkehrendes und bereits fest etabliertes Thema. So lag nahe, es mit dem Scheitern des Verfassungsentwurfs in Verbindung zu bringen. Ein Moment des Diskurses, der in einen engen Zusammenhang mit dieser Kluft gesetzt wurde, war ein konstatiertes Informationsdefizit auf Bürgerseite. Die Argumentationsstruktur dieses Diskurses wies transnational starke Parallelen auf (vgl. Bruell/Mokre/Pausch 2009: 187).

Selbst der Streit um nationale versus EU-Kompetenzen, von dem angenommen werden hätte können, dass er über die Mitgliedstaaten hinweg ähnlich strukturiert wäre, bildete sich national höchst unterschiedlich ab. Das Thema wurde hauptsächlich mit unterschiedlichen nationalen Werten und Traditionen in Verbindung gebracht. Schweden verwies zum Beispiel im Zuge dessen auf das hohe nationale demokratische Niveau, dem der europäische Verfassungsentwurf nicht gerecht werden konnte. Damit kam für Schweden die Zustimmung zum Entwurf einer Entwertung der eigenen demokratischen Errungenschaften gleich (vgl. Bruell/Mokre/Pausch 2009: 188).

Die Analysen zu den Verfassungs- und Referendumsdiskursen haben gezeigt, dass das Vorhandensein ähnlicher Inhalte nicht ausreicht, um auf europäischer Ebene hegemoniale Diskurse zu etablieren. Dies kann auch als Erklärung dafür gedeutet werden, warum es so schwierig erscheint, von einer kollektiven Identifikation mit diesem politischen System zu sprechen. Es ist nämlich im Sinne Laclaus nicht politisch, wenn es weder zu Hegemonien noch zu anschließenden Dislokationen kommt. Die EU selbst wird zu keinem Knotenpunkt, sie wird höchstens rund um andere hegemoniale Diskurse platziert, so zum Beispiel um das problematische Verhältnis zwischen politischen Akteuren und Bürgern. Es handelt sich hier um ein prekäres Verhältnis, das in repräsentativen Demokratien generell Sprengkraft besitzt und daher nicht als ein genuin europäisches eingestuft werden kann. Dennoch kann es dazu beitragen, Diskurse zu transnationalisieren, wie sich jüngst zeigt (neues deutschland, Rote Punkte auf dem Balkan, zul. 2.6.2015), wenn soziale Bewegungen und der Sieg von „Bürgerparteien“ wie Syriza in Griechenland und Podemos in Spanien in Betracht gezogen werden (Der Standard, Regierung bei Regionalwahlen in Spanien abgestraft, zul. 28.5.2015). Auch der leere Signifikant der Krise, der in Zeiten der gescheiterten Referenden schon eine zentrale Rolle einnahm, hat sich bis heute gehalten und stellt damit einen hartnäckig hegemonialen Diskurs dar (z.B. Wirtschafts- und Finanzkrise).<sup>3</sup>

Auch wenn in Bezug auf eine europäische Öffentlichkeit inhaltliche Themen die EU-Politik betreffend kaum transnationale Strukturen etablieren können, so wirken

---

3 Wallstreet online spricht von der „dritten Phase der Euro-Krise“ (Wallstreet online, Wenn der Protest zur Gefahr wird – Regiert in Europa bald das Chaos?, zul. 28.5.2015)

sie doch auf hegemoniale Diskurse dislozierend. Die Verfassungsdebatten haben zum Beispiel den bis dahin hegemonialen Diskurs der allgemeinen Wünschbarkeit Europäischer Integration erschüttert. Dieser schweigende Konsens wurde vor allem durch die negativen Referenden und die damit auftretende Kluft zwischen Bürgern und politischen Entscheidungsträgern in Frage gestellt. Gut daran abzulesen ist, wie prekär ein leerer Signifikant sein kann, wenn er wenig artikuliert, sondern eher als stillschweigender Knotenpunkt nur implizit in Diskursen, quasi unartikuliert auftritt. Je leerer, aber vor allem auch je unartikulierter ein Signifikant wird, desto leichter kann er auch disloziert werden, sobald starke, gegen-hegemoniale Inhalte artikuliert werden. Der Signifikant „Europäische Integration“ blieb bis zu den Verfassungsreferenden ein leerer, zu dem auf Bürgerebene kaum inhaltlich agonistische Positionen artikuliert wurden.<sup>4</sup>

Zusammenfassend kann die europäische Öffentlichkeit als ein Feld der Diskursivität beschrieben werden, in dem es von Zeit zu Zeit zu transnationalen diskursiven Formationen kommt. Es hat sich auch gezeigt, dass vor allem Debatten um Partizipation und Repräsentation auf Bürgerseite dislozierende Kraft entwickeln können und so zur Demokratisierung beitragen. Die Europäische Kommission reagierte auf die Negativreferenden mit dem Plan D für „Demokratie, Dialog, Diskussion“ – es zeigte sich aber schnell, dass ohne konkreten verhandelbaren Inhalt die Debatten schnell wieder abflachten. Der reine politische Wille zu mehr Partizipationsmöglichkeit lässt noch keinen Enthusiasmus entstehen, wenn es nicht um konkrete Fragen geht, die verhandelt werden (vgl. Bruell/Mokre/Pausch 2009: 192f.). Als zum neuen Vertrag 2005, zum Vertrag von Lissabon, nur mehr in Irland ein Referendum obligatorisch war, versiegten die Debatten in anderen EU-Ländern schnell. Ein Inhalt, der transnationalisierendes Potential entwickeln konnte, fand sich wieder 2013, als es um das EU-Kulturbudget ging.

## 4.2 Europäische Kulturpolitik 2013

Im Jahr 2011 erarbeitet die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung zum neuen Förderprogramm für den Kultur- und Kreativsektor innerhalb des Finanzrahmens 2014-2020. 2013 wurde daher anlässlich dieser Debatten eine

---

4 Eine Ausnahme stellen natürlich EU-skeptische Parteien dar, die die EU aber dann nicht als ein inhaltlich sondern strukturell antagonistisches Außen artikulieren oder die Momente der Beitrittsabstimmungen, die dann aber sehr singuläre und abgeschlossene Ereignisse darstellen und so kaum auf längere Zeit hin strukturierende Wirkung entfaltet haben. Außerdem handelt es sich natürlich in beiden Fällen um rein nationale Diskurse.

diskursanalytische Studie am Institut für Auslandsbeziehungen (ifa) durchgeführt (Bruell 2013). In dieser Zeit lief das alte Förderprogramm (2007-2013) aus und die Grundlagen des neuen Programms mussten zum Abschluss gebracht werden. Die neue Ausrichtung des Programms auf stärker ökonomisch orientierte Kriterien wurde in vielen EU Mitgliedstaaten öffentlich diskutiert. So sprach der Deutsche Kulturrat von einem Paradigmenwechsel in der Kulturförderung. Das Europäische Parlament hatte über 600 Änderungsanträge zum Programmentwurf eingebracht. Aufgrund der massiven Kritik verzögerte sich die Ratifizierung bis Januar 2014.

Die Studie untersuchte sowohl offizielle Dokumente und Äußerungen von Seiten der EU (Kommission und Europäisches Parlament) als auch mediale und zivilgesellschaftliche Debatten in Deutschland, Österreich, Italien und Großbritannien. Hinzu kamen einige Interviews mit zentralen Akteuren aus der Kulturszene.

Institutionell standen im neuen Rahmenprogramm vor allem Einsparungen im administrativen Bereich im Mittelpunkt, beeindruckender jedoch war die veränderte Sprache des Entwurfs. Der ehemalige „Kultursektor“ wurde umbenannt in „Kultur- und Kreativbranche“. „Kultur“ wurde neudefiniert als „Katalysator für Kreativität innerhalb des Rahmens für Wachstum und Beschäftigung“. Damit war eine eindeutige Verschiebung in Richtung einer Marktorientierung festzustellen. Kulturförderung wurde nun hauptsächlich über den zentralen Beitrag der Kreativwirtschaft zum nationalen BIP legitimiert (vgl. Europäische Kommission KOM (2012) 537:2). „Kulturelle Vielfalt und Identität werden im Lichte einer internationalen Wettbewerbsfähigkeit betrachtet.“, konstatierten Sievers und Wingert (2012: 38). Begriffe wie „kulturelle Vielfalt“ und „interkultureller Dialog“ traten in den neuen Entwürfen zwar noch in Erscheinung, allerdings nicht als starke, zentrale Momente des Diskurses, sondern wirkten eher isoliert, disloziert. Der Hinweis auf die Bedeutung von Kulturförderung für die Entwicklung einer „Europabürgerschaft“ wurde gänzlich gestrichen. „Kreativität“ und „Wachstum“ traten nun als zentrale Knotenpunkte des Diskurses in Erscheinung, dabei wurde Kreativität objektiviert, als ein handelbarer Gegenstand, eine Art Ware. Andere ökonomische Termini wurden stark an diese Knotenpunkte gebunden, wie „Wertschöpfungskette“, „große Marktreichweite“ und „Zirkulationspotenzial“ (vgl. Bruell 2013: 23).

Rund um dieses europäische Thema der Kulturförderung etablierten sich damals mehrere Diskurse. Die Europäische Kommission, von der die Verschiebung im Duktus ausging, etablierte einen Rechtfertigungsdiskurs zum Programm, der hauptsächlich mit ökonomischen Notwendigkeiten argumentierte. Das europäische Parlament führte einen gegen-hegemonialen Diskurs, der versuchte, die stark kommerzielle Seite des Kulturbegriffs zu relativieren und auf die Bedeutung intrinsischer Werte von Kultur pochte. Einige Abgeordnete versuchten diesen Doppelcharakter des Kulturbegriffs zu verteidigen: „Es sollte zukünftig weiterhin

klar zwischen dem Non-profit Bereich und dem erwerbswirtschaftlichen Bereich unterschieden werden“ (Bisky 2012).

Im Rat der Europäischen Union für Bildung, Jugend, Kultur und Sport hingegen, wurden viele nationale Positionen rezipiert und so entstand ein Ansatz, der sich stark an der praktischen Seite der Kulturszenen orientierte. Es sollte ein holistischer Zugang zu „Cultural Governance“ entwickelt werden: Kulturpolitik solle evidenzbasiert ausgerichtet werden und Synergien und integrative Strategien sollten stärker gefördert werden (vgl. Bruell 2013: 28). Hier deckten sich die Ansprüche des Rates weitestgehend mit jenen, die in den Interviews von Seiten der Kulturschaffenden selbst artikuliert wurden.

Auch bei dieser Analyse zeigte sich, wie hegemonial der Krisendiskurs auf inhaltliche politische Entscheidungen einwirkt. Die „Finanzkrise“ rechtfertigte die Kürzungen der Kulturförderungen und gleichzeitig auch der Neuausrichtung des Programms auf ökonomisch erfolgversprechende Parameter. Festzustellen war eine alles transzendierende Logik der Wertökonomie, nun auch auf dem Gebiet der Kulturproduktion, der sich ein alternativer Kulturbegriff kaum widersetzen konnte, obwohl ein solcher aus der Kulturszene heraus durchaus entwickelt werden konnte. Der Hegemonialität dieser Logik waren sich viele Akteure explizit bewusst, konnte dieser jedoch mit keinem Argument inhaltlich begegnen. Das Gefühl einer Alternativlosigkeit machte sich breit. Der einzige Versuch ein gegen-hegemoniales Konzept zu entwerfen, mündete in einen simplifizierenden Begriff von Kultur als *l'art pour l'art* (z. B. Europäisches Parlament), der von Seite der Kulturschaffenden kaum Unterstützung fand. Der hegemoniale Diskurs der Wirtschaftslogik war so stark, dass über dieses Argument der Politik selbst Regulierungspotential für kulturelle Qualität zugeschrieben wurde: „But when we come to culture, the question is whether we truly desire endless choice above all else, especially when we appear to lose quality in the process“ (Androulla Vassiliou, States News Service, 13.8.2012). EU-Kulturförderung ermögliche somit nicht kulturelle Diversität, sondern dient der Regulierung qualitativer Aspekte von Kultur, orientiert an den oben genannten ökonomischen Kriterien (vgl. Bruell 2013: 48). Daran ist gut zu erkennen, welche Bindekraft der hegemoniale Knotenpunkt von Kreativität und Wachstum aufwies.

Auch in dieser Studie konnte also indirekt ein Auseinanderklaffen von politisch-administrativen und zivilgesellschaftlichen Diskursen festgestellt werden. Auf EU-Ebene etablierte sich ein agonistischer Diskurs zwischen einem auf schnelle ökonomische Verwertbarkeit und Quantifizierung abzielenden Kulturbegriff auf der einen Seite und einem gegen-hegemonialen, auf den intrinsischen Wert von Kultur abzielenden, auf der anderen Seite. Auf Ebene der Kulturschaffenden und kulturpolitisch Engagierten (siehe Interviews), also zivilgesellschaftlichen Akteuren,

zeigte sich ein gänzlich anderes Verständnis von Kultur: emanzipatorische und gesellschaftskritische Funktionen wurden hier betont (vgl. Bruell 2014b).

---

## 5 Resümee

Mittels einer hegemonietheoretisch geleiteten Diskursanalyse auf dem Gebiet der Europastudien lässt sich zeigen, wie politische Diskurse strukturiert sind, welche Artikulationen Dislokationen provozieren und welche Bindekraft das Konzept der Europäischen Union oder andere europapolitisch zentrale Begriffe haben. Die zitierten europapolitischen Analysen haben gezeigt, dass explizite Bezüge auf Identifikation, Identität oder Werte kaum eine Rolle spielen. Das Thema einer kollektiven Identifikation mit dem politischen System scheint längst Vergangenheit zu sein. Die öffentliche Wahrnehmung der Europäischen Union entspricht ihrem institutionell-demokratischen statt popularen Charakter. Sie ist viel stärker von einer Logik der Differenz als einer der Äquivalenz geprägt. Wie Studien auf Basis eines radikaldemokratischen Ansatzes für den südamerikanischen Kontinent zeigen, lässt sich dort gerade Umgekehrtes feststellen. In Bezug auf politische Entscheidung zeigt sich aber doch sehr deutlich, dass hegemoniale Diskurse, wie jener zu einem rein ökonomisch verstandenen Kulturbegriff, politische und gesellschaftliche Realität (bis hin zur Budgetverteilung) prägen. Wenn Diskurse auf EU-Ebene hegemonial werden, dann handelt es sich hierbei kaum um „rein“ europäische Themen, sondern meist um Eigenschaften repräsentativer Demokratie im Allgemeinen (siehe Diskurs Bürger vs. politische Entscheidungsträger oder die durchdringende Kraft der Wirtschaftslogik). Diese transnationalen, weniger europäischen, Diskurse haben durchaus dislozierende Wirkung. Langsam wird dies auch in Europa sichtbar – Diskurse werden populärer. Es bleibt damit weiterhin spannend, hegemonietheoretisch ein waches Auge auf diese Entwicklungen zu werfen. Die Hegemonie des Diskurses jedenfalls, der Bürger und politische Eliten agonistisch positioniert und der eine solch ausgeprägte Stabilität aufweist, findet auf politischer Ebene bis heute wenig Resonanz. Dabei stellen inhaltliche Diskurse, wie jüngst jener über den Umgang Europas mit der Flüchtlingsproblematik, Katalysatoren für eben jene Kluft dar. Früher oder später wird diese direkt adressiert werden müssen, denn der Umgang mit der Überbrückung dieses Spaltes wird längst nicht mehr als demokratisch genügend empfunden.

## Literatur

- Angermüller, Johannes/Nonhoff, Martin/Herschinger, Eva/Magilchrist, Felicitas/Reisigl, Martin/Wedl, Juliette/Wrana, Daniel/Ziem, Alexander (Hg.), 2014: Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch. Band I: Theorien, Methodologien und Kontroversen, Bielefeld.
- Bisky, Lothar, 2012: Vom Sender zum Empfänger – zum neuem EU-Förderprogramm „Kreatives Europa – 2013–2020“. Marktkonzentration in der Kultur?, Ausschuss für Kultur und Bildung zum Programm ‚Kreatives Europa‘ In: Politik & Kultur, Ausgabe 4/12, S. 13.
- Bruell, Cornelia, 2008: EU à venir – Kollektive Identität als Mangel: der Verfassungsdiskurs als Analysebeispiel, Salzburg, Univ., Diss.
- Bruell, Cornelia/Mokre, Monika/Pausch, Markus, 2009: Democracy Needs Dispute. The Debate on the European Constitution. Frankfurt.
- Bruell, Cornelia, 2013: Kreatives Europa 2014-2020: Ein neues Programm – auch eine neue Kulturpolitik? Stuttgart.
- Bruell, Cornelia, 2014a: „Europa begehre!“ Diskursive Dimensionen einer politischen Gemeinschaft. In: Herschinger, Eva/Renner, Judith (Hg.): Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen, Baden-Baden, S. 174-211.
- Bruell, Cornelia, 2014b: Kreatives Europa. Ein neues Programm, eine neue Kulturpolitik? In: KUPFzeitung, Nr. 149, März-Mai 2014, S. 6-7.
- Deleuze, Gilles/Guattari, Felix, 1996: Was ist Philosophie? Frankfurt a. M.
- Der Standard, Regierung bei Regionalwahlen in Spanien abgestraft, <http://derstandard.at/2000016315232/Kommunalwahlen-in-Spanien-als-Test-fuer-Parlamentswahl>, zul. 28.5.2015.
- Dinan, Desmond, 2010: Ever closer Union. An Introduction to European Integration. Basingstoke.
- Europäische Kommission, 2012: Mitteilung an das Europäische Parlament, den Rat, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen: Die Kultur- und Kreativwirtschaft als Motor für Wachstum und Beschäftigung in der EU unterstützen, Brüssel, 26.9.2012, KOM(2012) 537 endg.
- Habermas, Jürgen, 1992: Faktizität und Geltung: Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats. Frankfurt a. M.
- Hetzl, Andreas, 2004: Demokratie ohne Grund. Ernesto Laclau Transformation der Politischen Theorie. In: Flügel, Oliver/Heil, Reinhard/Hetzl, Andreas (Hg.): Die Rückkehr des Politischen. Demokratietheorien heute, Darmstadt, S. 185-210.
- Hix, Simon, 2008: What's wrong with the European Union and how to fix it. London.
- Laclau, Ernesto, 2000: Constructing Universality. In: Butler, Judith/Laclau, Ernesto/Zizek, Slavoj (Hg.): Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left, London, S. 281-307.
- Laclau, Ernesto, 2002: Was haben leere Signifikanten mit Politik zu tun? In: Laclau, Ernesto: Emanzipation und Differenz, hg. und Vorwort von Oliver Marchart, Wien, S. 65-78.
- Laclau, Ernesto, 2004: Glimpsing the Future. In: Critchley, Simon/Marchart, Oliver (Hg.): Laclau. A Critical Reader, London, S. 279-328.
- Laclau, Ernesto, 2005: On Populist Reason. London.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal, 2001: Hegemonie und radikale Demokratie. Zur Rekonstruktion des Marxismus. Wien.

- Lefort, Claude/Gauchet, Marcel, 1990: Über die Demokratie: Das Politische und die Instituierten des Gesellschaftlichen. In: Rödel, Ulrich (Hg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt a. M., S. 89-122.
- Lefort, Claude, 1990: Die Frage der Demokratie. In: Rödel, Ulrich (Hg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt a. M., S. 281-297.
- Marchart, Oliver, 2004: Techno-Kolonialismus. Theorie und imaginäre Kartographie von Kultur und Medien. Wien.
- Menasse, Robert, 2015: Europa in der Krise. „Berlin ist nicht das Zentrum der EU“, Interview in Der Tagesspiegel 5.4.2015. Unter: <http://www.tagesspiegel.de/politik/europa-in-der-krise-berlin-ist-nicht-das-zentrum-der-eu/11595212.html>, download am 8.4.2015.
- neues deutschland, Rote Punkte auf dem Balkan, <http://www.neues-deutschland.de/artikel/973048.rote-punkte-auf-dem-balkan.html>, zul. 2.6.2015
- Sievers, Norbert/ Wingert, Christine, 2012: Von der Kulturverträglichkeit zur Wirtschaftsverträglichkeit? Wohin geht die EU-Kulturpolitik?, Kulturpolitische Mitteilungen, Nr. 136, 1/2012, S. 35-39.
- Spiegel Online, Cameron-Besuch in Berlin: Merkel kann sich Vertragsänderungen für London vorstellen, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/merkel-zu-cameron-eu-vertragsaenderungen-sind-moeglich-a-1036223.html>, zul. 28.05.2005.
- States News Service, Androulla Vassiliou, Member of the European Commission responsible for education, culture, multilingualism and youth (13.8.2012): Culture's Role in the European Union's External Relations, First international culture summit, Edinburgh.
- Torfinn, Jacob, 2005: Discourse Theory: Achievements, Arguments and Challenges. In: Howarth, David/Torfinn, Jacob (Hg.): Discourse Theory in European Politics. Identity, Policy and Governance, Basingstoke, S. 1-32.
- Wallstreet online, Wenn der Protest zur Gefahr wird – Regiert in Europa bald das Chaos?, <http://www.wallstreet-online.de/nachricht/7666651-syriza-podemos-co-protest-gefahr-regiert-europa-chaos>, zul. 28.5.2015.

---

# Ernesto Laclau in Moskau?

## Das Problem eines „systemischen Populismus“ im gegenwärtigen Russland<sup>1</sup>

Philipp Casula

---

### 1 Einleitung

Die Unschärfe des Populismusbegriffs plagt die Soziologie seit jeher. Kaum ein Artikel über Populismus beginnt ohne diese Klage und verschiedenste Autoren haben sich darum bemüht, einen klareren Begriff herauszuarbeiten, darunter Benjamin Arditi (2007), Margaret Canovan (2005), Alexandre Dorna (1999), Chantal Mouffe (1993), Armin Nassehi (2011), und Slavoj Žižek (1993; 2009: 264-333). Doch kaum ein anderer Autor hat nachhaltiger zur Diskussion des Populismusbegriffs beigetragen als Ernesto Laclau. Der 1935 in Buenos Aires geborene und 2014 in Sevilla gestorbene politische Philosoph und Diskurstheoretiker gehört zu den Gründungsfiguren des Postmarxismus. Das zusammen mit Chantal Mouffe geschriebene Buch, *Hegemonie und radikale Demokratie*, erweiterte marxistische und insbesondere jene Grundannahmen, die von Antonio Gramsci gelegt worden waren. Mit *On Populist Reason* (2005), kehrte Laclau zu dem Thema zurück, das er bereits 1968 in *Politik und Ideologie im Marxismus* umrissen hatte: Die Analyse des Populismus. Trotz des großen zeitlichen Abstandes, mit dem die beiden Texte über Populismus erschienen sind, finden sich überraschende Kontinuitäten. Laclau zielt in beiden Fällen auf eine formale Analyse des Populismus ab, doch sein theoretisches und insbesondere diskursanalytisches Rüstzeug ist in dem zweiten Buch deutlich erweitert. Laclau argumentiert, dass der Populismus keine „originäre Idee oder eine globale Theorie und schon gar nicht über ein bestimmtes

---

1 Teile dieses Beitrags sind bereits erschienen in „Populismus bei Ernesto Laclau: Konzepte zur Analyse der nationalistischen Renaissance in Europa“, In: *Widerspruch* 65/2014: 179-188 und in „Souveräne Demokratie, Populismus und Depolitisierung: Der russische politische Diskurs unter Putin“, In: *Berliner Debatte* Initial 24 (3) 2013: 108-117. Der Wiederabdruck erfolgt mit freundlicher Genehmigung der jeweiligen Herausgeber.

Menschen- und Gesellschaftsbild“ verfügt, sondern Populismus „artikuliert den Willen, das Gemeinwohl neu zu definieren, weshalb er (...) in den verschiedensten Organisationen und Regimen, Klassen und politischen Gruppierungen auftreten kann. Folglich muss man bei seiner Analyse von der Frage des gesellschaftlichen Standpunkts absehen“ (Dorna 2003). Populismus lässt sich nicht über bestimmte Inhalte definieren, sondern ist eine Form des Politischen, ja, die Form des Politischen schlechthin. Laclau denkt Populismus als ein „transzendental-formales politisches Dispositif, das in verschiedene politische Formen gegossen werden kann“ (Žižek 2009: 276), beziehungsweise genauer: das mit verschiedenen politischen Inhalten gefüllt wird. Ziel des vorliegenden Beitrages ist es, in einem ersten Schritt Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen Laclaus frühen und späten Populismusbegriff herauszuarbeiten und dann zu zeigen, ob und wie er für die Analyse des heutigen politischen Systems Russlands fruchtbar gemacht werden kann.

---

## 2 Der Populismus-Begriff von Ernesto Laclau

### 2.1 Politik und Ideologie im Marxismus

Laclaus frühes Werk verfolgt als zentrales Ziel, mit der marxistischen Fixierung auf Klassen zu brechen (Barrett 1991: 57-59). Mit Bezügen zu Hannah Arendt, Nicos Poulantzas und Louis Althusser, argumentiert er, dass der Faschismus nicht „die Klassenideologie der konservativsten und rückständigsten Bereiche in einem Kontinuum, das über den Liberalismus in seinen rechten und linken Variationen zum Sozialismus führte“ (Laclau 1981: 122). Vielmehr müsse beachtet werden, wie der Faschismus als Ideologie seine Subjekte nicht als „Arbeiterklasse“, sondern als „Volk“ aufruft. Das Beispiel des Faschismus zeige, dass populäre Anrufungen frei sein können von Klassenbezügen. An anderer Stelle verharret Laclau jedoch genau in jenem Klassenreduktionismus, den er zuvor abschütteln wollte: Er argumentiert, dass populäre Anrufungen Klasseninteressen *verbergen* (Barrett 1991: 57-59). Damit sind bereits die zwei zentralen Themen, die Laclau in diesem frühen Beitrag zur Analyse von Faschismus und Populismus angedeutet: popular-demokratische Anrufungen und Klassenkampf.

Beginnen wir mit dem letztgenannten Thema. In seinem Versuch, weiterhin mit einem Klassenbegriff zu arbeiten und doch über ihn hinauszugehen, positioniert sich Laclau vage. Einerseits, stößt er die Diskussion über die Ursprünge des Faschismus neu an und richtet sein Augenmerk besonders auf dessen Beziehung zu bestimmten Klassen (Boris 1979). Laclau hinterfragt andererseits die Faschismus-Theorie von

Nicos Poulantzas, für den die Analyse von Ideologie bedeutet, „ihre konstituierenden Elemente ihrer Klassenzugehörigkeit entsprechend zu zerlegen“ (Laclau 1981: 83). Damit greift Poulantzas für Laclau zu kurz. Man könne nicht einfach bestimmte ideologische Elemente einer bestimmten Klasse zuordnen. Im Gegenteil hätten ideologische Elemente keinen notwendigen Bezug zu bestimmten Klassen. Dieser sei erst Ergebnis einer Artikulation „in einen konkreten ideologischen Diskurs“ und es sei genau Aufgabe einer Ideologiekritik zu untersuchen, was die Einheit des Diskurses begründet (Laclau 1981: 87). Das heißt, dass bestimmte ideologische Elemente nicht notwendigerweise gemeinsam auftreten, zum Beispiel, weil sie für eine bestimmte Klasse typisch sind. Die Verbindung, die sie eingehen, ist Ergebnis eines Artikulationsprozesses (Laclau 1981: 207). So kann auch verstanden werden, dass es dem Faschismus gelang, „Volk“ und Arbeiterklasse zu trennen. Die Arbeiterklasse hatte ihrerseits „das Feld des popular-demokratischen Kampfes aufgegeben“ (Laclau 1981: 107), während dem Kleinbürgertum popular-demokratische Anrufungen (als „Volk“) wichtiger waren als klassenspezifische. Der Faschismus erlaubte es, dass popular-demokratische Anrufungen von einer sozialistischen Perspektive, die die Herrschaftsordnung in Frage gestellt hätte, getrennt blieben (Laclau 1981: 103-104). Am Beispiel der faschistischen Ideologie diskutiert Laclau also sowohl die Unabhängigkeit der popular-demokratischen Anrufungen von bestimmten Klassen, zeigt zugleich aber auch auf, wie sie in Klassendiskursen eingeflochten werden können. Zentral für die gesamte Diskussion ist also der Begriff der popular-demokratischen Anrufungen und wie sie zueinander in Beziehung gesetzt sind oder artikuliert werden.

Die Idee der Anrufung nimmt Laclau von Louis Althusser: Laclau argumentiert, dass Ideologien vor allem dadurch funktionieren, dass sie Individuen als Subjekte konstituieren. Es ist diese Operation, die Althusser „Anrufung“ nennt (Althusser 2011: 88). Ideologie macht das Individuum zu einem Subjekt, das glaubt, bestimmte Eigenschaften zu besitzen, wie sie in der Ideologie vorgegeben sind (Ferreter 2006: 88-90). Die Schlüsselerkenntnis, die Laclau aus der Verbindung von Althusser und Poulantzas zieht, ist, dass sich der Faschismus nicht so sehr auf Klassenanrufungen wie auf popular-demokratische Anrufungen gestützt hat (Laclau 1981: 117). „Wer ist das aufgerufene Subjekt? Das ist die Schlüsselfrage für unsere Analyse der Ideologien“ (Laclau 1981: 89). Was genau unter „popular-demokratisch“ zu verstehen ist, erläutert Laclau erst ausführlich in einer Fußnote: „Von popular-demokratischen Anrufungen kann man nur sprechen, wenn das als das Volk angesprochene Subjekt in Hinblick auf seine antagonistische Beziehung zum herrschenden Block angesprochen wird (...). Demokratie wird hier verstanden als Reihe von Symbolen, Werten etc. (...) durch die sich das Volk seiner Identität durch seine Konfrontation mit dem Machtblock bewusst wird“ (Laclau 1981: 192). Laclau wird später, in *On*

*Populist Reason* zwischen demokratischen und popularen Forderungen unterscheiden (Laclau 2005a: 77-78, 125-128), dabei aber das bereits gebrauchte deskriptive Verständnis von Demokratie beibehalten.

## 2.2 On Populist Reason

In seinem zweiten Buch über Populismus wird der ganze Einfluss spürbar, den Laclaus Auseinandersetzungen mit Hegemonie- und Diskurstheorie auf ihn hatten. Deutlich wird aber auch, wie der Theorieapparat Unterschiede zwischen Populismus, Hegemonie und Politik verwischt (Arditi 2010). Unter Beibehaltung wichtiger Grundannahmen seines vorherigen Buches – Artikulation, Volk/Machtblock-Gegensatz und der Dimension des Popular-Demokratischen – verfeinert Laclau diese Begriffe und fügt sie in ein diskursives Verständnis des Politischen ein. Die beiden vielleicht wichtigsten Kategorien, die in seinem zweiten Buch hinzukommen sind jene der *Forderung* und die des *leeren Signifikanten*. Mit dem neuen begrifflichen Instrumentarium gelingt es Laclau, viele Ideen, die sich bereits 1977 abzeichneten, weiter zu schärfen. Was nun vollständig wegfällt ist jeder Bezug zu Klassen und Klassenpolitik. Laclau isoliert fünf Faktoren, die für Populismus als Politik-Form kennzeichnend sind (Laclau 2005a: 156, 180f.; Laclau 2014; Howarth 2009: 34):

1. Der populistische Diskurs appelliert an ein kollektives Subjekt, üblicherweise an „das Volk“;
2. Die Artikulation des populistischen Diskurses impliziert das Ziehen einer Grenze zwischen dem Volk einerseits und einem institutionalisierten System, das auf die kollektiven Forderungen nicht eingeht, andererseits. Später nennt Laclau (2014) explizit die Notwendigkeit der Konstruktion eines soziopolitischen Feindes;
3. Diese Grenzziehung beruht darauf, dass zwischen den einzelnen Forderungen des populistischen Diskurses eine Äquivalenzlogik herrscht: Alle Forderungen geben einen Teil ihrer Einzigartigkeit auf und teilen den Gegensatz zum institutionalisierten System;
4. Die Konstruktion eines populistischen Diskurses erfordert einen leeren Signifikanten, das heißt, dass eine Forderung die gesamte Äquivalenzkette repräsentieren kann; dieser leere Signifikant ist auch kennzeichnend für einen hegemonialen Diskurs;
5. Dieselbe Funktion kann für Laclau auch ein Name übernehmen. Statt von popular-demokratischen Anrufungen spricht Laclau nun von popularen und demokratischen Forderungen, das heißt, er trennt sie konzeptionell voneinander. Die Einbettung des Populismusbegriffs in seine Diskurstheorie führt dazu, dass

der Ideologiebegriff an Bedeutung verliert. Im Kontext der Populismuskussion hält Laclau die Unterscheidung zwischen Bewegung und Ideologie für „irrelevant“, was zähle sei die „Bestimmung der diskursiven Sequenzen durch die eine soziale Kraft oder Bewegung ihre politische Performanz austrägt“ (Laclau 2005a: 13). Laclau kann dank der diskurstheoretischen Einbettung nun besser der besonderen Rolle Rechnung tragen, die populistische Anführer/innen spielen und zwar nicht als Personen, sondern als bevorzugte Repräsentanten aller Forderungen eines institutionellen Diskurses.

Wie auch in seinem ersten Buch, stellt Laclau das politische Feld als gespalten dar zwischen einerseits dem „Volk“ und andererseits einer dominierenden Ideologie, dem „herrschenden Block“ (Laclau 1981: 151), dem „institutionellen System“ (Laclau 2005a: 73) oder dem institutionalisierten Anderen (Laclau 2005a: 117). Es ist dieses institutionelle System, das mit einer ganzen Reihe von sozialen Forderungen konfrontiert wird. Laclau unterscheidet zwischen demokratischen und popularen Forderungen: In einem expliziten Exkurs zur Klärung des Begriffs „demokratisch“ erläutert Laclau, dass er einen rein deskriptiven Wert hat und dass er lediglich zwei Bestandteile der umgangssprachlichen Bedeutung beibehält: Dass die Forderungen an das System von einem „Underdog“ erhoben werden und dass ihr Auftreten auf eine Exklusion oder einen Mangel verweist (Laclau 2005a: 125). Laclau stellt sich die Frage, wie das institutionelle System Forderungen von einem politischen Underdog umgeht. Populismus entsteht, wenn Forderungen unerfüllt bleiben und sich mit anderen zusammenschließen. Dann gehen demokratische Forderungen in populare Forderungen über. Wenn Forderungen sich verbinden und in eine Äquivalenzkette artikuliert werden, verlieren sie einen Teil ihrer Subjektivität, beginnen aber „das Volk als potentiellen historischen Akteur zu konstituieren“ (Laclau 2005a: 74). Damit zeichnen sich bereits die drei Bedingungen für Populismus ab, die Laclau betont: eine gleichsetzende Artikulation verschiedener Forderungen; die Herausbildung einer antagonistischen Grenze, die „das Volk“ von einem „institutionellen System“ trennt, und schließlich die Herausbildung eines stabilen Bedeutungssystems, das die verschiedenen Forderungen zusammenhält und ein Gefühl von Solidarität zwischen ihnen herstellt. Damit verweist Laclau auf einen Diskurs in dessen Zentrum ein leerer Signifikant steht.

Ein Schlüsselement in der Diskurstheorie von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe war, dass jeder Diskurs um einen leeren Signifikanten herum strukturiert ist. Ein leerer Signifikant ermöglicht die vorläufige Schließung eines Diskurses, indem er die unmögliche Totalität des Diskurses repräsentiert (Laclau 2005a: 71; Stäheli 2005: 238). Er ist leer, weil er alle Identitäten des Diskurses repräsentiert und insofern überdeterminiert ist. Empirisch bedeutet dies, dass populistische

Symbole oft als unscharf oder vage abgetan werden – aus Laclaus Perspektive ist das aber keine politische Rückständigkeit des Populismus, sondern vielmehr Zeichen dafür, dass Populismus auf einem selbst uneinheitlichen, vagen, sozialen Terrain stattfindet (Laclau 2005a: 100). Diese populistischen Symbole müssen eine Vielzahl verschiedener Forderungen zusammenhalten, die keine notwendige Verbindung eingegangen sind. An dieser Stelle geht Laclau dann nicht zufällig dazu über, die Rolle von populistischen Anführern zu diskutieren. Es scheint, es gibt keinen Populismus, der nicht um eine dominante Führungspersönlichkeit organisiert ist und kaum eine Analyse, die nicht die Bedeutung einer charismatischen Figur analysiert. Laclau lässt sich aber nicht auf eine psychologische Analyse ein, verwirft auch Charisma, Faszination und Verführung, Suggestion und Manipulation, wie sie bei anderen Autoren im Vordergrund stehen (Dorna 1999; 2003). Diese Erklärungen würden zu kurz greifen und nicht erklären, warum beispielsweise Suggestion oder Manipulation funktionieren würden. Laclau sucht eine strukturelle Erklärung und er findet sie in der funktionellen Ähnlichkeit zwischen leeren Signifikanten und den Namen der Führungspersönlichkeiten. Beide vermögen es, für den gesamten Diskurs zu stehen, ihn nicht nur passiv auszudrücken, sondern das zu konstituieren, was er ausdrückt durch den Prozess des Ausdrückens selbst (Laclau 2005a: 99; Laclau 2005b). Die Namen „Peron“ oder „Putin“ zum Beispiel schaffen es, eine Vielzahl von Forderungen zusammengefasst in einem Diskurs zu repräsentieren und diesen Diskurs erst zu konstituieren. Russland bietet eine interessante Fallstudie, weil viele der genannten Begriffe Laclaus für eine Analyse des politischen Systems genutzt werden können, aber auch deswegen, weil der Fall Möglichkeiten eröffnet, diese Begriffe weiter zu verfeinern. Insbesondere interessiert im Folgenden Populismus und Depolitisierung miteinander zu denken sowie Populismus nicht nur als eine Konstellation zu denken, in der Forderungen an etablierte Institutionen gestellt werden, sondern auch als ein System, das mit Forderungen populistisch umgeht. Es kommt also darauf an, einen systemischen Populismus, einen Populismus an der Macht zu denken. Insofern könnte der russische Fall als Laboratorium für Entwicklungen angesehen werden, die auch in den etablierten Demokratien Westeuropas denkbar sind.

---

### **3 „Putins Russland“ als populistisches System?**

Die Entwicklungen im postsowjetischen Russland, insbesondere seit der Machtübernahme durch Vladimir Putin, können in vielerlei Hinsicht als emblematisch für die Herausbildung dessen angesehen werden, was wie ein Oxymoron klingen

muss: ein „populistisches System“. Der rasante Aufstieg eines um den Präsidenten Vladimir Putin strukturierten Systems begann mit dem zweiten Tschetschenienkrieg (1999 bis ca. 2005) und einer systematischen Verengung des Pluralismus in Russland, entweder durch Eingliederung oder durch Ausschluss von oppositionellen politischen Forderungen und damit einer Zweiteilung des politischen Raums. Ich werde mich in der folgenden empirischen Skizze mit drei von den oben genannten Kennzeichen des Populismus auseinandersetzen, die Laclau (2014) selbst nochmals explizit stark gemacht hat: der Äquivalenzlogik, die jedem Populismus innewohnt und die Forderungen verbindet beziehungsweise angleicht; der Herausbildung eines leeren Signifikanten und depolitisierender Operationen; sowie schließlich der Konstruktion eines soziopolitischen Feindes, die in Russland einhergeht mit einer allgemeinen Retraditionalisierung und Nationalismus.

### 3.1 Äquivalenzlogik: Forderungen im post-sowjetischen politischen Diskurs

Bei der Diskussion der hegemonialen politischen Forderungen im postsowjetischen Russland müssen natürlich verschiedene Perioden unterschieden werden. Hier werde ich mich besonders auf die ersten beiden Amtszeiten von Vladimir Putin konzentrieren (2000-2008) und die Forderungen nach Demokratie, Modernisierung, Rechtsstaatlichkeit sowie nach Sicherheit und staatlicher Größe unter die Lupe nehmen. All dies sind und waren Forderungen an das institutionelle System. Der Staat hat diese Forderungen aufgenommen und miteinander verwoben.

Zunächst überraschend ist, dass trotz der vielfältigen Einschränkungen, die *Demokratie* als politische Praxis erfahren hat, der Begriff präsent blieb wie eh und je. Davon zeugt unter anderem der Neologismus der „Souveränen Demokratie“ (Averre 2007). Die Rolle, die „Demokratie“ im politischen Diskurs spielt, zeigt sich auch in der demokratischen Rhetorik der Programme aller größeren russischen Parteien. Bei *Einiges Russland* kommt sie darin aber zumeist als ein Attribut staatlicher Eigenschaften vor (ein demokratischer Rechtsstaat, eine demokratische Föderation), während Freiheit entweder den ökonomischen Bereich betrifft (die Freiheit des Marktes, wirtschaftliche Freiheit) oder als individuelle Eigenschaft beschrieben wird (frei denkende Charaktere; die Freiheit, das eigene Schicksal zu bestimmen). Diese demokratische Sprache als reine Propaganda abzutun, wäre zu einfach. Aus einer Laclau'schen Perspektive verweist dieses „Wuchern“ der Demokratie in vielen Bereichen darauf, wie die Forderung nach Demokratie vereinnahmt werden soll. Demokratie wird dabei an andere Bedeutungen gekoppelt. So steht Demokratie in Verbindung mit einer Zugehörigkeit zur fortschrittlichen

Welt und Modernisierung (s. auch Lukin 2000). Damit ist der Verweis auf Demokratie nicht einfach nur ein Appel, der sich an ein westliches Publikum richtet, sondern auch Legitimationsgrundlage nach innen. An dieser Stelle kommt auch das widersprüchliche Verhältnis des offiziellen Diskurses zu den 1990er Jahren zur Geltung. Einerseits werden der Zusammenbruch der UdSSR als „größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“ (Putin 2008: 272) und die 1990er Jahre insgesamt als eine Zeit des Chaos präsentiert (Surkov 2007a: 59), in der Russland von territorialer Zersplitterung und Übernahme durch skrupellose private Aneignungen bedroht gewesen sei; andererseits entspringt auch das gegenwärtige Regime einer „Entscheidung für Demokratie“ aus eigener Kraft, die in denselben 1990er Jahren gefällt worden sei (Putin 2008: 281). Damit können die 1990er Jahre nicht einfach komplett verurteilt werden.

Eine zweite zentrale Forderung war die nach *Modernisierung*. Der Rückgriff auf „Modernisierung (...) ist ohne Zweifel eine starke rhetorische Geste, die es erlaubt, eine politische Grenze zwischen den Modernen und den Traditionalisten oder Fundamentalisten zu ziehen sowie gleichzeitig, den politischen Charakter dieser Geste zu verneinen“ (Mouffe 2005: 88). Unter Putin wurde die Forderung nach Modernisierung schnell in den offiziellen Diskurs eingeflochten. Gleichzeitig bleibt Modernisierung aber auch eine in oppositionellen Diskursen artikulierte Forderung (Mitrochin 2010). Dort wurde die Forderung nach Modernisierung paradoxerweise verbunden mit solchen nach einem effizienteren, ehrlicheren „Putin“, nach einer „harten Hand“, die willens sei, Modernisierung durchzusetzen. Damit kann die Opposition zum Regime genauso illiberal sein, wie das Regime selbst. Für einige repräsentierte Dmitri Medvedev einen Politiker, der die Modernisierungsversprechen hätte halten können – jemanden, der einen „heimlichen Krieg“ gegen die Hardliner im Kreml ausfechten würde (Jurgens 2009). Medvedev schien sich an die jungen, urbanen Mittelschichten zu wenden und versprach technologische Innovationen. Medvedev – aber auch Putin – schlugen sich wiederholt explizit auf die Seite des „Volkes“ und richteten sich gegen ein institutionelles System, das scheinbar nicht auf die Modernisierungsforderungen von unten reagiert. Interessanterweise schnitten sich damit Putin-Medvedev abermals aus dem politischen System heraus und genossen hohe Popularitätswerte: Sie waren zugleich Teil des Systems und doch gegen das System. Medvedevs Amtsantritt stand dann auch ganz im Zeichen der Modernisierung. Bereits als möglicher Nachfolger Putins leitete er die Nationalen Projekte, die verschiedene Bereiche der russischen Infrastruktur hätten erneuern sollen. Mit Medvedev wurde „buchstäblich alles modernisiert, von den Institutionen der Zivilgesellschaft bis zur medizinischen Infrastruktur“; allerdings „nahm Modernisierung unter Medvedev den Charakter eines Slogans oder einer Mode an und präsentierte sich mehr als ein kurzfristiges politisches Projekt, als eine

langfristige Strategie nationaler Entwicklung“ (Devyjatkov & Makarychev 2012). Modernisierung wurde zu einem Technikum.

Die Forderung nach *Rechtsstaatlichkeit* hat zwar eine längere Tradition (Lukin 2000: 204-211), aber die als chaotisch und rechtlos empfundenen 1990er Jahre gaben ihr eine neue Schärfe. Der politische Diskurs unter Putin nahm diese Forderung auf. Rasch versprach der neue Präsident, eine „Diktatur des Gesetzes“ (Putin 2008: 49; Kahn 2002) einzuführen. Auf seine Weise hat das Regime dieses Versprechen eingehalten: Politisierte Prozesse kennzeichnen die Amtszeiten Putins, mit einer Justiz, die sich zu leicht den Forderungen der Exekutive beugt und Gesetze wie jenes zum „Rowdytutum“ gegen politische Gegner einsetzt. Der Staat sollte wieder schlagfertig werden und sich gegen Oligarchen und mafiöse Strukturen durchsetzen können. Ebenfalls in seiner ersten Ansprache vor der Föderalversammlung gelobte Putin, dass ein effizienter Staat Stabilität und nationalen Fortschritt garantieren werde (Putin 2008: 54). Zudem sei für Russland der Zyklus von Revolution und Konterrevolution endgültig beendet: eine andauernde und ökonomisch fundierte staatliche Stabilität sei ein Segen für Russland und seine Menschen (Putin 2008: 80). Somit erfuhr die Forderung nach Rechtsstaatlichkeit eine Abwandlung in Richtung Stabilität und Kontinuität.

*Sicherheit* spielte besonders im Zusammenhang mit den Konflikten in Tschetschenien eine zentrale Rolle (Bacon/Renz 2007). Im Gegensatz zum ersten Tschetschenienkrieg in den 1990er Jahren war der zweite Konflikt höchst populär. Die Situation im Nordkaukasus wurde im offiziellen Diskurs versicherheitlicht und nur kurz, unter Medvedev, auch als eine soziale und ökonomische Krise begriffen. Prozesse der *Securitization* sind schließlich eng verbunden mit der dritten Dimension des Populismus, der Konstruktion eines soziopolitischen Feindes, wie weiter unten gezeigt wird. „Sicherheit“ wurde ähnlich wie „Rechtsstaatlichkeit“ aber auch weiter gefasst, als Stabilität und Ordnung, insbesondere vor dem Hintergrund des sozialen und ökonomischen Niedergangs in den 1990er Jahren. Zunehmend wurden sie verbunden mit Forderungen nach staatlicher Größe. Aus innerer Sicherheit wurde immer mehr eine Forderung nach äußerer Sicherheit. „Der Zusammenbruch der UdSSR die größte geopolitische Katastrophe des Jahrhunderts“, erklärte der russische Präsident (Putin 2008: 272) und unterstrich damit, dass der Zusammenbruch des einen Staates, der UdSSR, gleichbedeutend war mit der Schwächung eines anderen, Russlands, wurde. Dies betraf die staatlichen Institutionen und deren Reichweite, die Durchsetzungskraft gegenüber inneren und äußeren Faktoren, und die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung. Die Wiederherstellung einer vermeintlichen Stärke des jetzt russischen Staates war eine Forderung, die nicht nur in nationalistischen Kreisen kursierte, sondern auch darüber hinaus populär war. Das Narrativ der Stärkung des Staates betrifft auch den Bereich der Wirt-

schaft. So gehörte es zu den ersten Maßnahmen nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten, die ökonomischen Aktivitäten der sogenannten Oligarchen unter Kontrolle zu bringen. Der politische Diskurs ist durchzogen von entsprechenden Stellungnahmen. Valerij Fadeev, Chefredakteur der Zeitschrift *Ekspert* erklärte zum Beispiel, dass „die Stärke des Staates darin liegt, dass er in der Lage ist, die Arbeit der Privatwirtschaft so zu organisieren, dass sie Ergebnisse nicht nur für sich, sondern für das Land als Ganzes erzielt“ (zit. in Garadzha 2006: 141). Andrej Kokoschkin sekundiert im gleichen Sammelband: „Bei weitem nicht alle privaten Unternehmer können ohne eine aktive und kraftvolle Unterstützung des Staates (...) ‚Lokomotiven eines nationalen Erfolges‘ werden. (...) Die zentrale Rolle des Staates kommt der Konkurrenzfähigkeit Russlands sowie seiner Freunde und Partner zugute“ (zit. in Garadzha 2006: 96). Der Staat inszeniert sich als Dompteur einer egoistischen und gierigen Wirtschaft. So erniedrigte Putin – damals zwischenzeitlich Premierminister – publikumswirksam vor laufender Kamera den mächtigen Oligarchen Oleg Deripaska, der seine Fabrik in der Kleinstadt Pikalevo schließen wollte.<sup>2</sup> Nicht nur sollen die russischen Unternehmen dem Staat dienen, sondern auch der Staat selbst kehrt als aktiver wirtschaftspolitischer Akteur zurück. Am offensichtlichsten ist dies im Bereich der Energiewirtschaft, die ganz in den Dienst des Staates, nicht zuletzt der Außenpolitik gespannt wurde.

### 3.2 Leere Signifikanten und Depolitisierung

An diesem Punkt stellt sich die Frage danach, was diese so unterschiedlichen Forderungen zusammenhält. Diese Funktion wird von leeren Signifikanten übernommen oder von einem Namen. Ernesto Laclau erläutert, dass „the construction of a popular subjectivity is possible only on the basis of discursively producing tentatively empty signifiers (...) their function is to bring to equivalential homogeneity a highly heterogeneous reality (...). At the limit, this process reaches a point where the homogenizing function is carried out by a pure name: the name of the leader“ (Laclau 2005b: 40). Anders als aus einer akteurszentrierten Perspektive ist nicht die Person Vladimir Putin von Bedeutung, vielmehr ist es aus einer diskurstheoretischen Perspektive die Funktion, die sein Name für den Diskurs übernehmen kann. Der Signifikant „Putin“ steht für alle oben beschriebene Forderungen, vereinigt sie, macht die miteinander kompatibel und gleicht sie an. Er vermag Forderungen aus verschiedenen politischen Lagern zu symbolisieren. Zwar gibt es in Russland

---

2 „Vladimir Putin Rage“, <https://www.youtube.com/watch?v=VjrlTMvirVo>

offiziell keinen Putinismus, analog beispielsweise zum Peronismus in Argentinien, doch spielt der Name „Putin“ diese zentrale Rolle im politischen Diskurs.<sup>3</sup>

Anschauliches Beispiel für diese Funktionsweise ist „Putins Plan“, der 2007 Grundlage für die Wahlkampagne von *Einiges Russland* war. Den Plan als denjenigen *Putins* zu bezeichnen scheint hinreichend zu sein, um auf einen (vermeintlichen) Inhalt zu verweisen: „Putins Plan (...) ist all das, was Putin denkt und möchte (...). Im Oktober 2007 zeigten Meinungsumfragen, dass eine Mehrheit der Bevölkerung Putins Plan nicht beschreiben konnte (...) Dennoch, war eine ebenso große Mehrheit zuversichtlich, dass Putin einen Plan habe. Außerdem (...) möchte sie, dass das Land von dieser Strategie geleitet wird, wie auch immer sie aussieht“ (Gaddy & Kuchins 2008: 118). Im „Plan“ steckten Stärke und Größe für die einen, „typisch russische“ Eigenschaften oder jugendliche „Coolness“ für die anderen. „Putin“ ist also ein wortwörtlich leerer Signifikant, der selbst nichts bedeutet aber mit verschiedensten Forderungen angefüllt werden kann. Er ist leer und voll zugleich, trägt also viele Bedeutungen in sich. Aber „Putin“ ist mehr als einfach nur eine Projektionsfläche von Wünschen, Forderungen, Haltungen und Meinungen. Diskurstheoretisch gesprochen: der Diskurs mit dem Namen „Putin“ im Zentrum bietet verschiedene Subjektpositionen an. Er konstituiert erst jene sozialen Gruppen, die als Träger dieser Meinungen in Erscheinung treten. Für Laclau existieren diese Gruppen nicht von vornherein – sie bilden sich erst durch und in einem Diskurs.

Darüber hinaus war der „Plan“ ein Versuch, den politischen Raum zu spalten. Denn ihn abzulehnen hätte bedeutet, „Putin“ abzulehnen. Somit erlaubt der Plan keinen Mittelweg. Auch die Ausrufung Putins zum „Nationalen Leader“ passt in dieses Konzept: Damit nimmt er eine überpolitische Position ein jenseits des institutionellen politischen Systems und jenseits eines demokratischen Prozesses.

Der leere Signifikant repräsentiert nicht nur mehrere Forderungen in einer Äquivalenzkette. Die einzelnen Forderungen geben dabei einen Teil ihrer ursprünglichen Identität auf, Unterschiede werden verwischt, Gegensätze aufgehoben. Ich möchte hier der These nachgehen, dass eine enge Beziehung zwischen Populismus und Depolitisierung besteht, dass jede hegemoniale Operation zugleich eine depolitisierende ist – auch in Russland.<sup>4</sup> In Anlehnung an Rancière lassen sich Meta-, Para- und Archipolitik unterscheiden (Rancière 2002; Marchart 2010). *Metapolitik* bezeichnet

---

3 Diese Funktion, die ein Name übernehmen kann, erinnert sehr an die Rolle des Namens, wie sie die klassische französische Literatur dem „orientalischen Despotismus“ unterstellt: „De sorte qu'on peut dire, avec Montesquieu, que le pouvoir despotique s'exerce tout entier comme pouvoir d'un nom (...) Le nom du despote, c'est le despote même“ (Grosrichard 1979: 85).

4 Erste Ansätze zu einer solchen Interpretation finden sich bereits bei Makarychev (2008).

eine Form von Politik, die sich mit Verweisen auf ökonomische Effizienz, objektive Interessen und eine Zurückweisung jeder „Ideologie“ legitimiert. Der offizielle Diskurs unter Putin hat die russische Politik zunehmend als eine dargestellt, die vorrangig von Sachzwängen, insbesondere von wirtschaftlichen Notwendigkeiten, geleitet ist. Konflikte werden als technisch-ökonomisch präsentiert und damit der politischen Debatte entzogen. Prominente Beispiele sind die hier Importe-Verbote von polnischen Fleisch (2005) oder georgischen Wein (2006). In beiden Fällen wurde auf die Gesundheitsrisiken für die russische Bevölkerung verwiesen (Putin 2006), was der Argumentation einen biopolitischen Anstrich verleiht. Auch im Falle des Konflikts mit der Ukraine über den Transit von Erdgas nach Westeuropa (2005/06) und die im Zuge dessen durchgesetzten neuen Preise verwies Russland darauf, dass die Beziehungen nicht mehr mit den Privilegien der sowjetischen Vergangenheit einhergehen könnten, sondern dass die Beziehung „marktbasiert“ sein muss. Dabei wurden alle politischen Konflikte zwischen Russland und den genannten Ländern ausgeblendet, insbesondere die EU-Annäherung der Ukraine oder Georgiens interne Territorialkonflikte. Dass alles marktbasiert und damit sachlich, rational und pragmatisch gelöst wird, gilt auch für die Innenpolitik: „[Die ökonomische Logik] durchzieht den gesamten Diskurs von Putins Amtszeit, wobei sogar Regierungsmechanismen und das Wirken des Staates einer ökonomischen Effizienz unterworfen werden. (...) Es ist diese Logik neoliberaler Governance, die Putin für liberale Konservative attraktiv macht“ (Prozorov 2005: 135). Es ist nicht zuletzt diese ökonomische Effizienz und Rationalität, die auf viele verschiedene Bereiche übertragen wird, für die der Name „Putin“ steht. „Putin“ ist die Verkörperung dieser Sehnsucht nach einer rationalen, pragmatischen Politik, die jenseits und über dem Politischen steht, ja, die das Affektbeladene der Politik ausblendet. So sind die Sanktionen gegen Georgien und Ukraine nie politisch begründet. Weder das Eingreifen in Südossetien, noch die Einverleibung der Krim oder das Engagement in der Ostukraine erscheinen als durch Affekte oder Interessen geleitet, sondern lediglich durch sachliche, pragmatische Erwägungen, insbesondere die *Sicherheit* der russischsprachigen Bevölkerung. Es ist unter anderem diese Sicherheit, für die der leere Signifikant „Putin“ steht.

Neben der Metapolitik, lassen sich auch *parapolitische* Operationen nachzeichnen. Parapolitik bezeichnet die De-Antagonisierung der Politik, die Einschreibung oppositioneller Forderungen in den offiziellen Diskurs und die Kooptierung von Dissidenten. Das Programm von *Einiges Russland* ist gekennzeichnet durch die Übernahme von Forderungen aus allen anderen politischen Lagern, sodass nationalistische und demokratische Forderungen unter dem Dach der Partei koexistieren können. So heißt es im Partei-Programm von 2003: „Im aktivsten Teil der russischen Gesellschaft spiegelt sich die Vielschichtigkeit ihrer Geisteshaltungen

und Interessen; dazu gehören das liberale Pathos der Freiheit, der sozialistische Impuls zur Gerechtigkeit sowie patriarchalische Werte. All diese Ideen sind wertvoll, alle besitzen eine innere Wahrheit. Sie sind die Wurzeln, aus denen Russland gewachsen ist und an denen sich Russland seitdem hält“ (Edinaja Rossija 2003). Freiheit, Sozialismus, Gerechtigkeit und patriarchalische Werte werden hier in einem Diskurs zusammengehalten und im Namen „Putin“ repräsentiert.

Dieses De-Antagonisierung trug auch dazu bei, dass Oppositionsparteien überflüssig wurden. Die traditionell wirtschaftsliberale *Union Rechter Kräfte* (SPS) löste sich beispielsweise 2008 auf und ging in eine regierungsnahen Formation über, zumal ihre Interessen durch den „Putinismus“ bereits vertreten werden. Auch auf individueller Ebene gelang die Kooptierung: Oppositionspolitiker Nikita Belych akzeptierte nach langer Tätigkeit gegen die Regierung schließlich einen Gouverneursposten in der Stadt Kirov. Er begründete seinen Übergang ins Regierungslager so: „Wenn man gar nichts hat, wenn man bei Wahlen keine Chance hat, wenn alle Wege abgeschnitten sind, dann kann man einfach keine politische Partei haben (...) Es sollte keinen Kampf um des Kampfes Willen geben. Es sollte Ergebnisse geben, einen Wandel in der Situation des Landes“ (zit. nach Levy 2008). Abermals sticht in dieser Begründung der Bezug auf Effizienz hervor. Mit dem Verweis auf konkrete Ergebnisse übernimmt Belych die metapolitische Sprache des offiziellen Diskurses.

Eine weitere Oppositionelle, Marija Gajdar, reagierte darauf zunächst mit scharfer Kritik: Belych habe seine Seele an den Teufel verkauft (zit. in Russia Today 2008) und weiter: „Nikita Belych hat ein verbrecherisches Abkommen mit einer verbrecherischen Staatsmacht geschlossen. Nikita ist übergelaufen (...) zum Gegner (...). Man beachte auch, dass er nicht mit leeren Händen übergelaufen ist“ (zit. nach Ekspert 2009). Zu ihrem eigenen „Überlaufen“ als Belychs Beraterin für soziale Fragen nur kurze Zeit später erklärte sie dann auf ihrer Homepage – abermals mit einem apolitischen Gestus: „Das ist keine politische Stelle [die ich annehme]. (...) Meine Tätigkeit ist zeitlich begrenzt, ich arbeite auf sozialer Basis, [und] einen Lohn bekomme ich nicht“ (Gajdar 2009). Dabei sollten diese Seitenwechsel nicht einfach als individuelle Entscheidungen betrachtet werden, sondern vielmehr als eingeschrieben in einen weiteren politischen Diskurs, der Pragmatismus und Konsens über Affekte und Konflikt setzt.

Zu den Präsidentschaftswahlen 2004 traten die formal ärgsten Widersacher Putins erst gar nicht an: der Nationalist Wladimir Schirinowski und der Kommunist Gennadi Sjiganov schickten die weitgehend unbekannten Oleg Malyschkin beziehungsweise Nikolai Charitonow ins Rennen um das Präsidentenamt. Und Gegenkandidat Sergei Mironow erklärte freimütig: „Wir alle möchten, dass Wladimir Putin der nächste Präsident wird (...). Ich glaube aufrichtig, dass Wahlwettbewerber beides sein – und nicht sein – können: Gegner. Ich bin kein Gegner von Putin“ (zit.

in BBC News 2004). Das unterstreicht nicht nur die hervorstechende Position der Person Putin, sondern auch, dass diese Position im politischen System eng mit der Rolle zusammenhängt, die sein Name erfüllt.

Parapolitik und Populismus erscheinen somit als komplementäre politische Operationen, da die Zweiteilung des politischen Raumes eine Angleichung der politischen Identitäten im Inneren voraussetzt. Gleichzeitig ist Parapolitik auch wichtig für die Herstellung einer Hegemonie, die gerade auch auf die Angleichung von Identitäten im Inneren beruht. Diese Angleichung kann auch durch *archipolitische* Mittel der Depolitisierung erfolgen, zum Beispiel durch das Anrufen einer Gemeinschaft ohne Riss und Bruch. Mit der Konstruktion eines soziopolitischen Feindes, der sich dieser Gemeinschaft entgegenstellt, liegt aber eine Form von *Ultra-Politik* vor: „an attempt to depoliticize the conflict by bringing it to an extreme via the direct militarization of politics – by reformulating it as the war between Us and Them, our Enemy, where there is no common ground for symbolic conflict“ (Žižek 2008: 225). Insbesondere in jenen Fällen, in denen der Populismus systemisch ist, taugt „das institutionelle Andere“ nicht mehr als Feind – denn der Populismus hat sich institutionalisiert.

### 3.3 Konstruktion eines soziopolitischen Feindes: Archipolitik und Ultrapolitik

Mit der Aufnahme der Idee eines soziopolitischen Feindes griff Laclau (2014) eine Kritik auf, die besonders von Slavoj Žižek vorgetragen wurde. In einer hitzigen Debatte, die Žižek (2006a; 2006b) und Laclau (2006) in der Zeitschrift *Critical Inquiry* führten, gab sich Žižek mit Laclaus Definition des Populismus nicht zufrieden: Was hinzugefügt werden müsse, sei die Art und Weise wie ein Feind in eine positive ontologische Entität externalisiert wird, deren Zerstörung ein vermeintlich gestörtes Gleichgewicht wiederherstellen würde: „For a populist, the cause of the troubles is ultimately never the system as such but the intruder who corrupted it (financial manipulators, not necessarily capitalists, and so on); not a fatal flaw inscribed into the structure as such but an element that doesn't play its role within the structure properly“ (Žižek 2006a: 555). Für Laclau war der Signifikant für den Feind immer unpräzise, leer und vage; Žižek betont dagegen, dass diese Vagheit immer ergänzt wird durch die Pseudo-Konkretheit der Figur, die zum Feind des Volkes erkoren wurde (Žižek 2006a: 556).

Diese Konstruktion eines Feindes lässt sich in fast allen populistischen Diskursen wiederkennen. Auch im Falle Russlands lässt sich die Konstruktion eines soziopolitischen Feindes gut nachzeichnen. Mit der Präsidentschaft Putins haben

sich verschiedene Feind-Figuren abgewechselt: der tschetschenische Terrorist, der milliarden schwere Oligarch und schließlich eine expansionistische NATO und der Westen allgemein, insbesondere aber die USA.

Die Figur des Oligarchen ist zentraler Protagonist eines ganzen Buches, das den „Feinden Putins“ gewidmet ist (Danilin et al. 2007) und Teil einer ganzen Reihe regimetreundlicher Literatur ist, die Mitte der 2000er-Jahre im Moskauer Europa-Verlag erschienen ist. Die Autoren porträtieren sieben Feinde Putins und ordnen jedem von ihnen eine Todsünde zu. Drei der sieben Feinde Putins sind Oligarchen – Michail Chodorkowski, Boris Beresowski und Vladimir Gusinski. Beresowski und Gusinski gingen im Gegensatz zu Chodorkowski nicht ins Gefängnis, sondern ins Exil. Alle Feinde Putins teilten den Wunsch, „das zu zerstören, was zwischen 2000 und 2007 aufgebaut wurde“ (Danilin et al. 2007: 3). Sie drückten außerdem ihre Feindschaft zu Russland in Angriffen auf den Präsidenten aus, der den gesamten Staat personifiziert, sie wünschten das Auseinanderbrechen Russlands und sind deswegen Feinde Putins (Danilin et al. 2007: 9-10). Der Oligarch Michail Chodorkowski repräsentiert den Neid, die Eifersucht und die Missgunst, die sein gesamtes Leben geprägt hätten. Die Feindschaft zu Putin habe bei Chodorkowski begonnen mit dem Neid auf die gesamte KpdSU und dem Wunsch, eine ebenso gigantische Struktur zu erschaffen. Es sei Putin gewesen, der sich Chodorkowski in den Weg gestellt habe und verhindert hat, dass der Oligarch „das ganze Land betrügen und kaufen konnte“ (Danilin et al. 2007: 157). Doch sein eigentlicher Traum sei es gewesen, so zu werden wie Putin, seinen Platz an der Spitze des Staates einzunehmen (Danilin et al. 2007: 157). Die propagandistische Kampfschrift von Danilin rekonstruiert dann den Aufstieg von Chodorkowski und seines Jukos-Konzerns, seinen wachsenden Einfluss auf die Politik des Landes und wie er den Beschluss fasste, „um das Präsidentenamt zu kämpfen“ (Danilin et al. 2007: 179). Angeprangert wird eine exzessive Lobbytätigkeit, gar der Kauf von Abgeordneten bei gleichzeitig zynischem Eintreten gegen Korruption. Im Oktober 2003 wurde er schließlich unter anderem wegen Betrug und Steuerhinterziehung verhaftet und 2005 zu neun Jahren Haft verurteilt. 2009 eröffneten die russischen Behörden ein weiteres Verfahren gegen den Oligarchen und klagten ihn an wegen Veruntreuung an und verurteilten ihn zu weiteren 12 Jahren Haft. Danilin (2007) gibt der angeblichen Feindschaft zu Putin eine religiöse Dimension, porträtiert Chodorkowski zu einem blasphemischen Sünder und damit Putin zu einem Gott. Die gesamte Diskussion bleibt auf einer persönlichen Ebene. Danilin depolitisiert den Konflikt zwischen Chodorkowski und Putin und blendet bewusst ökonomische und politische Interessen aus.

In der Propagandaschrift von Danilin wird auch Achmed Zakajew genannt. Mit dem zum Zeitpunkt der Drucklegung des Buches weitgehend abgeklungenen

zweiten Tschetschenien-Krieg figurieren Tschetschenen nicht prominent in dem Band, obwohl der tschetschenische Terrorist die erste explizite Feindfigur im politischen Diskurs unter Putin war. Zakajew ist als Überbleibsel dieser Periode zu verstehen. Wie die oben genannten der Oligarchen lebt auch Zakajew zurzeit im Exil. Er war ehemaliger Ministerpräsident der abtrünnigen tschetschenischen Teilrepublik. Für die Darstellung des tschetschenischen Terroristen als Feind ist zum Beispiel die Berichterstattung über den Tschetschenienkonflikt in der Armee-Zeitung *Krasnaja Zvezda*. Drei Artikel zwischen 2000 und 2003, der intensivsten Phase der bewaffneten Auseinandersetzungen, sollen dies verdeutlichen. Im ersten Artikel ist das zentrale Motiv der Darstellung Tschetscheniens jene eines Gewaltraums. Die Tschetschenen selbst – auch die Zivilbevölkerung – kommen nur am Rande vor, entweder als Terroristen oder als entmenslichte Subjekte (Casula 2015). Tschetschenen hätten nur ein „abstraktes Rechtsverständnis“ und würden endemisch zu Gewalt neigen. Für die russischen Soldaten ist also jeder Zivilist eine potentielle Gefahr (*Krasnaja Zvezda* 2001). Die Gefahr, die von „Tschetschenen“ ausgeht, wurde verstärkt durch eine enge Assoziation zwischen Tschetschenien, Terrorismus und militantem Islamismus. Selbst Kinder werden als radikalisiert und hyperpolitisiert dargestellt und als „Chattab-Jugend“ bezeichnet: Ibn al-Chattab war ein arabischstämmiger Kämpfer während des Tschetschenienkrieges und das deutsche Wort „Jugend“ im russischsprachigen Text spielt damit unweigerlich auf „Hitler-Jugend“ an, also auf einen absoluten Feind, mit dem ein Dialog unmöglich ist (*Krasnaja Zvezda* 2000). Das gleiche Narrativ wird in Bezug auf die sogenannten „Schwarzen Witwen“ verwendet (*Krasnaja Zvezda* 2003), tschetschenische Selbstmordattentäterinnen: tschetschenische Frauen werden genauso wie Kinder von Terroristen solange manipuliert, bis sie keinen anderen Ausweg sehen, als zu Selbstmordattentäterinnen zu werden. Das Bild einer vollverschleierte Terroristin während der Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater im Oktober 2002 wurde zu einer Ikone für die Interpretation des tschetschenischen Terrorismus, die immer wieder in der Berichterstattung über den Tschetschenienkonflikt hinzugezogen wurde. Auf dieses Feindbild reagierte der offizielle Diskurs mit aller Vehemenz. In unverblümter Sprache kündigte Putin beispielsweise an, den tschetschenischen Terroristen um jeden Preis zur Rechenschaft zu bringen und ihnen „überallhin nach[zu]setzen (...) Wenn wir sie in der Toilette fassen, werden wir sie auch da, in der Latrine kaltmachen. Das ist alles! Das Thema ist endgültig durch!“ (zit. in NEWSru.com 2009). Voraussetzung für solche Statements ist die Entmenslichung des Feindes und dessen Ausschluss aus dem politischen Raum.

Das dritte wesentliche Feindbild im politischen Diskurs Russlands ist der Westen geworden, insbesondere USA und NATO. Vier Ansprachen von Vladimir Putin gelten als Wendepunkte in den Beziehungen zum Westen: sein Beitrag zur

Münchener Sicherheitskonferenz 2007, seine Waldai-Klub-Reden 2013 und 2014 sowie seine Ansprache zur Einverleibung der Krim 2014. Auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 hatte der russische Präsident bereits scharf vor einer unipolaren Welt gewarnt, in der es nur „ein Zentrum von Autorität, Macht und Entscheidungsfindung gibt (...) nur einen Souverän“, der sich von innen heraus selbst zerstört. Dieser antiwestliche Diskurs, der sich 2007 voll entfaltet hat, tauchte seitdem immer wieder auf. In klarer Anspielung auf die US-amerikanische Invasion im Irak, erklärte Putin, dass „unilaterale, oft illegale Entscheidungen, keine Probleme gelöst“ hätten, sondern „Ausgangspunkt für neue menschliche Tragödien und neue Spannungsherde“ gewesen seien; besonders ein Staat, die USA, hätten die „eigenen Grenzen in allen Sphären überschritten: ökonomisch, politisch, kulturell“ (Putin 2008: 392). Die NATO-Osterweiterung untergrabe das wechselseitige Vertrauen und stelle eine Provokation dar. Das Plädoyer für eine multipolare Welt wird gekoppelt mit einer Aufwertung von UNO und OSZE, Organisationen, in denen Russland gleichberechtigtes Mitglied ist sowie der wiederkehrenden Forderung nach „Legalität“, die jene nach Rechtsstaatlichkeit im Inneren spiegelt. Insbesondere durch die Betonung der Rolle von UNO und OSZE wird ersichtlich, dass sich Russland eine Mitsprache bei der Bestimmung dessen wünscht, was als „legal“ gelten kann.

Die Waldai-Club-Rede 2014 nahm – ganze sieben Jahre später – wieder Schlüsselthemen der Münchener Ansprache auf. Wieder seien es die USA, die die Welt nach dem Ende des Kalten Krieges destabilisierten. Wieder prangerte der russische Präsident die unipolare Ordnung und den „Rechtsnihilismus“ an, die die internationalen Beziehungen prägen würden. „Einseitige Interpretationen und voreingenommene Lagebeurteilungen haben legale Normen ersetzt (...) In einer Situation, in der ein Land und (...) dessen Satellitenstaaten vorherrschend sind, wurde die Suche nach globalen Lösungen oft abgelöst durch Versuche [seitens dieser Staatengruppe], die eigenen universellen Prinzipien durchzusetzen“ (Putin 2014a). Gewaltanwendung, Propaganda, und ökonomischer Druck seien die Mittel des Westens gegen andere Staaten.

Genau diese Mittel gibt Russland aber vor, selbst nicht zu benutzen. Anlässlich der Einverleibung der Krim als Teil der Russischen Föderation argumentierte Putin gegenüber Journalisten im März 2014, dass Russlands Vorgehen auf dem internationalen Parkett anders sei: „Unser Vorgehen ist anders. Wir gehen von der Überzeugung aus, dass wir immer legitim handeln. Immer habe ich persönlich befürwortet im Einklang mit internationalem Recht zu handeln“ (Putin 2014b).

Es ist aber nicht nur die globalpolitische Konkurrenz mit dem Westen, die die Feindschaft zum Westen begründet. Es sind auch „moralische Aspekte. Wir können sehen wie viele Euro-Atlantische Länder ihre Wurzeln verleugnen, einschließlich ihrer christlichen Werte, die Grundlagen der westlichen Zivilisation sind. Sie

verneinen moralische Prinzipien und alle traditionellen Identitäten: nationale, kulturelle, religiöse und sogar sexuelle. Sie setzen eine Politik um, die große Familien mit gleichgeschlechtlichen Partnerschaften gleichsetzen, den Glauben an Gott mit dem Glauben an Satan“ (Putin 2013). Putin betont, dass ein „Exzess an politischer Korrektheit“ zu einer „demographischen und moralischen Krise“ des Westens führt, bevor er die wichtige moralische Rolle der Religionen betont.

Diese Abwendung vom Westen nicht nur in geopolitischer, sondern auch in „moralischer“ Hinsicht steht im Widerspruch zu der Frühphase des politischen Diskurses unter Putin, in dem noch mehrfach die Zugehörigkeit zu Europa, zur „europäischen Zivilisation“ betont wurde. In vielen programmatischen Schriften gab es ein Bekenntnis zur europäischen Moderne (Surkov 2007a; 2007b). Das Bekenntnis zu Tradition und zu Religion zeugt zudem von einer zunehmenden gesellschaftlichen Retraditionalisierung, die bei Reproduktion aller drei genannten Feind-Figuren mitwirkt. Retraditionalisierung und Nationalismus werden greifbar im Zelebrieren des Staates sowie staatlicher Einheit und Harmonie – räumlich und zeitlich. Die drei Feindfiguren sind die Störenfriede dieser Harmonie, die es aus der Perspektive des Nationalismus wieder herzustellen gilt.

Eines der charakteristischsten Züge des Zelebrierens von Harmonie und Gemeinschaft ist die Präsentation der russischen Geschichte als eine sinnvolle Kontinuität. Während unter Boris Jelzin noch ein klarer Bruch mit der sowjetischen Vergangenheit gezogen wurde und siebzig Jahre UdSSR als ein Versehen oder Fehler der Geschichte interpretiert wurden, konnte der sowjetischen Periode wieder ein fester Platz in der Geschichte Russlands gegeben werden. Deutlich wird dies an der Wiederbelebung des 9. Mai als wichtigstem Feiertag, besonders seit 2005, und dies mit sehr populären Zügen: Dieser Feiertag, mit dem der Kapitulation Nazideutschlands 1945 gedacht wird, wird nicht nur abgehoben staatlich, sondern nahezu volkstümlich begangen, mit schwarz-orangen Schleifen an Autoantennen und persönlichen Kleidungsstücken. Impliziert wird damit nicht nur ein erneuertes Verhältnis zur Sowjetzeit, sondern auch zu den ehemaligen Sowjetrepubliken, mit denen gemeinsam gekämpft wurde, und zu Osteuropa, das befreit wurde: Zu beiden wird eine gemeinsame historische Erfahrung propagiert, die dort allerdings zumindest ambivalent betrachtet wird. Es geht also um eine zeitliche Kontinuität aber auch um eine räumliche. Russland ist unabänderlich temporal und territorial mit den ehemaligen Sowjetrepubliken verbunden.

Nationalismus in diesem Sinn spielt also eine Rolle in Putins Russland. Doch ist der Nationalismus wesentlich mehrschichtiger als z. B. von Sharafutdinova (2012) angenommen: Er besteht zwar auch in einer ablehnenden Haltung zum Westen und zu den USA, aber er bekommt beispielsweise auch ökonomische Konnotationen: „Wirtschaftlicher Erfolg hilft, Russlands Anspruch auf eine führende Position in

der Welt zu stützen. Er wird von den global wichtigsten Staaten anerkannt und verschafft Russland vielleicht einen Platz unter ihnen aber er ermöglicht Russland auch, die gewünschte Vorrangstellung im post-sowjetischen Raum zu spielen“ (Müller 2009: 334). Solche ökonomische Konnotationen von Nationalismus gehen einher mit einem konservativen Traditionalismus. Bezeichnend ist die zunehmende Verzahnung zwischen russischem Staat und orthodoxer Kirche. Dabei legitimieren sich Staat und Kirche gegenseitig. Da die Orthodoxie immer mehr auch zu einem Kennzeichen kultureller Zugehörigkeit geworden ist, erscheint das Regime durch eine Anbindung an die Kirche im politischen Diskurs als „genuin russisch“, während der Orthodoxie und der Religion eine privilegierte Position im Diskurs garantiert wird. Damit wird auch deutlich, wie skandalträchtig aus staatlicher und kirchen-offizieller Perspektive der Auftritt von Pussy Riot in der Christ-Erlöser-Kathedrale im Februar 2012 war: Die Performance konnte nur als doppelter Angriff auf Kirche und Staat, auf kulturelle und politische Identität, verstanden und somit als Angriff auf die Nation an sich präsentiert werden, der schärfste Konsequenzen nach sich ziehen musste: Hier gab es keinen Raum für die Kooptierung dieser Oppositionellen oder die Absorption ihrer Forderungen.

Das Ziel dieser Archipolitik ist aber zugleich – wie auch im Fall der Demokratie –, einen legitimen Nationalismus zu bestimmen und zu besetzen. Davon zeugen dann Abgrenzungsversuche von „radikalen“ Nationalisten im offiziellen Diskurs von denjenigen, die „zwei Schritte zurück“ gehen wollen, jene „die ich Isolationisten nenne, weil das Wort ‚Patrioten‘, das sie für sich selbst beanspruchen, nicht beschmutzen möchte. Das sind fast Nazis, die billige Thesen verbreiten, dass der Westen schrecklich sei, dass der Westen uns bedroht, dass die Chinesen kommen (...) Russland den Russen (...)“ (Surkov 2007b: 59-60). Die einzig wahren, mit kirchlichem Gütesiegel versehenen Patrioten sitzen demnach im Kreml. Sie versuchen, die einzig mögliche Bandbreite und das Spektrum des in Russland legitimen Nationalismus zu bestimmen und stehen daher in einem spannungsvollen Verhältnis zu radikalen nationalistischen Gruppen.

---

## 4 Theoretischer und empirischer Ausblick

Diese kurze empirische Skizze hat gezeigt, dass das Populismus-Konzept von Ernesto Laclau bei der Erforschung gegenwärtiger politischer Ordnungen eine große Wirkungskraft entfalten kann. Mithilfe von Laclau lässt sich Populismus zunächst als politische Form herausarbeiten, um dann in einem zweiten Schritt die jeweiligen Inhalte zu untersuchen. Dabei kann man mit Laclau Populismus

sowohl als oppositionelle, antisystemische Politikform begreifen, als auch als ein systemisches Phänomen, wie im Falle Russlands. Notwendig für eine Mobilisierung dieses Theorieapparats ist aber die Ausarbeitung einer Analysestrategie, die von Fall zu Fall unterschiedlich sein kann (Åkerström Andersen 2003). Die Untersuchung des russischen Falls hat dies gezeigt. Hier konnten Elemente des Populismus-Konzepts von Laclau aufgegriffen und der russische Populismus zumindest skizzenhaft diskutiert werden: die Äquivalenzlogik, der Schlüsselmechanismus eines jeden populistischen Diskurses; die Herausbildung eines leeren Signifikanten, der den populistischen Diskurs „zusammenhält“ und schließlich die Konstruktion eines soziopolitischen Feindes, der von außen kommend, vermeintliche Ursache für eine verloren geglaubte Harmonie ist. Als nützlich hat es sich dabei erwiesen, Populismus-Konzepte mit Depolitisierungsmechanismen zusammen zu denken. Diese Kombination lässt „äußere“ und „innere“ Effekte des Populismus noch stärker in Erscheinung treten, als dies bei Laclau der Fall war. Denn Populismus homogenisiert nach innen und nach außen: Er verlinkt unterschiedliche Forderungen, sorgt dafür, dass Forderungen Teile ihrer partikularen Identität aufgeben und insofern angeglichen werden, dass zwischen ihnen eine „Solidarität“ entsteht. Mögliche Spannungen und Widersprüche, die zwischen ihnen bestehen, werden überspielt. Dies ist am russischen Beispiel deutlich geworden: Modernisierung und Demokratie oder Demokratie und Sicherheit wurden im russischen politischen Diskurs zusammengefasst, obwohl sie weder notwendigerweise zusammengehören, noch widerspruchsfrei kombiniert werden können. Zusammengehalten werden sie dabei in erster Linie von einem leeren Signifikanten, wie der Name „Putin“ einen darstellt. Modernisierung, Demokratie, Sicherheit fallen in „Putin“ zusammen aber auch wirtschaftlich liberale Forderungen und ein konservativ-traditionelles Weltbild. Der Name „Putin“ ermöglicht die Verbindung auch disparater Forderungen. Zusammengehalten werden diese Forderungen aber auch von einem „äußeren Feind“, auf den sich alle Gründe für nicht-erfüllte Forderungen in konzentrierter Form übertragen lassen. Während Archipolitik eine enge, konfliktfreie Gemeinschaft nach innen suggeriert, produziert Ultrapolitik einen Feind im Äußeren, mit dem kein Kompromiss möglich ist. Für den russischen Fall konnten drei Feindfiguren isoliert werden: der Oligarch, der tschetschenische Terrorist und der Westen. Diese unterschiedlichen Feindfiguren deuten darauf hin, dass Populismus sich nicht einfach nur auf Nationalismus und damit auf „den Fremden“ als Feindfigur stützt. Populismus bedeutet, gerade situativ verschiedene Forderungen aufzunehmen und einzugliedern, aber auch neue Feinde zu bezeichnen. Die Bedeutung eines soziopolitischen Feindes ist besonders wichtig in systemischen Populismen. Das institutionelle System, das populistische Regime darf nun nicht mehr der Gegner des „Volkes“, sondern muss sich im Gegenteil auf dessen Seite schlagen. Im russischen

Fall hat sich zudem gezeigt, dass das institutionelle System gespalten werden kann: Das Präsidentenamt kann zugleich Teil und nicht Teil des institutionellen Systems sein, auf Forderungen „aus dem Volk“ eingehen und deren Nichterfüllung dem restlichen System, der Regierung, dem Parlament oder Gouverneuren anlasten. Schließlich ist deutlich geworden, dass Populismus in erster Linie eine „Form der Konstruktion des Politischen“ (Laclau 2014) bezeichnet und keinen spezifischen politischen Inhalt mit sich bringt.

## Literatur

- Åkerström Andersen, Niels, 2003: Discursive analytical strategies: understanding Foucault, Koselleck, Laclau, Luhmann. Bristol.
- Althusser, Louis, 2011: Ideologie und Ideologische Staatsapparate. In: Wolf, Frieder Otto, 2011: Gesammelte Schriften, Hamburg, S. 37-102.
- Arditi, Benjamin, 2007: Politics on the Edges of Liberalism. Edinburgh.
- Arditi, Benjamin, 2010: Populism is Hegemony is Politics? On Ernesto Laclau's On Populist Reason. In: Constellations, H. 17/3, S. 488-497.
- Averre, Derek, 2007: Sovereign democracy and Russia's Relations with the European Union. In: Demokratizatsiya, H. 15/2, S. 173-190.
- BBC News, 2004: Russia's other presidential hopefuls, 06.03.2004. Unter: <http://news.bbc.co.uk/2/hi/europe/3537035.stm>, download am 23.1. 2016.
- Bacon, Edwin; Renz, Bettina; Cooper, Julian. 2007: Securitising Russia. The Domestic Politics of Vladimir Putin. Manchester.
- Boris, Richard T., 1979: Review of Politics and Ideology in Marxist Theory: Capitalism—Fascism—Populism. In: The American Political Science Review, H. 73/1, S. 216-218.
- Barrett, Michèle, 1991: The Politics of Truth. Stanford.
- Canovan, Margaret, 2005: The People. Cambridge
- Casula, Philipp, 2015: Between 'ethnocide' and 'genocide': violence and Otherness in the coverage of the Afghanistan and Chechnya wars. In: Nationalities Papers: The Journal of Nationalism and Ethnicity, H. 43/5, S. 700-718.
- Danilin, Pavel, Kryschtal, Natalja, Poljakov, Dmitri, 2007: Vragi Putina. Moskau.
- Devyatkov, Andrey V., Makarychev, Andrey, 2012: Modernizacija kak problema rossijsko-evropejskich otnoshenij. In: Politicheskaya Nauka, H. 2, S. 73-87.
- Dorna, Alexandre, 1999: Le Populisme. Paris.
- Dorna, Alexandre, 2003: Faut-il avoir peur du populisme? In: Le Monde Diplomatique, November 2003, S. 8-9.
- Edinaja Rossija, 2003: Manifest Vserossijskoj politicheskoi partii „Edinstvo i Otechestvo“ – „Edinaya Rossiya“, 23.4.2003. Unter: <http://www.edinros.ru/news.html?rid=42&id=3452>, download am 23.1. 2016.
- Ekspert, 2009: Trudoustroilas, Ekspert 18.02.2009. Unter: <http://expert.ru/2009/02/18/gaidar/>, download am 23.1. 2016.

- Ferreter, Luke, 2006: Louis Althusser. London.
- Gaddy, Clifford G., Kuchins Andrew C., 2008: Putin's Plan. In: *The Washington Quarterly*, H. 31/2, S. 117-129.
- Gajdar, Marija E., 2009: Sovetnik gubernatora. Unter: <http://mgaidar.ru/node/377&page=1>, download am 23.1. 2015.
- Garadzha, Nikita, 2006: Suverenitet – sbornik. Moskau.
- Grosrichard, Alain, 1979: *Structure du Séraïl. La fiction du despotisme asiatique dans l'occident classique*. Paris.
- Howarth, David, 2009: Populism in Context. In: Casula, Philipp & Perovic, Jeronim (Hrsg.), 2009: *Identities and Politics During the Putin Presidency*. Stuttgart, S. 31-38.
- Jurgens, Igor, 2009: *Ocherednye zadachi rossiiskoi vlasti*. Moskau.
- Kahn, Jeffrey, 2002: *Federalism, Democratization, and the Rule of Law in Russia*. Oxford.
- Krasnaja Zvezda, 2000: „Khattab-Iugend“, *Krasnaia Zvezda* 11.10.2000. Unter <http://www.memo.ru/hr/hotpoints/N-Caucas/ch99/001011/kz1011a.htm>, download am 23.1. 2016.
- Krasnaja Zvezda, 2001: „Frontovoi forpost zakona“, *Krasnaia Zvezda* 16.3.2001. Unter: [http://old.redstar.ru/2001/03/16\\_03/tema.html](http://old.redstar.ru/2001/03/16_03/tema.html), download am 23.1. 2016.
- Krasnaja Zvezda, 2003: „U terrora zhenskoe lico?“, *Krasnaia Zvezda* 5.3.2003. Unter: [http://old.redstar.ru/2003/03/05\\_03/3\\_02.html](http://old.redstar.ru/2003/03/05_03/3_02.html), download am 23.1. 2016.
- Laclau, Ernesto, 1981: *Politik und Ideologie im Marxismus*. Berlin.
- Laclau, Ernesto, 2005a: *On Populist Reason*. London.
- Laclau, Ernesto, 2005b: Populism: What is in a name? In: Panizza, Francisco (Hg.), 2005: *Populisms and the mirror of democracy*. London, S. 32-49.
- Laclau, Ernesto, 2006: Why Constructing a People Is the Main Task of Radical Politics. In: *Critical Inquiry*, H. 32, S. 646-680.
- Laclau, Ernesto, 2014: Warum Populismus. In: *Luxemburg*, H. 18/1. Unter: <http://www.zeitschrift-luxemburg.de/warum-populismus>, download am 23.1. 2016.
- Levy, Clifford J., 2008: Russia's Liberals Lose Their Voice" In: *The New York Times*, 24.12.2008. Unter: [http://www.nytimes.com/2008/12/24/world/europe/24russia.html?\\_r=](http://www.nytimes.com/2008/12/24/world/europe/24russia.html?_r=), download am 23.1. 2016.
- Lukin, Alexander, 2000: *The Political Culture of the Russian "Democrats"*. Oxford.
- Makarychev, Andrey, 2008: Politics, the State, and De-Politization, In: *Problems of Post-Communism*, H. 55/5, S. 62-71.
- Marchart, Oliver, 2010: *Die politische Differenz*. Frankfurt a. M.
- Mitrochin, Sergej, 2010: Modernizacija ili stagnacija? Unter: <http://politcom.ru/10274.html>, download am 23.1. 2016.
- Mouffe, Chantal, 1993: *The Return of the political*. London.
- Mouffe, Chantal, 2005: *On the Political*. London.
- Müller, Martin, 2009: Rethinking identification with a 'strong Russia' through Laclau and Mouffe. In: Casula, Philipp & Perovic, Jeronim (Hrsg.), 2009: *Identities and Politics During the Putin Presidency*. Stuttgart, S. 327-347.
- Nassehi, Armin, 2011. Die Potenz der Populisten. In: *Süddeutsche Zeitung*, 28.4.2011. Unter: [www.sueddeutsche.de/politik/demokratie-in-europa-die-potenz-der-populisten-1.1090121](http://www.sueddeutsche.de/politik/demokratie-in-europa-die-potenz-der-populisten-1.1090121), download am 23.1. 2016.
- NEWSRu.com, 2009: Desjat' let vlasti Putina – vsjo nachalos s zamochim v sortire. Unter: <http://www.newsru.com/russia/09aug2009/mn.html>, download am 23.1. 2016.

- Putin, Vladimir, 2006: Press Conference with President of Georgia Mikhail Saakashvili, 14.06.2006. Unter: [http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2006/06/14/0910\\_type-82914type82915\\_107085.shtml](http://archive.kremlin.ru/eng/speeches/2006/06/14/0910_type-82914type82915_107085.shtml), download am 23.1. 2016.
- Putin, Vladimir, 2008: *Izbrannye rechi i vystuplenija*. Moskau.
- Putin, Vladimir, 2013: Meeting of the Valdai International Discussion Club. Unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/19243>, download am 23.1. 2016.
- Putin, Vladimir, 2014a: Meeting of the Valdai International Discussion Club. Unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/46860>, download am 23.1. 2016.
- Putin, Vladimir, 2014b: Vladimir Putin answered journalists' questions on the situation in Ukraine. Unter: <http://en.kremlin.ru/events/president/news/20366>, download am 23.1. 2016.
- Prozorov, Sergei, 2005: Russian Conservatism in the Putin Presidency: The Dispersion of a Hegemonic Discourse. In: *Journal of Political Ideologies*, H. 10/2, S. 121-143.
- Rancière, Jacques, 2002: *Das Unvernehmen*. Frankfurt a. M.
- Russia Today, 2008: Oppositionist politician is new governor of Kirov Region, 18.12.2008. Unter: <http://rt.com/politics/oppositionist-politician-is-new-governor-of-kirov-region>, download am 23.1. 2016.
- Sharafutdinova, Gulnaz, 2012: The Limits of the Matrix: Ideas and Power in Russian Politics of the 2000s. In: *Problems of Post-Communism*, H. 59/3, S. 17-30.
- Stäheli, Urs, 2005: Competing Figures of the Limit. In: Critchley, Simon; Marchart, Oliver (Hrsg.), 2005: *Laclau – A Critical Reader*, London, S. 226-240.
- Surkov, Vladislav, 2007a: Suverenitet – eto politicheskij sinonim konkurentnosposobnosti. In: Poljakov, Leonid V. (Hg.), 2007: *PRO Suverennuju demokratiju*. Moskva: Evropa, S. 33-61.
- Surkov, Vladislav, 2007b: Nacionalizacija buduščevo– paragrafy pro suverennuju demokratiju. In: Poljakov, Leonid.V. (Hg.), 2007: *PRO Suverennuju demokratiju*. Moskau: Evropa, S. 393-411.
- Žižek, Slavoj, 1993: The violence of liberal democracy. In: *Assemblage*, H. 20, S. 92-93.
- Žižek, Slavoj, 2006a: Against the Populist Temptation. In: *Critical Inquiry*, H. 32, S. 551-574.
- Žižek, Slavoj, 2006b: Schlagend, aber nicht Treffend! In: *Critical Inquiry*, H. 33, S. 185-211.
- Žižek, Slavoj, 2008: *The Ticklish Subject. The Absent Centre of Political Ontology*. London.
- Žižek, Slavoj, 2009: *In Defense of Lost Causes*. London.

---

# Warum Populismus<sup>1</sup>

Ernesto Laclau

Der Populismusbegriff hatte in der wissenschaftlichen und politischen Literatur lange einen negativen Klang. Er wurde mit politischen Bewegungen verbunden, die große Bevölkerungsteile auf unstrukturierte Volksmassen reduzierten und aller Prinzipien rationalen Handelns beraubten. In diesen, heißt es, haben alle Formen der Demagogie freie Bahn. Nicht nur in konservativen Kreisen, sondern auch unter Linken ist diese Sicht verbreitet. So steht zum Beispiel im Marxismus die Rationalität der Klasse (der Klasseninteressen) im Gegensatz zum Begriff der Massen, die schnell als „Lumpenproletariat“ abgetan werden. Klassen konstituieren sich – so die These – aufgrund ihrer Stellung im Produktionsprozess. Sofern man die Geschichte als eine der Produktion begreife, offenbare sie deren vernünftiges Wesen. Massen hingegen seien marginale oder abweichende Phänomene, weil sie nicht über eine solche Stellung verfügen. Sie könnten deshalb auch keine Interessen ausbilden, blieben also Wachs in den Händen skrupelloser Politiker.

Ich möchte diese Sicht infrage stellen und zeigen, dass der Populismus keine Fehlentwicklung ist oder Ausdruck sozialer Anomie, sondern seine eigenen Strukturprinzipien aufweist – Prinzipien, die auch Grunddimensionen des Politischen sind. Dazu muss mit einer Reihe von Vorurteilen gebrochen werden, die lange das herrschende Verständnis von Geschichte und Politik bestimmten. Das wichtigste ist die Vorstellung, Geschichte verlaufe teleologisch, entlang einer bestimmten Entwicklungslogik (bei Hegel ist es die List der Vernunft, bei Marx die Entwicklung der Produktivkräfte), die sie erst zu einer zusammenhängenden Erzählung mache. Akzeptiert man diese Sicht, liegt es nahe, alles als marginal und bedeutungslos abzutun, was dem jeweiligen Vernunftprinzip gegenüber heterogen ist. Populismus wäre dann eines dieser andersartigen und irrationalen Elemente. Stellt man jedoch

---

1 Erschienen in: *Luxemburg. Gesellschaftsanalyse und linke Praxis*, Heft 18 1/2014, Wiederabdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlags.

dieses für den soziologischen und historischen Rationalismus grundlegende Vorverständnis infrage, werden die Rollen vertauscht: Homogenität ist dann nicht mehr das unerschütterliche Fundament der Geschichte. Sie wird stattdessen zu einem stets bedrohten Prozess hegemonialer Homogenisierung. Das Primäre ist dann die Heterogenität. Viele als nebensächlich und abweichend betrachtete Phänomene werden zu sozialen Logiken, die im Zentrum gesellschaftlicher Struktur stehen. Eines von ihnen ist der Populismus. Aber natürlich setzt dies einen umfassenderen Begriff von Populismus voraus.

### **Drei Merkmale des Populismus**

Dieser ist nach meiner Auffassung durch drei Merkmale bestimmt. Er setzt erstens ein Äquivalenzverhältnis zwischen einer Pluralität von sozialen Ansprüchen voraus. Wenn es zum Beispiel in einem bestimmten Stadtteil unerfüllte Ansprüche in Bezug auf die medizinische Versorgung gibt, die Menschen aber erkennen, dass es in dieser Gegend auch andere unbefriedigte Ansprüche gibt, in Bezug auf Wohnung, Bildung, Verkehr, Sicherheit usw., dann kann zwischen allen eine bestimmte Solidarität hergestellt werden. Das nennen wir eine Äquivalenzenkette, und es ist die erste notwendige Voraussetzung dafür, dass populäre Klassen sich als kollektiver Akteur herausbilden. Je fester diese Solidarität, desto mehr wird jeder individuelle Anspruch innerlich gespalten sein zwischen seiner eigenen Partikularität und seiner Einordnung in die allgemeinere populäre Äquivalenzenkette. „Das Volk“ ist also keine homogene, amorphe Masse, es hat ein eindeutiges Strukturierungsprinzip. Der differenzielle Partikularismus der individuellen Ansprüche geht nicht nur nicht verloren, er wird zur Voraussetzung der Äquivalenz, durch die sich die umfassendere populäre Identität herausbildet. Das ist aber keine hinreichende Bedingung für Populismus. Ein vages Gefühl allgemeiner Unzufriedenheit schafft höchstens ein vorpopulistisches Klima. Eine zweite Voraussetzung ist deshalb ein qualitativer Sprung, der dazu führt, dass sich all diese äquivalenten Ansprüche in einem Diskurs niederschlagen, der die Gesellschaft in zwei Lager spaltet – in die populären Klassen und die Machthaber. Ohne die diskursive Konstruktion eines soziopolitischen Feindes gibt es keinen Populismus in dem Sinne, wie wir den Begriff verstehen wollen. Und es wird sofort deutlich, dass sich diese Dichotomisierung des sozialen Feldes aus ganz unterschiedlichen Ideologien speisen kann. Populismus ist selbst keine Ideologie, sondern eine Form der Konstruktion des Politischen, die auf der Anrufung der Subalternen gegen die Machthaber beruht. Es gibt rechte und linke Populismen. In Lateinamerika haben wir in den letzten 15 Jahren vor allem linke Populismen erlebt. Die heutigen europäischen Populismen waren in den meisten Fällen Mobilisierungsformen der Rechten. Ein drittes bestimmendes Merkmal von Populismus ist verbunden mit etwas, was wir „leere Signifikanten“

genannt haben. Ist die Äquivalenzenkette hergestellt, muss sie sich als Totalität darstellen – erst mit diesem Schritt ist die populistische Operation vollständig. Dazu bedarf es der Mittel der Repräsentation. Worin könnten diese bestehen? Eigentlich nur in den individuellen Ansprüchen, aus denen die Kette besteht. Ein bestimmter Anspruch oder eine Gruppe von Ansprüchen muss also, ohne seine Partikularität aufzugeben, zum Signifikanten der Kette als Ganzer werden. Diesen Vorgang, durch den eine bestimmte Partikularität, ohne dass sie aufhört, partikular zu sein, die Repräsentation einer sie transzendierenden Allgemeinheit übernimmt, nennen wir Hegemonie. Populismus beinhaltet seinem Wesen nach eine hegemoniale Operation. Ein hegemonialer Signifikant ist immer mehr oder weniger leer. Es ist leicht zu erkennen, warum: Je ausgedehnter die Äquivalenzenkette, desto loser ist der Zusammenhang des hegemonialen Signifikanten mit dem Anspruch des ursprünglichen Signifikats. Das ist also die Paradoxie: Je reicher die Extension der Signifikantenkette, desto ärmer der sie vereinheitlichende Signifikant in seiner Intension. Im Endeffekt, als *reductio ad absurdum*, kann es ein bloßer Name sein – häufig der eines Führers.

### **Populismus, Institutionalismus – ein Kontinuum**

Wir sehen also, dass einerseits jede populistische Operation komplex ist, weil ihre Strukturierung nach bestimmten Logiken erfolgt, und dass andererseits populistische Logiken viel umfangreicher sind als das, worauf der übliche Begriff von Populismus zielt. Wogegen richtet sich der Populismus? Gegen den Institutionalismus. Populismus basiert auf einer Ausweitung der Äquivalenzlogik, Institutionalismus basiert auf einer Logik der Differenzierung. In institutionalistischen Politikverhältnissen wird jeder Anspruch in seiner Besonderheit aufgenommen, ohne dass Äquivalenzverhältnisse mit anderen Ansprüchen hergestellt werden. Es gibt keinen Raum für die Herausbildung eines „Volkes“. Institutionalismus ersetzt Politik tendenziell durch Verwaltung. Die extremste Form von Institutionalismus wäre eine rein technokratische Expertenregierung. Der utopische Sozialist Saint-Simon erklärte schon im 19. Jahrhundert, an die Stelle der Regierung von Menschen müsse die Verwaltung von Sachen treten.

Wir sehen also, dass die Konstruktion des Politischen ein Kontinuum ist, angesiedelt zwischen den gedachten Extremen des reinen Populismus und des reinen Institutionalismus. Diese beiden Extreme sind natürlich logische Zuspitzungen. In der Praxis wird jede hegemoniale Formation irgendwo zwischen diesen Polen hergestellt – dadurch, dass sie Äquivalenz und Differenz in unterschiedlichem Maße verbindet. Kein institutionalistisches System kann mit der Präzision eines Uhrwerks so funktionieren, dass es alle populären Äquivalenzen neutralisiert, und keine populistische Mobilisierung kommt ohne jede institutionelle Verankerung

aus. Das bedeutet aber auch, dass Populismus ein Bestandteil jedes politischen Systems ist, keine Sphäre eines Abweichenden oder Andersartigen, die sich aus einer rational funktionierenden Gesellschaft heraushalten ließe. Wichtig ist auch, in welchen Bereichen die Äquivalenzlogik wirksam werden kann: auf lokaler Ebene, auf nationalstaatlicher oder sogar auf internationaler Ebene.

## Populismus und Demokratie

An dieser Stelle sollte man etwas zum Verhältnis von Populismus und Demokratie sagen. Es ist interessant, dass der Begriff Demokratie im 19. Jahrhundert in Europa negativ konnotiert war, so wie heute Populismus. Wie C.B. Macpherson gezeigt hat, war der Liberalismus ein angesehenes politisches System, während Demokratie mit Jakobinismus und Pöbelherrschaft assoziiert wurde. Erst durch den Prozess der Revolutionen und Reaktionen des 19. Jahrhunderts entstand zwischen beiden ein (stets prekärer) Zusammenhang – mit dem Ergebnis, dass „liberaldemokratisch“ heute als eine Einheit gedacht wird. Die Verbindung wurde in Europa hergestellt, in Lateinamerika blieb sie eher instabil. Dort wurden in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts liberale Staaten gegründet, die keineswegs demokratisch waren. Sie beruhten auf den typischen Organisationsformen der grundbesitzenden Oligarchien und klientelistischen Mechanismen, sie waren alles andere als aufnahmefähig gegenüber popularen Ansprüchen.

Als zu Beginn des 20. Jahrhunderts – aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung – die popularen Ansprüche nachdrücklicher wurden, kamen sie nicht so sehr innerhalb der Mechanismen des liberalen Staates zum Ausdruck, sondern in anderen politischen Formen – oft durch nationalistische Militärregierungen. Diese waren populistisch, sprachen die Massen direkt an und nicht über die traditionellen politischen Institutionen. Bevor der Populismus aufkam, funktionierte der lateinamerikanische Politikbetrieb entlang eines straffen Klientelismus auf allen Ebenen der politischen Hierarchie: Persönliche Zuwendungen tauschten sich gegen Wählerstimmen. In den meisten lateinamerikanischen Ländern gab es keine geheimen Wahlen. Eine Äquivalenzlogik im genannten Sinne konnte nur begrenzt wirksam werden – das gesamte System widersprach dem. Dessen Krise wurde durch die Depression der 1930er Jahre beschleunigt, sie machte es schwieriger, individuelle Ansprüche durch klientelistische Vermittlungsformen zu befriedigen. So entwickelte sich eine typische vorpopulistische Situation: Vielen Ansprüchen stand die zunehmende Unfähigkeit des liberalen Staates gegenüber, diese mit den Methoden traditioneller Politik zu befriedigen. Eine neue Generation politischer Führer mobilisierte die Massen und bewirkte populistische Brüche. Sie agierten von Grund auf demokratisch, hoben die Massen auf die politische Bühne und machten die politische Öffentlichkeit für große Teile der Bevölkerung zugänglich, die bisher davon ausgeschlossen waren.

Dazu mussten sie auf die eine oder andere Weise mit formalen Prinzipien des liberalen Staates brechen. Innerhalb weniger Jahre erlebten wir den Aufstieg des Vargismus in Brasilien, des Peronismus in Argentinien, des ersten Ibánismus in Chile und des Movimiento Nacionalista Revolucionario in Bolivien.<sup>2</sup> Diese Regierungen waren trotz ihres Bruchs mit dem Liberalismus in ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik demokratisch, weil sie eine fortschrittliche Umverteilung betrieben und die Industrialisierung förderten. In der demokratischen Erfahrung der Massen in Lateinamerika entwickelte sich folglich ein Widerspruch zwischen der liberaldemokratischen und der nationalpopularen Tradition. Dieser sollte im 20. Jahrhundert relativ lange bestehen bleiben. Erst nach den brutalen Militärdiktaturen in Ländern wie Argentinien, Brasilien, Chile und Uruguay entstand die Möglichkeit, beide Traditionen zu verbinden: In den letzten Jahren sind in Argentinien, Brasilien, Bolivien, Ecuador und Venezuela Regierungen an die Macht gekommen, die stark populistisch orientiert sind, die Regeln der liberalen Demokratie jedoch respektieren. Die nationalpopularen Demokratien Lateinamerikas sehen allerdings ganz anders aus als die europäischen parlamentarischen Regierungsformen. Sie sind beispielsweise stark präsidentialistisch, was daran liegt, dass progressive Veränderungen oft von der Exekutive ausgingen, während die Parlamente in Lateinamerika vielfach konservative Kräfte versammelten.

Das veranlasst mich zu einer allgemeineren Bemerkung: Es ist ein Irrtum, dass die europäischen Formen liberaler Demokratie ein allgemeingültiges Paradigma sind, dem sich alle Gesellschaften annähern sollten. Jede Gesellschaft hat ihren eigenen Weg, soziale Ansprüche in das politische System aufzunehmen – das westliche Modell ist nur eines von vielen. Die arabischen Länder haben zweifellos eine Welle demokratischer Revolutionen erlebt. Die politischen Verhältnisse, die sich aus diesem Prozess ergeben, werden aber in jedem Land anders aussehen – erst recht im Vergleich zum europäischen Muster.

### **Zur Konstruktion populärer Klassen**

Noch ein letzter Punkt sei betont. Ein „Volk“ zu konstruieren, bedeutet aus unserer Sicht, populäre Ansprüche in einer Äquivalenzkette zu artikulieren. Der Begriff des „Anspruchs“ ist in dieser Hinsicht ontologisch vorrangig vor dem der „Gruppe“. Deren Einheit ist nur das Resultat einer Artikulation von Ansprüchen. Die Ansprüche, mit denen ein bestimmter Anspruch artikuliert wird, sind nicht schon per se in ihm enthalten. Deren Verschränkung hängt von einer hegemonialen Politik ab. Die Konstruktion populärer Klassen ist also eine eminent politische Operation. Es

---

2 Populistische Bewegungen, deren Namen auf ihre jeweiligen Anführer zurückgehen: Getúlio Vargas, Juan Perón, Carlos Ibáñez.

gibt keinen Grund, warum ein bestimmter demokratischer Anspruch nicht mit solchen artikuliert werden könnte, die politisch völlig anders gelagert sind. Es ist naiv zu glauben, die rassistischen und fremdenfeindlichen Diskurse der Rechten seien durch und durch reaktionär – auch in ihnen gibt es Anrufungen von realen Bedürfnissen und Ansprüchen der Subalternen, die eben mit reaktionären Elementen verknüpft sind. Da die Konstruktion populärer Klassen eine politisch-hegemoniale ist, ist das Terrain ihrer Konstitution das eines Stellungskriegs (Gramsci). Für mein Verständnis des Populismus ist die gramscianische Tradition zentral. Wie kam es also zu Gramscis Wiederentdeckung des Popularen im Horizont des Marxismus?

### **Die Wiederentdeckung des Popularen bei Gramsci**

Der klassische Marxismus war kein besonders geeignetes Terrain, um einen Begriff vom „Volk“ zu entwickeln, geschweige denn vom Populismus. Dieser bedarf, wie wir gesehen haben, der Konstruktion einer Kette heterogener Ansprüche, die nur durch eine hegemoniale politische Artikulation verallgemeinert werden. Demgegenüber setzt der Marxismus – in seiner orthodoxen Rezeption – eine Einheit und Homogenität des revolutionären Subjekts voraus. Die Bewegungsgesetze des Kapitalismus brächten die Mittelschichten und die Bauernschaft zum Verschwinden, führten folglich zu einer Vereinheitlichung der Sozialstruktur – so eine These. Die letzte antagonistische Konfrontation der Geschichte sei die zwischen der kapitalistischen Bourgeoisie und einer homogenen proletarischen Masse. Das Ziel der sozialistischen Kräfte bestünde folglich darin, zur Organisation des Proletariats beizutragen und den Gesetzen der Geschichte ihren freien Lauf zu lassen – so eine damalige Lesart. In dieser Perspektive gab es wenig Raum für eine hegemoniale Reartikulation. Verkompliziert wurden die Dinge allerdings dadurch, dass sich verschiedene Länder in unterschiedlichen Entwicklungsstadien befanden. In orthodoxer Lesart bedeutete dies, dass in Ländern mit absolutistischen oder feudalen Systemen das vorrangige Ziel die bürgerlich-demokratische Revolution war, ihr Träger naturgemäß die liberale Bourgeoisie. Der Leninismus hat dieses Schema nur partiell modifiziert. Einerseits erkannte er, dass die kanonische Stadienfolge auf Russland nicht anwendbar war: Die russische Bourgeoisie war zu schwach und unentwickelt. Die demokratischen Ziele mussten deshalb von einer anderen Klasse verwirklicht werden – von der Arbeiterklasse im Bündnis mit der Bauernschaft. Der Klassencharakter der Akteure und ihre Aufgaben blieben aber unverändert. Die demokratischen Ziele waren nach wie vor bürgerlicher Natur, auch wenn sie vom Proletariat durchgesetzt wurden. Dessen Identität wiederum wurde durch seine neuen Aufgaben in keiner Weise verändert. Die Grenze der leninistischen Öffnung ist mit dem Begriff des „Klassenbündnisses“ bestimmt, sein Motto: „Getrennt marschieren, vereint schlagen.“ Eine Vorstellung von „Volk“ war noch weit entfernt.

Es waren die Erfahrungen der 1920er und 1930er Jahre, die diese Perspektive veränderten und die Grundlagen für die Herausbildung populärer Identitäten schufen, die klassenübergreifend waren – und damit die engen Grenzen des Begriffs der „Klassenbündnisse“ überwand. Die antikolonialen Kämpfe drängten in diese Richtung. Mao Tse-Tung spricht in den 1930er Jahren von „Widersprüchen innerhalb des Volkes“. Die Sprache ist nach wie vor leninistisch, aber eine neue Kategorie des Popularen, die wir so bei Lenin nicht finden, wird zunehmend Bestandteil des kommunistischen Vokabulars. Die Erfahrung der Volksfronten im antifaschistischen Kampf in Europa festigt diese Tendenz.

Hinter diesen Entwicklungen stand die Erkenntnis, dass die Kluft zwischen Aufgaben und Akteuren, wie sie in den Strategiedebatten im Vorfeld der Russischen Revolution aufkam, keine russische Besonderheit war, sondern ein allgemeines Phänomen. Das zeigt sich beispielsweise in der Theorie der kombinierten und ungleichen Entwicklung. Trotzki kommt in den 1930er Jahren zu dem Schluss, dass eine kombinierte und ungleiche Entwicklung das Terrain aller damaligen sozialen Kämpfe ist. Wenn aber „anormale“ Kombinationen die Regel sind, muss man sich fragen: Was ist eigentlich eine normale Entwicklung?

Ab einem gewissen Punkt ließ sich die Identität von Zielsetzungen und Akteuren nicht mehr aufrechterhalten. Der Prozess ihrer wechselseitigen Durchdringung war unaufhaltsam geworden. Trotzki ging nie so weit, dies anzuerkennen, geschweige denn zu theoretisieren. Andere aber fingen an, es zu tun. Die bedeutendste Theorisierung dieses Prozesses findet sich damals bei Gramsci. In seinem Werk begegnen wir einer Reihe von Begriffen, die das marxistische Denken der Zeit von Grund auf verändern sollten: Hegemonie, Gegensatz von korporativer und hegemonialer Klasse, Stellungskrieg, integraler Staat usw.

### **Gramscis Beitrag zu einer Theorie des Populismus**

1. Für Gramsci sind soziale Akteure keine Klassen im strengen Sinne, sondern Formen eines „Kollektivwillens“. Hinter dessen Konstitution verbirgt sich eine Logik der Artikulation, die heterogene Elemente zu einer Einheit macht. Dieser Übergang von Heterogenität zu Einheit ist vergleichbar mit dem, was ich oben eine Äquivalenzlogik nannte.
2. Die hegemoniale Kraft einer soziopolitischen Formation ist keine bestehende Identität, die der Gemeinschaft ihre Anschauung aufzwingen würde. Sie wird durch das Zusammenwirken von Teilen der Gemeinschaft erst konstruiert. Damit löst Gramsci auf einen Schlag das Problem früherer Hegemonietheorien, die über die leninistischen „Klassenbündnisse“ nicht hinausgekommen waren. Wären die Kräfte, die den „kollektiven Willen“ ausbilden, fertige Identitäten, bestünde die hegemoniale Operation in der hoffnungslosen Aufgabe, die Teile

eines Puzzles zusammenzusetzen. Die Einheit könnte nur erzwungen werden. Sind aber die Identitäten nicht schon vorhanden, weil die Äquivalenzbeziehungen für sie grundlegend sind, dann besteht zwischen ihnen ein organischer Zusammenhang und es wird einfacher, Übereinkunft herzustellen. Auch die hegemoniale Kraft kann nur dadurch hegemonial werden, dass sie ihre eigene Identität in einen leeren Signifikanten verwandelt.

3. Schließlich betrifft die hegemoniale Operation für Gramsci auch die Unterscheidung von Staat und Zivilgesellschaft. Für Hegel war der Staat der Ort des Allgemeinen – das Beamtentum die allgemeine Klasse. Marx entgegnete, der Staat sei ein Instrument der herrschenden Klasse. Der Ort des Allgemeinen ist für ihn die Zivilgesellschaft – die allgemeine Klasse das Proletariat. Gramsci stimmt mit Marx darin überein, dass Prozesse, die auf der Ebene der Zivilgesellschaft stattfinden, Teil der Konstruktion des Allgemeinen sind. Er stimmt aber auch mit Hegel darin überein, dass diese Prozesse ihrem Wesen nach politisch sind (nun erweitert auf das gesamte gemeinschaftliche Feld). Gramsci spricht von der Konstitution eines integralen Staates. Für ihn ist die einzige Allgemeinheit, die eine Gemeinschaft erreichen kann, eine hegemoniale Allgemeinheit, die stets auf kontingenten Artikulationen basiert.

Heute, in einer globalisierten Welt, sehen wir, dass diese Kontingenz noch grundlegender ist, als Gramsci dies in den 1930er Jahren wahrnehmen konnte. Das ändert aber nichts daran, dass wir in seinem Werk eine der hellstichtigsten Antizipationen dessen finden, wie die heutige Welt aussehen würde. Unser Denken und Arbeiten bewegen sich nach wie vor auf Gramscis Spuren.

*Aus dem Englischen von Thomas Laugstien*

---

## Autorinnen und Autoren

Cornelia Bruell ist Lehrbeauftragte für Philosophie und für Politische Theorie an der Universität Wien und der Universität für Musik und darstellende Kunst Wien. Sie ist zudem Philosophische Praktikerin mit eigener Praxis. Zuletzt erschienen: „Auf(Bruch)! Freundschaft statt Begehren“, in: A. Hetzel, T. Hügel u. G. Unterturner (Hg.): *Postdemokratie und die Verleugnung des Politischen* (Baden-Baden 2016). Arbeitsschwerpunkte: Politische Philosophie, Kulturtheorie, Philosophische Praxis.

Philipp Casula ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Historischen Seminar der Universität Zürich. Er promovierte in Soziologie an der Universität Basel mit einer Dissertation über *Hegemonie und Populismus in Putins Russland* (Bielefeld 2012). Er ist Ko-Herausgeber, mit Jeronim Perovic, von *Identities and Politics During the Putin Presidency* (Stuttgart 2009). Zurzeit ist er Stipendiat des Schweizerischen Nationalfonds und arbeitet mit Forschungsstationen an den Universitäten Moskau (HSE) und Manchester zum postkolonialen Blick der Sowjetunion auf den Nahen Osten.

Oliver Flügel-Martinsen, Prof. Dr., lehrt Politische Theorie und Ideengeschichte an der Universität Bielefeld. Er gibt gemeinsam mit Andreas Hetzel (Hildesheim) die Forschungsreihe *Zeitgenössische Diskurse des Politischen* (Baden-Baden 2011ff.) heraus. Zu seinen jüngeren Buchveröffentlichungen gehören als Mitherausgeber mit Franziska Martinsen *Demokratietheorie und Staatskritik aus Frankreich. Neuere Diskurse und Perspektiven* (Stuttgart 2015); als Ko-Autor mit Franziska Martinsen *Politische Philosophie der Besonderheit* (Frankfurt a. M. 2014); und als Autor *Befragungen des Politischen. Subjektkonstitution – Gesellschaftsordnung – radikale Demokratie* (Wiesbaden 2016).

Vincent Gengnagel ist Doktorand der Soziologie in Bamberg und wissenschaftlicher Mitarbeiter der DFG-Forscherguppe „europäische Vergesellschaftungsprozesse“. Er ist Ko-Herausgeber von *Macht in Wissenschaft und Gesellschaft. Diskurs- und feldanalytische Perspektiven* (Wiesbaden 2016, gemeinsam mit Julian Hamann, Jens Maeße und Alexander Hirschfeld). Zu den jüngsten Veröffentlichungen zählen u. a. „Pluralizing field analysis: Toward a relational understanding of the field of power“. In: *Social Science Information/Information sur les sciences sociales* (2016, mit Andreas Schmitz und Daniel Witte) und „Der European Research Council als Ordnungsanspruch des europäischen Projekts im akademischen Feld“, *Berliner Journal für Soziologie*: 26(1) (2016, mit Nilgun Massih-Tehrani und Christian Baier).

Eva Herschinger ist Lecturer in Politics and International Relations an der University of Aberdeen, Schottland. Sie ist Autorin von *Constructing Global Enemies. Hegemony and identity in international discourses on terrorism and drug prohibition* (Routledge, 2011) sowie Mitherausgeberin des Sammelbandes *Diskursforschung in den Internationalen Beziehungen* (Nomos, 2014) und *Diskursforschung. Ein interdisziplinäres Handbuch* (transcript, 2014). Zu ihren jüngsten Veröffentlichungen in Zeitschriften zählen u. a. „The drug dispositif: ambivalent materiality and the addiction of the global drug prohibition regime“ (in *Security Dialogue*, 2015) und „Gerechte Praxis statt universellem Standard: Eine alternative Perspektive auf Gerechtigkeit am Beispiel des globalen Drogendiskurses“ (in *Politische Vierteljahresschrift*, 2015).

Andreas Hetzel ist Professor für Sozialphilosophie an der Universität Hildesheim; er ist Mitherausgeber der *Allgemeinen Zeitschrift für Philosophie* sowie der Buchreihe *Zeitgenössische Diskurse des Politischen*. Zu seinen wichtigsten Veröffentlichungen gehören: *Zwischen Poiesis und Praxis. Elemente einer kritischen Theorie der Kultur* (Würzburg 2001) und *Die Wirksamkeit der Rede. Zur Aktualität klassischer Rhetorik für die moderne Sprachphilosophie* (Bielefeld 2011).

Oliver Marchart ist Professor für Politische Theorie an der Universität Wien. Er ist Herausgeber u. a. von *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus* (Wien 1998) und Ko-Herausgeber, mit Simon Critchley, von *Laclau: A Critical Reader* (London/New York 2004). Zu seinen weiteren Buchveröffentlichungen zählen: *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben* (Berlin 2010) und *Das unmögliche Objekt. Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft* (Berlin 2013).

Tomas Marttila (Dr. habil.) ist seit 2016 Privatdozent am Institut für Soziologie an der Ludwig-Maximilians-Universität München. Er war von 2005 bis 2015 wissenschaftlicher Mitarbeiter in Soziologie (Prof. Dr. Richard Münch) an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Zu seinen wichtigsten Publikationen gehören u. a. *Post-foundational Discourse Analysis: From Political Difference to Empirical Research* (Basingstoke 2015) und *Culture of Enterprise in Neoliberalism: The Specters of Entrepreneurship* (New York 2013). Er leitet zurzeit (2016-2017) ein von der Stadt München teilfinanziertes Forschungsprojekt über die politischen Einstellungen von Nichtwählern.

Martin Nonhoff ist Professor für Politische Theorie an der Universität Bremen. Er ist Herausgeber u. a. von *Diskurs – radikale Demokratie – Hegemonie. Zum politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe* (Bielefeld 2007) und Ko-Herausgeber von *DiskursNetz. Wörterbuch der interdisziplinären Diskursanalyse* (Berlin 2014). Zu seinen weiteren Buchveröffentlichungen zählt *Politischer Diskurs und Hegemonie: Das Projekt Soziale Marktwirtschaft* (Bielefeld 2006).

Nikolai Roskamm ist Professor für Planungstheorie an der Fachhochschule Erfurt. 2015/16 war er Stiftungsgastprofessor am Zentrum für Stadtkultur und Öffentlichen Raum SKuOR an der TU Wien. 2015 habilitierte er sich im Fach „Stadtforschung und Wissenschaftstheorie“ an der TU Berlin, 2010 promovierte er an der Bauhaus-Universität Weimar mit der Arbeit *Dichte. Eine transdisziplinäre Dekonstruktion* (Bielefeld 2011). Er ist Mitherausgeber und in der Redaktion von *sub\urban. zeitschrift für kritische stadtforschung*.

Joscha Wullweber ist Akademischer Rat am Fachgebiet Globalisierung und Politik der Universität Kassel. Auswahl Veröffentlichungen: „Performative Global Finance: Bridging Micro and Macro Approaches with a Stratified Perspective“, in: *New Political Economy* (2016); „Global Politics and Empty Signifiers: The political construction of high-technology“, in: *Critical Policy Studies* (2015); *Diskurs und Hegemonie. Gesellschaftskritische Perspektiven* (mit Iris Dudzek und Caren Kunze) (Bielefeld 2012); *Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie. Das Nanotechnologie-Projekt* (Baden-Baden 2010):.

# Staat – Souveränität – Nation

Herausgegeben von Rüdiger Voigt und Samuel Salzborn

Bisher erschienen:

Rüdiger Voigt (Hrsg.)

## **Staatsgeheimnisse**

Arkanpolitik im Wandel der Zeiten

2017. VI, 241 S., Br. EUR 39,99

ISBN 978-3-658-16234-4

Massimo Mori (Hrsg.)

## **Vom Naturzustand zur kosmo-politischen Gesellschaft**

2017. VI, 192 S., Br. EUR 29,99

ISBN 978-3-658-15149-2

Oliver Eberl, David Salomon (Hrsg.)

## **Perspektiven sozialer Demokratie in der Postdemokratie**

2017. X, 253 S., 2 Abb., Br. EUR 39,99

ISBN 978-3-658-02723-0

Bettina Koch (Ed.)

## **State Terror, State Violence**

Global Perspectives

2016. VII, 170 S., 1 Abb., Br. EUR 37,44

ISBN 978-3-658-11180-9

Aristotelis Agridopoulos,  
Ilias Papagiannopoulos (Hrsg.)

## **Griechenland im europäischen Kontext**

Krise und Krisendiskurse

2016. VII, 335 S., 7 Abb., Br. EUR 39,99

ISBN 978-3-658-07239-1

Paula Diehl, Felix Steilen (Hrsg.)

## **Politische Repräsentation und das Symbolische**

Historische, politische und soziologische Perspektiven

2016. VI, 268 S., 64 Abb., Br. EUR 39,99

ISBN 978-3-658-11185-4

Hans-Jürgen Bieling,

Martin Große Hüttmann (Hrsg.)

## **Europäische Staatlichkeit**

Zwischen Krise und Integration

2016. VIII, 279 S., Br. EUR 34,99

ISBN 978-3-658-03789-5

Rüdiger Voigt (Hrsg.)

## **Legalität ohne Legitimität?**

Carl Schmitts Kategorie der Legitimität

2015. VIII, 292 S., Br. EUR 39,99

ISBN 978-3-658-06926-1

Nabila Abbas, Annette Förster,  
Emanuel Richter (Hrsg.)

## **Supranationalität und Demokratie**

Die Europäische Union in Zeiten der Krise

2015. XII, 296 S., 2 Illus., Br. EUR 24,99

ISBN 978-3-658-05334-5

Stand: Januar 2017. Änderungen vorbehalten.  
Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag.

Einfach bestellen:

SpringerDE-services@springer.com  
tel +49 (0)6221 / 345-4301  
springer-vs.de



**Springer VS**

# **Staat – Souveränität – Nation**

Herausgegeben von Rüdiger Voigt und Samuel Salzborn

Bisher erschienen:

Stefanie Hammer (Hrsg.)

## **Wie der Staat trauert**

Zivilreligionspolitik in der  
Bundesrepublik Deutschland

2015. XII, 246 S., 4 Illus., Br. EUR 39,99

ISBN 978-3-658-07710-5

Andreas Vasilache (Hrsg.)

## **Gouvernementalität, Staat und Weltgesellschaft**

Studien zum Regieren  
im Anschluss an Foucault

2014. VIII, 258 S., 1 Illus., Br. EUR 29,99

ISBN 978-3-658-02576-2

Oliver Hidalgo (Hrsg.)

## **Der lange Schatten des Contrat social**

Demokratie und Volkssouveränität bei  
Jean-Jacques Rousseau

2013. VI, 300 S., 1 Illus., Br. EUR 29,99

ISBN 978-3-531-18642-9

Rüdiger Voigt (Hrsg.)

## **Sicherheit versus Freiheit**

Verteidigung der staatlichen  
Ordnung um jeden Preis?

2012. XI, 228 S., 1 Illus., Br. EUR 29,99

ISBN 978-3-531-18643-6

Shida Kiani

## **Wiedererfindung der Nation nach dem Nationalsozialismus?**

Konfliktlinien und Positionen in der  
westdeutschen Nachkriegspolitik

2013. XIV, 334 S., Br. EUR 52,99

ISBN 978-3-658-00324-1

Julia Schulze Wessel, Christian Volk,  
Samuel Salzborn (Hrsg.)

## **Ambivalenzen der Ordnung**

Der Staat im Denken Hannah Arendts

2013. VI 313 S., Br. EUR 29,99

ISBN 978-3-531-19828-6

Stand: Januar 2017 . Änderungen vorbehalten.  
Erhältlich im Buchhandel oder beim Verlag.

Einfach bestellen:

SpringerDE-services@springer.com  
tel +49 (0)6221 / 345-4301  
springer-vs.de



**Springer VS**